

Stenographischer Bericht

53. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 23. März 2004

Inhalt:

Dringliche Anfrage der ÖVP an Herrn Landesrat Mag. Erlitz, betreffend fehlende Strategie in der steirischen Gesundheitspolitik.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Bacher (3591).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Erlitz.

Redner: Abg. Bacher, Abg. Lafer, Abg. Kröpfl, Abg. Dr. Forenbacher, Abg. Mag. Lackner, Abg. Hamedl, Abg. Mag. Drexler.

Beschlussfassung.

Dringliche Anfrage der FPÖ an Herrn Landesrat Mag. Erlitz, betreffend Blutbank.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Lafer.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Erlitz.

Dringliche Anfrage der Grünen und der SPÖ an Frau Landeshauptmann Klasnic, betreffend Errichtung einer Blutbank.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Lechner-Sonnek.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Redner: Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Dr. Forenbacher, Abg. Lafer, Abg. Mag. Lackner.

Beschlussfassung.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen.
2. Wahl eines Ersatzmitgliedes des Bundesrates.
3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1694/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2003 (neunter Bericht über das Rechnungsjahr 2003).
Berichtersteller: Abg. Dirnberger.
Beschlussfassung.
4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1489/1, der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Breithuber, Dipl.-Ing. Grabner, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfl, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend Rücknahme der Kürzungen der Mittel des Arbeitsmarktservice.
Berichtersteller: Abg. Prattes.
Redner: Abg. Gennaro, Abg. Prattes, Abg. Bittmann, Abg. Gennaro, Abg. Kasic, Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
5. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1320/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Förderung der Umstellung auf artgerechte Legehennenhaltung.
Berichterstellerin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Riebenbauer, Abg. Kaufmann, Abg. Dietrich, Abg. Kasic, Abg. Rieser.
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1738/1, betreffend Gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft „Mürztal“ reg. Gen.m.b.H., 8670 Krieglach, Westsiedlung 5; Bauvorhaben Krieglach, Postmühlweg 2 bis 28.
Berichtersteller: Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1703/1, betreffend den Optionsvertrag über die Übertragung der stillen Beteiligung an der Kunsthaus Graz AG.
Berichtersteller: Abg. Bittmann.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 9.
Beschlussfassung.

8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1705/1, betreffend Finanzierungsvertrag, abzuschließen zwischen Land Steiermark, Stadt Graz und „Theaterholding Graz/Steiermark GmbH.“.
Berichterstatter: Abg. Bittmann.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 9.
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 1319/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Umorientierung in der steirischen Kulturpolitik.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 7 bis 9: Abg. Dr. Rauch, Abg. Dr. Reinprecht, Abg. Mag. Zitz, Landeshauptmann Klasnic, Abg. Dr. Rauch.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 1681/1, der Abgeordneten Dr. Reinprecht und Halper, betreffend die Umbenennung des Ausländerbeirates in MigrantInnenbeirat.
Berichterstatterin: Abg. Dr. Reinprecht.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 1199/1, der Abgeordneten Wiedner, Dietrich, Lafer und List, betreffend Schaffung von Verwaltungsgemeinschaften auf Ebene der steirischen Gemeinden.
Berichterstatter: Abg. Lafer.
Redner: Abg. Dirnberger, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Stöhrmann, Abg. Wiedner, Abg. Petinger, Abg. Dirnberger, Abg. Ing. Ober, Abg. Schleich.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 1670/1, der Abgeordneten Mag. Koller, Detlef Gruber, Wicher und Tschernko, betreffend Führungen für Gehörlose bei der Landesausstellung 2004 und Ausbau einiger Zimmer im Bildungshaus Retzhof für Gehörlosenseminare.
Berichterstatterin: Abg. Wicher.
Redner: Abg. Mag. Koller, Abg. Wicher.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1417/1, Beilage Nr. 172, Entwurf einer Neufassung des Steiermärkischen Jugendförderungsgesetzes und den Antrag, Einl.-Zahl 49/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Lechner-Sonnek, betreffend Jugendförderungsgesetz 2001.
Berichterstatterin: Abg. Beutl.
Redner: Abg. Halper, Abg. Gödl, Abg. Mag. Zitz, Abg. Graf, Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1706/1, betreffend den Wissenschaftsbericht 2002/2003.
Berichterstatter: Abg. Dr. Rauch.
Redner: Abg. Dr. Reinprecht, Abg. Prattes, Abg. Dr. Rauch, Abg. Mag. Zitz, Abg. Prattes, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 968/1, der Abgeordneten Mag. Lackner, Kröpfl, Gross, Gennaro, Mag. Erlitz, Kaufmann und Böhmer, betreffend die schulische Integration von Jugendlichen mit Behinderung ab der neunten Schulstufe.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Lackner.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 19.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1531/1, der Abgeordneten Böhmer, Kröpfl und Detlef Gruber, betreffend EDV-Lizenzen für Pflichtschulen.
Berichterstatter: Abg. Böhmer.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 19.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1696/1, betreffend Finanzierung des gemeinsam mit dem Landesschulrat für Steiermark und der Diözese Graz-Seckau geführten „Steirischen Bibliotheksentrums“ in den Jahren 2004 und 2005.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Koller.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 19.
Beschlussfassung.

18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1697/1, betreffend die Standardanhebung für das Internat der Land- und forstwirtschaftlichen Fachschule Silberberg mit Gesamtkosten von 1,850.000 Euro.
Berichterstatter: Abg. Tschernko.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 19.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1695/1, betreffend Genehmigung eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit dem Verein Netzwerk Steirische Erwachsenenbildung.
Berichterstatter: Abg. Bacher.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 15 bis 19: Abg. Tschernko (3583), Abg. Böhmer (3584), Abg. Beutl (3585), Abg. Böhmer (3585), Abg. Köberl.
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1704/1, betreffend die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15 a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung – Artikel 15 a B-VG).
Berichterstatterin: Abg. Dr. Reinprecht.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1498/1, der Abgeordneten Halper und Margarethe Gruber, betreffend Delogierungsprävention.
Berichterstatterin: Abg. Halper.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 22.
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1550/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Verbesserung der Schuldnerberatung in der Steiermark.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 20 bis 22: Abg. Hammerl (3588), Abg. Margarethe Gruber (3589), Abg. Halper (3590), Abg. Dietrich.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1194/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend barrierefreie Kindergärten und Schulen.
Berichterstatterin: Abg. Lechner-Sonnek.
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Bericht der Volksanwaltschaft, Einl.-Zahl 1662/1, betreffend den 21. und 22. Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag (2001 bis 2002).
Berichterstatter: Abg. Ing. Wöhry.
Redner: Abg. Zierler.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.07 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 53. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Hohes Haus!

Wir haben heute zwei Geburtstagskinder unter uns.

Herr Landtagsabgeordneter Anton Gangl vollendete am 18. Februar 2004 sein 40. Lebensjahr. Auch Frau Landtagsabgeordnete Anne Marie Wicher vollendete mit gestrigem Tag einen runden Geburtstag.

Im eigenen Namen und namens des Steiermärkischen Landtages entbiete ich diesen beiden die herzlichsten Glückwünsche. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Seniorinnen und Senioren der Gemeinde Pirka unter der Leitung von Frau Theresia Schauperl.

Ich begrüße die Seniorinnen und Senioren der Gemeinde Sankt Johann-Köppling unter der Leitung von Frau Obfrau Berta Sternbauer.

Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler des Polytechnischen Lehrganges von Sankt Marein bei Graz unter der Leitung von Herrn Oberschulrat Franz Gallhofer.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass 18 schriftliche Anfragen und drei Anfragebeantwortungen gemäß Paragraf 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Eingebracht wurde am Donnerstag, dem 18. März 2004 um 15.34 Uhr eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der ÖVP an Herrn Landesrat Mag. Wolfgang Erlitz, betreffend fehlende Strategie in der steirischen Gesundheitspolitik.

Gleichzeitig wurde die Abhaltung einer Wechselrede beantragt.

Der Antrag auf Abhaltung der Dringlichen Anfrage sowie auf Durchführung einer Wechselrede hat die erforderliche Unterstützung gemäß Paragraf 68 Absatz 4 GeoLT.

Weiters wurde am Montag, dem 22. März 2004 um 10.22 Uhr eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der FPÖ, betreffend Blutbank, an Landesrat Mag. Wolfgang Erlitz eingebracht.

Gleichzeitig wurde von den Abgeordneten die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Da diese Dringliche Anfrage lediglich von vier Abgeordnete unterzeichnet ist, kann gemäß Paragraf 68 Absatz 1 GeoLT vom Landtag beschlossen werden, dass diese vom Fragesteller mündlich begründet wird und hierauf eine Wechselrede über den Gegenstand stattfindet.

Wer diesem Antrag auf Behandlung der Dringlichen Anfrage sowie Durchführung einer Wechselrede zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Auch wurde am Montag, den 22. März 2004 um 14.51 Uhr eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der Grünen und SPÖ, betreffend Errichtung einer Blutbank, an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic eingebracht.

Gleichzeitig wurde die Abhaltung einer Wechselrede beantragt.

Der Antrag auf Abhaltung der Dringlichen Anfrage sowie auf Durchführung einer Wechselrede hat die erforderliche Unterstützung gemäß Paragraf 68 Absatz 4 GeoLT.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des Paragrafen 68 Absatz 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16 Uhr beginnen.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragrafen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraf 55 GeoLT.

Mit Schreiben vom 1. März 2004 wurde mir seitens der Sozialdemokratischen Partei Österreichs eine Änderung hinsichtlich eines Ersatzmitgliedes des Bundesrates mitgeteilt.

Frau Johanna Schickler hat mit Ablauf vom 29. Februar 2004 ihr Mandat als Mitglied des Bundesrates zurückgelegt.

Der bisher an vierter Stelle gereihten Bundesrätin Frau Johanna Schicker folgt nunmehr der als Ersatzmitglied gereichte Herr Günther Prutsch als Mitglied des Bundesrates.

Auf Grund dessen gilt es nunmehr ein Ersatzmitglied anstelle von Herrn Günther Prutsch zu wählen.

Seitens der Sozialdemokratischen Partei Österreichs wurde für die frei gewordene vierte Stelle als Ersatzmitglied Herr Horst Freiberger vorgeschlagen.

Aus diesem Grund gilt es heute ein neues Ersatzmitglied des Bundesrates zu wählen.

Nach Paragraf 62 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Hause mit Stimmzetteln vorzunehmen, wenn nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Wahl des Ersatzmitgliedes durch Erheben der Hand durchzuführen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Mein Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich weise darauf hin, dass nach Paragraf 62 Absatz 5 GeoLT alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig sind.

Die Sozialdemokratische Partei schlägt – wie erwähnt – Herrn Horst Freiberger als Ersatzmitglied für die vierte Stelle des Bundesrates vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und frage in Vertretung von Herrn Horst Freiberger Herrn Klubobmann Kröpfl, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Kröpfl: Ich nehme die Wahl an. Herr Freiberger nimmt die Wahl an.

Präsident: Ich danke für diese stellvertretende Stellungnahme.

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1694/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2003 (neunter Bericht über das Rechnungsjahr 2003).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (10.17 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Regierungsmitglieder, meine Kolleginnen und Kollegen! Ein herzliches Grüß Gott auch den Zuhörerinnen und Zuhörern im Zuschauer-raum! Ich darf ganz besonders meine Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger recht herzlich begrüßen und hier willkommen heißen!

In dieser Vorlage 1694/1 wird berichtet, dass die Steiermärkische Landesregierung über- und außerplanmäßige Ausgaben beschließen kann. Über alle derartigen Beschlüsse ist dem Steiermärkischen Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt unter gleichzeitiger Antragstellung hinsichtlich der Bedeckung zu berichten.

In diesem Sinne wird nunmehr berichtet, dass in der Zeit vom 3. November bis 22. Dezember 2003 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 26,086.331,67 Euro durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt: im Ordentlichen Haushalt durch Bindung von Ausgabensparungen und Mehreinnahmen in der Höhe von 22,491.761 Euro und im Außerordentlichen Haushalt ebenfalls durch Bindung von Ausgabensparungen und Mehreinnahmen in der Höhe von 3,594.570,67 Euro.

Eine dem Antrag beigezeichnete Aufstellung gibt einen genauen Überblick über diese über- und außerplanmäßigen Ausgaben und deren Bedeckung.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 19. Jänner 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der neunte Bericht für das Rechnungsjahr 2003 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 26,086.331,67 Euro wird zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (10.19 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Wortmeldungen dazu, meine Damen und Herren, liegen mir keine vor.

Damit kommen wir bereits zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1489/1, der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Breithuber, Dipl.-Ing. Grabner, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfl, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend Rücknahme der Kürzungen der Mittel des Arbeitsmarktservice.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (10.20 Uhr): Herr Präsident!

Ich berichte zum Stück, Einl.-Zahl 1489/3, betreffend den Antrag der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Breithuber, Dipl.-Ing. Grabner, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfl, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, Rücknahme der Kürzungen der Mittel des Arbeitsmarktservices.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seinen Sitzungen am 4. November 2003 und 9. März 2004 zu dem am 30. September 2003 eingebrachten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Es wird folgender Antrag unterbreitet:

Der Landtag möge beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 1489/1, der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Breithuber, Dipl.-Ing. Grabner, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfl, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend Rücknahme der Kürzungen der Mittel des Arbeitsmarktservice, wird zur Kenntnis genommen. (10.21 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Gennaro. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Gennaro (10.21 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es liegt uns eine Beantwortung der Landesregierung vor bezüglich unseres Antrages mit dem lapidaren Satz: „Da die Mittelzuteilung 2004 an das Arbeitsmarktservice bereits fixiert ist und die Planungen für 2004 bereits abgeschlossen sind, erscheint ein Herantreten an die Bundesregierung nicht mehr zielführend.“ Wir haben festgestellt, dass durch die Kürzung der Mittel für das AMS riesige Probleme entstehen – man könnte sagen Nulldefizitfetischismus, jeder gute Tag beginnt erneut ausgeglichen mit einem Budget, aber mit zirka 360.000 Arbeitslosen. Das Motto lautet: „Man räumt die Töpfe aus.“ Die zentral wichtigen sozialpolitischen Ansätze wären jedoch folgende gewesen, wenn man sich die Statistik der Arbeitslosenzahlen hernimmt. Es ist sicherlich bedauerlich, dass wir seit 1945 die höchste Arbeitslosenrate in Österreich haben – rund 300.000 Arbeitslose mit Ende Jänner gemeldet, 30.000 in Schulung, 30.000 Pensionsvorschuss, die sind auch arbeitslos gemeldet. Das heißt mit rund 360.000 eine Quote von 11 Prozent.

Es gibt kein Programm gegen die Fehlentwicklung in der Erstausbildung. 70 Prozent der Drop-out-Rate nach Abschluss der Lehrschlussabgänge sind in der Tourismusbranche. Auszeichnung ist das auch keine für die Wirtschaftskammer, wenn man immer sagt, im Tourismus sind zu wenig Fachleute. Die Probleme der Erstausbildung könnten in Österreich auch gelöst werden. Es hat sicherlich nur ein Drittel dieser Erstausbildeten einen Pflichtschulabschluss und ein Drittel hat keinen Lehrabschluss. Das heißt, man müsste mit Mitteln des AMS das nachholen, was im schulischen Bereich leider nicht passiert.

Wenn wir das Programm vor Augen haben – man kann ja nicht nur kritisieren, man soll ja auch sagen, was müsste gemacht werden –, ein richtiger politischer Ansatz wäre gewesen, wenn man Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen betreibt, wenn man die Beseitigung der aktuellen Defizite, die in der Ausbildung sind, Höherqualifizierung und leistungsgerechte Existenzsicherung der Arbeitslosen durch Erhöhung der Nettoersatzrate betreibt. Denn jeder, der sagt, die Leute gehen nicht arbeiten mit dem Arbeitslosengeld, mag der eine oder andere sicherlich sagen, ich komme aus, aber in Wahrheit ist das ein Almosen. Und wir wissen, welche Probleme für die Familien entstehen, wenn Leute, die arbeiten wollen, keine Arbeit finden, und im Speziellen auch die Jugendlichen.

Der Staat hat dafür zu sorgen, meine Damen und Herren, dass die Jugendlichen, wenn sie einer Beschäftigung nachgehen wollen, auch eine bekommen. Es ist nicht so, wie man in Salzburg, der Wirtschaftskammerpräsident von Salzburg, gemeint hat, die Jugendlichen sind zu faul und sie wollen nicht arbeiten. Das ist eine Unterstellung und Diskriminierung der gesamten Jugend, meine Damen und Herren, das ist strengstens zurückzuweisen.

Es gibt zweifellos Probleme im wirtschaftlichen Bereich. Das haben wir in den letzten drei, vier Jahren gespürt in Österreich, dass die Wirtschaft etwas daniederliegt. Die Bundesrepublik, der wirtschaftliche Motor, hat auch Probleme. Aus diesem Grunde ist es nicht ohne, welche Politik betrieben wird.

Wirtschaftspolitik heißt auch, dass man hergehen muss und investieren in Forschung und Entwicklung, Arbeitsplätze schaffen. Es gibt hier im Landtag keine Sitzung, wo diesbezüglich nicht gesprochen wird.

Und wenn die Bundesregierung dann nur hergeht und so quasi die Töpfe ausräumt, dass man 2 Milliarden Schilling aus dem AMS wegnimmt, das Geld geht natürlich dann ab und die Schwierigkeiten sind gegeben, weil das AMS keine Mittel mehr hat. Viele kleine soziale Produkte und soziale Unternehmen, die im kleineren Bereich Arbeitsplätze schaffen, sind in ihrer Existenz gefährdet, weil damit die Zahlungen zurückgehen beziehungsweise eingestellt werden.

Ich habe hier eine Statistik der Arbeitsmarktförderung im Jahresvergleich, wo die Mitteln vom Bund permanent zurückgehen. Ich sage es in Euro. Wir haben 1999 noch 125,977.000 Euro gehabt und jetzt im Jahr 2004 sind wir auf 67 Millionen heruntergefahren. Das heißt, hier spiegelt sich das wider und die hohe Arbeitslosenrate, die ich am Beginn erwähnt habe, lässt diese Probleme mit sich bringen.

Ich möchte aber nicht nur alles Negative sagen, sondern auch etwas Positives, weil wir da im Land natürlich immer darauf hingewiesen haben, dass zusätzlich zu dieser Situation sehr wohl von Landesseite auch Finanzierungen über das AMS gemacht wurden. Der Landesanteil im Jahr 2001 betrug rund 6 Millionen Euro ohne die Behindertenmaßnahmen und die geschützte Arbeit, im Jahr 2002 rund 13 Millionen Euro, im Jahr 2003 8 Millionen Euro und für das Jahr 2004 werden es rund 10 bis 15 Millionen Euro sein. Der zeitliche Unterschied, die Höhe des Landesanteiles ergibt sich ja, weil durch die Stiftungen im Jahr 2002 über 2 Millionen bewilligt wurden, deren Laufzeit aber bis zum Jahr 2005/2006 geht und beim Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz 50 Prozent der Kosten mitfinanziert werden, damit die Jugendlichen, die keine Beschäftigung haben, aufgefangen werden. Der eine Wermutstropfen ist nur, dass sie nur für ein Jahr dort geparkt werden und ausgebildet. Hier muss es auch die Forderung geben, dass sie alle drei Lehrjahre, soweit sie vorgeschrieben sind, in dieser Stiftung verbringen können und dementsprechende Ausbildung dann bekommen, nicht dass sie nur ein Jahr, um die Statistik zu verfeinern, dort hineingepackt werden und dann stehen sie wieder hier am Arbeitsmarkt ohne Arbeitsplätze.

Ich möchte daher, meinen Damen und Herren, einen Unselbstständigen Antrag einbringen, weil ich glaube, dass es nach wie vor wichtig ist, dass der Bund sich überlegt, nicht die Mittel aus dem AMS abzuziehen, sondern auf Grund der Arbeitslosigkeit in Österreich einzuwirken, denn jeder einzelne Arbeitslose ist einer zu viel, meine Damen und Herren.

Deswegen darf ich folgenden Antrag bringen:

Unselbstständiger Entschließungsantrag, betreffend Rücknahme der Kürzung der Mittel für das Arbeitsmarktservice. Ich habe eigentlich die Begründung sehr ausführlich geschildert und darf mich daher auf den Antrag beschränken.

Es wird der Antrag gestellt, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Kürzungen der Arbeitsmarktservicemittel 2004 zurückzunehmen und an die Bundesregierung mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, dem steiermärkischen Arbeitsmarktservice für das Jahr 2005 wiederum Mittel in demselben Ausmaß zur Verfügung zu stellen, wie das im Jahr 2003 der Fall gewesen ist.

In Anbetracht der Notwendigkeit darf ich Sie, meine Damen und Herren, ersuchen, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der SPÖ. – 10.28 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Prattes. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Prattes (10.28 Uhr): Herr Präsident, verehrte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren Zuhörer im Auditorium, wertere Abgeordnete, Hohes Haus!

Zu den Ausführungen meines Kollegen Gennaro möchte ich doch ein paar Beispiele bringen, damit sich einmal herauskristallisiert, dass über allen, sagen wir einmal, sehr unsozialen Kürzungen menschliche Schicksale stehen. Ich möchte sagen, dass die Kürzungen der AMS-Mittel für die Beschäftigungsinitiativen auch oder gerade für den Bezirk Leoben verheerende Auswirkungen haben. Der Wegfall dringend benötigter Transitarbeitsplätze, Rücknahmen des Beschäftigungsausmaßes, dadurch auch weniger Verdienst oder, was noch schlechter ist, der Verlust von Arbeitsplätzen für Schlüsselkräfte trifft gerade jene Bevölkerungsgruppe, die ohnehin mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Gerade für diese Menschen waren Transitarbeitsplätze die Chance auf einen Neubeginn und die Möglichkeit zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Ich möchte – ich habe es am Anfang gesagt – einige Beispiele anführen, wie Menschen aus dem Bezirk Leoben und das kann man auch auf alle übrigen Bezirke der Steiermark – ich sage leider – leider anwenden und umlegen, wie diese Menschen von dieser unsozialen Kürzung getroffen werden.

Zum Beispiel: es gibt den Verein für Arbeitsintegration in Leoben „Buglkraxn“. Hier wurden die AMS-Mittel um 20 Prozent gekürzt, das bedeutet, statt 45 nur mehr 36 Arbeitsplätze, also minus neun Transitkräfte. Die Caritas betreibt ein Frauenbeschäftigungsprojekt, das so genannte Beschäftigungsmosaik Leoben. Hier wurden die Förderungsmittel um 35 Prozent gekürzt. Das bedeutet sechs statt bisher neun Arbeitsplätze, also minus drei Transitarbeitsplätze. Ebenfalls im Bezirk Leoben angesiedelt ist das „Straußennest“. Das ist eine Initiative, wo Kinder beaufsichtigt werden, sowohl stundenweise als auch tageweise, während des ganzen Jahres. Es ist dies eine Initiative der Wirtschafts- und Beschäftigungsinitiative des Bezirkes Leoben. Hier finden Einsparungen im Ausmaß von 15 Prozent statt. Dadurch ergibt sich eine Reduzierung der Wochenstunden für acht Transitkräfte und eine Schlüsselkraft. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Aufzählung könnte ich noch weiter fortsetzen. So sind auch die Telefonmarketingfirma EMD in Trofaiach und die Beschäftigungsgesellschaft PRIMA in Eisenerz – wir wissen, keine gerade bevorzugte Region – jetzt massiv von der Kürzung dieser AMS-Mittel getroffen und betroffen. Und für mich – ich habe das bei der Berichterstattung bewusst gesagt, ist es unverstänlich, dass auf unseren am 30. September 2003 eingebrachten Antrag erst am 9. März 2004 – also fast ein halbes Jahr später – eine Stellungnahme aus dem Büro Landesrat Paieryl im Finanz-Ausschuss behandelt werden konnte. Dazu passt auch, das hat der Kollege Gennaro bereits erwähnt, die lapidare Feststellung, nämlich jetzt, dass ein Herantreten an die Bundesregierung nicht mehr zielführend erscheint – na klar –, da die Mittelzuteilung 2004 bereits fixiert und die Planungen bereits abgeschlossen sind. Statt aber gemeinsam mit uns gegen diese unsoziale Maßnahme anzukämpfen, machen Sie wieder einmal der Bundesregierung die Mauer.

Ich möchte abschließend sagen, steigen Sie herab vom Magnolienbaum und kämpfen Sie mit uns gemeinsam für diese Menschen, die haben unsere Unterstützung dringend notwendig. (Beifall bei der SPÖ. – 10.33 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Bittmann.

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie, in den Fensternischen die Gespräche einzustellen und dem Verlauf der Landtagsdebatte mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort, bitte.

Abg. Bittmann (10.33 Uhr): Danke, Herr Präsident! Frau Landeshauptmann, Mitglieder der Landesregierung, liebe Zuhörer im Zuhörerraum, sehr geehrte Medienvertreter, meine Damen und Herren!

Die Arbeitsmarktpolitik in der Steiermark ist eine äußerst erfolgreiche. Es hat jetzt zwei Redner gegeben von der Opposition, die aber auch in der Landesregierung sitzen, nämlich zwei Redner von den steirischen Sozialdemokraten. Und leider, obwohl die SPÖ mit drei Regierungsmitgliedern in der steirischen Landesregierung vertreten ist, haben Sie wahrscheinlich Ihre Wahlniederlage im Herbst 2000 noch immer nicht verkraftet, denn seit dreieinhalb Jahren versucht die SPÖ die Steiermark und damit leider auch die Steirerinnen und Steirer schlecht zu machen. Es vergeht keine Landtagssitzung, wo nicht der eine oder andere wortgewaltige oder weniger wortgewaltige SPÖ-Mandatar oder -Mandatarin zum Rednerpult schreitet und über das Land herzieht, über die Steiermark herzieht, über unser schönes Bundesland, über unser erfolgreiches Bundesland. In diesem Bundesland, meine Damen und Herren – und es gibt ja auch Zahlen, es ist ja belegbar – wird von unserem Finanz- und Wirtschaftslandesrat Herbert Paieryl eine äußerst erfolgreiche Wirtschaftspolitik gemacht. (Beifall bei der ÖVP.)

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist mit Zahlen belegbar. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist nicht durch merkwürdige Inserate schlecht zu machen, sondern eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist mit Zahlen belegbar, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Da wird es Ihnen nichts nützen, dass Sie Sonntag für Sonntag viel Geld ausgeben für merkwürdige Inserate, sondern die Fakten und die Zahlen sprechen für Wirtschafts- und Finanzlandesrat Herbert Paierl. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Arbeitslosenquote in der Steiermark ist im Jänner um 4 Prozent, im Februar um 5 Prozent zurückgegangen, zum Unterschied vom rot regierten Wien. Die Arbeitslosenquote in der Steiermark ist gesunken! Die Arbeitslosenquote im roten Bundesland Wien ist gestiegen! In der Steiermark haben wir plus 24.975 Beschäftigte von 1997 bis 2004 und das ist ein Erfolg unserer Wirtschaftspolitik! (Beifall bei der ÖVP.)

Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen in der Steiermark ist um 20,76 Prozent gesunken. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen in Österreich ist um 0,38 Prozent gesunken. Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen ist in der Steiermark gesunken. Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen ist auch österreichweit gesunken. Auch die Zahl der älteren Arbeitslosen ist in der Steiermark zurückgegangen.

Jetzt darf ich noch kurz zum KOP-Programm kommen. Es sind 2003 2,2 Millionen Euro aufgewendet worden und zusätzlich aus dem Ressort mit Ziel-2-Mitteln werden jetzt 2,35 Millionen Euro, also insgesamt 4,611 Millionen Euro aufgewendet, was eine Erhöhung ist. Das waren die Zahlen von 2003. 2004 wird es eine weitere beträchtliche Erhöhung geben. 2,5 Millionen Euro aus dem KOP-Programm, zusätzlich aus den Ziel-2-Mitteln 3,85 Millionen Euro. Das ergibt 6,3 Millionen Euro.

Also, Herr Prattes und Herr Gennaro, die Steiermark steht wirtschaftlich Gott sei Dank gut da, die Steiermark ist ein erfolgreiches Bundesland. Wir sind ein Industriestandort. Wir sind ein Wohlfühlhland. Wir haben die Thermen. Die Steiermark ist eine der wenigen Regionen weltweit, wo es in einer Region beides gibt, nämlich ewiges Eis und Weinanbau. Wir sind erfolgreich, die Steirerinnen und Steirer sind erfolgreich und das werden Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, nicht kaputtreden. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 10.39 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro zu einer kurzen Wortmeldung, wie er sagt.

Abg. Gennaro (10.39 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem ja viele Zuschauerinnen und Zuschauer anwesend sind, kann man das nicht im Raum stehen lassen.

Lieber Kollege Bittmann, wenn du mir ordentlich zugehört hättest, hättest du vielleicht sogar vernommen, dass ich indirekt das Land gelobt habe, indem ich gesagt habe, dass das Land zusätzlich (Abg. Bittmann: „Du kannst es direkt auch loben. Halte dich nicht zurück!“) – lass mich ausreden – viele Millionen Euro in die Hand genommen hat. Du hast deine Rede nämlich schon aufgeschrieben gehabt und hast nicht reagieren können auf das, was ich gesagt habe, das ist der einzige Punkt. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Wiener Situation, die ihr da immer wieder auf den Tisch legt: Ich war am Freitag auf einer Landeskonferenz in Wien. Dort hat man auch über die Sorge der Arbeitslosigkeit diskutiert. In Wien ist halt nur die Situation eine andere. Da setzen sich alle zusammen – Sozialpartner, AMS – und versuchen, der Situation Herr zu werden. Nur musst du die Zahlen genau anschauen. Bei der hohen Arbeitslosigkeit von den rund 40.000 in Wien sind allein 17.000 aus dem öffentlichen Dienst. Und wer die Diskussion kennt und verfolgt, weiß, dass man noch immer mehr sagt, Verwaltung weg, einsparen und, und. Die kommen auch auf den Arbeitsmarkt, das sind dann auch die Arbeitslosen, die Arbeit suchen.

Und zu den zusätzlichen Frauenarbeitsplätzen, die du immer wieder anpreist, und die Wirtschaftskammer hat sogar ein Schreiben herausgegeben – meine Gattin ist auch Unternehmerin, ein Einmannbetrieb –, wie herrlich, welche steigenden Ziffern es gibt, da sind viele, viele Menschen drinnen, die keine Beschäftigung finden, denen letztendlich dann nichts anderes übrig bleibt als in die Selbstständigkeit zu gehen und einen Einmannbetrieb zu führen. Weil wenn sie eine Arbeit bekommen hätten, hätten sie das in der Form über die Bühne gebracht.

Und dir dürfte auch entgangen sein – (Abg. Bittmann: „Kurt!“)

Nein, ihr müsst zuhören, ihr seid in der letzten Zeit so nervös, weil ihr so viele Probleme zu lösen habt, dass ihr nicht mehr richtig zuhören könnt, meine Damen und Herren. Das ist der Punkt. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben gesagt, wir verlangen von der Landesregierung, das ist eine Unterstützung, die Sozialdemokratie will die Unterstützung durch die Landesregierung haben, indem man die Mittel vom Bund für das AMS Steiermark nicht kürzt, meine Damen und Herren, damit das Land, und der Landesrat Paierl als Vertreter in der Form hat ja zusätzliche Mittel gegeben. Wären die Mittel nicht gekürzt worden, hätten wir noch mehr in der Steiermark machen können. So müssen wir weniger machen. Das ist der wahre Punkt. Daher bitte zuhören.

Und wenn man genau sagt, von den Mitteln, die abgezogen wurden – das muss ich euch auch noch schnell sagen –, die 2 Milliarden, ich habe sie früher angeschnitten, in der Kürze der Redezeit kann man das nicht unterbringen, von den 2 Millionen hat der Bundeshaushalt weniger Mittel in den Ausgleichsfonds genommen, weil sie in die Pensionskasse eingegangen sind. Und die zweckwidrige Abschöpfung von Teilen aus dem Arbeitsmarkt von 2 Milliarden Schilling würde ausreichen, wenn man das, was ihr sagt, benachteiligte Frauen wieder eingliedern und, und, und, wenn diese Mittel zur Verfügung stehen.

In Österreich, habe ich gesagt, ein Viertel der Jugendlichen hat entweder keine oder eine falsche Ausbildung. Da muss man leider etwas tun, weil die Wirtschaft will ja nicht ausbilden, obwohl sie Körpergeld kriegt, obwohl sie Investitionen möglich hat, aber die Lehrlingssituation ist noch immer die gleiche.

10 Prozent höhere Erwerbsquote bei den Frauen in Österreich – das haben Statistiker errechnet – würden 300.000 Jobs am Arbeitsmarkt bedeuten, meine Damen und Herren.

Und dafür sollen wir uns einsetzen und nicht herumspielen und sagen, die Sozialdemokraten wollen die Steiermark schlecht machen. Nehmt zur Kenntnis, jeder einzelne Arbeitslose hat ein Schicksal, ist oft in seiner gesamten Situation mit Familie gefährdet. Und da hat jeder Einzelne aufzustehen und zu sagen, die Arbeitslosigkeit in der Steiermark muss bekämpft werden, meine Damen und Herren. Nicht so eine billige Polemik. (Beifall bei der SPÖ. – 10.43 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kasic. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Kasic (10.43 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte da an die letzte Wortmeldung des Abgeordneten Gennaro anschließen, die einmal mehr diese Doppelmoral der sozialdemokratischen Fraktion und des Abgeordneten Gennaro gezeigt hat, indem er nämlich in der Steiermark, wenn wir von Arbeitslosigkeit und Arbeitslosen und damit von Menschen reden, wenn wir in dieser Thematik sozusagen immer wieder einen Schuldigen suchen – jetzt muss er telefonieren, der Herr Abgeordnete Gennaro, es hilft nichts, auch wenn du den Zettel vor das Telefon hältst, du könntest ruhig zuhören – und gleichzeitig dann aber in Wien diese hohe Arbeitslosigkeit zu verteidigen versucht. Diese Doppelmoral, lieber Kurt, ist deiner nicht würdig und das hast du eigentlich nicht notwendig. (Abg. Mag. Drexler: „Auch in Wien hat jeder ein Schicksal!“ – Abg. Kröpfl: „Wir sind in der Steiermark und sollen steirische Lösungen anbieten!“)

Ein zweiter Punkt – ganz wichtig – (Abg. Gross: „Nur Schlechtmachen hilft auch nicht!“) Im Schlechtmachen, liebe Frau Abgeordnete Gross, sind Sie Spitze.

Meine Damen und Herren, aber lassen Sie mich noch eines sagen, lieber Kurt, wenn du gesagt hast, die Wirtschaft will nicht ausbilden, wenn du einfach irgendwelche Behauptungen in den Raum stellst, die, wie du selbst bestens weißt, nicht stimmen, die Wirtschaft ist nach wie vor bereit, wenn die Rahmenbedingungen stimmen – und in unserem Bundesland stimmen die Rahmenbedingungen – Jugendliche auszubilden, Lehrlinge auszubilden und damit wertvolle Arbeitskräfte für diese Wirtschaft in diesem Land zu schaffen.

Die Wirtschaft braucht kein Körpergeld, wie du es sagst, sondern sie erwartet sich Rahmenbedingungen, wie wir alle sie erwarten und wie gerade du sie immer eingefordert hast. Und diese Rahmenbedingungen werden wir unter Führung unseres Wirtschafts- und Finanzlandesrates Herbert Paierl weiterhin auch in diesem Land schaffen.

Lieber Kurt, vielleicht könntest du einmal, statt telefonieren, zuhören. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.45 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mehr vor.

Bitte, dann müssen sich die Damen und Herren melden. Sonst würde ich zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Wiedner, wünschen Sie das Wort? Dann habe ich das bereits registriert. Bitte, Sie sind am Wort.

Abg. Wiedner (10.45 Uhr): Herr Präsident, ich bedanke mich für die Registrierung. Ich habe nur auf ein paar Unterlagen gewartet und habe mich deshalb noch nicht gemeldet gehabt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Hast du die Unterlagen von mir?“)

Ich habe alles von dir. Ich habe alle deine Unterlagen in letzter Zeit gesammelt, weil die werde ich brauchen am 2. April.

Es gibt ja viele Dinge, Herr Landesrat, aber fangen wir mit dem Formellen an.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Mitglieder der Steirischen Landesregierung, liebe Kollegen aus dem Steirischen Landtag, liebe Zuhörer – (Abg. Stöhrmann: „Kolleginnen!“) Zuhörerinnen! Danke, Herr Bürgermeister. Mir hat ja dein Zwischenruf heute schon gefehlt, aber er ist jetzt gekommen.

Ich darf noch einmal daran erinnern, in Sachen der Arbeitsmarktpolitik hat niemand den Stein der Weisen erfunden. Es geht quer durch alle Bundesländer, es geht quer durch alle Länder Europas, alle kämpfen mit dem Problem der Arbeitslosigkeit.

Und in dem Fall muss ich, auch wenn ich nicht mehr unverdächtig bin, der steirischen Landesregierung für die Arbeitsmarktpolitik in der Steiermark ein Lob aussprechen.

Die Steiermark ist das einzige Land, das in der Arbeitsmarktpolitik derzeit die besten Werte aufweist. Das ist ja bekannt und das kann man auch nicht wegdiskutieren. Das ist Gott sei Dank so! Jetzt geht es nicht darum, hier einen Mann speziell zu loben, der ja momentan größere und andere Probleme hat, aber es geht darum zu sagen, dass in den letzten Jahren in der Arbeitsmarktpolitik – (Abg. Kröpfl: „Unter den Blinden ist ein Einäugiger ein Sehender!“)

Du klingst heute immer so nervös bei deinen Zwischenrufen. Warte ein bisschen, deine Zeit kommt noch!

Wir haben die besten Werte, Gott sei Dank und ich darf hier – das waren die Unterlagen, auf die ich gewartet habe – darauf hinweisen, was zum Beispiel in Wien wirklich passiert. Jeder, der sich hier herausstellt, Kollege Gennaro – jetzt stellt er sich nicht mehr heraus, jetzt hat er sich schon ins Eckerl gestellt – muss hier auch diese Zahlen sehen. Das mit Abstand schlechteste Bundesland in der Arbeitsmarktpolitik ist das sozialistisch allein regierte Wien. Mit Abstand! (Abg. Kröpfl: „Wenn sozialdemokratisch!“)

Okay, das kann man sehen wie man will. Ein rein sozialdemokratisch regiertes Land in Österreich ist Wien und dort haben wir die schlechteste Arbeitsmarktpolitik, die derzeit in Österreich stattfindet, liebe Freunde von der SPÖ. Also redet nicht so, ihr seid die Bewahrer des Arbeitsmarktes. (Abg. Kröpfl: „Wir sind in der Steiermark!“)

Ich weiß, euch geht Kärnten nichts an, euch geht Wien nichts an, ihr seid lauter Steirer. Nur, wenn es einen Erfolg irgendwo gibt, dann ist er auch bei den anderen. (Abg. Mag. Drexler: „Es ist traurig, was aus dem roten Wien geworden ist!“)

Herr Kollege Drexler, in dem Fall hast du Recht, wenn du auch sonst nicht immer Recht hast.

Die zweite Angelegenheit. Wien ist Spitze bei der Arbeitslosenstatistik. Wien ist dafür aber auch in einem anderen Bereich Spitze, nämlich bei der Erhöhung von Gebühren. Auch das ist interessanterweise in dem Artikel angeführt. Die höchsten Müllgebühren, die höchsten Steigerungen, die Wassergebühren, alle Bereiche, die wirklich das tägliche Leben der Menschen betreffen, sind in Wien am teuersten geworden in letzter Zeit. Freunde, das ist sozialdemokratische Politik und vor der müssen wir uns nicht fürchten! Vor der müssen wir uns fürchten, Entschuldigung. (Abg. Kröpfl: „Ab und zu kommt die Wahrheit bei dir durch!“ – Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Herr Abgeordneter, setzen Sie fort!“)

Herr Kollege Kröpfl, du gestattest mir auch einmal einen Versprecher.

Die zweite Problematik: Ich verstehe die Problematik um das AMS nicht. Wenn man mit Unternehmen spricht und es sind ja sehr viele von uns, die draußen sind und mit den Leuten sprechen, es sucht und braucht jeder größere Betrieb Arbeitskräfte. Wenn wir allein am Freitag und Samstag die Tageszeitungen aufschlagen, sehen wir, wie viele Stellenangebote es gibt. Nur, die Firmen sagen, wir finden die Mitarbeiter nicht. Ich will jetzt nicht darüber diskutieren, welche Gründe hier noch dahinter stecken. Nur, eines wissen wir auch, wenn man die Leute fragt, warum geht ihr nicht zum AMS, das ist die Anlaufstelle, dann bekommt man die Antwort, „Beim AMS bekommen wir nicht, was wir brauchen“. Das AMS ist im Endeffekt eine Verwaltung der Arbeitslosigkeit und das hat sich nicht geändert. Das AMS soll einmal dazu übergehen, wirkliche Arbeitsmarktpolitik zu machen und nicht nur die Arbeitslosigkeit zu verwalten. Das ist der falsche Weg und dafür brauchen wir auch nicht mehr Mittel. Das kann es in dem Fall sicherlich nicht sein!

Es hat die Regierung in dem Fall sehr vieles getan, bitte. Denken wir an die Konjunkturpakete, die gekommen sind, denken wir an die Unterstützung der Betriebe für die Lehrlingsproblematik. Nur, eines bitte, lieber Kurtl Gennaro, kann man den Betrieben auch nicht umhängen. Sie können nicht die Versäumnisse der Schulausbildung nachholen. Du hast es heute auch gesagt, ich habe mir das sogar mitgeschrieben. Es geht eben leider bei der Schulausbildung sehr vieles in die falsche Richtung. Es sagen die Unternehmer dann, wieso soll ich bitte jetzt dem jungen Lernwilligen Lesen, Schreiben und Rechnen beibringen, das kann nicht meine Aufgabe sein. Ich glaube, wir müssen in dem Bereich viel früher ansetzen und die Schulausbildung reformieren und in der Schule wirklich die jungen Leute für das Leben, für das Berufsleben vorbereiten und nicht nur eine Schulausbildung zum Selbstzweck machen. Kollege Kröpfl, du gibst mir natürlich Recht, in diesem Fall. (Abg. Kröpfl: „Ihr braucht nur mit uns mitgehen!“)

Lieber Kollege Kröpfl, da bin ich sehr skeptisch, wenn ich mir die Vorschläge der SPÖ, Gusenbauer und so weiter und auch in der Steiermark anschau. Das zielt bitte nicht auf Leistung ab, sondern das, was ihr wollt, zielt auf Gleichmacherei ab und das kann nicht das Ziel der Schulpolitik sein. Wir müssen die Leute auf das Leben vorbereiten und nicht zu Minimalleistungen erziehen. (Abg. Kröpfl: „Da sieht man, wie du dich mit dieser Problematik beschäftigt hast!“)

Noch einmal abschließend zu dem ganzen Thema. Wir liegen in der Steiermark Gott sei Dank gut im Arbeitsmarkt. Aber nun auf den Lorbeeren ausruhen, das kann es auch nicht sein, das darf es nicht sein. Wir haben Gott sei Dank den Autocluster, der uns momentan aus der ganzen Angelegenheit herausreißt. Nur, wehe dem, wenn dort ein Problem passiert, dann haben wir in der Steiermark die größten Probleme am Arbeitsmarkt, weil wir einfach eine zu geringe Streuung in dem Bereich haben.

Ein Problem noch, das vielleicht noch kurz angesprochen werden sollte, ich habe es schon ein paar Mal gesagt. Ich halte auch nicht sehr viel von diesen Aus- und Weiterbildungsprogrammen, liebe Freunde. Wir sehen das des Öfteren, dass zwar großartige Ausbildungswege beschritten werden sollten, nur, wir sehen dann nie, was im Endeffekt dadurch an Beschäftigung geschaffen wird. Ich glaube, die wichtigste Wirtschaftspolitik ist das – (Abg. Prattes: „Ich kann positive Beispiele aufzählen!“)

Du weißt vielleicht ein paar positive, es gibt eher sehr viele negative. Ich glaube, im Großen und Ganzen, das kann ich ganz einfach sagen, ist diese ganze Problematik der Weiter- und Fortbildung ein Beschäftigungsprogramm für jene, die sich damit beschäftigen, und nicht für jene, die wirklich ausgebildet werden sollten. Das ist das große Problem dabei. Aber die Arbeitsmarktpolitik in der Steiermark ist positiv, die Beschäftigungsrate in der Steiermark ist detto positiv, auch wenn es Dinge gibt, die in der Steiermark derzeit nicht so gut laufen, aber das ist ein anderes Thema beziehungsweise eine andere Geschichte. Danke! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 10.55 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Jetzt schreite ich zur Abstimmung.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie nunmehr um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Rücknahme der Kürzungen der Mittel für das Arbeitsmarktservice, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Vielleicht noch eines zur Wortmeldung. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich wirklich rechtzeitig zu melden und nicht wie vorhin im letzten Moment knapp vor der Abstimmung die Wortmeldung bekannt zu geben.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1320/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Förderung der Umstellung auf artgerechte Legehennenhaltung.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Editz Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (10.56 Uhr): In der Regierungsvorlage zum grünen Antrag, Förderung der Umstellung auf artgerechte Legehennenhaltung, berichtet die Regierung einerseits über Stallbaumaßnahmen und Subventionen sowie über das österreichische Programm für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Weiters werden die Fachabteilungen 6A, 6C, 7B, die KAGES und Fachabteilung 11B nach ihrem Beschaffungswesen befragt.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses wird zur Kenntnis genommen. (10.56 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Frau Abgeordnete, Sie sind bereits am Wort. Frau Abgeordnete Zitz zu Tagesordnungspunkt 5.

Abg. Mag. Zitz (10.57 Uhr): Guten Morgen allerseits. Sehr geehrte Gäste, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sie können sich vorstellen, wenn eine Woche nach dem Ministerratsbeschluss zu einem neuen Bundestierschutzgesetz eine Grüne ans Rednerpult geht, zum Thema artgerechte Legehennenhaltung, kommt sie nicht umhin, eine Bewertung des Bundestierschutzgesetzes abzugeben.

Es schaut so aus, dass dieses Bundestierschutzgesetz auf mehreren Ebenen zeigt, dass die Bundesregierung zwar im Nationalratswahlkampf sehr geschickte PR zugunsten des Tierschutzes gemacht hat. Es gibt ein legendäres steirisches Foto von der Frau Landeshauptfrau mit einem hinreißenden rosaroten Schweinchen am Arm, wo sie sich für einen österreichweit einheitlichen Tierschutz einsetzt. Seither haben wir von Seiten der Frau Landeshauptfrau zum Thema Tierschutz nichts mehr gehört.

Werte Regierung, Sie haben neun Monate gebraucht, bis Sie unseren Antrag bezüglich artgerechte Legehennenhaltung bearbeitet haben. Das ist ziemlich lang bei einem Thema, das erstens einmal sehr viele Leute interessiert, etwa kleine landwirtschaftliche Betriebe, die oft sehr ökologisch produzieren und die beschämend behandelt werden, weil es einfach für agrarische Produkte keinen gerechten Preis gibt. Tierschutz ist ein spezielles Anliegen von vielen jungen Leuten. Und ein letztes Argument noch, Tierschutz ist auch ein Anliegen, wie man mit einer klugen marktwirtschaftlich orientierten Beschaffungswesenspolitik dazu beitragen kann, dass bestimmte Produzenten und Produzentinnen einfach besser unterstützt werden.

Aus meiner Sicht ist unser Antrag, den wir gestellt haben und der jetzt von der Regierung sehr unbefriedigend beantwortet worden ist, konkret ein Stück Arbeitsmarktpolitik, durchaus im Sinne von dem, was vorher angesprochen worden ist, und ein Stück Wirtschaftspolitik.

Konkret zum Tierschutzgesetz, das vorliegt. Dieses Gesetz schützt in erster Linie die Interessen von Massentierhaltern. Und ich war sehr positiv überrascht, als ich in einem Medienbericht vor einer Woche gesehen habe, dass der Präsident der Landwirtschaftskammer der Steiermark und ich in einem Punkt eine gleiche Einschätzung haben, nämlich dass das Bundestierschutzgesetz nicht zugunsten von kleineren Betrieben ist. Von Seiten der Grünen probieren wir seit Jahren, das Land und den Bund zu motivieren, dass es eine anständige Tierschutzförderung für kleinere Betriebe gibt, die sich bestimmte Umstellungen sonst einfach nicht gut leisten können. Und dass der Bund das verwehrt, ist für mich auch eine Tatsache, die zeigt, dass der Bund mit Tierschutzanliegen einfach nicht korrekt und konsequent umgeht.

Zum Bundestierschutzgesetz. Die jetzige Vorlage ist schlechter als das Tierschutzrecht in fünf Bundesländern. Derzeit ist in fünf Bundesländern die Käfighaltung von Legehennen verboten. Das wird durch dieses Bundestierschutzgesetz wieder zugelassen. (Präsident: „Frau Abgeordnete, Sie haben es blendend geschafft, Ruhe herzustellen. Gratuliere!“) Genau das war meine Absicht. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Es geht weiter mit einer kritischen Bewertung bezüglich generelles Käfighaltungsverbot. Ich habe mich vorher mit meinem Sitznachbarn darüber ausgetauscht, wie wir da die Lage einschätzen und wir sind beide übereingekommen, dass es einfach darum geht, egal wie das Haltungssystem ist, zu schauen, dass es hygienisch und gesundheitsmäßig gut durchgeführt wird. Und eine Bodenhaltung, wo sich der Landwirt nicht schert und nicht kümmert, ist genauso schlecht für das Geflügel wie eine Käfigbatterie.

Wir wünschen uns jedenfalls ein generelles Verbot der Käfighaltung von Legehennen – die EU gibt das seit 1999 vor –, weil das eine tierquälereiche Haltungsform darstellt und wir wollen einen tatsächlichen Ausstieg in Österreich bis zum Jahr 2009. Sie können mir glauben, das ist vom Politischen her machbar.

Es hat vor etlichen Jahren die Überlegung gegeben, dass Papier, das man beim Drucker oder Kopierer verwendet, wenn das ökologisch hergestellt wird, dass das niemand kaufen wird und dass das nicht marktfähig ist. Es hat bis vor einigen Jahren die Vorstellung gegeben, dass Bildschirme im Computerbereich, die einfach mehr auf die Gesundheit der Benutzer und Benutzerinnen abgestellt sind, so teuer sind, dass sie niemand kaufen kann. Ich glaube, durch eine kluge, zeitgerechte politische Unterstützung und durch eine Umstellung des landeseigenen Beschaffungswesens kann man genau diese Umorientierung auch im Rahmen einer Marktwirtschaft sehr gut in den Griff kriegen.

Ein Punkt noch, mehr Tierschutzlobby. Ein alter Wunsch von Tierschutzfachleuten ist eine Tierschutzanwaltschaft, wo sich Personen hinwenden können, die das Gefühl haben, dass Tiere schlecht behandelt werden, dass Tiere gequält werden.

Und ein zweiter Punkt, eine Verbandsklage für Tierschutzorganisationen.

Diese beiden Punkte hat sich die ÖVP leider auch mit voller freiheitlicher Unterstützung nicht getraut in das Gesetz aufzunehmen und diese beiden Punkte werden von den Grünen sehr heftig reklamiert, und zwar einfach im Sinne eines konsequenten Tierschutzes.

Ich möchte anschließend einen Antrag der Grünen einbringen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, folgende Verbesserungen in das geplante Bundestierschutzgesetz aufzunehmen:

Erstens: Ein generelles Verbot der Käfighaltung von Legehennen mit einem österreichweiten Ausstieg bis 2009 unter Beibehaltung der bereits bestehenden Länderregelungen mit rascherem Ausstiegsdatum aus der Käfighaltung.

Zweitens: Keine Ausnahmegenehmigungen für Tierquälerei.

Drittens: Die Verankerung einer Tierschutzanwaltschaft.

Viertens: Ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen.

Summa summarum sehen Sie, dass das einiges an Arbeitsauftrag für die Bundesregierung ist und dass die Bundesregierung zwar auf der Ebene der PR sich immer wieder sehr geschickt in Szene gesetzt hat, wenn es also darum geht so zu tun, als ob Tierschutz ein Anliegen wäre. Aber wenn es wirklich darum geht, konsequente Maßnahmen zu setzen, und zwar Maßnahmen auch im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit für kleinere Landwirtschaften, ist die Regierung ziemlich knieweich geworden.

Abschließend noch einige Worte – zurück zur Steiermark – zum Beschaffungswesen.

Danke einerseits für die Antworten von sehr unterschiedlichen Abteilungen, welche Art von Eiern sie einkaufen. Uns ist es nicht egal, ob in Lehrlingsheimen, ob in Kantinen, ob in den Krankenanstalten Eier verwendet werden, die tierquälereich hergestellt werden oder Eier aus der Bodenhaltung und der Freilandhaltung oder im Idealfall aus dem Biolandbau. Es haben alle Abteilungen darauf reagiert, teilweise nicht in der Qualität wie ich es mir als Grüne gewünscht hätte, aber es ist doch erstmals in der Steiermark eine Bestandsaufnahme über diesen Teil des Beschaffungswesens. Das ist der Grund, warum die Grünen dieser Regierungsvorlage zustimmen werden. Kritikpunkte habe ich schon einige genannt.

Bei unserem Antrag bezüglich Bundestierschutzgesetz ist es uns ein großes Anliegen, dass Sie den mittragen, weil dann unsere Leute im Parlament mit Rückenstärkung vom steirischen Landesparlament bestimmte Anliegen gegenüber dem Bundesminister und der Bundesministerin noch besser vertreten können. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 11.06 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Riebenbauer, bitte.

Danach Kaufmann.

Abg. Riebenbauer (11.06 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Wir haben eine Regierungsvorlage zu beschließen, einen Ausschussbericht, mit dem wir uns auch im Ausschuss intensivst befasst haben, auch über die ganze Diskussion bezüglich Freilandhaltung, Käfighaltung der Hühner und so weiter. Und wir können auch da aus dem Ausschussbericht ersehen, dass Gott sei Dank dort, wo es möglich ist, Eier aus Freilandhaltung schon verwendet werden.

Es gibt natürlich auch noch andere Bereiche im Hinblick auf die KAGES, wo man sagt, ja, es ist auch ein Preisproblem. Das möchte ich jetzt ganz wertfrei sagen.

Wir haben diese Regierungsvorlage auch im Ausschuss einstimmig angenommen, weil wir uns einig sind, es ist nicht einfach, aber es passiert doch schon so manches.

Zum Zweiten, zum Entschließungsantrag der Grünen bezüglich Bundestierschutzgesetz. Es tut mir persönlich weh und ich sage das da ganz offen, wenn da drinnen formuliert ist, dieses Gesetz schützt die Interessen der Massentierhalter. Warum tut es mir weh, Frau Kollegin? Ich habe mir die Zahlen nochmals angeschaut. Wie viele Tiere haben wir in Österreich pro Betrieb im Vergleich zu anderen EU-Ländern? Nehmen wir einmal die Milchkühe her, mit denen ich tagtäglich konfrontiert bin. Wir haben in Österreich im Schnitt pro Betrieb neun Milchkühe, wir haben in Deutschland 31,2 und in Dänemark zum Beispiel 57,4. Bei den Rindern insgesamt haben wir in Österreich 21,2, in Deutschland 62,6 und in Dänemark 78,0. Und wenn immer wieder auch die Schweine angesprochen werden – (Abg. Mag. Zitz: „Herr Kollege!“) Ich habe Sie nicht unterbrochen, unterbrechen Sie mich bitte auch nicht! – in Österreich haben wir pro Betrieb im Durchschnitt 39,8 Schweine, in Deutschland 184,5 und in Dänemark, meine geschätzten Damen und Herren, 750,0. Da habe ich mein Problem damit, wenn man sagt, wir bäuerlichen Familienbetriebe in der Steiermark sind Massentierhalter. Wir sind keine Massentierhalter, wir sind bäuerliche Familienbetriebe, die im harten Wettkampf mit der EU leben und leben müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine geschätzten Damen und Herren, geschätzte Frau Abgeordnete, eines muss uns auch bewusst sein – und ich sage das aus innerer Überzeugung –, die romantische Landwirtschaft, wie sie viele gerne hätten, die gibt es, aber die gibt es nur im Heimatmuseum und sonst nirgends mehr. Wir haben eine Landwirtschaft, mit der wir im Wettbewerb stehen und wo wir überleben müssen. Sie haben ja daheim auch keine Rauchküche mehr, Sie haben höchstwahrscheinlich auch einen E-Herd, weil Sie auch moderner geworden sind und das kritisiert ja auch niemand. Wir stehen einfach im Wettbewerb mit anderen EU-Ländern und wir haben von der Struktur her – und das wollte ich jetzt beweisen mit meinen Daten und meinen Zahlen – einen enormen Nachteil. Wenn verlangt wird, dass wir schärfere, strengere Bestimmungen haben als andere EU-Länder, als unsere Konkurrenten, dann ist das für uns – und das sage ich ganz klar und deutlich, meine geschätzten Damen und Herren – eine Wettbewerbsverzerrung. Es ist für uns ein Nachteil. Ich glaube, jeder Bauer und jede Bäuerin, die Tiere haben, wissen, je besser sie auf ihre Tiere schauen, je besser sie mit ihnen umgehen – ich habe bei einem Melkkurs vor Jahren einmal das Wort gehört „liebvolle Betreuung“ – je liebevoller sie mit ihnen umgehen, umso besser ist der Nutzen. Nutzen ist für mich in dem Sinne nichts Negatives, sondern einfach etwas Positives, weil das im Einklang des Bauern mit dem Tier, mit dem Vieh einfach passiert.

Meine geschätzten Damen und Herren, nochmals ganz klar, wir – und damit meine ich die gesamte Fraktion der steirischen Volkspartei – sind selbstverständlich für Tierschutz mit Maß und Ziel. Wir sind aber auch für einen Schutz für die Bauern gegen einen übertriebenen Tierschutz, das möchte ich ganz klar und deutlich sagen.

Weil Sie die Kontrollen angeschnitten haben und so weiter und dass da mehr passieren müsste. Wir haben in der Steiermark 720 Kontrollen, wo die Amtstierärzte hinausgehen in die Stallungen und schauen, ob die Tierschutzgesetze eingehalten werden.

Zum Nächsten, die Anbindehaltung wird immer wieder diskutiert. Die Anbindehaltung ist für jene Betriebe, die die Möglichkeit einer Weide haben, überhaupt kein Problem, darüber brauchen wir gar nicht reden, das ist etwas ganz Einfaches. Die Anbindehaltung ist aber für jene kleineren Betriebe, die noch dazu, wie es sich eben früher ergeben hat, mitten in den Ortsgebieten sind, wo die Möglichkeit und die Chance nicht besteht, dass der einen großen Auslauf macht, weil sich vielleicht der Nachbar dann aufregt, für die ist es ein Problem und da müssen wir Möglichkeiten im Bundestierschutzgesetz schaffen, meine geschätzten Damen und Herren. Eines sage ich da auch noch dazu und weil das gerade von Ihnen, von den Grünen, eigentlich relativ selten erwähnt wird. Artgerechte Tierhaltung, wie wir sie uns eigentlich alle wünschen, muss für alle Tiere gelten. Ich mache keinen Unterschied zwischen einem Nutztier und einem Heimtier. Das gilt genauso für das Vogerl im Käfig und auch für die Kuh im Stall, damit das auch klar gesagt ist.

Zur Legehennenhaltung ganz kurz. Die konventionelle Legehennenhaltung ist ab 2009 in Österreich laut dem Entwurf dieses Bundestierschutzgesetzes verboten. Die ausgestattete Käfighaltung ist, so wie sie die EU vorsieht, ab 2012 verboten. Wir müssen immer eines bedenken. Es geht da nicht nur darum, um das Frischei, das wir gerne essen, das sowieso schon gekennzeichnet ist, aus welcher Haltung es kommt, sondern es geht zusätzlich noch um etwas ganz anderes. Es geht um jene Eier, die für die Lebensmittelproduktion in Teigwarenfabriken verwendet werden, wo es nicht nachvollziehbar ist, wo das Ei herkommt und dort besteht einfach die Gefahr, dass es uns so passiert wie in der Schweiz, dass man sagt, selbstverständlich, wir verbieten das, wir lassen das nicht gelten, aber die Eier werden dann aus anderen Ländern importiert, wo diese Hühner die gleichen Bedingungen haben, die wir bei uns verbieten. Man verlagert die bäuerliche Produktion in ein anderes Land und das wollen wir nicht haben.

Abschließend nochmals, meine geschätzten Damen und Herren, schauen Sie diese Graphik an. Das sind die Rinderbestände in Österreich und das ist der Rindfleischverbrauch. Wenn wir es den Bauern so schwer machen, dass sie die Tiere nicht mehr halten wollen und dass sie keine Motivation haben, Tiere zu halten – und ich bitte da um Verständnis –, dann werden wir früher oder später, meine geschätzten Damen und Herren, das Gras, wenn wir die Kulturlandschaft erhalten wollen, selber essen oder fressen können. Und so weit soll es nicht kommen! Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.14 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Monika Kaufmann. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Kaufmann (11.14 Uhr): Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Es ist eigentlich das eingetreten, was die ÖVP-FPÖ-Regierung in den letzten Jahren mehrmals vorgeführt hat. Gesetze in Husch-Pfusch ohne Rücksicht auf die Betroffenen. Beim Tierschutzgesetz kann man zwar nicht von Husch reden, es hat doch einige Zeit gedauert, aber ganz sicher in vielen Punkten von Pfusch. Es wird ein Gesetz auf den Tisch geklatscht und soll gegen den Willen der Oppositionsparteien durchgepeitscht werden. In diesem Fall musste dieses Tierschutzgesetz, das Schüssel in einer Panikreaktion einige Tage vor der letzten Nationalratswahl noch schnell versprochen hat, noch schnell vor den Landtagswahlen in Salzburg und in Kärnten durch den Ministerrat, so nach dem Motto: „Versprochen und gehalten!“ Genutzt hat es ihm nichts, Schaden wird dieses Gesetz, wenn es so durchkommt, aber vielen. Mit diesem Gesetz wird der eigentliche Wunsch, ein einheitliches Bundestierschutzgesetz für alle neun Bundesländer zu haben, nicht erfüllt, denn sehr vieles, ich sage viel zu vieles kann auf dem Verordnungsweg geregelt werden. Das heißt, die einzelnen Landesräte können unterschiedlichst und nach ihrem Gutdünken entscheiden. Eines muss uns auch klar sein, kein Nationalratsabgeordneter, kein Landtagsabgeordneter, um hier die Kolleginnen und Kollegen auch anzusprechen, kann dabei mitreden. Also wir sehen diese Verordnungen ja erst, wenn sie in Kraft sind. Wir haben keine Möglichkeit auf Verordnungen einen Einfluss zu nehmen. Ich denke hier noch mit Schrecken an die steirische Kampfhundeverordnung, die damals Landesrat Pörtl eingebracht hat. Wir haben ein gutes Tierschutzgesetz im Einvernehmen mit allen gemacht und dann ist diese steirische Kampfhundeverordnung, die uns doch einen recht zweifelhaften Ruf in ganz Österreich eingebracht hat, durchgekommen.

Eigentlich hätte es die Bundesregierung ja ganz einfach gehabt. Es gibt neun Landestierschutzgesetze, die zum großen Teil sehr gut sind, die sich bewährt haben und die von den Betroffenen akzeptiert sind. Eigentlich hätte die ÖVP nur die besten Punkte abschreiben brauchen, aber nicht einmal das hat sie zusammengebracht. Der Unmut ist dadurch auch entsprechend groß und der Unmut kommt nicht nur von der breiten Öffentlichkeit, er kommt auch – und der Kollege Riebenbauer hat es schon gesagt – von der Landwirtschaft. In einigen Punkten verstehe ich diesen Unmut.

Ich möchte einige Bemerkungen dazu machen.

Der Hauptkritikpunkt dieses Gesetzes ist die Käfighaltung von Hühnern. Während die einen ein generelles Verbot fordern, sagt die ÖVP, es darf sich nichts ändern.

Ich würde die Frau Kollegin Zitz auch ersuchen, dass sie zuhört, ich werde vielleicht auch einige Minuten stehen, bis du mir zuhörst. In eurem Antrag habt ihr eine umfangreiche Förderung für jene, die umsteigen wollen, eine umfangreiche Förderung für eine tiergerechte Haltung steht im ursprünglichen Antrag. Im Entschließungsantrag ist davon keine Rede mehr. Das fehlt mir in diesem Entschließungsantrag, denn ich halte das für einen sehr wichtigen Punkt, der hier leider nicht mehr vorkommt.

Unverständlich ist für mich aber schon das Gejammer der ÖVP. Das ist für mich unverständlich. Wie schlimm das ist und so. Ändert es doch, ihr habt es ja in der Hand, dass ihr es ändert. Oder redet ihr draußen mit euren Kollegen im Bund nicht? Habt ihr keine Kommunikation? Warum sagst du das da? Es ist ein Bundestierschutzgesetz. Es ist von der ÖVP vorgelegt worden. Wenn da so schlimme Sachen sind, dann ändert es einfach.

Und wenn man etwas ändern kann, dann hätte ich da einige sehr gute Vorschläge. Anstatt immer der Musterschüler der EU zu sein, könnte man ja einmal Forderungen an die EU aufstellen, nicht immer nur brav und gehorsam alles übernehmen, was von draußen kommt, egal ob das jetzt Gentechnik ist oder ob das andere Punkte sind. Fordert einmal etwas. Ich meine, der Herr Schüssel ist ja sehr oft draußen, aber immer in eigener Sache. (Abg. Bittmann: „Bundeskanzler Schüssel. So viel Zeit muss sein!“)

Ja, in eigener Sache, um draußen vielleicht einen tollen Posten zu erringen, damit er da in der Bundesregierung abspringt. Gebt ihm einmal ein Packerl mit Forderungen mit. Er soll draußen einmal etwas fordern und nicht immer nur der Musterschüler sein, nur damit er draußen unter Umständen einen Kommissionsposten kriegt.

Eine Forderung zum Beispiel wäre die genaue Kennzeichnung von Eiern, die nicht aus Österreich kommen, auch in der Verarbeitung, auch bei Verarbeitungswaren, damit das klar deklariert ist, von wo kommen die Eier her. Nicht nur bei Eiern, bei Fleisch, bei sehr vielen anderen Sachen würden wir uns in Österreich und wir Bauern in Österreich viel leichter tun, wenn das beschriftet wäre, wenn draufstehen würde, dass da ein dänisches Schwein oder ein belgisches Ei oder was immer drinnen ist. Das habt ihr noch nie zusammengebracht.

Oder warum lässt man den Handel immer ungeschoren? Man wälzt die ganzen Probleme auf die Produzenten ab. Der Handel bleibt aber immer ungeschoren. Bitte, Herr Kollege Riebenbauer, geht's doch einmal die an. Warum sagt man nicht zum Handel, machts bitte schön einmal eine Preisaktion für Freiland Eier oder für Eier aus Bodenhaltung. Warum gibt es immer nur Preisaktionen für Eier aus Batteriehaltung? Das wäre doch einmal eine Forderung. Aber den Handel darf man ja nicht angreifen. Wenn man so eine Preisaktion macht, dann soll man aber die Aktion oder die Einsparung nicht auf den Produzenten umlegen, das soll einmal der Handel tragen.

Oder warum macht man nicht einen Preisaufschlag für Batterieeier? Wenn wir die Käfighaltung verbieten – das ist ja das Hauptargument –, dann kommen die billigen Eier und die Batterieeier von draußen herein. Warum machen wir da nicht einmal einen Aufschlag auf die Eier, die von draußen kommen? Warum fordern wir das nicht einmal? Da hört man immer, nein, das geht nicht und das geht auf gar keinen Fall. Ich habe ja nicht einmal eine Forderung in die Richtung gehört. Stellt euch einmal auf die Füße, ihr habt es in der Hand. (Beifall bei der SPÖ.)

Es heißt, die EU ist gegen jede Wettbewerbsverzerrung, und das haben wir auch immer so auf einem Schilderl oben stehen. Wir sind aber sehr wohl gezwungen Lebensmittel hereinzulassen, die für uns wettbewerbsverzerrend sind, Lebensmittel, die draußen produziert werden ohne unsere Umweltauflagen, ohne Auflagen an den Tierschutz. Das ist genauso wettbewerbsverzerrend. Wann treten wir da einmal auf und sagen, das ist wettbewerbsverzerrend und dagegen verwehren wir uns? Nur, da ist man immer ganz still und da sagt man nie ein ganzes Wort.

Ich fordere die ÖVP auf, sich einmal für die Änderungen einzusetzen. Und wie gesagt, wenn der Herr Schüssel wieder einmal Richtung Brüssel – Schüssel, Brüssel – unterwegs ist, dann soll er sich einmal, anstatt um seinen Sessel zu reden, um die Landwirtschaft, die ja angeblich nur von der ÖVP vertreten wird und nur die ÖVP weiß, was für die Landwirtschaft gut ist, kümmern. Dann gebt ihm einmal das Packerl mit und sagt, setz dich bitte einmal dafür ein. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 11.22 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Klubobfrau Dietrich. Sie sind am Wort, Frau Abgeordnete.

Abg. Dietrich (11.22 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Ich glaube, das bundeseinheitliche Tierschutzgesetz ist der erste wichtige Schritt in die richtige Richtung. Aber es müsste aus meiner Sicht ein weiterer Schritt folgen. Es kann nicht sein, dass Tierschutz an den Bundesgrenzen Halt macht, dass Tierschutzauflagen innerhalb der EU unterschiedlich sind und damit zu Wettbewerbsverzerrungen führt. Ich glaube, dass die EU sehr gut beraten wäre, ein EU-weites Tierschutzgesetz zu erlassen.

Wir Freiheitliche sind eigentlich immer schon den Weg gegangen – seit mehr als zwei Jahrzehnten –, dass wir gesagt haben, Tierschutz kann nicht nur länderweise geregelt werden, Tierschutz muss bundesweit geregelt werden.

In diesem Zusammenhang finde ich es auch wichtig, dass Justizminister Böhmdorfer die Strafen für Tierquälerei erhöht hat, dass es für jene, die zum Beispiel fahrlässig aufs Tränken oder Füttern vergessen, Haftstrafen bis zu einem Ausmaß von einem Jahr in Hinkunft geben wird. Ich glaube, das ist ein richtiger, ein durchaus positiver Ansatz.

Natürlich kann man alles bekritteln, kann man alles bejammern, aber man kann auch die positiven Dinge sehen. Ich glaube, das bundeseinheitliche Tierschutzgesetz hat einige positive Dinge, wie zum Beispiel generelles Verbot der Pelztierzucht oder das Einsetzen eines Tierschutzobmannes oder Schächtverbot Ombudsmann, Schächtverbot ohne Betäubung.

Ich finde es auch positiv, dass Tiere als Mitgeschöpfe in der Verfassung verankert werden.

Aber nun zum Legebatterienverbot. Wir sind schon EU-weit Musterschüler, was natürlich zu Wettbewerbsverzerrungen mit unseren Nachbarn führen wird. Wenn wir alles verbieten, wird Ungarn, wird Slowenien billige Batterieeier auf den heimischen Markt liefern. Ich glaube, Umstellungen sind nur möglich, wenn es dementsprechend Förderungen für die Landwirtschaft gibt.

Zum Entschließungsantrag der Grünen, die da formuliert haben, keine Ausnahmegenehmigungen für Tierquälereien. Das klingt gut, dem kann man sich so aufs erste Hinhören anschließen. Wenn man etwas tiefer schaut, dann erwähnen sie zum Beispiel, dass keine dauernde Einzelhaltung ohne Kontakt mit Artgenossen genehmigt werden soll.

Meine geschätzten Damen und Herren, heißt das, dass ab nun eine Familie nicht nur mehr einen Hund halten darf, dass sie in Zukunft, wenn man sich für einen Hund entscheidet, gleich zwei oder drei Hunde halten muss? Das Gleiche gilt dann wahrscheinlich auch für die ältere Dame, die sich eine Katze hält. Die muss dann in Zukunft vielleicht gleich eine ganze Katzenfamilie halten.

Ich glaube, das ist zu wenig durchdacht, deshalb werden wir hier auch nicht mitstimmen.

Ich persönlich bin davon überzeugt, dass man Tierschutz nicht isoliert sehen darf. Man kann zwar alles fordern – das ist durchaus legitim –, aber wir wissen, dass unsere Forderungen unter Umständen massive Auswirkungen für die Bauern haben. Die Bauern sind ein Berufsstand, der in den letzten Jahren ohnehin schon sinkende Einkommen zu verzeichnen hatte. Und ich glaube, wir müssen uns ganz genau überlegen, was wir diesem Berufsstand in Zukunft noch zumuten wollen. Unsere Bauern brauchen Planbarkeit, Sicherheit, aber auch Praxisgerechtigkeit.

Wenn wir uns jetzt hier herstellen und sagen, wir sind generell für das Anbindeverbot, so gebe ich auch zu bedenken, dass es Bergbauern gibt, die auf der Leiten oben, auf einem Steilhang wohnen und die vielleicht nicht die Möglichkeit haben, ihre Tiere das ganze Jahr über auszutreiben. Ich glaube, das Verbot der Anbindehaltung muss man auch unter diesem Blickwinkel betrachten.

Das Bundestierschutzgesetz sollte Rahmenbedingungen vorgeben und Rahmenbedingungen schaffen, die unsere Tiere schützen, die aber auch dafür sorgen, dass unsere Bauern in Zukunft am Leben bleiben. (Beifall bei der FPÖ. – 11.27 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kasic. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Kasic (11.27 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Für manche mag es vielleicht verwunderlich sein, wenn der Wirtschaftssprecher der ÖVP sich zu diesem Thema meldet, aber wenn man sich den eingebrachten Entschließungsantrag der Abgeordnetenkollegin Zitz, Hagenauer und der Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek anschaut, dann hält es einen fast nicht auf den Plätzen, sondern muss man, glaube ich, ein deutliches Wort sagen. Die Wortwahl, mit der Sie wiederum vorgehen, ist genau der Stil, den Sie in der Vergangenheit in diesem Hohen Haus immer wieder an den Tag gelegt haben. Sie haben hier eine Kriminalisierung der Wirtschaft und wenn man Wirtschaft weiter versteht, nämlich Handel, Gewerbe, Industrie, aber auch die Landwirtschaft und die Konsumenten, dann muss man einfach dagegen aufstehen und gegen die Wortwahl und gegen die Art und Weise, wie Sie hier oft und auch bei diesem Thema des Tierschutzgesetzes als Rächer und Richter auftreten, das Wort erheben. Sie, liebe Frau Kollegin Zitz, sind es immer wieder, die so in den Raum stellt, all das, was von Ihnen kommt, sei richtig, rechtens und ist auch Recht. Dem ist aber nicht so. Wenn wir auch in diesem Haus, meine geschätzten Damen und Herren, immer wieder die agrarischen Produkte unserer Landwirtschaft loben, das, was unsere Bäuerinnen und Bauern tagtäglich auf den Küchentisch, und zwar nicht nur auf den eigenen, sondern auf den von einer Unzahl von Konsumenten bringen und dann gleichzeitig durch solche Anträge fordern, dass wir ihnen eigentlich die wirtschaftliche Basis entziehen, und zwar deswegen die wirtschaftliche Basis entziehen, weil sie sich in einem Wettbewerb – und den hat die Frau Klubobfrau Dietrich ja schon ein bisschen herausgestrichen – innerhalb der EU befinden, wenn wir unserer ländlichen Bevölkerung die wirtschaftliche Basis entziehen und damit die ländliche Entwicklung nicht nur stoppen, sondern aushungern und damit auch letztendlich die vor- und nachgelagerte Wirtschaft in Frage stellen, dann muss man einfach dagegen auftreten. Es ist notwendig, dass die Bauern in diesem Land lebensfähig und wettbewerbsfähig bleiben und es ist notwendig, dass wir gegen diese Tendenzen, die letztendlich die Folge bei Beschlussfassung dieses Entschließungsantrages und bei Annahme der gestellten Forderungen wären, passieren würde.

Liebe Frau Kollegin Kaufmann, wenn Sie von Preisaktionen sprechen, vom Handel, den Sie hier mit einbinden wollen, dann glaube ich doch, dass Sie wissen oder so viel wirtschaftliches Verständnis haben, dass das eine utopische Forderung ist. Liebe Frau Kollegin Kaufmann, wer soll das dann letztendlich bezahlen? (Abg. Kaufmann: „Der Handel!“) Ja, der Handel, wer ist denn der Handel, liebe Frau Kollegin, der hat nicht mehr solche Spannen. Das zeigt, dass Sie also von Wirtschaft wirklich nichts verstehen. Ich habe Ihnen doch ein Quäntchen Verständnis unterstellt, aber mit dieser Äußerung stellen Sie sich selbst in den Schatten. Sie wissen selbst, liebe Frau Kollegin Kaufmann, dass der Handel mit dieser Spanne, die Sie angeblich als so groß bezeichnen, nichts finanzieren kann.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen, warum ich mich als Wirtschaftssprecher, vor allem aber als Mensch hier an dieses Rednerpult gestellt habe. Mir ist es lieber, wenn ich meine Frühstückseier aus ländlicher, heimischer Produktion essen kann und nicht etwa, wie es in der Schweiz passiert, wo 70 Prozent der Eier importiert werden müssen, aus Dritte-Welt-Ländern oder aus Brasilien und anderen Staaten kommen. Ich glaube, hier sind wir auch als Konsumenten und Menschen gefordert, in dieser Thematik das Wort zu erheben und nicht jenen, die solche Entschließungsanträge einbringen, das Recht einräumen, alles besser zu wissen und auf dem richtigen Weg zu sein. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 11.31 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Rieser.

Abg. Rieser (11.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen!

Ich wollte mich zuerst nicht zu diesem Tagesordnungspunkt melden, aber ich finde es doch notwendig, dass man auch einiges dazu sagt, nämlich zu diesem neuen Bundestierschutzgesetz, weil es so hingestellt wird, als sei das eine wilde Angelegenheit, ein Schwert über dem Konsumenten oder auch über der Bauernschaft. Mit diesem neuen Bundestierschutzgesetz wird ein Versprechen eingelöst, den Tieren in ganz Österreich denselben Schutz zu geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Tierschutz ist nicht teilbar. Schmerz, Leid empfinden alle Tiere gleich! Es gab in diesem Zusammenhang eine sehr ausführliche Diskussion mit Experten und wenn vorhin von Ihnen, Frau Kollegin Zitz, die Tieranwaltschaft wiederum gefordert wurde, so bin ich der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist. Eine derartige Einrichtung mit Laien zu besetzen ist für einen modernen Tierschutz unbrauchbar. Es bedarf vielmehr ausgewiesener Experten, die, wie auch im Begutachtungsverfahren vorgesehen ist, im Rahmen des Tierschutzrates dafür sorgen werden, dass aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse in die Tierschutzpolitik einfließen. Weiters sind Tierschutzbeauftragte in den Ländern vorgesehen, die ebenfalls in diesem Tierschutzrat vertreten sein werden. Der Tierschutz ist beim Gesundheitsministerium angesiedelt, das wissen wir. Und weil vorhin und gerade vor wenigen Wochen die Eierproblematik angesprochen wurde, Kollege Kasic hat es erwähnt, wissen Sie, wie viele Eier gegenwärtig eingeführt werden? Ich habe vorhin mit dem Obmann der Geflügelwirtschaft telefoniert und er sagte, 60 Millionen Eier aus dem Ausland werden nach Österreich importiert, vorwiegend für die Industrie. Das sind nackte Zahlen, mit denen wir uns auseinander zu setzen haben.

Es ist vorher auch die EU-Richtlinie angesprochen worden, die Anbindehaltung diskutiert worden. Ich habe hier diese EU-Richtlinie, liebe Monika Kaufmann. Diese EU-Richtlinie sagt zum Beispiel, die Rinder sind Herdentiere und aus diesem Grund sollten Kälber in Gruppen gehalten werden. Gegenwärtig wird gerade draußen im ländlichen Raum darüber sehr heftig diskutiert. Hier habe ich eine Durchführungsverordnung, wo von „sollten in

Gruppen gehalten werden“ die Rede ist. In einer Durchführungsverordnung ist dann das Wort „sollten“ durch „müssen“ ersetzt worden. Das muss man offen ansprechen und es ist auch angesprochen worden. Das ist es nämlich, die Wirtschaftlichkeit und der Konsument in diesem Zusammenhang sind das Oberste. Und wenn es sich der Konsument nicht leisten kann, wird er natürlich auf die billige Ware zurückgreifen, daher muss in diesem Zusammenhang Aufklärung betrieben werden. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.35 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir kommen nun schon zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Bundestierschutzgesetz, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1738/1, betreffend Gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft „Mürztal“ reg. Gen.m.b.H., 8670 Krieglach, Westsiedlung 5; Bauvorhaben Krieglach, Postmühlweg 2 bis 28.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (11.37 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 9. März 2004 über den Bericht, betreffend Gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft „Mürztal“, Bauvorhaben Krieglach, Postmühlweg 2 bis 28, beraten.

Der Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft „Mürztal“ reg. Gen.m.b.H., 8670 Krieglach, Westsiedlung 5; Bauvorhaben Krieglach, Postmühlweg 2 bis 28, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (11.37 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Wortmeldungen dazu liegen mir nicht vor. Deshalb schreite ich zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 7, 8 und 9 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1703/1, betreffend den Optionsvertrag über die Übertragung der stillen Beteiligung an der Kunsthaus Graz AG.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (11.38 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Optionsvertrag über die Übertragung der stillen Beteiligung an der Kunsthaus Graz AG.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 12. Jänner 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Optionsvertrag über die Übertragung der stillen Beteiligung an der Kunsthaus Graz AG., abgeschlossen zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz, wird genehmigt. Ich bitte um Annahme. (11.38 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Ich ersuche um den Bericht für Tagesordnungspunkt **8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1705/1, betreffend Finanzierungsvertrag, abzuschließen zwischen Land Steiermark, Stadt Graz und „Theaterholding Graz/Steiermark GmbH.“**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (11.39 Uhr): Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Finanzierungsvertrag, abzuschließen zwischen Land Steiermark, Stadt Graz und „Theaterholding Graz/Steiermark GmbH.“

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 2. Februar 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Abschluss eines Finanzierungsvertrages zwischen dem Land Steiermark, der Stadt Graz sowie der „Theaterholding Graz/Steiermark GmbH.“ (in Gründung) unter Beitritt der Bühnengesellschaften „Opernhaus Graz GmbH.“, „Schauspielhaus Graz GmbH.“ und „Next Liberty Kinder-Jugendtheater GmbH.“ wird genehmigt. Ich bitte um Annahme. (11.39 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Wir kommen damit zur Berichterstattung von Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 1319/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Umorientierung in der steirischen Kulturpolitik.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (11.40 Uhr): Zum Antrag, Einl.-Zahl 1319/1, der Abgeordneten Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer liegt seitens der Landesregierung eine Stellungnahme vor.

Darin wird berichtet, dass mit der Bestellung der Kommission zur Evaluierung der Kulturförderung ein erster Versuch unternommen wurde, die steirische Kulturförderung zu durchleuchten. Die erste Aufgabe war die Erarbeitung von Förderkriterien für mittelfristige Förderungen und die Vorbereitung von Empfehlungen. Die gewünschte Anpassung an den Verbraucherpreisindex erscheint auf Grund der Einjährigkeit des Budgets sowie des Vorbehalts der Sperre des sechsten Kreditsechstels schwierig. Im Vordergrund steht die Förderung steirischer Künstler und Künstlerinnen. Ein weiterer Auftrag an die Evaluierungskommission war die Formulierung des Entwurfs für ein neues Kulturförderungsgesetz, welches in enger Kooperation mit dem Kulturbeirat erfolgen soll. Ein Entwurf wird bis Ende Juli vorliegen.

Der Ausschuss für Kultur und Sport stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses wird zur Kenntnis genommen. (11.40 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Ich habe eine Reihe von Wortmeldungen bereits.

Herr Abgeordneter Prof. Wolf Rauch ist am Wort. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Dr. Rauch (11.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Herren Landesräte, sehr geehrte Damen und Herren im Publikum, Hohes Haus!

Ich möchte ganz kurz zum Thema Kunsthaus das Wort ergreifen, weil, wie Sie wissen, im Auftrag dieses Hohen Hauses ich das große Vergnügen habe, ehrenamtlich im Aufsichtsrat des Kunsthauses zu sitzen. Alle Parteien, die hier im Landtag vertreten sind, sind auch im Aufsichtsrat des Kunsthauses – Frau Abgeordnete Zitz haben wir als ständigen Gast dazugebeten. Wir haben uns vorgenommen, drei Ziele zu verwirklichen.

Das eine Ziel war die Qualität dieses Baus. Hierzu ist zu sagen, es geht nicht um persönliche Qualitätsurteile, sondern es geht um die Frage, ob die Künstler – es sind zwei Architekten – das, was sie künstlerisch ausdrücken wollten, in diesem Haus verwirklichen konnten. Das ist, glaube ich, gelungen.

Wir mussten die Zeit einhalten. Auch da konnten Sie sich überzeugen, dass, entgegen vielen negativen Vermutungen, der Zeitplan voll eingehalten wurde.

Und, und damit komme ich zum heutigen Thema, das Budget sollte eingehalten werden. Auch das, meine Damen und Herren, war nicht leicht. Noch ist die Endabrechnung nicht auf dem Tisch, aber so wie es sich zurzeit entwickelt, sind wir sehr, sehr guten Mutes, dass wir exakt das Budget einhalten werden können, unter Umständen sogar noch ein ganz klein wenig Geld übrig bleibt. Es war nicht leicht, habe ich gesagt – Sie haben es in den Medien verfolgt –, zum einen, weil es bei der Vergabe und Abrechnung der Skin, also der ganz entscheidenden Außenhülle, ja einige Diskussionen mit dem Lieferanten gegeben hat. Die sind mittlerweile bereinigt. Und zum Zweiten – auch das haben Sie in den Medien verfolgt –, weil es auf der Seite der Mittelaufbringung, hier vor allem was Landes- und Bundesanteil betrifft, schwierige Entwicklungen gegeben hat, die jetzt mit diesem Antrag alle unter Dach und Fach sind.

Ich kann daher sagen, dass wir mit diesem heutigen Beschluss einen wichtigen letzten Stein zur Realisierung dieses wichtigen Wahrzeichens für die Steiermark und Graz setzen.

Ich bitte Sie daher herzlich um Ihre Zustimmung. Vielen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 11.43 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Frau Abgeordnete, Sie sind schon am Wort. Ich danke Ihnen.

Abg. Dr. Reinprecht (11.44 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Das Thema Kunst und Kultur scheint ja hier auf höchstes Interesse zu stoßen, wie ich an der Präsenz meiner Kolleginnen und Kollegen feststellen kann. (Abg. Kröpf: „Es ist auch die Kulturreferentin nicht anwesend!“)

Sie kommt gerade. Wir wollen nicht ungerecht sein, sie kommt gerade.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem Finanzierungsvertrag zwischen dem Land Steiermark, der Stadt Graz und der Theaterholding ist es hoffentlich gelungen, eine neue Struktur zu schaffen, die mehr Stabilität schafft und endlich in diese leidige Affäre Ruhe einkehren lässt. Die Situation wird hoffentlich stabilisiert.

Zu bedenken sind die erhöhten Overhead-Kosten, die auch in diesem Vertrag angesprochen werden. Es wird von einigen Jahren Übergangszeit gesprochen. Nur fürchte ich, dass das längere Zeit dauern wird und wahrscheinlich ein dauerhafter Zustand werden wird. Da ist nur zu hoffen, dass die Interessen der 600 Bediensteten der Vereinigten Bühnen wie auch die künstlerische Arbeit und das Programm durch diese erhöhten Overhead-Kosten nicht beeinträchtigt werden.

In der Rückschau ist zu sagen, was die Geschehnisse sonst um die Theater anbelangt. Ich erinnere an den Rücktritt der Frau Karen Stone und an die Geschehnisse um den Herrn Jordan, die mehr oder weniger peinlich waren. Auch hier ist zu sagen, dass die Gesprächsfähigkeit und die Kommunikationsfähigkeit der Verantwortlichen im Land nicht immer gegeben war und dass man auf keinen Fall von einem gelungenen Management in einer Krisensituation sprechen kann.

Positiv ist, dass die politische Verantwortung nun von allen mitgetragen wird. Und auch das wird, wie ich hoffe, zu einer Stabilisierung der Situation beitragen.

Inhaltlich ist, möchte ich noch darauf hinweisen, dass jetzt unbedingt der Ausbau der Thalia angegangen werden müsste, damit endlich das Jugendtheater in Graz eine dauernde Heimstatt findet.

Zum Tagesordnungspunkt 9, Umorientierung der steirischen Kulturpolitik, möchte ich bemerken, dass hier im Ausschuss die ÖVP die Rückverweisung an die Landesregierung abgelehnt hat. Es handelt sich hier um einen Antrag der Grünen, der sehr unbefriedigend beantwortet wurde. Auch hier habe ich eine gewisse Sturheit und auch einen Justamentstandpunkt orten müssen, die eigentlich in der Kulturpolitik nichts zu suchen haben sollten.

Kurz ansprechen möchte ich noch die freien Theater, zu denen ein Unterausschuss existiert, wo es uns bis jetzt noch nicht gelungen ist, einen Termin mit der Frau Landeshauptmann zu vereinbaren. Ich hoffe, das wird in nächster Zeit geschehen, dass wir auch über die Zukunft dieser Einrichtungen eine Lösung für die Steiermark finden.

Abschließend möchte ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen, und zwar zum Thema Diagonale, die ja in letzter Zeit einige Wellen geschlagen hat, betreffend Unterstützung der Diagonale 2005 durch den Bund zum Tagesordnungspunkt 9 der Abgeordneten Dr. Reinprecht und Kröpf.

Die Diagonale 2004 war ein voller Erfolg. Die Zuschauerzahl je Veranstaltung war noch größer als im Vorjahr. Großes nationales und internationales Medieninteresse, ein interessantes Programm und würdige Sieger unterstreichen die positive Bilanz des Festivals.

Dass die Diagonale 2004, auch genannt die „Originale Diagonale“, noch dermaßen gut verlaufen ist, grenzt an ein Wunder, hatte doch Kunststaatssekretär Morak alles versucht, dieses seit sechs Jahren erfolgreich veranstaltete, von den Filmschaffenden selbst verwaltete Festival zu zerschlagen. Als schließlich mit Rücktritt der von Morak eingesetzten Intendanz endgültig feststand, dass die Filmschaffenden an einer auf Marktstrukturen ausgerichteten „Diagonale neu“ nicht mitarbeiten würden, hatte der Kunststaatssekretär bereits 385.000 Euro verpulvert. Doch selbst dann hatte er nicht die Größe, die Organisationsfähigkeiten der österreichischen Filmschaffenden und ihr Bestehen auf eine freie und unabhängige Szene anzuerkennen und die beim Bund noch vorhandenen Mittel für die „Originale Diagonale“ zur Verfügung zu stellen.

Die Diagonale 2004 musste daher mit einem wesentlich kleineren Budget auskommen und verdankt ihr Zustandekommen und ihre erfolgreiche Durchführung dem Engagement vieler, oft unbezahlter, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und den finanziellen Unterstützungen von Stadt Graz, Land Steiermark, Tourismusverband Graz, Kulturamt Wien und vielen privaten Spendern und Sponsoren.

Kunststaatssekretär Morak versucht sich nun, Medienberichten zufolge, aus dieser prekären Situation zu manövrieren, indem er ankündigt, zur Vorbereitung der Diagonale 2005 bereits ab April dieses Jahres Mittel zur Verfügung zu stellen. Auch wenn diese Maßnahmen ein erster Schritt zur Versöhnung zwischen Bund und österreichischer Filmszene sein können, ist dies allein für die Sozialdemokratische Fraktion im Steiermärkischen Landtag noch nicht genug.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, erstens die Diagonale 2005 wieder mit angemessenen Fördermitteln zu unterstützen, zweitens bei der Vergabe der Mittel keine Bedingungen oder Maßnahmen zu setzen, wodurch a) das Prinzip der Selbstverwaltung der Diagonale durch die Filmschaffenden, insbesondere auch hinsichtlich der Wahl des Veranstaltungsortes, in Frage gestellt wird und b) eine Ausrichtung des Festivals an marktwirtschaftlichen und kommerziellen Gesichtspunkten verlangt wird. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 11.51 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Abgeordneter Zitz. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Mag. Zitz (11.51 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank und im Plenum, sehr geehrte Gäste!

Es liegt uns, wie gesagt, eine Regierungsvorlage vor zu einem grünen Antrag, die für uns sehr unbefriedigend ist. Wir haben auch den Eindruck, dass die Arbeit in der Kulturabteilung teilweise in sehr guter Qualität passiert, inzwischen teils auch in einer guten Kooperation mit den Personen, die Förderungen beantragen. Diese Regierungsvorlage ist deswegen, weil unvollständig und weil bei weitem nicht das widerspiegelnd, was eigentlich an guter Qualität läuft, für uns nicht annehmbar.

Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, wenn Sie an meiner Stelle wären, glaube ich, würden Sie nachvollziehen, dass bei einem Thema, das Ihnen sehr wichtig ist, es für Sie auch ein Element eines guten Umganges ist, dass man Anfragen, Anliegen von einzelnen Parteien korrekt behandelt.

Ich habe schon im Kulturausschuss gesagt, ich habe kein Problem damit, wenn von Seiten der Regierung kommt, bestimmte Vorstellungen der grünen Kulturpolitik seien nicht mehrheitsfähig und sie seien für sie nicht nachvollziehbar. Das heißt zwar nicht, dass ich meine Position ändere, aber ich weiß dann, woran ich bei Ihnen bin. Ich glaube, auf dieser Ebene einer klaren Frage und einer klaren Antwort kann man sehr gut kooperieren und schauen, ob es Bereiche gibt, wo man nicht auf einen gemeinsamen grünen Zweig kommt. Diese Regierungsvorlage ist für mich vor allem auch deswegen sehr frustrierend, weil sie, wie seit vielen Jahren, wieder einmal auf die Arbeit der Evaluierungskommission verweist, die in einem bestimmten historischen Fenster gute Arbeit gemacht hat, die für mich aber kein Ersatz ist für die politischen Vorgaben, die einfach von der Kulturreferentin des Landes kommen müssen, und zwar im Idealfall in einer Kooperation mit dem Landtag und mit Personen von allen Parteien.

Einen Punkt möchte ich noch ansprechen. Auf der Tagesordnung ist auch die Theaterholding. Wir haben uns im grünen Klub sehr lange überlegt, ob wir dieser De-facto-Ausgliederung zustimmen. Wir werden zustimmen und das ist von unserer Seite aber ein großer Vertrauensvorschuss, weil die Reise der Theaterholding teilweise unklar ist. Es ist sehr unklar, wie diese einzelnen Gesellschaften sich bewähren können, bei einem leider Gottes höchstwahrscheinlich gedeckelten Budget und es ist sehr unklar, wie man diesen Teil des künstlerischen und kulturellen Schaffens in einer Form ausgliedern kann, dass man damit nicht auch Kreativität „einspart“. Wir sind aber bereit, diesen Antrag zu einer Theaterholding mit zu unterstützen, einfach weil wir hoffen, dass es auch einige positive Effekte geben kann.

Summa summarum, wir wünschen uns in der Kulturpolitik, Frau Landeshauptfrau, ein klareres Gegenüber als Sie teilweise es für uns sein konnten. Von meiner Seite ist es ganz klar, es gibt einige Punkte, wo ich sehr bemüht bin, in Kooperation mit anderen Fraktionen vorzugehen, Stichwort Landesbibliothek, Stichwort unsere Zustimmung jetzt bei der Theaterholding. Und es gibt einige Punkte, wo ich aber schwer enttäuscht bin, wenn von Ihrer Seite keine Replik kommt. Und dass wir gerade heute all-parteienmäßig vorgehen und das neue Gesetz zur Jugendförderung beschließen werden, wo wir mitgearbeitet haben und was wir auch von unserer Seite als ziemlich in Ordnung annehmen, da ist es für mich ein Schlag ins Gesicht von vielen jungen Künstlern und Künstlerinnen, wenn zu unserem Punkt in unserem Antrag „Unterstützungsformen für junge Kunst- und Kulturschaffende“ von Ihnen überhaupt keine Replik kommt. Da fehlt mir einfach etwas. Ich glaube, wenn man sich auch die Effekte von 2003 anschaut, wo teilweise sehr kreative Projekte waren, wünsche ich mir, dass diese Initiativen teilweise 2004, 2005 und so weiter weitergeführt werden.

Bedanken möchte ich mich für eine Unterlage, die ich heute in der Früh bekommen habe, die zwar nicht unseren Punkt konkret trifft, weil unsere Frage zu Initiativen und Unterstützungen für frauenpolitische und feministische Kunst- und Kulturprojekte war: Bekommen haben wir, was ich aber auch zu schätzen weiß, eine Auflistung aus Ihrem Büro, wo dargestellt wird, wie die Förderungsvergaben in den letzten Jahren bezüglich Projekte waren, die von Frauen und Männern beantragt worden sind. Wie gesagt, wir werden weiterhin hartnäckig sein bezüglich dem Bereich Kunst- und Kulturpolitik, sind auch sehr bemüht um ein differenziertes Herangehen und sind auch sehr bemüht um punktuelle Kooperation mit anderen Fraktionen.

Summa summarum muss ich aber sagen, Frau Landeshauptfrau, dass Sie es uns in der Kooperation nicht leicht machen und dass es teilweise mit dem Herrn ehemaligen Landesrat Hirschmann sogar ein Stück einfacher war. Ihn habe ich bei Kulturveranstaltungen kaum gesehen, weil er da einfach keine besonders offene Kreativitätsader gehabt hat. Aber was punktuelle Zusammenarbeiten betrifft, habe ich das Gefühl, dass er dieses Ressort teilweise ernster genommen hat und es teilweise konsequenter geführt hat, Frau Landeshauptfrau, als das unter Ihnen möglich ist.

Ich bin überrascht, dass ich nach einem Jahr zu so einer Einschätzung komme. Ich bin sehr überrascht darüber, aber der Herr ehemalige Landesrat Hirschmann war teilweise ein klarerer und verlässlicherer Ansprechpartner für kunst- und kulturpolitische Anliegen als Sie es sind.

Ich glaube, dass es höchste Zeit ist, das Kulturressort wieder als eigenständiges Ressort so zu führen und das Ressort so zu führen, dass es in einer engeren Kooperation einerseits mit Fachleuten in der Kulturabteilung und in der Szenerie außerhalb der Parteipolitik läuft und sich zweitens einfach mehr bemühen, das Ganze in Kooperation mit anderen Kultursprechern und -sprecherinnen zu machen.

Ich sehe nicht ein, warum wir im Agrarbereich etwa das Landesweinbaugesetz, im Jugendbereich das Jugendförderungsgesetz nach sehr guten, zähen Verhandlungen einstimmig beschließen haben können und im Bereich Kulturpolitik werden wir mit sehr lapidaren Regierungsvorlagen abgefertigt. Das ist für mich eine Art der Kooperation, die ich für nicht in Ordnung halte und wo ich mir eine konsequentere und klarere Führung dieses Ressorts wünsche. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 11.59 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landeshauptmann. Frau Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Klasnic (11.59 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Ich möchte der Frau Kollegin Zitz gleich antworten, weil ich diese Aussagen als sehr wichtig empfinde und auch vielleicht das eine oder andere klarstellen kann.

Im Ausschuss haben wir darüber gesprochen und Sie haben gemeint, Sie hätten zu drei Themen gerne eine konkrete Antwort. Die Frauenförderung ist zugemittelt. Ich verstehe aber Ihren Wunsch, wenn Sie das gerne oder lieber als Regierungsvorlage hätten – dann kann ich Ihnen auch dieses liefern. Die anderen zwei Wünsche werden auch erledigt.

Zum Zweiten – und das sage ich sehr deutlich, weil Sie nach der Theaterholding fragen –, es gibt einstimmige Beschlüsse, wir sind in einer guten Zusammenarbeit, in einer guten Kooperation mit der Landeshauptstadt Graz. In der Theaterholding sind auch die notwendigen Vorbereitungen im richtigen Ausmaß im Gange.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass der Lenkungsausschuss aus der Sicht des Landes bestellt ist, und zwar mit den Namen – und ich nenne sie jetzt ohne Titel – Voves, Paierl und Frau Zierler sowie ich aus der Sicht des Landes für den Lenkungsausschuss. Im Aufsichtsrat ist die Empfehlung, zumindest so sollte es sein, dass man Experten ersucht, sich dort einzubringen und auch Menschen, die mit der täglichen Arbeit im Kulturbereich sehr vertraut sind. Im Aufsichtsrat ist für das Land Steiermark Landesrat Erlitz nominiert von der Sozialdemokratischen Partei. Für die Volkspartei, für das Nominierungsrecht, das ich als Kulturreferentin wahrgenommen habe, ist Herr Woppmann nominiert – er ist einer der Experten Österreichs und hat jahrelang die Bregenzer Festspiele als Intendant geleitet, ist anerkannt in der Kulturszene – und es ist der Herr Mag. Mayr, der bei uns in Vernetzung die Kulturarbeit betreut. Nur damit Sie wissen, wer die handelnden Personen sind.

Ich sage ein Zweites dazu: Es gibt eine Vereinbarung, dass man in diesem Arbeitsbeiratsaufsichtsrat sitzt, aber auch gleichzeitig in allen Untergesellschaften, weil das ja die Betreuung braucht – das Opernhaus, das Schauspielhaus, Next Liberty und die Werkstätten- und Theaterges.m.b.H.

Es sind auch die Namen der Intendanten klar. Auch da ist auf einige Jahre somit eine so genannte Phase der Festigung und Beruhigung eingetreten. Es wird Herr Dipl.-Ing. Koßdorff weiterhin im Opernhaus die Intendanz wahrnehmen, fürs Schauspielhaus sind die Gespräche mit Fontheim, die Verträge sind zum Teil schon verlängert, schon unterschrieben und für Next Liberty der Herr Schilhan. Für die vierte Gruppe wird ausgeschrieben. Das heißt, gerade in der Vereinigung dort, wo Sie sagen, gedeckelter Betrag, 30 Millionen Euro plus eine Million für besondere Notwendigkeiten im Baubereich. Dann gab es eine Vereinbarung mit dem Finanzreferenten Herbert Paierl, der ebenfalls Mitglied im bisherigen Theaterausschuss war – und ich rede jetzt immer nur über das Land –, dass diese Übertragungskosten beziehungsweise beim neuen Aufbau auch diese Kosten übernommen wurden.

Von der Stadt Graz gibt es ähnliche Strukturen mit einem Unterschied, dass dort schwerpunktmäßig die Politik in den Arbeits- und in den Aufsichtsausschuss geht, was ich, zumindest für dort, wo ich die Verantwortung wahrnehmen konnte, nicht eingesetzt habe.

Weil Sie dann auch noch das Gesetz ansprechen, das möchte ich sehr deutlich beantworten. Selbstverständlich ist mir das Wichtigste, und ich bekenne mich dazu und habe das von Beginn an gesagt und bin in Kürze dann – am 8. April – ein Jahr Kulturreferentin, dieses Kulturförderungsgesetz und ich bin überzeugt, dass uns dies auch gemeinsam gelingt.

Die Entstehungsgeschichte sieht so aus, dass die Evaluierungskommission, die wirklich nicht parteibesetzt ist, sondern eine Gruppe von Menschen, die in Verantwortung zusammenarbeitet, sich ernsthaft bemüht und gute Arbeit leistet. Sie ist unter der Leitung von Dr. Steps. Einige Mitglieder der Evaluierungskommission sind auch Mitglieder des Kulturbeirates. Dass nicht der gesamte Kulturbeirat mit der Evaluierungskommission dies dann im Laufenden, im Alltag besprechen wird, ist fast klar.

Dr. Eva Schäffer – und jetzt muss man auch sagen, das ist eine Kulturschaffende, die viel Format und auch viel Reputation in dieser Stadt und in diesem Land genießt – war in der vorigen Woche bei mir, gemeinsam mit dem Herrn Dipl.-Ing. Ksela – AVL –, der das aus der Sicht der Stellvertreter begleitet, und sie versucht, diese Vernetzung zwischen Evaluierungskommission und Kulturbeirat herzustellen. Das heißt, diese Gremien sind besetzt. Ich habe beiden mit auf die Reise gegeben, dass selbstverständlich in dem Moment, wo diese erste Vorlage da ist, wir diese dem Steiermärkischen Landtag zuleiten, wo es ganz sicher einen Unterausschuss gibt, und dort beginnt dann die Arbeit für uns in dem Sinn. Es müssen sich jene, die uns ein Konzept vorlegen, auch klar sein, dass die Entscheidung im Landtag fällt und dass Kultursprecherinnen und Kultursprecher ihre Aufgabe wahrnehmen werden, wenn diese Vorlage am Tisch liegt. Das heißt, in dieser Arbeit bin ich ganz sicher nicht in Verzug, sondern auf einem guten Weg. Und wenn es dann so weit ist, dann bin ich selbstverständlich eine von denen, die dabei ist, wenn dieses Gesetz verhandelt wird. Aber ich hoffe, dass es bald am Tisch liegt. Die Damen und Herren haben sich selber eine Frist gelegt, ich glaube daran.

Ansonsten darf ich Ihnen sagen, dass wir versucht haben, einiges in eine geregelte Bahn zu bringen. Ich hoffe, dass das in der Kulturpolitik auch in Zukunft gelingt. Die Kulturhauptstadt war ein guter Start, die Fortsetzung ist unsere Verantwortung! (Beifall bei der ÖVP. – 12.05 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Wolf Rauch.

Abg. Dr. Rauch (12.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren im Publikum, Hohes Haus!

Die Stellungnahme von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic zum Antrag der Grünen, Umorientierung der steirischen Kulturpolitik, beantwortet sehr viele der Fragen – wir haben es gerade gehört. Ich glaube, man kann ruhigen Gewissens sagen, die Umorientierung der steirischen Kulturpolitik hat stattgefunden und sie hat vor allem im letzten Jahr stattgefunden, in dem Jahr, in dem Frau Landeshauptmann Klasnic dieses Ressort leitet.

Ich erwähne die wichtigsten Punkte, ich fasse sie zusammen: die dreijährigen Fördervereinbarungen, Kulturförderungsgesetz, Kunst am Bau, Theaterholding. Herzlichen Dank für den Vertrauensvorschuss bei der Theaterholding.

Trotzdem – und da hat die Frau Kollegin Zitz mit Recht darauf hingewiesen –, es gibt Punkte, wo wir unterschiedlicher Meinung sind, Punkte, über die wir diskutieren sollten. Ich ergreife daher sehr gerne die Gelegenheit, wieder, auch hier, über kulturelle Fragen im Landtag zu diskutieren. Ich glaube, es gibt wenige Themen, die wir so intensiv gerne und auch vorurteilsfrei diskutieren sollten, wie gerade die Kunst- und Kulturpolitik.

Wo unterscheiden wir uns, worüber sollten wir reden? Der Punkt eins ist sicher, dass ich fest davon überzeugt bin, Kultur und Kulturpolitik müssen in Bewegung bleiben. Wir müssen ständig Freiräume schaffen für neue Ideen, für neue Organisationsformen, für neue künstlerische Ausdrucksformen. Wir müssen auch die vorhandenen Schätze unseres Landes – ich denke an die Alte Galerie – ständig neu entdecken. Das ist nicht die Meinung aller Steirerinnen und Steirer, das weiß ich. Ich bekomme jeden Tag eine ganze Liste von E-Mails von Menschen, die den Standort der Alten Galerie behalten wollen, die eine unveränderte Bewahrung der Landesbibliothek wahren wollten. Wie habe ich hier gekämpft, dass wir wenigstens die inhaltliche Definition der Landespolitik diskutieren dürfen. Sie wissen, ich bin leider mit diesem Wunsch gescheitert. Die Erhaltung der Zahnradbahn, die Erhaltung der Thalia, die Erhaltung des Muruferbewuchses vor dem Kunsthaus, die Erhaltung des Schloßberges et cetera. Wir können erhalten, aber wir sollten immer den Geist der Dinge erhalten, und nicht die Strukturen, in denen sie sind. Das ist letztlich auch der Hintergrund, wenn wir uns gegen die Verbindung der Förderhöhen mit dem Verbraucherpreisindex stellen. Das hieße nichts anderes als die vorhandenen Förderzusagen einzufrieren. Das ist der Tod der Kultur! Da haben wir keine Bewegung mehr, wenn wir die vorhandenen Förderzusagen fixieren. Da wäre es mir sogar noch lieber, wenn wir die vorhandenen Summen einfrieren, dann werden sie nämlich automatisch immer weniger und schaffen Freiraum. Wenn wir sie dem Index anpassen, dann sorgen wir dafür, dass auch keine neuen jungen Initiativen Platz haben. Ich stehe daher voll und ganz hinter dem Beschluss, den wir hier gefasst haben, dreijährige Fördervereinbarungen. Jeder Kulturschaffende soll sagen, welche Mittel er in welchem Jahr braucht und wenn das dreimal unterschiedliche Mittel sind, dann wird das sicher zu argumentieren sein. Aber ein Automatismus hier ist grundsätzlich abzulehnen.

Zweiter Punkt, wo ich glaube ganz anderer Meinung zu sein, inhaltlich anderer Meinung zu sein, als der Antrag der Grünen. Die Politik soll Rahmenbedingungen setzen, aber nicht künstlerische Inhalte definieren oder vorgeben. Die Versuchung ist groß, vor allem wenn mir ein Inhalt ideologisch passt, richtig ist, dann kämpfe ich dafür, dass sich die Kunst dessen annimmt. Trotzdem sollten wir uns vor dieser Einmischung zurückhalten. Ich glaube auch aus Respekt vor der Kunst, weil die Kunst selbst das Feeling haben muss, welches die wichtigen Themen sind und wie sie die anpackt und manchmal ist sie da durchaus besser als die Politik. Deswegen, dem Geiste nach, nämlich zu sagen, wir wollen Frauen in der Kunst fördern, bin ich voll bei Ihnen. Zurzeit und ich habe die Zahlen auch bekommen, stellen leider nur ein Viertel der Förderanträge Frauen. Auch ein Viertel der Fördersummen, die zugewiesen sind, erreichen Frauen. Also ausgewogen ist es schon, aber wir sollten viel mehr Frauen motivieren und fördern, Kunst- und Kulturprojekte einzureichen. Aber bitte, das heißt nicht, dass wir jetzt Feminismus fördern. Gegen die Förderung feministischer Projekte bin ich schon, denn der Feminismus ist kein Ziel, sondern eine Methode. Da wird eine Ideologie, ein Ismus den Kunstschaffenden empfohlen. Abgesehen davon, dass der Feminismus ein so schillernder Begriff ist, dass es einer genaueren Erklärung gebraucht hätte, wenn man ihm zustimmen soll. Also fördern wir Frauen, fördern wir Kunst für Frauen, aber fördern wir nicht Ismen.

Ein dritter Punkt. Wenn es um Steuergelder geht, bleibt die Endverantwortung immer bei der Politik. (Abg. Tasch: „Fördern wir Frauen, dann gehören Männer auch gefördert!“) Das ist vollkommen richtig, es kommt auf Gender Mainstreaming an. Wir müssen Frauen und Männer gleich fördern, lieber Kurt. Aber zurzeit und das sind die Zahlen, die uns vorliegen, stellen von den künstlerischen Anträgen nur ein Viertel der Anträge Frauen und drei Viertel stellen Männer. So ist auch die Zuweisung der Mittel. Ich glaube, es wäre sinnvoll, wenn allmählich genauso viele Anträge von Frauen gestellt werden würden wie von Männern, weil wir das künstlerische Potenzial der Frau fördern und nützen sollten wie das der Männer. Genau darauf beziehe ich mich, aber ich sehe, wir sind ganz einer Meinung, lieber Kurt.

Punkt drei. Die Letztverantwortung bei der Vergabe von Steuermitteln bleibt bei der Politik. Der Vorschlag der Grünen, dass ein unabhängiges Gremium nicht Vorschläge machen soll, sondern die Förderhöhen festlegen, kann ich nur ablehnen, denn das hieße eine klare Verschiebung der Verantwortung.

In allen anderen Punkten, Frau Kollegin Zitz, sind wir einer Meinung und ich glaube, dass auch deswegen die Landesregierung einstimmig beschlossen hat, die Antwort von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic zur Kenntnis zu nehmen.

Noch ein Wort zum Entschließungsantrag der SPÖ zur Diagonale. Meine Damen und Herren, da ist Großartiges gelungen, gar keine Frage. Die Diagonale, die Künstlerinnen und Künstler in der Diagonale und die Filmschaffenden haben hier gezeigt, dass sie selbstständig und unabhängig von Fördermitteln etwas auf die Beine stellen. Gratulation! Allerdings bedenken wir, der Verein ist jetzt etabliert, der Verein entscheidet autonom, die Intendanz wurde autonom ausgeschrieben, da mischt sich das Ministerium überhaupt nicht ein und ich glaube, wir sollten hier die Künstlerinnen und Künstler, die Filmschaffenden arbeiten lassen, in Ruhe gestalten, was sie sich vorgenommen haben und uns nicht von der Politik einmischen. Es scheint mir, dass der Antrag – und deswegen werden wir ihm nicht zustimmen – aus einer Reihe von Gründen tatsächlich nicht auf der Höhe der Zeit ist, Punkt eins: „Der Diagonale 2005 angemessene Fördermittel zukommen zu lassen.“ Das ist bereits geschehen, die Fördermittel liegen fest. Im April werden sie zugewiesen und liegen in ihrer Höhe für 2005 fest.

Dann fordern Sie, glaube ich, etwas sehr, sehr Gefährliches. Sie fordern, dass bei der Festlegung des Veranstaltungsortes die Selbstverwaltung der Filmschaffenden verlangt wird. Ich bin begeistert dafür, dass wir die Filmschaffenden fördern, aber bitte in der Steiermark! Ich glaube, die Diagonale soll in Graz und in der Steiermark bleiben und dafür kämpfe ich. Ich glaube, wir sollten nicht dem Verein völlig freistellen und sagen, ihr könnt die Diagonale in jedem beliebigen Bundesland ausrichten.

Der letzte Punkt, die Ausrichtung des Festivals nach marktwirtschaftlichen und kommerziellen Gesichtspunkten soll offenbar behindert oder zurückgedrängt werden. Wenn ich mir die Leistung der Sponsorengewinnung gerade jetzt, bei der „Originale Diagonale“ anschau, dann muss ich sagen, „Hut ab“, die Filmschaffenden haben gezeigt, was sie selbst auch aus den Möglichkeiten des Marktes machen können.

Daher, meine Damen und Herren, eine ganz klare Aussage, wir sind für die Diagonale, wir sind für die Diagonale in der Steiermark, aber in dieser Form können wir Ihrem Antrag leider nicht zustimmen. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 12.15 Uhr.)

Präsident: Da mir zu den Tagesordnungspunkten 7, 8 und 9 keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, komme ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1703/1 (Tagesordnungspunkt 7) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1705/1 (Tagesordnungspunkt 8) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1319/1 (Tagesordnungspunkt 9), ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und der Grünen, betreffend die Unterstützung der Diagonale 2005 durch den Bund (zu Tagesordnungspunkt 9), ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

10. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 1681/1, der Abgeordneten Dr. Reinprecht und Halper, betreffend die Umbenennung des Ausländerbeirates in MigrantInnenbeirat.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Dr. Ilse Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (12.17 Uhr): Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Reinprecht und Halper, betreffend die Umbenennung des Ausländerbeirates in MigrantInnenbeirat.

Der in der Bezeichnung des Ausländerbeirates verwendete Begriff „Ausländer“ ist in der öffentlichen Diskussion meist negativ besetzt und hat einen ausschließenden Charakter. Darüber hinaus berücksichtigt der Begriff nicht die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern.

Die sozialdemokratische Fraktion im Steiermärkischen Landtag tritt daher dafür ein, den Beirat in „MigrantInnenbeirat“ umzubenennen. Die Landesregierung soll zu diesem Zweck eine entsprechende Regierungsvorlage vorlegen, damit die einschlägigen landesgesetzlichen Bestimmungen – Gemeindevahlordnung 1960, Gemeindevahlordnung Graz 1992, Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 und Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 – entsprechend geändert werden können.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Regierungsvorlage einzubringen, durch die in den einschlägigen Landesgesetzen der Ausländerbeirat in MigrantInnenbeirat umbenannt wird. Ich bitte um Annahme. (12.18 Uhr.)

Präsident: Ich danke Ihnen für die Berichterstattung, Frau Abgeordnete.

Ich habe keine Wortmeldungen zum diesem Tagesordnungspunkt 10. Wenn ich das so sehe, kann ich bereits zur Abstimmung kommen.

Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich bitte um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 1199/1, der Abgeordneten Wiedner, Dietrich, Lafer und List, betreffend Schaffung von Verwaltungsgemeinschaften auf Ebene der steirischen Gemeinden.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (12.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag, Einl.-Zahl 1199/1, der Abgeordneten Wiedner, Dietrich, Lafer und List, betreffend Schaffung von Verwaltungsgemeinschaften auf Ebene der steirischen Gemeinden.

Dieser Antrag wurde am 11. März 2003 eingebracht und dazu gab es eine Stellungnahme. Die Stellungnahme ist dem Ausschuss zugegangen. Es besteht ein Ausschussantrag und dieser lautet:

Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag, Einl.-Zahl 1199/1, der Abgeordneten Wiedner, Dietrich, Lafer und List, betreffend Schaffung von Verwaltungsgemeinschaften auf Ebene der steirischen Gemeinden, wird zur Kenntnis genommen. Danke schön! (12.20 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Ich habe bereits Wortmeldungen vorgemerkt – Herr Abgeordneter Dirnberger, danach Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek.

Abg. Dirnberger (12.20 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren Zuhörer!

Ja, die Größe der Gemeinden ist natürlich auch immer ein Thema. In letzter Zeit ist verstärkt das wieder zur Diskussion gestanden, sind diese Strukturen, die wir haben, noch sinnvoll? Wenn man das so vereinfacht darstellt, dann wird oft rübergebracht, dass halt Größen mit 3000 Einwohnern sinnvoll wären und so weiter. Dieser Diskussion muss man sich sehr offen stellen und es hat auch durchaus was für sich.

Wenn man es oberflächlich anschaut, dann kann das Verwaltungsvereinfachung bringen, Kosteneinsparung und so weiter, wobei ich eines schon auch verzeichne, dass automatisch mit Größerwerden der Strukturen auch der Verwaltungsaufwand leider steigt. Und wenn ich mir das hin und wieder so anschau – ich bin in einer Gemeinde mit 1600 Einwohnern, wenn ich meine Nachbargemeinden dazunehmen würde, dann hätten wir 11.000 Einwohner, und das vergleiche ich mit unserer Bezirksstadt –, dann schaut die Verwaltung dort so aus, dass ein Verhältnis von eins zu drei wäre. Das heißt, wir haben zwölf Beschäftigte in der Verwaltung und in der Stadtgemeinde Voitsberg kommt man auf nahezu 30. Das heißt, das darf man nicht außer Acht lassen.

Was aber noch entscheidender ist, dass man nicht so mit einem Stift drüberfahren kann und sagen, das ist die einheitliche Größe, das gehört zusammen, da würden die Bürger sicherlich nicht mitmachen, weil vor allem eines auch übersehen wird, dass in den vielen Kleingemeinden wahnsinnig viel noch ehrenamtlich geleistet wird.

Ich war vor kurzem in der Gemeinde Modriach, eine sehr kleine Gemeinde mit 300 Einwohnern. Dort ist es so, wenn in der Volksschule oder im Kindergarten irgendwelche Tätigkeiten, Arbeiten notwendig sind, da rücken die Eltern aus und es ist ganz selbstverständlich, dass sie mithelfen. So werden da Eigenleistungen eingebracht, die unbezahlbar sind und in größeren Gemeinden und im städtischen Bereich überhaupt nicht mehr der Fall sind. So glaube ich, würde vieles, was auf den ersten Blick an Kostenersparnis ist, dann wieder verschwinden oder einfach nicht möglich sein, dass diese Ersparnisse wirklich vorhanden wären. Also Größe allein ist dafür sicher kein Garant.

Aber, wie gesagt, man darf sich dieser Diskussion nicht verschließen. Es wird durchaus dort und da angebracht sein, über sinnvolle Zusammenarbeit, Zusammenlegungen auch zu sprechen. Aber dieser Zusammenschluss muss vor allem von der Bevölkerung mitgetragen und gewollt sein. Also, hier braucht man viel Aufklärungsarbeit und dergleichen.

Im Antrag ist auch drinnen, dass man die Verwaltungsgemeinschaften verstärkt fördern sollte. Das ist ja grundsätzlich jetzt schon möglich. Nur, zwangsweise das per Gesetz zu verordnen, das, meine ich, würde ein bisschen zu weit gehen.

Ich habe vor kurzem eine ganz interessante Pressemeldung gesehen: „10,8 Millionen Euro Investitionspaket bringt der Herr Landeshauptmannstellvertreter in die Region.“ Ich habe mir gedacht, eine tolle Geschichte, wortwörtlich so gestanden. Wahnsinn, wenn ich mir das ausrechne, bekommt jede SPÖ-Gemeinde für jeden Bürger 300 Euro. Ich habe dem Bürgermeister Meixner in der Stadt Voitsberg gratuliert, dass er in diesem Jahr fast 3 Millionen Euro bekommt, also über 40 Millionen Schilling. Er hat mich zwar ein bisschen verwundert angeschaut.

Es waren dann in dieser Pressemeldung auch noch ein paar Projekterln aufgelistet. Ich habe mir gedacht, naja, da hat in der Zeitung nicht alles Platz gehabt. Ich habe mir dann die Mühe gemacht und habe auch auf die SPÖ-Homepage geschaut. Und siehe da, da sind tatsächlich nur ein paar Projekterl drinnen. Es waren dann tatsächlich Bedarfszuweisungen von 476.000 Euro. Und gleichzeitig posaunt man groß hinaus, 10,8 Millionen Euro Investitionspaket.

Ich verstehe schon die Idee dahinter, dass man die Zusammenarbeit verstärkt, dass Bedarfszuweisungen einen Investitionsschub auslösen, das ist mir alles bewusst. Aber so zu tun, wie wenn man da mit 10,8 Millionen Euro, das sind rund 150 Millionen Schilling, in die Region kommt, das, glaube ich, ist doch sehr zweischneidig, ich will nicht sagen, das ist, gelinde gesagt, eigentlich eine Lüge. Aber, wie gesagt, das hat man nicht notwendig, so zu agieren.

Wenn man dann auf der Homepage weiterschaut, dann gibt es auf der anderen Seite Knittelfeld. Die bekommen schon ein bisschen mehr. Die bekommen nicht nur 5 Prozent von diesem Investitionspaket, die kriegen schon 25 Prozent. Also, da wird auch nicht ganz gleich gearbeitet, aber das ist eine andere Geschichte.

Sehr verwirrend auf dieser Homepage ist auch, dass man in Graz-Umgebung dann von 26 Millionen Euro spricht, aber da wieder von Gesamtkosten. Wenn man dann zusammenrechnet, ich weiß nicht, vielleicht kann man auch noch nicht zusammenrechnen, da kommen dann wieder nur 19 Millionen heraus. Also das ist wirklich eine tolle Geschichte. Ich bezeichne es auch ein bisschen mit Gimpel fangen, ganz billige Schmäh, um draußen zu erwecken, ja, ich bin der große Mann, der die Investitionen bringt und für die Region etwas tut.

Also das, glaube ich, hat man in Wirklichkeit, diese billige Stimmungsmache, hat man sicherlich nicht notwendig.

Ich bin sehr stark für die Zusammenarbeit und diese Bedarfszuweisungen sind wirklich tolle Impulse und viele Gemeinden könnten ihre außerordentlichen Vorhaben ohne diese Bedarfszuweisungen unmöglich umsetzen und sie bringen Investitionen, aber so mit billigen Schmäh zu arbeiten, das ist, glaube ich, nicht notwendig.

In dieser Zeitung, wo die 10,8 Millionen Euro gefeiert wurden, ist unterhalb ein Bild gewesen und da ist gestanden, „alles ist Fasching in Voitsberg“. Vielleicht kann man das auch in dem Zusammenhang sehen. Das wäre eine mögliche Erklärung.

Was mir aber doch ein bisschen als starkes Stück vorkommt und eigentlich als Frechheit, dass man dann eines Sonntags liest in der „Kronen-Zeitung“, wie toll das ist, dass ein Landeshauptmannstellvertreter jetzt hinausfährt zu den Bürgermeistern und das ist so toll angekommen, dass jetzt die Frau Landeshauptmann das auch nachmacht. Also das ist eine Frechheit, weil unsere Frau Landeshauptmann ist seit 1996 unterwegs bei den Bürgermeistern. (Abg. Stöhrmann: „Kollege Dirnberger, das war nicht die Parteipresse!“)

Und wenn jemand was nachmacht, dann seid es ihr oder euer Landeshauptmannstellvertreter. Also das ist wirklich eine Frechheit.

In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.27 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek.

Abg. Lechner-Sonnek (12.28 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landeshauptfrau, werde Damen und Herren, sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Das eigentliche Thema sind die Bedarfszuweisungen bei diesem Tagesordnungspunkt. Man könnte auch sagen, das eigentliche Thema ist, wie wird mit öffentlichem Geld in der Steiermark umgegangen. Herr Kollege Dirnberger hat vorher darüber gesprochen, wie notwendig die Gemeinden diese Bedarfszuweisungen haben. Das stimmt natürlich, keine Frage. Ich habe mich in der letzten Zeit massiv und verstärkt mit dem Thema Bedarfszuweisungen auseinandergesetzt und stelle fest, dass die ÖVP in intensiver Art und Weise mit mir und mit der Öffentlichkeit zu kommunizieren begonnen hat zu diesem Thema, auch über Inserate. Es ist ein Thema, es ist besonders jetzt ein Thema, wo wir an anderer Stelle merken, was passiert, wenn ohne öffentliche Kontrolle und ohne klare Regeln gearbeitet wird, und zwar mit ganz viel öffentlichem Geld. Wir sehen an anderer Stelle, an einer anderen großen Baustelle, nämlich an der ESTAG, was herauskommt, wenn Menschen sehr viel Geld zu vergeben haben, Geld, das aus Steuermitteln entsteht und das eigentlich für einen gewissen Zweck gewidmet ist. Ich bin eine große Verfechterin dessen, dass man die Gemeinden in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen. Ich bin selbst beinahe zwölf Jahre Gemeinderätin einer steirischen Stadt gewesen, fünf Jahre davon auch Finanzreferentin. Ich weiß, was es heißt, einen Gemeindehaushalt ausgeglichen budgetieren und abschließen zu müssen und zu können. Ich weiß, dass es wichtig ist, dass Gemeinden sowohl Schulen als auch Sportanlagen und andere Einrichtungen brauchen, um für das Leben in der Gemeinde Angebote zu machen, um das Lebensumfeld attraktiv zu gestalten. Das ist alles keine Frage. Und gerade weil es so ist, spreche ich mich massiv gegen diese Vorgangsweise aus, wie sie derzeit bei den Bedarfszuweisungen und das schon seit langen Jahren üblich ist, nämlich dass zwei Personen über sehr, sehr viel Geld verfügen und dieses Geld so vergeben, dass im Nachhinein niemand und auch nicht das oberste Kontrollorgan der Landesregierung, nämlich der Landtag, in der Lage ist nachzuvollziehen, welche Gemeinde für welches Projekt wie viel Geld bekommen hat. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, zum Beispiel zu dieser Form stehen können, dann muss ich Ihnen sagen, diese Form ist in anderen Bundesländern nicht üblich. In anderen Bundesländern ist man so weit, dass man sagt, ein Budget muss transparent sein, ein Rechnungsabschluss muss transparent sein. (Abg. Riebenbauer: „Es ist eh so!“) Das gilt im Üblichen – nein, Herr Kollege Riebenbauer – der Rechnungsabschluss des Landeshaushalts ist nicht

transparent, denn da müssten wir auf Nachfrage eine Liste darüber bekommen, welche Gemeinde für welches Projekt wie viel Geld bekommen hat. Diese Liste wird uns nach wie vor vorenthalten, obwohl das Bundeskanzleramt ganz klar sagt, dass diese Liste rauszurücken ist, meine Damen und Herren. Das ist die Situation und ich erhoffe mir sehr, dass es einer der vielen Zusatzeffekte der Aufklärung, die derzeit läuft unter dem Stichwort „Untersuchungs-Ausschuss ESTAG“, dass einer der Effekte auch sein wird, dass in vielerlei Hinsicht überprüft wird, hinterfragt und geändert wird die Form, wie in der Steiermark mit öffentlichem Geld umgegangen wird, und zwar hinter verschlossenen Türen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 12.31 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stöhrmann.

Abg. Stöhrmann (12.31 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich weiß nicht, ob meine beiden Vorredner den Antrag, den die FPÖ eingebracht hat, überhaupt durchgelesen haben. Die Frau Klubobmann meint, es geht hier vordergründig um die BZ-Mittel, der Sprecher der ÖVP nimmt überhaupt ein ganz ein anderes Thema oder einen anderen Hintergrund für seinen Vortrag. Der Antrag der FPÖ hat gelautet, ist eindeutig, Kooperationen gemeindeübergreifender Art und Weise gesetzlich zu verankern. Dem würde nichts entgegenstehen. Liebe Frau Kollegin Lechner-Sonnek, Sie brauchen sich keine Gedanken zu machen, ob dieses Geld ordnungsgemäß und richtig verwendet wird. Dafür können alle Gemeinden mit Fug und Recht behaupten, dass sie das machen. Sie können das belegen. Auch der Verteilungsvorgang, der dem vorangeht, ist in Ordnung. Er wurde ja letzten Endes in diesem Hause beschlossen. Liebe Frau Lechner-Sonnek, dass man uns, den sozialdemokratischen Gemeinden, bei der Neuordnung dieses Verteilungsvorganges rund 130 Millionen Schilling noch weggenommen hat, steht auf einem anderen Blatt. Sollte heute nicht Thema sein, aber ich komme schon zum Thema. Nur zu Ihrer Beruhigung, das ist in Ordnung und das lässt sich belegen. Machen Sie nicht immer so ein mystisches Geheimnis daraus, wohin diese Gelder verschwinden. Die werden zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger verwendet, zum Wohle der Infrastruktur in den Gemeinden und wir wissen alle und ich kann das aus langjähriger Bürgermeistererfahrung sagen – ich mache das jetzt seit 29 Jahren – ich kann das bestätigen, Frau Kollegin, unsere Budgets im ordentlichen Bereich sind bis zu 98 Prozent durch Fixausgaben verpfästert. Wenn diese Bedarfszuweisungsmittel, auf die die Gemeinden Anspruch haben, nicht fließen würden, wir könnten uns nicht mehr so bewegen.

Aber ich komme auch gerne zum Kollegen Dirnberger. Herr Kollege Dirnberger, ich verstehe deine Vorgangsweise schon, obwohl du auch im Gemeindebund verankert bist und an und für sich eigentlich eine andere Stellungnahme diesbezüglich abgeben müsstest, ich verstehe deine Vorgangsweise schon. Bei all den Turbulenzen, die es jetzt in diesem Lande gibt, greift man natürlich, wenn einem das Wasser bis zum Hals steht, nach jedem Strohalm, um irgendjemand anderen anzupatzen. Aber das wird dir mit unserem Landeshauptmannstellvertreter Voves nicht gelingen, weil er einen korrekten, einen ordentlichen und einen für die Gemeinden guten Weg geht (Beifall bei der SPÖ.), genauso wie es sein Vorgänger schon getan hat im Bereich der Bedarfszuweisungsmittel.

Ich kann mich noch an Diskussionen im Gemeindebundvorstand erinnern, als diese Bedarfszuweisungsrichtlinien angesprochen wurden. Wir wissen alle, dass diese Richtlinien in manchen Bereichen sehr hinderlich sind für die Investitionstätigkeit der Gemeinde. Darum habe ich auch vor kurzem erst einen Antrag eingebracht, um zum Wohle der regionalen Wirtschaft und die Gemeinden bedienen in erster Linie die regionale Wirtschaft, auf einen Teil dieser Bedarfszuweisungsrichtlinien, nämlich den Nachweis der Erbringung der Eigenmittel, zu verzichten, um diese Wirtschaft anzukurbeln.

Aber die ÖVP geht da einen anderen Weg. Der große Kämmerer Mühlbacher hat es ja verlauten lassen, die Gemeinden gehören zusammengestutzt, sie gehören zusammengelegt und das sogar wenn notwendig zwangsweise. Ja, überlegt sich dieser Herr nicht, wer die heimische Wirtschaft, wer die regionale Wirtschaft in erster Linie mit Aufträgen versorgt? Die Gemeinden in der Steiermark und darüber hinaus im Bund sind die größten Mittelaufbringer und die größten Investoren nach wie vor und das sollte man bei all diesen Dingen nicht vergessen.

Und wenn du, Kollege Dirnberger, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Voves Lüge vorwirfst, dann ist das schon starker Tobak. Durch nichts zu belegen, stellst du da Behauptungen in den Raum, die eigentlich nur dazu dienen sollen, um von anderen Dingen abzulenken. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte es hier nicht ins Spiel bringen, aber wenn wir nur einen Teil dieser Gelder des momentan die Innenpolitik in der Steiermark so beherrschenden Skandals, wenn wir nur einen Teil dieser Gelder in die Gemeinden umgeleitet hätten, die dort wirklich gesichert sind, dann wäre es uns möglich gewesen, unseren Aufgaben noch besser nachzukommen. Das vergessen Sie und davon, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen Sie letzten Endes ablenken. Um das geht es Ihnen und um sonst gar nichts. Aber in Wirklichkeit sind wir ja nicht hier, um hier von dieser Stelle und von diesem Tagesordnungspunkt über die ESTAG oder über andere Vorkommnisse in diesem Lande zu diskutieren, sondern es geht um den Antrag der Freiheitlichen. Dieser Antrag wäre grundsätzlich auch von uns zu befürworten gewesen, wenn nicht in typischer freiheitlicher Natur dieser Antrag so formuliert ist, dass er nur mit Zwang und mit Bestimmungen, die einfach nicht zu akzeptieren sind, zu vollziehen wäre.

Es heißt in diesem freiheitlichen Antrag, „die Verpflichtung zur Bildung“. Und letzten Endes ist deswegen dieser Ausschussbericht auch ablehnend, weil gerade diese Formulierung zu sehr in die Gemeindeautonomie eingreifen würde, und das wollen wir nicht.

Wir haben es im Ausschuss klar und deutlich gesagt, über Gemeindezusammenlegungen, über Gemeindekooperationen auf sachlichem, auf wirtschaftlichem, auf verwaltungstechnischem Gebiet muss gesprochen werden. Landeshauptmannstellvertreter Voves war der Erste, der diese Diskussion entfacht hat, und es ist uns Ernst mit dieser Diskussion. Deswegen haben wir im Ausschuss verlangt, man sollte dieses Stück einem Unterausschuss zuweisen, um in Ruhe in sachlicher Umgebung über diese notwendigen Dinge wirklich diskutieren zu können. Aber das haben Sie ja letzten Endes abgelehnt.

Die Freiheitlichen haben einen Antrag eingebracht, der mit Verpflichtung und Zwang zu tun hat. Die ÖVP hat sich auf den rechtlichen Standpunkt zurückgezogen und hat gesagt, das ist verfassungswidrig, das wollen wir nicht, das können wir nicht. Aber um die Materie selbst geht es ihnen beiden nicht, denn wenn es so wäre, dann hätten sie unserem Verlangen im Ausschuss zugestimmt, hätten einen Unterausschuss eingerichtet und wir könnten uns über diese so notwendige und für die Gemeinde existenzielle Frage in Ruhe unterhalten. Wir hätten gemeinsam sicherlich etwas zustande gebracht, was allen gedient hätte und die Gemeinden könnten damit in Zukunft wahrscheinlich sehr gut leben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb werden wir diesem Ausschussantrag auch nicht zustimmen. Wir haben auch verzichtet, heute diesbezüglich einen Entschließungsantrag einzubringen, denn wir wissen ja, wie es geht, wie die Mehrheit in diesem Hause mit guten Entschließungsanträgen der Sozialdemokraten umgeht, er wäre genauso abgelehnt worden.

Wir werden es uns aber vorbehalten, diesbezüglich neuerlich einen Vorstoß zu wagen, weil wir wissen, weil wir meinen und weil wir im Recht sind, wenn wir sagen, dass die Frage der Gemeindezusammenarbeit, die Kooperationen zu diskutieren ist, um für die Gemeinden gute Zukunftsaussichten gewährleisten zu können. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 12.39 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Wiedner.

Abg. Wiedner (12.39 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, sehr verehrte Mitglieder der steirischen Landesregierung, sehr verehrte Damen und Herren, sehr verehrte Zuhörer!

Ich darf kurz als Antragstellung zu diesem Part Stellung nehmen. Ich stelle außer Streit, dass die Gemeinden mit dem Geld sehr vieles leisten, das ist keine Diskussion. Daher ist es auch keine Diskussion, dass die Gemeinden dieses Geld brauchen, um Investitionen zu tätigen. Sie sind einer der größten Investitionsgeber unseres Landes.

Ich frage mich aber nur, ob es immer sinnvoll ist, dass wirklich jede Gemeinde ihr eigenes Reich nach ihrer Vorstellung aufbaut. Darum war die Überlegung, hier einen Antrag einzubringen, zumindest im Bereich der Verwaltung mehr zusammenzuarbeiten und mehr Synergien zu nutzen.

Es geht jetzt nicht darum, was heute gesagt wurde, dass wir die Gemeinden zwangsweise zusammenlegen. Es geht ja nicht darum, dass man hergeht und eine Identität in den Gemeinden zerstört, Freiwilligkeit in den Gemeinden zerstört, sicherlich nicht, sondern – und das ist auch uns ein Anliegen, dass das weiter so funktioniert, weil wir wissen ja, wenn wir die Freiwilligkeit der Menschen nicht hätten, würden wir arm sein in diesem Lande.

Es geht uns nur darum zu sagen, braucht wirklich jede Gemeinde, unabhängig von der Größe, ein Abfallsammelzentrum? Braucht wirklich jede Gemeinde einen Bauhof? Braucht wirklich jede Gemeinde den berühmten Kultursaal? Braucht wirklich jede Gemeinde die teure Abwasserversorgung und -entsorgung? Ist das wirklich notwendig?

Es geht hier auch nicht um diese Größenordnung von 3000. Es steht eine Zahl drinnen, über die man diskutieren kann. Und du sagst es richtig, Bernd, man soll darüber diskutieren. Uns wäre der Unterausschuss auch ein wichtiges Anliegen. Und vielleicht kommen wir heute durch die Ablehnung dazu, dass man über das Thema diskutiert. Es ist richtig zu diskutieren. Wir wissen ja alle, die wir tagtäglich in den Gemeinden, in den Vereinen, in den diversen Organisationen unterwegs sind, dass es sehr viele Möglichkeiten gibt Gelder einzusparen, ohne die Qualität dabei zu senken. Wir senken damit keine Qualität, wenn zwei, drei Gemeinden vielleicht gemeinsam sich etwas schaffen. Darum geht es.

Aber wir wissen, dass es viele Kleingemeinden gibt – 200, 300 Einwohner. Wir kennen sie. Speziell bei uns in der Südsteiermark ist diese Größenordnung relativ stark. Und jeder versucht natürlich hier seine eigene Welt zu bauen. Ich verstehe jeden Bürgermeister und jeden Gemeinderat, er muss ja etwas vorweisen gegenüber der Bevölkerung. Nur, ob es sinnvoll ist, ob die Gelder sinnvoll eingesetzt sind, das ist zu hinterfragen.

Uns geht es darum, Synergien zu nutzen, gemeinsam zu arbeiten, gemeinsam das Ziel zu erreichen, um mit dem Geld, das sicherlich nicht in Frage gestellt wird – man kann jedoch über die Verteilung immer diskutieren –, das zur Verfügung steht und das ja nicht mehr sondern eher weniger wird, wirklich das Optimale für die Menschen herauszuholen. Das ist unser Anliegen dabei.

Es geht uns hier nicht um die Diskussion strikt, es dürfen nur bei 3000 und es darf nicht drunter und auch nicht drüber sein, es geht uns nicht um die Diskussion der BZ-Mittel, okay, kann man auch mitdiskutieren, aber das ist nicht die primäre Diskussion. Das ist eher das Anliegen von der Frau Kollegin Lechner-Sonnek gewesen. Es geht uns darum, das Geld sinnvoll für die Menschen einzusetzen, Synergien zu schaffen, Gemeinden zur Zusammenarbeit zu bewegen.

Und wenn auch darin steht – der Druck. Wir wissen alle, es braucht in manchen Dingen einen sanften Druck, damit etwas passiert. Das wissen wir alle zusammen. Immer zu sagen, tut, wenn ihr wollt, dann kommt in den meisten Dingen eher nichts heraus. Es braucht einen sanften Druck, es braucht eine Änderung der Zuteilung, dann wird das passieren, und ich hoffe, dass es passiert.

Wir werden darum auch diesen Ausschussbericht ablehnen. Ich sehe da fast eine Mehrheit. Ich weiß nicht, wie die Grünen sich verhalten werden. Vielleicht kommen wir zu diesem Unterausschuss, vielleicht kommen wir zu einer sinnvollen Diskussion im Sinne unserer Gemeinden, im Sinne der Menschen in unserem Land. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 12.44 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Anschließend am Wort ist Herr Abgeordneter Petinger.

Abg. Petinger (12.44 Uhr): Werte Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, sehr verehrte Damen und Herren!

Bernd Stöhrmann hat es schon gesagt, in diesem Antrag ist es nicht um Bedarfszuweisungsmittel gegangen.

Es geht aber auch nicht, Kollege Wiedner, dass man einen Antrag hier einbringt und dann während der Debatte einen Vollrückzieher macht und Bestandteile dieses Antrages, die klar formuliert sind mit einer zwangsweisen Zusammenlegung und mit einer Grenze von 3000 Einwohnern, dass man die so zurücknimmt. Das steht nun mal im Antrag drinnen.

Die Stellungnahme der Frau Landeshauptmann hat eigentlich sehr klar die formalrechtliche Wertigkeit dieses FPÖ-Antrages dargestellt. Trotzdem bedarf es auf jeden Fall einer weiteren politischen Betrachtung dieses Antrages.

Ihre Einleitung mit Schluss, „wir können nicht mehr“, aus der Zeitung „Kommunal“, hinsichtlich der finanziellen Situation der Gemeinden in Verbindung mit ihren Aufgabengebieten, stimmt ja so weit noch. Wenn Sie aber den gesamten Artikel aufmerksam durchgelesen hätten, müssten Sie erkennen, dass sich diese Schlagzeilen anderen, sehr wichtigen Themen, die die Gemeinden betreffen, widmen. Helmut Mödelhammer, Gemeindepräsident, meint da nämlich – wörtlich zitiert –, „Wir sind bereit für neue Aufgaben, aber nur bei entsprechender Abgeltung.“ Und er stellt richtigerweise auch fest, dass die Gemeinden nicht der Verwaltungsmistkübel der Nation sein dürfen. Weitere berechtigte Forderungen werden auch in diesem Artikel für die Gemeinden genannt.

Und zwar nennt er da die verfassungsmäßige Absicherung des bisherigen Anteiles der Gemeinden am Ertrag der gemeinschaftlichen Bundesabgabe, für die kleinen Gemeinden eine gestärkte Abgeltung der Aufgaben durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich und dass der Ertrag der gemeindeeigenen Abgaben, vor allem die Kommunal- und die Grundsteuer, nicht weiter ausgehöhlt werden darf.

Dazu vielleicht auch noch eine Anmerkung aus diesem Artikel vom Generaldirektor der Kommunalkredit AG. Die Gemeinden haben sich in den letzten Jahren recht wacker geschlagen, trotz oder sogar wegen des schwierigen Umfeldes – Stichwort Stabilitätspakt, Getränkesteuerausfall und Übernahme von zusätzlichen Aufgaben – haben die Gemeinden erhebliche strukturelle Fortschritte bereits geschafft.

Sehr verehrte Damen und Herren der FPÖ, ich wollte nur eines richtigstellen, dass die Gemeinden in einem hohen Ausmaß mit Problemen zu kämpfen haben, die nicht hausgemacht sind, sondern durch gesetzgebende Körperschaften, Stabilitätspakte und Strukturpakete sowie Steuerreformpakete verursacht werden. Sie können mir glauben, verehrte Damen und Herren, ich weiß, wovon ich rede, denn wir sind tagtäglich mit diesen Problemen vor Ort beschäftigt.

Das zur einen Seite Ihres Antrages und nun zu Ihrem Vorschlag, Verwaltungsgemeinschaften zu bilden, Einrichtungen zusammenzulegen, verbunden mit der Forderung, die Zuweisung von Finanzmitteln, daran zu knüpfen und mindestens 3000 Einwohner als unterste Grenze anzusehen. Das steht nämlich im Antrag so drinnen. Meine Damen und Herren von der FPÖ, Sie wollen in die verfassungsrechtliche Autonomie der Gemeinden eingreifen und somit die Gemeinden vollständig entmündigen. Um nicht den falschen Eindruck zu erwecken, ich bin ein grundsätzlicher Befürworter von Verwaltungsgemeinschaften und Einkaufsgemeinschaften und Strukturen, die den Gemeinden eine ökonomischere Erledigung ihrer Aufgaben ermöglichen. Aber, sehr verehrte Damen und Herren von der FPÖ, Sie können doch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Einerseits stellen Sie fest, dass die Gemeinden eine wichtige Einrichtung für die Anliegen der Bevölkerung sind mit dem Vorteil, oft rasch und unbürokratisch helfen zu können. Positiv erwähnen Sie auch, dass durch den persönlichen Kontakt und dass man sich kennt vieles erleichtert werden kann. Andererseits fordern Sie aber die Zusammenlegung von Gemeindestuben, damit sich Kleingemeinden die hohen Personal- und Bürokosten ersparen. Wie Sie diesen Spagat zwischen persönlichem Kontakt, unbürokratischer Hilfe und Zusammenlegung von Gemeindeämtern schaffen wollen, ist mir eigentlich schleierhaft. (Abg. Wiedner: „3000!“)

3000 haben Sie gesagt im Antrag und so sollte es auch sein. (Abg. Wiedner: „Da kennt man sich noch!“) Da kennt man sich noch, ja. Ich bin in einer Gemeinde mit 2500 Einwohnern, da kennt man sich noch. Die Praxis, meine Damen und Herren, ist längst eine andere. Gemeindeämter sind bereits seit geraumer Zeit die letzten noch verfügbaren Anlaufstellen für unsere Bürger. Wir erledigen für unsere Mitbewohner als Servicestelle eine Unmenge von Dienstleistungen, von denen sich der schlanke Staat bereits verabschiedet hat. Ob es eine Steuererklärung ist, ob es Familienbeihilfenanträge sind, Pensionsanträge, Passanträge bis hin zur Besorgung der Pässe bei den Bezirkshauptmannschaften, Anträge für Rundfunkbefreiungen, ob es Anträge für die Wohnbeihilfe sind, ob es Versicherungskündigungen sind, ob es Anmeldungen für das Schnapsbrennen sind und noch vieles mehr, wird in diesen Kleinkommunen für den Bürger unmittelbar erledigt.

Ich lade Sie ein, meine sehr verehrten Damen und Herren, schauen Sie sich einmal in der Praxis das so effiziente ZMR – das zentrale Melderegister – an, wie das wirklich funktioniert. Es ist unbedingt auch notwendig, dass erkannt wird, dass die Gemeinden nicht nur billige Hilfsorgane zur Beschaffung und Erledigung hoheitlicher Aufgaben sind, sondern auch für diese Leistungen ein entsprechendes Entgelt bekommen. Bei all diesen Überlegungen müssen auch vorhandene gesellschaftliche Strukturen und geografische Strukturen vor Ort überprüft, betrachtet und beachtet werden.

Nochmals, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin auch der Meinung, dass es ein Potenzial an Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Gemeinden gibt, um wirtschaftlich effizienter zu sein. Es gibt Entwicklungsmöglichkeiten in vielen Bereichen, eines darf aber nicht passieren, dass die letzten Anlaufstellen für den Hilfe suchenden Bürger den absoluten Kostenrechnungen und dem Dogma eines schlanken Staates geopfert werden.

In keinem Fall darf aber dieses wichtige Thema über das Knie gebrochen werden, wie Sie das mit Ihrem Antrag machen. Die Kreativität der einzelnen Gemeindevertreter, wie Sie es fordern, darf nicht und kann derzeit auch nicht durch eine Richtlinie oder eine fiktiv in den Raum gestellte Zahl, und zwar 3000 von vornherein zunichte gemacht werden. Sie müssen erkennen, dass es sich nicht um ein Thema handelt, welches in einem Antrag oder auf der Basis irgendwelcher Gesetze oder Verordnungen reglementiert werden kann, sondern den jeweiligen gesellschaftlichen und geografischen Gegebenheiten angepasst werden muss. Finanzielle Anreize, wenn möglich, ja. Aber keinerlei Beschränkungen für Gemeinden, wie Sie das in Ihrem Antrag fordern. Dies würde nur zu einer weiteren Aushöhlung der Gemeinden führen.

Abschließend möchte ich nochmals betonen, ja zu Verwaltungs- und Einkaufsgemeinschaften, zu Zusammenschlüssen bei Projekten und Entwicklungskonzepten. Dort, wo es Sinn macht, und nicht als Generalisierung oder sogar gesetzlich verordnete Zwangsbeglückung der Gemeinden. Hier geht es um Autonomien der Gemeinden und das ist ein verfassungsrechtlich hoch anzusehendes Recht, das erhalten bleiben muss und Föderalismus genauso. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.53 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Dirnberger.

Abg. Dirnberger (12.53 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich melde mich noch einmal zu Wort. Es ist ja unbestritten, in der Sache sind wir uns ja fast einig, bezüglich Verwaltungsgemeinschaften und dergleichen. Nur, das findet ja schon statt. Das gibt es ja schon. Natürlich, und da bin ich voll der Meinung, 3000 als so starre Grenze, das ist undenkbar. Da gibt es verschiedene Faktoren, die einfach nicht funktionieren, wenn ich nur an die topografische Lage und dergleichen denke, das kann nicht funktionieren. Aber dass es natürlich verstärkte Anreize gibt, das findet statt und das soll möglichst ausgebaut werden. Wenn darüber gesprochen wird, es wird in keinster Weise geprüft, was in den Gemeinden stattfindet und überregionale Tätigkeiten werden nicht geprüft, dann ist das auch nicht richtig. Es wird genau geprüft, wie sinnvoll ist das Projekt, wie kann man es finanzieren, wie werden die Eigenmittel aufgebracht, wie schaut es aus mit weiteren Betriebskosten, wie schaut es mit der Überregionalität aus, kann man da nicht zusammenarbeiten mit den Nachbargemeinden und so weiter. Das findet statt! Gemeinden arbeiten jetzt schon in vielerlei Dingen zusammen und das werden wir in Zukunft noch verstärken. Ich darf nur darauf hinweisen – das habe ich früher gar nicht erwähnen wollen –, wir haben im Bezirk Voitsberg einen Projektfonds eingerichtet, wo jede Gemeinde 3 Euro pro Einwohner einzahlt. Die Hälfte zahlen wir nach Einwohner, die zweite Hälfte nach Einwohner und Finanzkraft, also finanzkräftige zahlen ein bisschen mehr. Mit diesem Geld können wir dann überregionale Projekte, die für den Bezirk interessant und wichtig sind, gemeinsam finanzieren. Das findet sehr gut statt, auf freiwilliger Basis. Von 25 Gemeinden machen 24 mit, auch die Städte, weil das ist ja nicht immer so selbstverständlich, weil die doch ein gewisses Eigenleben haben. Also 24 machen mit!

Gleich bei der Therme. Wir haben uns bereit erklärt, als Gemeinden der Region die Therme noch einmal im Bezirk Voitsberg zu unterstützen. Das heißt, gebaut wird sie in Köflach. 700.000 Euro haben wiederum 23 Gemeinden aufgebracht, freiwillig, ohne Zwang. Es gibt keinen Zwang, sondern nur weil wir zusammenarbeiten wollen. Das ist es. Und wenn es da heißt, 130 Millionen weggenommen, lieber Bernd Stöhrmann, den Bären kannst du jemand anders aufbinden, weil es sind klare Spielregeln aufgestellt worden, wie dieser Topf „Bedarfszuweisungen“ verteilt wird auf den einen und auf den anderen Referenten. Und die sind nachvollziehbar, ganz eindeutig nachvollziehbar und da zu sagen, jetzt haben wir euch etwas weggenommen, also ich muss sagen, du bist immer der große Moralapostel da draußen, möchtest dann mit lauter Stimme das noch bekräftigen und weißt ganz genau, dass das ja eine Halbwahrheit ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn du sagst, ich habe keine Grundlage. Hier Pressemeldung: „Stellvertreter Franz Voves kam mit Zusage von 10,8 Millionen Euro für Projekte in die Region.“ Ich habe mir gedacht, vielleicht hat sie sich beim Schreiben vertan. Dann habe ich in eure Homepage hineingeschaut und da steht es genauso drinnen. Also die Pressedame hat sich nicht vertan, ihr arbeitet mit Halbwahrheiten. Das habt ihr an sich nicht notwendig, billige Stimmungsmache, die großen Wunderwuzis und auf der anderen Seite müsst ihr immer versuchen andere anzuschütten. Das weise ich zurück und ich habe sehr wohl eine Grundlage und eine Basis. Anscheinend könnt ihr auch nicht zusammenzählen und rechnen, das habe ich schon gesagt, weil bei Graz-Umgebung redet ihr von 26 Millionen Euro, wenn ihr dann die Projekte zusammenzieht, kommen nur 19 heraus. Nur so viel dazu. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.57 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Ober.

Abg. Ing. Ober (12.57 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, werte Damen und Herren!

Es freut mich besonders, dass auch beim Schlussredner der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves uns die Ehre gibt, wenn es um wichtige Themen für die Gemeinden geht. Und ich vermisse auch den Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, dessen Fraktion eigentlich diesen genialen Vorschlag eingebracht hat. Da schätzen wir wirklich unsere Frau Landeshauptmann, die sich nicht erst seit geraumer Zeit, sondern wirklich schon seit Beginn ihrer Amtszeit um die Gemeinden der Steiermark kümmert und es auch wert findet hier anwesend zu sein. Ich danke dir, Frau Landeshauptmann, vor allem für deine vielen Dienste für die steirischen Gemeinden. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte schon dazusagen, dass hier einige etwas neu erfinden möchten. Wenn man die steirischen Gemeinden anschaut und nach dem Subsidiaritätsprinzip das auch ein bisschen beobachtet, kann man feststellen, dass die steirischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehr wohl in der Lage sind ihre Gemeinde zu führen und dass vor allem auch in den letzten zehn Jahren sehr viele Dinge vom Bund auf die Gemeinden übertragen worden sind. Hier ist daran zu denken – (Abg. Stöhrmann: „Es sind nur die letzten vier Jahre, wo es ganz arg geworden ist!“)

Danke für die Korrektur, lieber Bernd, du bist schon 29 Jahre im Geschäft und kannst das natürlich besser überblicken als ein Jüngerer, der erst 15 Jahre im Geschäft ist. Aber ich möchte dazusagen, dass die Gemeinden sehr gut funktionieren, die Einheiten sind. Und viele, die glauben, dass Kooperation erfunden werden muss, denen muss ich sagen, dass wir auf vielen Ebenen, in der Abfallwirtschaft, in der Abwasserentsorgung, im Rettungswesen, in den Heimhilfen oder auch im Schulbereich sehr gut zusammenarbeiten. Ich möchte aber noch ein Stück darüber hinausgehen, dass wir auch über die Planungsbeiräte in den Bezirken, Entwicklungsleitbilder in den Bezirken und über den Bezirk hinaus auch in gemeinsamen Anliegen sehr, sehr gut arbeiten.

Aber alles, und das möchte ich abschließend sagen, ist auch eine Frage von Entwicklung. Von Grundaufgaben der Gemeinden wachsen wir hinaus in überregionale Aufgaben und das ist ein sehr, sehr guter Weg, der eingeschlagen wurde und durch die Bedarfszuweisungen zielorientiert auch belohnt beziehungsweise unterstützt wird. Wir wachsen jetzt in eine Dynamik hinein, die vor allem auch in starke regionale Aufgaben geht, wo natürlich die Bedarfszuweisungen in Zukunft stärker eingesetzt werden müssen und auch können, damit wir diesen gemeinsamen Zielen gerecht werden.

Nur, jetzt zu sagen, wir müssen auf 3000-Einwohner-Gemeinden zusammengelegt werden, finde ich nicht gut (Abg. Wiedner: „Wer sagt das?“), weil ich glaube, dass Kooperation in den Gemeinden gelebt wird und auf anderen Ebenen erst gelebt werden muss, dass das Zusammenspiel in Zukunft gut funktioniert.

Ich bin sehr stolz darauf, einer von diesen 543 Bürgermeistern zu sein. Ich glaube, dass wir mit der Sensibilität vor Ort, mit den Bürgern auf diese Demokratie und Autonomie eine gute Zukunft führen würden. Ich wünsche mir, dass das auch viele in Zukunft so sehen werden. Alles Gute! (Beifall bei der ÖVP. – 13.00 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als vorläufig letzter Redner ist der Herr Abgeordnete Schleich am Wort.

Abg. Schleich (13.01 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren!

Wenn es um Gemeinden geht, dann ist natürlich auch immer ein gewisser Ehrgeiz vorhanden. Aber der Ehrgeiz ist natürlich verbunden mit der Verantwortung. Die Zusammenarbeit der Gemeinden – ich glaube auch, dass das im Antrag nicht so gemeint ist, dass man die bis 3000 Einwohner zusammenlegen soll, das habe ich auch nicht herausgelesen. Vielleicht in Verwaltungseinheiten oder in anderer Zusammenarbeit. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Drexler: „Wenn die SPÖ im Konvent das will!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht hier um viel mehr. Ich spreche es direkt an, es geht auch um die Richtlinien der Bedarfszuweisungen. Man müsste darüber auch sehr ernst nachdenken, ob man die zweite Hälfte oder noch mehr mit Kredit finanzieren muss oder einen anderen Weg, wie man es im Land oft findet, ausgliedern und alle anderen Ideen erfindet, damit dann steht, man hat keine Bankschulden. In Wirklichkeit hat man aber die volle Verantwortung und natürlich auch die Haftungsübernahme.

Ich glaube, vor allem in diesem Bereich ist es entscheidend, dass ich mit Bedarfsmitteln jenes finanzieren kann, das ich wichtig brauche, das die Gemeinden auch zusammenbringt, und nicht eine Schuldenentwicklung damit aufmache und am Schluss, wenn ich die ganzen Spesen, ob es jetzt Leasings, ob es KGs sind oder ob ich es in anderer Form ausgliedere, die Fixkosten so hoch sind, dass die Gemeinden keine Bewegungsfreiheiten mehr haben.

Ich glaube, das ist ein wichtiger Faktor im Hinblick auf Arbeitsplatzbildung, denn ich kann das wirklich als Bürgermeister sagen, der 15 Jahre tätig ist und von 13 es auf über 200 Arbeitsplätze in der Gemeinde geschafft hat. Und auch in der Entwicklung, im Tourismus von 3000 auf 30.000, habe ich einiges miterlebt. Es ist einfach entscheidend, dass wir Arbeitsplätze schaffen, dass die Menschen zu Hause Arbeit haben und nicht pendeln müssen, damit sie nicht wegziehen von Regionen. Und auch das hat sich bestätigt, sonst wären wir nicht an fünfter Stelle gewesen bei der Volkszählung von 543 Gemeinden.

Zusammenarbeit geht für mich auch darüber hinaus, und zwar darüber hinaus, dass ich sage, ich muss nicht alles selber kaufen, jede Gerätschaft, jede Einrichtung, sondern ich arbeite mit dem Nachbarn zusammen. Und gerade wir in unserer Region haben das auch bewiesen, ob es bei der Straßenkehrmaschine oder bei anderen Dingen beginnt. Man muss auch nicht unbedingt den Maschinenring erfinden. Ich glaube, es geht auch so, die Gemeinden sind selbst flexibel genug.

Aber eines ist entscheidend, um nicht direkter darauf einzugehen, wenn es gemeinsame Projekte gibt, dann soll es am Schluss halt so sein, dass man nicht nur zahlt und es kommt nichts raus, lieber Freund und Kollege Ober, sondern es soll auch am Schluss noch so sein, dass man sich im Spiegel anschauen und sagen kann, man hat das nicht nur investiert in Medien und andere Berichte, sondern man hat es investiert, dass wieder etwas zurückkommt und die Leute am Schluss eine Arbeit haben. Ich glaube, das ist der entscheidende Faktor überhaupt.

Ich glaube, wenn man das so ehrlich meint und angeht, ob es jetzt Verbindungen sind, dass man sich die Kommunalsteuer aufteilt und sagt, hier ist dein Gewerbegebiet in der Raumordnung, das ein wichtiger Faktor ist, oder ob ich darüber hinausgehe über Kooperationen, ob es jetzt Freizeiteinrichtungen und andere Dinge sind, es ist einfach entscheidend, dass man Projekte macht, die der Bürger nachvollziehen kann und die am Schluss auch Erfolg bieten und nicht nur Projekte ankündigt und alles neu erfindet, das es in Wirklichkeit schon immer gegeben hat, sondern es muss nachhaltig in den Regionen Arbeitsplätze geben.

Und da ist auch ein entscheidender Faktor, was macht der Bund? Wenn ich alles wegrationalisiere im Zeitalter des Computers, wo ich Online heute in jeder Gemeinde jeden Arbeitsplatz vollziehen kann, jede Statistik nachvollziehen kann, jede Durchführung nachvollziehen kann, schaffen wir alles ab, wie es zum Beispiel im öffentlichen Leben ist. Das kann nicht der Weg sein, das kann nicht das Zeichen sein für die Unternehmen, für die Unternehmer, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, denn das ist kein Zeichen, wenn ich sage, von der Gendarmerie bis über die Post, alles muss ich auflassen, auf der anderen Seite schaue ich aber, dass gerade Unternehmen raus in die Regionen gehen, die in Wirklichkeit genauso mehr Kilometer zum Fahren haben, wie zum Beispiel es in vielen Bereichen oder im Gewerbebereich ist. Bei der Industrie kann man sicher fairer aufteilen. Ich glaube, es sollte auch das öffentliche Leben daran Anteil nehmen.

Ich möchte mich wirklich an dieser Stelle bei unserem Gemeindereferenten, Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves, herzlichst bedanken, weil er gerade bei den Bedarfszuweisungen schaut, was passiert mit diesem Geld, wird mit diesem Geld in den Regionen auch wirtschaftlich etwas geschaffen, werden Arbeitsplätze geschaffen oder werden in Wirklichkeit nur Paläste gebaut und noch Belastungen gemacht. Für dieses Verständnis, aber auch für diese strengen Richtlinien, die er uns vorgibt, möchte ich mich bedanken, weil das ist in Wirklichkeit der Weitblick, warum gerade sozialdemokratische Gemeinden so erfolgreich sind. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.06 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die Mehrheit oder wir zählen. (Allgemeine Unruhe.)

Keine Aufregung. Wir wiederholen die Abstimmung. (Glockenzeichen des Präsidenten!) Es war die Abstimmung unklar. Wir stimmen noch einmal ab.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

25 Stimmen. Gegenprobe bitte. 26 Stimmen. Damit hat er nicht die Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 1670/1, der Abgeordneten Mag. Koller, Detlef Gruber, Wicher und Tschernko, betreffend Führungen für Gehörlose bei der Landesausstellung 2004 und Ausbau einiger Zimmer im Bildungshaus Retzhof für Gehörlosenseminare.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Anne Marie Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (13.09 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Jetzt ist schon wieder Aufregung, meistens passiert mir das, wenn ich am Wort bin. Ich darf Ihnen den Antrag der Abgeordneten Mag. Koller, Wicher und Tschernko, betreffend Führungen für Gehörlose bei der Landesausstellung 2004 und Ausbau einiger Zimmer im Bildungshaus Retzhof für Gehörlosenseminare, bringen.

Die Normalisierung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung, wie ihr altersentsprechender Zugang zu den verschiedenen Lebensbereichen wie Familie, Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung sowie Kultur und Freizeit, ist das Ziel moderner und solidarischer Behindertenpolitik.

Wurden hinsichtlich der Verwirklichung dieses Zieles in den letzten Jahren und insbesondere im europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung auch beachtliche Fortschritte erzielt, gilt es nunmehr diese Anstrengungen fortzusetzen.

Gerade sinnesbehinderte Menschen sehen sich immer wieder Barrieren gegenüber, welche die Normalisierung ihrer Lebensbedingungen erschweren, wenn nicht verunmöglichen. Bei der Landesausstellung 2004 im Schloss Retzhof in Wagna gilt es daher eventuelle Barrieren bereits im Vorfeld zu vermeiden.

Bei der Landesausstellung 2004 in Wagna gilt es daher sicherzustellen, dass ausreichend Führungen für Gehörlose vorgesehen werden. Um diese Führungen für die Gehörlosen optimal zu gestalten, ist unbedingt zu berücksichtigen, dass die Führungen von Gebärdendolmetschern beziehungsweise von Gehörlosen selbst durchgeführt werden und dass es in den Ausstellungsräumen zu den notwendigen baulichen Adaptationen kommt – zum Beispiel Podeste, um den optimalen Sichtkontakt zwischen Gehörlosen und den Gruppenführern sicherzustellen beziehungsweise der Einsatz von audiovisuellen Medien.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens mit den Veranstaltern der Landesausstellung Kontakt aufzunehmen, um sicherzustellen, dass es im Zuge der Landesausstellung 2004 zu einer ausreichenden Zahl von Führungen für Gehörlose kommt, zweitens allenfalls entstehende Mehrkosten bei der baulichen Adaptierung der Ausstellungsräume durch finanzielle Unterstützungen mitzutragen, drittens zu prüfen, inwiefern eine Adaptierung von Hotelräumlichkeiten im Schloss Retzhof für die Bedürfnisse von Gehörlosen, zum Beispiel durch Installation von Blitzlampen, finanziell unterstützt werden kann. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen. (13.13 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Am Wort ist Frau Abgeordnete Koller.

Abg. Mag. Koller (13.13 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Sie wissen ja sicher, dass es ab 1. Mai bei uns im Bezirk Leibnitz die Landesausstellung 2004 gibt zum Thema „Die Römer“, die sowohl in Seggau, in Leibnitz und in Wagna stattfindet. Der vorliegende Antrag beschäftigt primär den Retzhof, und zwar geht es darum, dass auch Gehörlose die Möglichkeit haben sollen, eigene Führungen zu bekommen. Dies lässt sich an und für sich mit relativ geringem Aufwand durchführen. Man benötigt ein Podest, das man von einem Raum in den anderen tragen kann und benötigt eine entsprechende Beleuchtung, damit die Gehörlosen die Gebärdensprache lesen können. Selbstverständlich braucht man auch jemanden, der der Gebärdensprache mächtig ist und wir haben uns gedacht, dass es eben ein paar Mal im Jahr einen diesbezüglichen Termin geben wird und eigene ausgebildete Gehörlosenfürher, die Führungen durchführen werden.

Ich möchte aber auch auf die Nachhaltigkeit in dem Zusammenhang hinweisen. Wir stellen uns vor mit dem Antrag, dass einige Zimmer für Gehörlose auch ausgebaut werden. Auch ist damit nicht ein großer Kostenfaktor verbunden, man benötigt gewisse Lichtsignale und man benötigt gewisse Vibrationen, womit dann der Gehörlose darauf aufmerksam gemacht wird, dass etwas Besonderes stattfinden kann. Damit können wir im Bildungshaus Retzhof für Gehörlose eigene Seminare anbieten und darüber hinaus auch wiederum unseren Tourismus stärken, und zwar in diese Richtung hin, dass man um den Retzhof herum eigene Programme, Ausflugsziele und so weiter für Gehörlose anbietet.

Das ist, glaube ich, ein guter Beitrag im Sinne der Behinderten, die selbstverständlich auch die Möglichkeit haben sollen, am täglichen allgemeinen Leben teilzunehmen. Ich glaube, wir stärken damit das steirische Bildungshaus und zeigen auch wieder einmal deutlich die soziale Kompetenz. (Beifall bei der ÖVP. – 13.15 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Wicher bitte.

Abg. Wicher (13.15 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen und Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Zuschauerraum!

In unserem Antrag war ein Verweis auf das europäische Jahr der Menschen mit Behinderung. Dieses Jahr ist jetzt seit drei Monaten vorüber und eigentlich ist es sehr, sehr still darum geworden. Im vergangenen Jahr hat es viele Veranstaltungen gegeben, es hat Aktionen gegeben. Es wurden, ja ich würde sagen, viele gute Vorträge vorgetragen, es wurden – ich darf das gleich auch so offen sagen – salbungsvolle Sonntagsreden gehalten. Es wurden aber auch von Seiten der Menschen mit Behinderung Forderungen gestellt. Forderungen, die eine Berechtigung haben, sollen sie doch den gleichberechtigten Zugang von Menschen mit einer Behinderung, welcher Art auch immer, gewährleisten, denn, und gottlob ist es jetzt so, Menschen mit einer Sinnesbehinderung, mit einer Körperbehinderung, einer geistigen Behinderung werden nicht mehr in Häusern versteckt beziehungs-

weise lassen sich nicht mehr verstecken und sie möchten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, in allen Bereichen gleichberechtigt teilnehmen.

Das setzt natürlich gewisse Vorkehrungen voraus. Menschen, die im Rollstuhl sind, vor denen türmen sich Barrieren auf – nach wie vor. Es hat sich schon viel geändert, das muss ich durchaus zugeben. Wir hatten ja schon im Jahr 1981 ein Jahr der behinderten Menschen. Damals hat es noch der behinderten Menschen geheißt. Es wurden einige Dinge verwirklicht, aber es ist auch noch sehr, sehr viel übrig geblieben beziehungsweise offen gelassen worden.

Aus diesem Grund bin ich ein klein bisschen besorgt, dass es vielleicht dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung 2003 ähnlich ergehen könnte. Ich bin, ich denke, Sie wissen das, durchaus ein optimistischer Mensch, ich denke positiv, aber im Laufe meines jetzt schon 35-jährigen Daseins im Rollstuhl ist mir ja doch einiges untergekommen. Ich darf durchaus sagen, dass 1969, als mich das Schicksal sozusagen „derglängt“ hat, wie man in der Steiermark sagt, waren Rollstuhlfahrer, die auf der Straße unterwegs waren, absolut eine Sensation. Es war ihnen auch nicht möglich. Es hat Barrieren sonder Zahl gegeben, abgesehen davon, dass jemand, der im Rollstuhl sich fortbewegt hat, ja eher als Exote angesehen wurde und man sich gefragt hat, na, was macht der eigentlich, eigentlich gehört er ins Heim oder er soll zu Hause in seinen vier Wänden bleiben.

Das hat sich erfreulicherweise geändert, geändert auch dadurch, dass Behindertenorganisationen und die Behinderten selbst sehr vehement für ihre Rechte eingetreten sind. Und ich würde sagen, es sind Rechte, weil es ist absolut nicht einzusehen, dass jemand, der entweder blind oder gehörlos, schwerhörig, körperbehindert ist, nicht dieselben Angebote, die sich der nicht behinderten Gesellschaft bieten, annehmen kann. Dazu braucht es eben den Abbau gewisser Barrieren, seien sie baulicher Art oder solcher Art – und das gibt es leider nach wie vor –, die sich nach wie vor in manchen Köpfen befinden. Das ist auch schon besser geworden.

Es ist eben so, dass man als Rollstuhlfahrer oder als Blinder oder als Gehörloser – da ist es nicht so offensichtlich zu sehen – oder Menschen mit geistiger Beeinträchtigung sich auch in der Öffentlichkeit bewegen und dort auch genau denselben Zugang haben will wie alle anderen. Und das bezieht sich natürlich insbesondere auch auf Kultur. Und jetzt komme ich auf das ursprüngliche Thema zurück.

Die Landesausstellung 2004, auf deren Eröffnung – 30. April/1. Mai – ich mich schon wirklich sehr freue, ist eine Veranstaltung, die, und das sage ich wirklich mit großer Vehemenz und mit Nachdruck, für alle zugänglich sein muss. Ich setze voraus, das setze ich wirklich voraus, dass die Gestalter der Ausstellung daran gedacht oder Vorkehrungen getroffen haben, dass man auch mit einem Rollstuhl oder mit Krücken die Gelände besuchen kann beziehungsweise in den Räumlichkeiten ist es ja nicht so schwierig, ich hoffe, dass es keine Stufen gibt. Es kann Stufen geben, aber da muss es dann auch Rampen oder Aufstieghilfen geben. Blinde Menschen – und das sage ich jetzt auch ohne zu wissen, ob es Vorkehrungen gibt – brauchen Leiteinrichtungen, die sie mit ihrem Stock ertasten können. Sie brauchen, und ich denke, das wäre ein Komfort, den man diesen Menschen bieten würde, betastbare Ausstellungspläne beziehungsweise vielleicht auch betastbare Objekte, so wie es zum Beispiel beim Kunsthause der Fall ist oder auch auf Initiative der Frau Landeshauptmann mit dem Uhrturm. Also das wären Dinge, die blinden und sehbehinderten Menschen einen wesentlich größeren Komfort bieten würden.

Wie gesagt, ich sage das einfach, um nichts zu versäumen, um vielleicht noch unter Umständen im letzten Augenblick kleine Änderungen herbeiführen zu können.

In Zukunft – und das ist ja auch eine vehemente Forderung von Behindertenorganisationen, die ja die Interessen von behinderten Menschen vertreten – soll es das Behindertengleichstellungsgesetz geben. Wenn wir das einmal haben, und ich hoffe, dass es nicht mehr allzu lange dauert, bis wir es bekommen, dann müssen wir Abgeordnete uns diesbezüglich keine Gedanken mehr machen. Ich meine, wir dürfen uns Gedanken machen, keine Frage, aber wir müssen uns nicht Gedanken machen, weil es dann einfach selbstverständlich ist, dass öffentliche Gebäude, Ausstellungen, Sportplätze, was immer auch, für alle zugänglich sind, welcher Art von Behinderung sie auch angehören.

In diesem Zusammenhang, vor allem wenn es um bauliche Barrieren geht, muss ich halt schon nach wie vor, wie soll ich sagen, an die Architekten – nicht nur in unserem Land, sondern allgemein – appellieren, bitte denken Sie nicht nur immer an die Ästhetik, die soll natürlich vorhanden sein, das ist ganz klar, aber bitte machen Sie sich auch Gedanken, wie Ästhetik und Benützbarkeit durch Menschen mit Behinderung zu verbinden sind, weil da, und das muss ich wirklich zu meinem großen Bedauern sagen, hapert es nach wie vor. Es passiert immer wieder, dass auch auf Interventionen von Behindertenorganisationen einfach nichts passiert. Und das darf nicht sein. Das würde durch ein Bundesbehindertengleichstellungsgesetz dann ein für alle Mal aus dem Weg geräumt sein, weil dann ist das einfach eine Voraussetzung.

Jetzt darf ich noch, wenn Sie gestatten, Frau Präsidentin, um auch Menschen, die schwerhörig sind – und da gibt es mehr als wir glauben – zu helfen, einen Entschließungsantrag bringen, der sich jetzt noch zusätzlich mit der Ausstellung „Die Römer“ in Wagna befasst.

Es ist dies ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Wicher, Tschernko und Koller, betreffend Führungen für Schwerhörige bei der Landesausstellung 2004, zu Tagesordnungspunkt 12, Einl.-Zahl 1670/1, betreffend Führungen für Gehörlose bei der Landesausstellung 2004 und Ausbau einiger Zimmer im Bildungshaus Retzhof für Gehörlosenseminare.

Mit dem Antrag 1670/1 forderten die unterzeichneten Abgeordneten die Landesregierung auf, bei der Landesausstellung für Führungen mit gehörlosen Menschen vorzusorgen. Dabei blieb die große Gruppe der Schwerhörigen unberücksichtigt.

Um auch diesen Menschen zu helfen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten daher den Antrag, dass die Landesregierung in Kooperation mit den Organisatoren der Landesausstellung eine so genannte „Führungsanlage“ bereit stellt. Diese würde es Schwerhörigen erlauben, über eine Induktionsschleife beziehungsweise Induktionsschlinge beziehungsweise Kopfhörer die Führungen zu hören.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Organisatoren der Landesausstellung 2004 eine „Führungsanlage“ für schwerhörige Besucher der Landesausstellung zur Verfügung zu stellen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 13.28 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Führungen für Schwerhörige bei der Landesausstellung 2004, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

13. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1417/1, Beilage Nr. 172, Entwurf einer Neufassung des Steiermärkischen Jugendförderungsgesetzes und den Antrag, Einl.-Zahl 49/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Lechner-Sonnek, betreffend Jugendförderungsgesetz 2001.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Walburga Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (13.29 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, verehrte Damen und Herren!

Ich berichte über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1417/1, Beilage Nr. 172 und über den Antrag, Einl.-Zahl 49/1, betreffend Jugendförderungsgesetz 2001.

Im Ausschuss für Generationen und Bildung wurde ein Unterausschuss eingesetzt und der hat in zwei Sitzungen sowohl über die Regierungsvorlage als auch über den Antrag beraten und folgendes Ergebnis erzielt:

Es wird einiges an Neuerungen beim Steiermärkischen Jugendförderungsgesetz geben, vor allem das Bezirksjugendmanagement und das Landesjugendforum. Das Bezirksjugendmanagement löst das ehrenamtliche Bezirksjugendreferat ab und diese neue Einrichtung wird nun auch mit neuen Rahmenbedingungen seine Fortsetzung finden. Die Aufgaben werden einer hauptamtlich tätigen Person übertragen und es soll sich vor allem dieses Bezirksjugendmanagement als Kommunikationsstruktur zwischen den Bezirken, Regionen und dem Land verstehen. Es soll aber auch der notwendigen Verknüpfung von außerschulischer Jugendarbeit, schulischer Jugendarbeit und Elternhaus dienen.

Das Landesjugendforum ist ein aus Jugendlichen zusammengesetztes Gremium mit dem Erfahrungshintergrund aus den verschiedenen Bereichen der außerschulischen Jugendarbeit, dessen Aufgaben in der Beratung der Steiermärkischen Landesregierung in Themen, die die Jugendarbeit betreffen, bestehen soll. Es ist die Tätigkeitsdauer auf drei Jahre befristet und dadurch soll eine Flexibilität innerhalb des Gremiums gewährleistet werden.

Dem Landesjugendbeirat kommt nun eine Stärkung seiner Position zu, indem er in Zukunft bei der Vergabe von Fördermitteln an die verbandliche Jugendarbeit beratend mitwirken wird.

Es hat dann auch einige legistische und andere Änderungen und Korrekturen gegeben, die im Schriftlichen Bericht alle aufliegen. So darf ich den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen, der nachstehende Entwurf eines Gesetzes über die Jugendförderung, Steiermärkisches Jugendförderungsgesetz 2004, wird zum Beschluss erhoben. (13.31 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper bitte.

Abg. Halper (13.32 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Landtages!

Das Jugendförderungsgesetz liegt neu auf. Das derzeit gültige oder bis dato gültige gibt es nun schon seit 1984, das heißt es besteht jetzt 20 Jahre. 20 Jahre, in denen sich aber die Bedürfnisse und auch die Wünsche der steirischen Jugend durch vielseitige Einflüsse sehr stark geändert haben. Ein neues Jugendförderungsgesetz wurde damit notwendig und vor allem auch erforderlich, um sich an diese Bedürfnisse und Wünsche der steirischen Jugend von heute anzupassen.

Die Kollegin Beutl hat es in ihrer Berichterstattung schon erwähnt, dieses Gesetz bringt natürlich auch neue Strukturen mit sich und damit, was uns besonders wichtig war, auch von Seiten des Verhandlungsteams gesamt, neue Entfaltungsmöglichkeiten für Jugendliche in unserem Bundesland. Neu wird sein das Bezirksjugendmanagement, das besteht ja schon seit zirka 50 Jahren in ehrenamtlicher Form. Ich begrüße es besonders, dass

auf dieser Ebene es nun möglich ist, diese Tätigkeit in Zukunft auch bezahlt auszuüben und vor allem mehr Kooperation mit regionalen Institutionen zu haben, mehr Möglichkeiten mit der Verantwortungsebene in Kontakt zu kommen, aber natürlich auch mehr Möglichkeiten für Jugendliche sich indirekt in die Regionalpolitik und in die regionalen Gegebenheiten einzubringen.

Ein weiterer wesentlicher Punkt dieses Gesetzes ist das Jugendforum. Ein Forum, das dazwischen eingeschoben wird, zwischen dem Bezirksjugendmanagement und dem Landesjugendbeirat. Das wird sicher eine schöne und spannende Erfahrung werden, hierbei erstmals auch Jugendliche direkt aus der Bevölkerung einzubinden, um ihre Mitsprache wirklich einzufordern beziehungsweise auch, damit sie sich auch selbst einbringen können.

Ich denke, das Land Steiermark und alle politischen Fraktionen in diesem Landtag gehen damit in die richtige Richtung, damit sich Jugendliche entfalten können und vor allem sich selbst für ihre Bedürfnisse und Wünsche stark machen können. Sie bekommen mit diesem Recht mehr Mitsprache, aber auch mehr Gestaltungsfreiheit, und was ich besonders hervorheben möchte, ist, dass sie auch mehr Kommunikationsmöglichkeiten zur Verwaltungsebene und damit auch zur Politik damit bekommen.

Was bei uns auf Seiten der Sozialdemokraten natürlich sehr, sehr wichtig war bei diesem Gesetz, denn Wünsche gibt es immer viele, alles konnte nicht umgesetzt werden, aber ich glaube, wir haben einen schönen, guten Kompromiss für eine Startbasis geschaffen.

Persönlich möchte ich mich beim Team des Landesjugendreferates bedanken, das sich sehr stark eingebracht hat, das uns sehr toll beim Unterausschuss unterstützt hat und aus sozialdemokratischer Sicht natürlich auch die Vorschläge des damaligen Landesjugendreferenten Günter Dörflinger in dieses Gesetz übernommen hat.

Somit danke ich für die Aufmerksamkeit, die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu diesem Gesetz ist natürlich gegeben. (Beifall bei der SPÖ. – 13.35 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Gödl bitte.

Abg. Gödl (13.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen im Landtag und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Publikum!

Eines der seltenen Vorkommnisse im Landtag, dass ein Gesetz komplett neu beschlossen wird, also nicht nur novelliert wird, sondern dass ein komplett neues Gesetz verfasst wird und heute noch dazu in eine, so hoffe ich, einstimmige Zustimmung mündet. Wie schon die Mischa gesagt hat und wie auch bei den Ausführungen bei der Burgi Beutl als Berichterstatterin angeführt wurde, ist es doch ein Quantensprung in Richtung einer modernen Jugendarbeit und ein 20-jähriges Gesetz gehört natürlich überarbeitet. Aber ich glaube, es ist mehr geworden als nur eine Überarbeitung. Es ist ein komplett neuer Zukunftswurf gelungen!

Ich möchte da schon die Rolle der jüngsten Landesrätin Österreichs, Frau Mag. Kristina Edlinger-Ploder, hervorheben, die diese Vorlage in den Landtag eingebracht hat. Eine Vorlage, auf der wir sehr gut aufbauen konnten, wo wir sehr gut weiterdiskutieren konnten und wir natürlich die eine oder andere kleine Verfeinerung vorgenommen haben.

Ich möchte fairerweise einen Zeitungsartikel von heute, nämlich vom „Standard“ korrigieren, fairerweise gegenüber den Parteien, die hier in dem Zeitungsartikel nicht genannt worden sind, es ist kein ausschließlich schwarz-grünes Projekt, so wie es dort geschildert wird und wo die Edith Zitz an der Seite von Frau Landesrätin aus der Zeitung herauslächelt, sondern es ist ein gemeinsam erarbeitetes Projekt und das finde ich gerade in Fragen der Jugendpolitik und der Jugendförderung als besonders lobenswert.

Ich glaube, es ist auch lobenswert, dass die Fachstellen, die vielen Fachstellen, die wir im Bereich der Jugendarbeit unseres Landes haben, sich konstruktiv eingebracht haben und einbringen konnten und dass wir ihre Stellungnahmen, so weit es möglich war, auch berücksichtigen konnten. Auch von diesen Seiten konnten wir eine relativ positive Zustimmung zum nun zu beschließenden Gesetz vernehmen.

Das Gesetz selbst hat zwölf Paragraphen. Es ist aus meiner Sicht sehr, sehr klar formuliert, so wie es sich für ein Gesetz gehört, und hat eine, was mich auch sehr freut – der Paragraph 1 –, sehr, sehr breite Zielsetzung. Ich denke zum Beispiel an den Absatz 2: „Die Jugendförderung hat darauf hinzuwirken, dass in einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft positive Lebensbedingungen mit Chancengleichheit für junge Frauen und Männer und ihre Familien bestehen.“ Also auch diese Chancengleichheit im Sinne von Gender Mainstreaming wurde auch ganz klar definiert und als Zielsetzung eingebaut.

Einen Ansatz in Richtung verstärkter Regionalisierung soll der Paragraph 6 bringen, also das Bezirksjugendmanagement. Es hat zwar bisher schon Bezirksjugendverantwortliche gegeben, aber dieser Weg in eine etwas verstärkte Professionalisierung in Form dessen, dass dafür auch finanzielle Mittel bereitgestellt werden – und es sind insgesamt doch 400.000 Euro, die Jahr für Jahr für die Abgeltung der Arbeit der Bezirksjugendmanager, aber auch für den Aufbau der notwendigen Infrastruktur bereitgestellt werden sollen – bedeutet einen deutlichen Quantensprung für die Zukunft der Jugendarbeit.

Auch finde ich es als absolut richtigen Ansatz, über dieses Gesetz andere Institutionen, im Speziellen die Gemeinden, herauszufordern, selbst auch Jugendbudgets in ihren Budgets auszuweisen. Wir haben den Passus im Paragraph 4 ganz bewusst so drinnen, dass nur unter der Voraussetzung, dass die Gemeinde auch Fördermittel für Jugendprojekte, für Jugendbeteiligungsprojekte bereitstellt, auch Landesmittel lukriert werden können.

Wir sehen das in vielen anderen Bereichen auch, wo der Landesgesetzgeber mit diesem Anreizmodell ganz schöne Erfolge erzielen kann. Ich denke da, was zum Beispiel die Gemeinden betrifft, an die Solarförderungen, wo die Gemeinden quasi indirekt dazu fast gezwungen werden, eine Solarförderung anzubieten, weil nur dann eine Landesförderung auch für den Privaten fließt.

Und ich finde auch den Ansatz, den wir eingearbeitet haben, richtig, zwar den Gemeinden freizustellen, auch die Höhe freizustellen, aber doch ein klares Anreizsystem für ein Bekenntnis zu einer Kostenübernahme im Bereich der Jugendarbeit auch einzufordern.

Auch das Landesjugendforum finde ich eine sehr gute Einrichtung, dass eben über diese reine Tätigkeit des Jugendbeirates, wo also die Landesregierung in Fragen der Fördervergabe, wie auch in anderen Beiräten, beraten wird, ein eigenes Forum eingerichtet wird, wo wirklich garantiert ist, dass Jugendliche über Jugendthemen diskutieren. Wir haben die Höchstgrenze mit 26 Jahren hier im Gesetz verankert. Wir haben uns auf dieses Alter geeinigt. Ich finde es absolut richtig, dass zwar natürlich dieser Erfahrungshintergrund mit eingebracht werden soll und muss, wenn man sich für so ein Forum bewirbt, aber dass es unbedingt Jugendliche sein sollen, die über Jugendthemen diskutieren.

So glaube ich, dass wir mit dem Jugendförderungsgesetz eine sehr günstige Weiterentwicklung erfahren. Ich finde im Speziellen die Aufsplitterung in diese drei Kernmaterien, was Jugendpolitik betrifft, nämlich in die Förderung einerseits, in die Wohlfahrt andererseits – das Jugendwohlfahrtsgesetz ist ja, glaube ich, das nächste, das wir angehen werden – und auch in den Jugendschutz, also diese Dreigliederung finde ich für meinen Begriff als sehr, sehr sinnvoll, eine sehr vernünftige Struktur für die Unterstützung junger Menschen beim Erwachsenwerden. Ich würde es gar nicht so gut finden, diese drei Bereiche in einem Gesetz zu vermengen, sondern diese klare Strukturierung aufrechtzuerhalten, um zum Beispiel Gesetze lesbar zu halten, um auch die einzelnen Interessen, die wir als Gesetzgeber damit verfolgen, klar definieren zu können.

Trotzdem, wir müssen in Zukunft sicher noch einige weitere Themen angreifen. Von uns wird heute auch der Antrag in den Landtag eingebracht, uns zu überlegen, wie wir einem Alkoholproblem, einem wachsenden Problem in der Jugend, auch etwas entgegenwirken können, in der Frage der so genannten Alkopops. Auch hier sollen wir weitere Wege und vernünftige Wege suchen.

Für das Jugendförderungsgesetz selbst möchte ich auch ein herzliches Danke sagen, so wie schon die Misha Halper, der Abteilung, der Frau Mag. Eva-Maria Fluch, der Frau Mag. Jutta Petz und allen, die daran von der Abteilung beteiligt waren. Einen Dank auch an alle Fraktionen. Es war ein sehr gutes Miteinander im Unterausschuss, gekennzeichnet von absoluter Sachlichkeit. Ich danke auch der zuständigen Landesrätin, dass sie mit einem sehr, sehr guten Entwurf uns schon die Schienen gelegt hat und wir heute ein Ergebnis vorweisen können, das sich wirklich sehen lassen kann.

In diesem Sinne danke ich allen, die mitgearbeitet haben, und hoffe heute auf eine einstimmige Zustimmung. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 13.42 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Zitz (13.42 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Ich finde es erstaunlich, und das ist für mich ein gutes Zeichen in der steirischen Landespolitik, dass trotz ESTAG, trotz Dringlicher Anfragen wir zumindest zwischendurch in diesem Landtag ein Fenster haben, wo wir zeigen – und ich glaube, die Leute haben oft ein Bedürfnis danach –, dass man wichtige Themen auch in einer guten sachlichen Kooperation abarbeiten kann.

Jugendförderungsgesetz: Nach der Landtagswahl 2000 war einer unserer ersten grünen Anträge ein Antrag auf ein neues Jugendförderungsgesetz, das bestehende würde nämlich heuer 20 Jahre alt werden.

Ich möchte noch einmal zurückkommen, was Michaela Halper gesagt hat, es war tatsächlich so, dass der Landesrat Dörflinger in seiner Ära als Jugendlandesrat mit dem Jugendonline-Prozess wichtige Vorarbeiten für dieses Gesetz geleistet hat.

Nachdem wir den Entwurf bekommen haben, Frau Landesrätin, sind wir dann von grüner Seite zu Ihnen gekommen und haben den Entwurf durchgesprochen, auch mit den Expertinnen aus dem ÖVP-Klub und von der Fachabteilung und haben einige Punkte dort problematisiert und reinreklamiert, konkret den Gender Mainstreaming-Zugang mit Angeboten im Bereich Mädchen- und Burschenarbeit, konkret einen intergenerativen Ansatz, den ich für extrem wichtig halte, weil mir immer unwohl ist, wenn man Jung und Alt auseinanderdividiert. Man muss da gemeinsame Foren schaffen, und das auch in einer Wertschätzung wechselseitig. Das ist für mich eine ganz spezifische Qualität.

Ein Punkt, den ich auch noch anführen möchte, die Arbeit in diesem Unterausschuss ist aus meiner Sicht sehr gut gelaufen, weil wir es einfach geschafft haben, das Gesetz Paragraf für Paragraf durchzugehen und gleichzeitig die internationale Dimension reingenommen haben. Der Vorschlag von der Kinder- und Jugendanwaltschaft, dass man das EU-Weißbuch oder auch UNO-Vorgaben berücksichtigen soll, empfinde ich als zeitgemäß. Ich glaube, dass dieses Stück tatsächlich authentische gemeinsame politische Arbeit ist. Gerade in Zeiten mit ESTAG, mit Blutbank, mit anderen sehr unerfreulichen politischen Entwicklungen ist das ein Symbol, dass man in einem bestimmten Bereich wirklich parteienübergreifend eine gute Sache auf die Reihe bringt.

Das, was ich mir erlaube anzufügen, was ich kritisch gesehen habe, es hat leider keinen Unterausschuss gegeben, wo Jugendexperten und -expertinnen eingeladen waren. Wir haben das untereinander besprochen. Aber ich wäre sehr froh gewesen, auch da live von Leuten von außen eine Rückmeldung zu bekommen in der Gruppe mit den anderen Kollegen und Kolleginnen von den Fraktionen. Was mich weiters beunruhigt, ist, dass die Dotation für das Jugendförderungsgesetz offenbar nur bedingt erhöht wird, konkret für die Bezirksjugendmanagements.

Mein Wunsch wäre natürlich eine Vermehrfachung des Budgets für die Jugendförderung, weil ich glaube, dass Mittel, die dort investiert werden, sehr gut investierte Mittel sind, etwa Unterstützungen im Bereich Jugendarbeitslosigkeit, Suchtprävention oder Gewaltprävention sogar niedriger sein könnten, wenn man klug und zeitgerecht in die Jugendförderung investiert.

Ein letzter Punkt noch: Bei allen ressortübergreifenden Freundlichkeiten, die wir jetzt ausgetauscht haben, wo ich die Meinung vom Ernst Gödl als Vorsitzenden teile, mein Wunsch ist es nach wie vor, dass man die Jugend nicht drittelt – in die geschützte, in die geförderte Jugend und die Jugend, die Jugendwohlfahrtsmaßnahmen erhält. Ich hätte gerne nach deutschem Vorbild ein Gesetz, das diese Bereiche zusammenführt, um damit auch Synergien sicherzustellen.

Es ist für mich einfach unlogisch, dass man da sich die Mühe macht, mit drei verschiedenen Gesetzen einen Bereich abzarbeiten, wo es einfach um einen respektvollen Umgang mit jungen Leuten in sehr unterschiedlichen Lebensphasen geht.

Das ist eine Sache, die wir von grüner Seite weiterhin betreiben wollen, nämlich eine Zusammenführung der diversen Jugendagenden. Frau Landesrätin, ich bin jetzt in der Situation auch etwas überrascht, und zwar unerfreulich überrascht, dass niemand anderer von den Regierungsparteien da ist. Das heißt, Sie werden in Ihrer Kompetenz als Jugendlandesrätin offenbar so ernst genommen, dass die anderen Parteien auf der Regierungsbank sich da auch vor einem Stück ihrer Mitverantwortung drücken. Das halte ich durchaus für eine Sache, die man immer wieder zum Thema machen muss, weil Jugendpolitik ein echtes Querschnittsthema ist und von Arbeitsmarktpolitik bis in den Umgang mit den Bedarfszuweisungen in den Gemeinden bis natürlich zu Umweltanliegen etwas ist, was uns quer durch unsere Kompetenzbereiche, Ressorts und sonstige Interessensgebiete beschäftigen sollte.

In diesem Sinne glaube ich ist es ein ziemlich gelungenes Gesetz. Wir hoffen, dass der Vollzug und die Umsetzung auch sehr knapp an der Lebensrealität von Jugendlichen und jungen Erwachsenen dran ist. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 13.48 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Graf.

Abg. Graf (13.49 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Frau Abgeordnete Zitz hat angesprochen, dass wir die Jugendorganisationen nicht eingeladen haben. Ich denke, wir haben aber im Unterausschuss ein Übereinkommen gehabt, in dem Stellungnahmen eingefordert wurden, dass wir mit diesen Stellungnahmen arbeiten. Und zum Zweiten, eine angemessene Jugendförderung ist, denke ich, nicht nur Ihnen ein Anliegen und es wird an der Landesrätin liegen, diesen Bereich dann auch wirklich ausreichend zu dotieren. Mit diesem Jugendförderungsgesetz wird den Jugendlichen ein Mitspracherecht, ein Anmerkungsrecht, ein Unterstützungsrecht und mit Sicherheit mehr gerecht als mit dem vergangenen Gesetz. Es sind auch die Kinderrechtskonventionen und auch das Weißbuch nicht nur angeführt, sondern auch die Förderungen in Zukunft danach. Es nimmt auch Bezug auf eine familienfreundliche Gesellschaft und auf positive Lebensbedingungen. Ich denke, das Land und die zuständige Abteilung werden die Kann-Bestimmung, die angeführt ist, betreffend Seminare, Lehrgänge, Informationen, Wettbewerbe, Vernetzungen, Beratungen und allen anderen Aktivitäten zu den bereits bestehenden Angeboten erfüllen, diese dotieren und den Jugendlichen verstärkt die Entwicklung unseres Landes, ihre Möglichkeiten zur Mitarbeit und zur Mitgestaltung in der gesamten Gesellschaft vor Augen führen.

Wie wir schon gehört haben, sind in Zukunft auch die Gemeinden angehalten, mit eigenen Jugendprojekten, mit eigener Jugendarbeit, die ist auch im Budget auszuweisen, mitzutun und mitzugestalten. Dann soll es natürlich diese Zusammenarbeit geben mit dem Bezirksjugendmanagement, mit den Jugendforen. Das ist in dieser Form neu und mit einigen mehr Möglichkeiten ausgestattet, die sinnvoll sind. Durch diese Grundlage, durch dieses neue Gesetz sollen sich wirklich alle miteinander vernetzen und damit neue Wege gehen. Das kann und wird sich hoffentlich sehr positiv auswirken, weil es wirklich jugendnah und kontinuierlich ist und das sind auch die genauen Worte, die im Gesetz stehen. Wir wünschen uns diese kontaktfähigen, kooperationsfähigen, erfahrenen Jugendmanager und auch eine finanziell ausreichende Unterstützung, wie sie eigentlich im Unterausschuss von der ÖVP zugesagt wurde für die zukünftige Jugendförderung. Danke zum Schluss an alle Beteiligten und ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der FPÖ. – 13.51 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrätin Edlinger-Ploder.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (13.51 Uhr): Herzlichen Dank! Frau Abgeordnete Zitz, ich möchte bei Ihnen anschließen, ich glaube, Sie haben durchaus Recht gehabt mit Ihrer Einleitung, dass es schon hin und wieder gut tut, wenn man sieht, wie auch Arbeit gemacht werden kann, nämlich politische Arbeit. Ich glaube, wir können alle gemeinsam, Regierung, Landtag et cetera, auch alle Fraktionen, durchaus stolz sein, dass es gelun-

gen ist, in einer angemessenen Zeit – ich habe das damals im Juni in die Regierung eingebracht, heute können wir den Beschluss fassen – ein Gesetz, das hoffentlich beschlossen wird, hoffentlich auch einstimmig beschlossen wird. Aber es schaut so aus und ich glaube, die Verhandlungen sind auch so gelaufen, wo wir schon auch von dieser Seite der Politik aus zeigen können, dass wir Jugendliche ernst nehmen, indem wir sie fördern, aber indem wir sie auch fordern. Das ist ein Bereich, der mir immer wieder wichtig ist und das zeigt sich auch quer durch das Gesetz, wenn es gerade um die materielle Förderung geht, dass es hier nicht Sinn der Sache sein kann, von Seiten des Landes aus, von Seiten eines grünen Schreibtisches in Graz, Jugendprojekte aufzusetzen und zu sagen, wir wissen schon, was gut für euch ist, sondern vielmehr die Jugendlichen einzuladen mitzutun, aber ihnen auch die Verantwortung zu geben, ein Projekt oder eine Idee umzusetzen und hier mitzuhelfen, dass sie Rahmenbedingungen bekommen, dass das möglich wird.

Wir sehen auch – und das ist ein ganz wichtiger Punkt –, dass nun einmal der Alltag der Jugendlichen sich in sehr unterschiedlichen und sehr vielfältigen Optionen zeigt, was nicht nur ihre Interessen, aber vor allem auch die verschiedensten Organisationsformen angeht. Wir haben es zu tun mit einer großen verbandlichen Jugendarbeit, wir haben es aber gleichzeitig zu tun mit den Jugendzentren, mit dieser offenen Jugendarbeit, aber dann auch immer wieder mit sehr kurzfristigen Initiativen, die sich einfach für diesen Moment für dieses Projekt zu einer Gruppe treffen und dann wieder auseinander gehen, aber hier etwas bewegen wollen. Auch hier müssen wir uns einstellen, dass wir hier die Möglichkeit bieten können.

Das Bezirksjugendmanagement hat meiner Meinung nach auch hier einen großen Vorteil, denn dass wir das auch mit einem Entgelt verbinden, wird uns ermöglichen, dafür auch qualifizierte Personen zu finden. Das heißt auch, Jugendarbeit ist nicht nur sozusagen ein bisschen eine Freizeitstunde zu verbringen, ich glaube, wir haben es hier auch geschafft, diese Wertschätzung von Arbeiterinnen und Arbeitern, von Tätigen, die in der Jugendarbeit unterwegs sind, zu zeigen, dass es hier schon eine Wertschätzung ihrer Arbeit gibt und das ist sozusagen auch eine Qualifikation, die sich auch symbolisch oder optisch in einem Entgelt ausdrückt.

Ein weiterer Punkt, der mir wichtig ist und der drinnen ist, ist die Schwerpunktsetzung, die ich heuer schon im gesamten Förderungsbereich der Jugendarbeit von Seiten des Landes mit den zwei großen Punkten Prävention und Partizipation umsetze, weil wir auf eine andere Möglichkeit es nicht schaffen werden, Themen nachhaltig in die Gesellschaft zu bringen, zu kommunizieren, auch auszusprechen und nachhaltig zu implementieren. Es ist nun einmal in unserer optionenreichen Welt, medialen Welt – wir können es ausdrücken, wie wir wollen, wir können es beklagen oder nicht – aber es ist notwendig, hier neue Formen zu finden, wenn man Themen gerade auch im Jugendbereich ansprechen will, dass sie auch durchkommen.

Der Jugendbericht ist nicht erwähnt worden. Ich glaube, das ist auch ein wichtiger Teil dessen, dass es auch darum geht, dass wir Kommunikation nicht nur zwischen den Beteiligten und den Betroffenen, dass wir nicht nur eine Kommunikation von Seiten der Landesregierung an den Landtag geben, was getan wird, sondern auch dass wir das alle gemeinsam in die Öffentlichkeit tragen, in die Regionen tragen, dort, wo die Menschen zu Hause sind, tragen und ihnen zeigen, dass wir eben diese Wertschätzung gegenüber Jugendarbeit ausdrücken wollen.

Namentlich darf ich mich bedanken bei allen Fraktionen, beim Vorsitzenden des Unterausschusses Ernst Gödl, aber genauso bei den Jugendsprechern Abgeordnete Graf, Halper, Zitz. Ich glaube, es war wirklich auch ein gutes Klima der Zusammenarbeit, es war auch ein gutes Klima beim heurigen Jugendlandtag. Herzlichen Dank dafür! In diesem Fall hat der Landtag gezeigt, was er am besten kann und was seine originäre Aufgabe jeden Tag ist, nämlich ordentliche Gesetze zu machen. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 13.56 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 13 liegt nicht vor. Bevor ich zur Abstimmung komme, begrüße ich die Verwaltungsassistentinnen und Verwaltungsassistenten – Lehrlinge aus Dienststellen des Landes Steiermark, des Bundes und auch aus einigen Gemeinden unter der Leitung von Herrn Johannes Steinbach. (Allgemeiner Beifall.)

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

14. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1706/1, betreffend den Wissenschaftsbericht 2002/2003.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Wolf Rauch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Rauch (13.57 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, Einl.-Zahl 1706/1, betreffend den Wissenschaftsbericht 2002 und 2003.

Der Abteilung 3 – Wissenschaft und Forschung oblag auch im Jahr 2003 die Aufgabe, prägnante Berichte über die vorjährigen Wissenschafts- und Forschungsförderungen des Landes Steiermark zusammenzustellen und mit dem „Wissenschaftsbericht 2002/2003“ in einem Band zu vereinen.

Der heuer vorgelegte Wissenschaftsbericht 2002/2003, Bericht über die Wissenschafts- und Forschungsförderung des Landes Steiermark, zeichnet sich durch seinen Handbuchcharakter aus und soll seiner verstärkten Servicefunktion gerecht werden. Der Berichtszeitraum erstreckt sich über das vorangegangene sowie das laufende Jahr, wobei die statistischen und sonstigen Daten dem letztverfügbaren aktuellen Stand des Herbstes 2003 entsprechen.

Ergänzend zu den Beiträgen einzelner Dienststellen und Forschungsinstitute, den Kurzdarstellungen unserer Universitäten sowie außeruniversitären Forschungsinstitutionen informiert die landeseigene JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH. über die Forschungslandschaft in Österreich und insbesondere in der Steiermark, um diese zusätzlich im Vergleich zu internationalen und europäischen Entwicklungen zu sehen. Auch der landeseigenen FH JOANNEUM sowie den FH-Studiengängen der WIFI GesmbH. und weiters den derzeit noch vier steirischen Universitäten sind jeweils eigene Kapitel gewidmet.

Für den Inhalt der einzelnen Beiträge zeichnen die jeweiligen Autoren und Autorinnen der Abteilungen, Dienststellen, wissenschaftlichen Vereine und Institutionen verantwortlich, für die redaktionelle Gesamtkoordination die A3. Für Layout und professionelle Aufbereitung der einzelnen Beiträge konnte, wie in den vorangegangenen Jahren, die JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH. gewonnen werden.

Zur Vervollständigung des Gesamtbildes über die steirische Wissenschafts- und Forschungslandschaft sei zudem auf die Forschungsförderung des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) sowie des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF) in unserem Bundesland hingewiesen.

Nach Beschlussfassung durch die Steiermärkische Landesregierung am 15. Dezember 2003 wird die Veröffentlichung des Wissenschaftsberichtes 2002/2003 von der Abteilung 3 veranlasst. Als Adressaten- und Rezipientenkreis wären neben den politischen Entscheidungsträgern und -trägerinnen die wissenschaftlich interessierte Fachwelt sowie die Medien angesprochen.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt einstimmig den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung für die Kalenderjahre 2002 und 2003 über die Wissenschafts- und Forschungsförderungen des Landes Steiermark mit dem beigelegten Geschäftsbericht der landeseigenen JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH. wird zur Kenntnis genommen. Danke schön! (14.00 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Als Erste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (14.00 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Wissenschaftsbericht ist natürlich in der vorliegenden Form zu begrüßen und er ist tatsächlich auch, wie es in der Vorlage heißt, sehr gut als Nachschlagewerk zu benutzen.

Ich möchte mich hier aber auch im Zusammenhang mit dem Wissenschaftsbericht einem anderen Thema widmen, nämlich jenem der Universitäten und ihren derzeitigen Problemen.

Sehr schön hat das kürzlich Herr Prof. Otto Kolleritsch, der Rektor der Musikhochschule, ausgedrückt. Wenn ich zitieren darf: „Die neuen Universitäten sind unternehmerisch orientiert. Geld hat eine gewisse Erotik. Dadurch geraten die Inhalte in Gefahr. Die Betriebswirte dürfen diese nicht bestimmen.“ Und weiters, zwei Tage später wieder Herr Prof. Kolleritsch. Er richtete eine harte Kritik an das Bildungsministerium, indem er auf den noch nicht verwirklichten Bau des Hauses für Musik hinwies. Die Kunstuniversität erlebe eine Geschichte der Ablehnung mit ignoranter Argumentation, eine Geschichte provokanter Nichtbeachtung, eine Geschichte der Kränkung der Universitäten.

Der nicht begonnene Bau des Hauses für Kunst ist auch ein Teil unseres Antrages.

Nun zur Budgetsituation der Grazer Universität. Ich zitiere aus einem E-Mail des Dekans der Philosophischen Fakultät vom 17. Jänner 2004: „Wie bereits mitgeteilt, ist das Budget des Jahres 2004 de facto dasselbe wie jenes des als Katastrophenjahr erachteten Jahres 2003. Eine definitive schriftliche Mitteilung des Budgets durch das Ministerium steht meines Wissens nach wie vor aus. Die Interpretation des Budgets erweist sich als höchst komplex, schwierig und damit auch gefährlich.“ Und fett gedruckt: „Ich bitte Sie eindringlich, mit den zugewiesenen Mitteln höchst zurückhaltend umzugehen. Wir haben noch keine Zuweisung für die zweite Jahreshälfte. Die Institute werden allfällige Defizite dieses Jahres unzweifelhaft in das nächste Jahr mitnehmen müssen. Der Rektor verfügt praktisch über keine Verfügungsmasse. Dasselbe gilt für den Dekan.“

Solche Zitate, die könnte ich noch 100-fach vervielfachen, die werden auf allen Instituten, Fakultäten in Umlauf gebracht.

Dazu möchte ich auch bemerken, dass keiner dieser Leute, die diese Warnungen aussprechen und diese Sorgen haben, nur irgendwie in die Nähe der Sozialdemokratie zu rücken sind.

Im Zusammenhang mit den Finanzen an unseren Universitäten möchte ich noch darauf eingehen, was die Frau Bildungsministerin Gehrler einmal gesagt hat, nämlich zu Beginn ihrer Legislaturperiode, dass die Universitäten in Österreich Spitzenniveau erreichen werden.

Hier möchte ich einige Vergleiche anstellen. Wie Sie wissen, laut Fischer Weltalmanach hat die USA 280 Millionen Einwohner und den größten privaten Reichtum, den man sich nur vorstellen kann, der in Europa und auch in anderen Teilen der Welt nicht in dieser Form vorhanden ist. Die Spitzenuniversitäten in den USA sind Harvard, Princeton, Columbia, Yale, Stanford, John Hopkins, Berkeley und als Spezialuniversität das MIT, das Massachusetts Institute, und Notre Dame.

Ich komme gerade auf zehn Spitzenuniversitäten in einem Land mit 280 Millionen Einwohnern und dem größten privaten Reichtum.

Alle anderen Colleges, die bei uns auch Kukuruzcolleges oder Weizenuniversitäten genannt werden, sind im Niveau – egal, ob sie privat oder staatlich geführt sind – unter den österreichischen Universitäten. Da kann man sich ungefähr vorstellen, für wie viele Eliteuniversitäten in Österreich Platz ist, nämlich für gar keine, wenn wir diese Vergleiche anstellen.

Wir können uns froh und glücklich schätzen, dass wir Universitäten von durchschnittlichem Niveau haben, die so gut ausbilden, nämlich bis jetzt, dass viele Absolventen auch im Ausland und in aller Herren Länder Platz und dort Arbeit finden und als Forscher und Forscherinnen tätig sein können.

Bei dieser finanziellen Ausdünnung der Universitäten kann man sich das überhaupt in Zukunft schon gar nicht vorstellen. Man müsste massiv investieren, denn die Wissenschaft ist teuer, und vor allem ist auch das Betreiben von funktionierenden und gut bestückten Bibliotheken teuer, samt allen Dienstleistungen, die Bibliotheken sonst noch leisten.

Reform und Modernisierung sind nur ein Deckmantel für etwas ganz anderes. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass die traditionelle Universität, die bis jetzt sehr gute Absolventen in Österreich hervorgebracht hat, zerstört wird. Es wird das Lehrangebot eingeschränkt, es werden alle Serviceleistungen eingeschränkt und das angesichts der Studiengebühren.

Ich kann mich noch erinnern, dass ich zum Thema Studiengebühren gesagt habe, das ist durchaus zu vertreten, dann, wenn sich die Leistungen für die Studenten und Studentinnen dadurch verbessern. Das ist aber nicht der Fall. Die Leistungen für Studenten und Studentinnen haben sich seit Einführung der Studiengebühr eindeutig verschlechtert.

Um die prekäre Situation wirklich darzustellen, ich kenne Institute, die werden in den nächsten Jahren zusammenbrechen, also faktisch nicht mehr existent sein. Das Lehrangebot wird nicht mehr geboten werden können, wenn nicht, wie es jetzt schon teilweise der Fall ist, jene Leute, die heuer oder nächstes Jahr in Pension sind, sich bereit erklären, weiter zu unterrichten.

Das ist kein Witz, da gibt es mehrere Institute. Es werden keine Stellen mehr nachbesetzt und die Pensionisten behalten ihre Zimmer und werden weiter unterrichten, um das Lehrangebot aufrechterhalten zu können. Es gibt auch kein Geld mehr für die Lehre von Externen, also von ausländischen Lehrenden, was natürlich auch eine gewisse Verarmung für die österreichischen Universitäten bedeutet. Es gibt auch kaum mehr Geld, um Österreicherinnen und Österreicher ins Ausland zu schicken.

Ein Wort noch zum Thema Ausgliederung der Medizinuniversität. Es ist nicht richtig, was Herr Prof. Rauch sagt, dass das der Wunsch der Professoren gewesen sei. In Graz zum Beispiel war die Meinung der Professoren äußerst gespalten, zweigeteilt, mehrgeteilt und die Innsbrucker Fakultät war überhaupt dagegen. Diese Ausgliederung ist eindeutig von Wien aufoktroiert worden, zum Beispiel gegen den Willen der Universität Innsbruck. Diese Ausgliederung kostet mehr, wir haben einen doppelten Verwaltungsaufwand und da muss man sich fragen, welchen Sinn hat so eine Ausgliederung, die jedenfalls anfangs nur sehr viel teurer ist? Ich denke, sie hat einen ganz speziellen Sinn. Die medizinischen Universitäten gehören zu jenen Bereichen, die man tatsächlich privatisieren kann und die Gewinn bringend sind. Hier passiert dasselbe, was in der Industrie passiert, man filetiert, gliedert die Gewinn bringenden Sparten aus, macht sie mit Hilfe von Steuergeldern fit, zum Beispiel wird eine neue Bibliothek eingerichtet für die Biomedizin, ein neuer Verwaltungsapparat und dann wird privatisiert. Das heißt, es werden erhöhte Studiengebühren verlangt werden, es werden Zugangsbeschränkungen für die Studenten existieren. Wir wissen auch im Zusammenhang mit GATS, dass die Bildungsinstitutionen, die Gewinn bringend sind, durchaus dem privaten Markt überantwortet werden sollen. Ich denke, die Ausgliederung der medizinischen Universitäten in Österreich ist der erste Schritt für die Privatisierung eines Teiles der Universitäten.

Ich denke, wir haben uns hier gewissen Realitäten zu stellen, der Wahrheit ins Auge zu sehen und ich glaube, es ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Politik, wenn die finanzielle Situation der öffentlichen Hand derart ist, dass sie einen normalen Studienbetrieb nicht mehr aufrechterhalten kann, dann muss sie sehen, wie sie zu Geld kommt. Das geht nicht durch Steuerreformen, die die ohnehin schon bevorzugten Menschen noch weiter bevorzugen und die öffentliche Hand weiterhin ausplündern. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.10 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prattes.

Abg. Prattes (14.10 Uhr): Herr Präsident, verehrte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch ich möchte mich zuerst einmal dem Dank anschließen und gratulieren zu dem vorgelegten Wissenschaftsbericht, der sehr informativ ist. Allerdings dürfte er bei den Vertretern des Hohen Hauses nicht auf so

großes Interesse stoßen, was an den „zahlreichen“ Wortmeldungen zu sehen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade dieser Wissenschaftsbericht – und hier möchte ich nachstoßen – bietet Anlass und Gelegenheit über unsere steirischen Universitäten zu sprechen, auf die wir alle – und das möchte ich vorausschicken – sehr, sehr stolz sind. Ich möchte gerade, weil es am Vormittag von der ÖVP-Seite gekommen ist, immer dann, wenn wir den Bund auffordern, uns besser zu unterstützen, es von eurer Seite heißt, ihr macht das Land schlecht, da möchte ich gleich zu Beginn einmal sagen, im Gegenteil, wir sind sehr, sehr stolz auf unsere Universitäten. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, worum geht es? Alle jene, die die „Presse“ lesen, werden am 2. März einen Artikel vorgefunden haben, wo nichts anderes drinnen steht, als dass Europa, um das Lissabon-Ziel bis 2010 zu erreichen, nicht weniger als 700.000 bis 900.000 Forscher fehlen und kann daher – das ist ja die Gefahr – mit den USA und Japan bei weitem nicht mithalten. Im Gegenteil, international renommierte Forscher, wie wir in jüngster Zeit erfahren mussten, verlegen ihre Tätigkeit immer öfter in die USA. Wenn ich das herunterbreche auf die Bevölkerungszahl, dann fehlen uns in Österreich 14.000 Forscher beziehungsweise müssten eingestellt werden. Wie schaut es tatsächlich aus? Derzeit kommen pro 1000 Beschäftigte im Europaschnitt neun Forscher, in Österreich kommen wir auf sieben Forscher. Da wird jetzt jemand sagen, das sind ohnedies nur zwei unter dem europäischen Schnitt. Wenn man aber schaut, dass in Finnland 17 Forscher auf 1000 Beschäftigte und in Schweden elf Forscher kommen, dann kann man sich vorstellen, wo wir stehen. Vor allem – und ich habe es bereits genannt – das Lissabon-Ziel sieht ja für die Forschung bis 2010 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes vor. Aktuell liegen die Forschungsausgaben in Österreich aber bei 1,96 Prozent und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, obwohl im Regierungsübereinkommen der derzeitigen Bundesregierung bis 2006 bereits Forschungsausgaben von 2,6 Prozent des BIP erreicht werden sollen. Dazu eine Anmerkung: Schweden und Finnland liegen derzeit schon auf über 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier besteht ein eindeutiger Handlungsbedarf bei der Bundesregierung. Neben einer ordentlichen Erhöhung der Ausgaben für die Forschung müsste sie – und das sage ich ganz bewusst – auch Anreize für die Wirtschaft schaffen, damit mehr Geld in die Forschung fließt. Es nützt auch nichts, wenn zwar, wie am 15. März, im Parlament ein Fest der Wissenschaft durchgeführt wird, an welchem – und ich zitiere hier den Rektor der Montanuniversität Leoben – alle namhaften österreichischen Vertreter der Forschung und Hohen Schulen teilgenommen haben, dort aber außer einer Selbstbeweihräucherung der Regierung nichts stattgefunden hat und keine konkreten Schritte aufgezeigt wurden, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Denn um 2010 3 Prozent des BIP zu erreichen ist ein jährliches Wachstum für die Forschung von 6 Prozent beim Staat und um 9 Prozent bei der Wirtschaft notwendig. Und damit ich es nicht vergesse, es wurden dort beim Fest der Wissenschaft auch Preise vergeben. Wissen Sie, wer diese Preise bekommen hat? Firmen, die Konzepte für die Gestaltung dieses Festes geliefert haben. Also wenn das der einzige Inhalt dieses Festes der Wissenschaft ist, dann werden viele Aussagen von selbst relativiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein wichtiger Punkt sind die K-Plus-Zentren in der Steiermark, die vielfach mit großem Erfolg arbeiten und – das muss man auch sagen – großzügig auch durch das Land Steiermark gefördert werden. Das muss man hier anmerken. (Beifall bei der SPÖ.)

Allerdings, und das möchte ich als Forderung weitergeben, es ist nach Aussage des Rektors ganz wichtig, dass diese Zentren, die mit höchster Effizienz arbeiten, nicht auslaufen, wie die derzeitigen Verträge sind, sondern im Gegenteil, verlängert werden. Wir haben zwar erst kürzlich eine Verlängerung beschlossen, aber sie müssten als ständige Einrichtung installiert werden. Und ich sage, die guten K-Plus-Zentren sollten sogar ausgebaut werden. Ich meine, hier muss das Land ganz massiv weiterhin als Förderer auftreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ein sehr unpopuläres Thema, aber die finanzielle Aushungerung der Universitäten – meine Kollegin Reinprecht hat das bereits von Graz her angezogen – ist ein großes Problem, verursacht durch die finanzielle Unterdotierung durch den Bund. Am Beispiel der Montanuniversität kann ich ganz konkret auf die äußerst schwierige finanzielle Situation, die sich, und das muss man sagen, bei den meisten österreichischen Unis ähnlich darstellt, eingehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Montanuniversität Leoben bekommt ein Globalbudget von 26 Millionen Euro, dieses ist bis 2006 eingefroren. Nach der Übertragung sämtlicher Bundesgebäude – Sie wissen, wir sprechen immer von der BIG – müssen allein 8 Prozent der Budgetmittel für die Miete aufgewendet werden. Allerdings ist hier auch anzumerken, dass die Montanuniversität für die Instandhaltung der Gebäude selbst verantwortlich ist und deren Kosten ebenfalls aus dem laufenden Budget zu tragen sind. Hier wären – und das sagt mir der Rektor – jährlich 300.000 bis 400.000 Euro zusätzlich notwendig.

Die sind aber nicht vorhanden. 80 Prozent des Budgets – und die Kollegin Reinprecht hat ebenfalls die Personalkosten angesprochen – sind Personalkosten, wobei im Globalbudget, und das muss man sich natürlich auch auf der Zunge zergehen lassen, ich habe es bereits ausgeführt, es ist bis 2006 eingefroren, zum Beispiel Biennalsprünge nicht berücksichtigt sind. Die Konsequenz daraus – so Rektor Wegscheider – wird sein, dass mittelfristig 25 bis 30 Prozent der Mitarbeiter abgebaut werden müssen.

Meine Damen und Herren, wenn das wirklich eintritt, dann dürfen wir nicht, so wie der Herr Bundeskanzler, vollmundig behaupten und erklären, die österreichischen Unis und die Forschung sind Weltklasse. Das wünschen wir uns alle.

Wir sind aber auch sehr stolz auf die vielen hervorragenden Wissenschaftler in unserem Land – das habe ich bereits gesagt –, aber der Wissenschaft und der Forschung wird allerdings durch die finanzielle Ausdünnung der Boden entzogen.

Hier möchte ich zum Vergleich, damit wir wissen, was wirklich Weltklasse ist, die Technische Hochschule, die ETH, in Zürich anführen. Dort gibt es nämlich wirklich Weltklassebedingungen. Ich darf ein paar Zahlen nennen. Die ETH Zürich hat 12.000 Studenten und ein Budget von einer Milliarde Franken oder rund 700 Millionen Euro. Das sind pro Student 58.333 Euro. Zum Vergleich, die Montanuniversität – 1800 Studenten – hat ein Budget von 26 Millionen Euro. Das sind 14.444 Euro pro Student, somit ein Unterschied von 44.000 Euro pro Student. Damit wir einmal wissen, wenn man sagt, Weltklasse will ich haben, dann muss ich auch Weltklassebedingungen zur Verfügung stellen. Allerdings – und das muss man jetzt auch noch sagen – ist anzuführen, dass die Montanuniversität prozentuell den gleichen Drittmittelanteil aufweist wie die ETH. Allerdings ist das Budget für die ETH nicht eingefroren. Soweit zur Weltklasse.

Es blinkt, ich komme schon zum Schluss.

Im Lichte dieser Zahlen und der damit verbundenen unhaltbaren Zustände fordern wir Sozialdemokraten die Landesregierung auf, umgehend an die Bundesregierung heranzutreten, dafür Sorge zu tragen, dass die finanzielle Ausstattung unserer Universitäten den Herausforderungen unserer Zeit angepasst wird und genügend Mittel für Forschung und Lehre zur Verfügung gestellt werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und darf mich, Herr Präsident, später noch einmal für einen Unselbstständigen Entschließungsantrag melden. (Beifall bei der SPÖ. – 14.20 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Prof. Rauch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Rauch (14.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, die Herren Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr geehrten Damen und Herren im Publikum, Hohes Haus!

Einige ergänzende Worte zum Wissenschaftsbericht.

Zuerst auch von meiner Seite herzlichen Dank an alle Damen und Herren, die am Zustandekommen dieses Berichtes beteiligt waren. Es liegt wieder ein sehr schöner, formal wie inhaltlich wichtiger Bericht vor, der uns in der Landtagsarbeit eine wichtige Grundlage bietet. Dank auch, dass die zuletzt hier geäußerte Kritik, dass der Bericht zu spät kommt, sofort berücksichtigt worden ist. Jetzt liegt der Bericht 2002/2003 vor, und das ist wirklich sehr zeitgerecht.

Formal ist der Bericht vielleicht sogar zu schön. Ich glaube, man sollte zumindest einmal darüber nachdenken, ob der Bericht, der diesmal erstmalig auch in elektronischer Form zur Verfügung steht – wir alle können ihn heute als PDF-File herunterladen –, ob das nicht ein Modell ist, wie man in Zukunft den Bericht dynamisch gestalten kann und auch sehr viel Geld sparen kann. Ob das rechtlich geht, bitte ich abzuklären.

Zu ein paar inhaltlichen Schwerpunkten dieses Wissenschaftsberichtes. Bei den Projektförderungen, Tagungen, Symposien und Projekten fällt auf, dass es durch die Frau Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder eine klare Prioritätensetzung gibt. Es werden vor allem Projekte gefördert, die in den Bereich Zukunftsregion Südost fallen. Das ist deswegen sehr zu begrüßen, weil wir eine klare Profilbildung vorliegen haben und zweitens, weil sich diese Profilbildung exakt mit den Vorstellungen der Universitäten deckt.

Zweitens: Im Fachhochschulbereich gibt es sehr schöne Erfolge, auf die wir hinweisen sollten. Ich denke an den Studiengang „Gesundheitsmanagement“ in Bad Gleichenberg. Hier wurde im Herbst 2003 die Anzahl der Studienplätze von 50 auf 75 aufgestockt, und zwar – das war die Begründung des Fachhochschulrates – auf Grund seiner hervorragenden Evaluierung. Eine weitere Aufstockung ist für Herbst 2004 geplant.

Im Campus Graz-West konnten im Bereich Health Care Engineering neue Studienplätze geschaffen werden.

Wenn man dazu noch die Initiative der Frau Landeshauptmann Klasnic zur Schaffung eines Lehrstuhls für Pflegewissenschaft an der Medizinischen Universität dazunimmt, dann sind wir auf dem besten Weg, der Qualifikationsstandort im Bereich nicht ärztlicher Gesundheitsbereich in Österreich zu werden.

Hier wurden rechtzeitig Chancen erkannt, sehr schnell umgesetzt, und schon sind die ersten Erfolge zu sehen.

Ein dritter Punkt, zum Bericht selbst, NANONET Styria. Auch hier eines der innovativsten Forschungsfelder, die wir zurzeit haben, eine gewaltige Koordinationsleistung. Innerhalb der Landesregierung sind die Verantwortungsbereiche von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, Landeshauptmannstellvertreter Schöggel, Landesrätin Edlinger-Ploder und Landesrat Paierl gemeinsam mit Instituten von drei Universitäten, Christian-Doppler-Labor für neuartige funktionalisierte Materialien, zwei K-Plus-Zentren, die Wirtschaft – unter Federführung von JOANNEUM RESEARCH – zu einem ganz gewaltigen Netzwerk zusammengeführt worden. Dieses Netzwerk hat sehr gute Chancen, bei der am 1. März 2004 bundesweit ausgeschriebenen NANO Initiative Bundesmittel in die Steiermark zu holen.

Entscheidend ist – und die K-Plus-Zentren wurden angedacht –, dass wir auf den richtigen Gebieten Themen setzen. Aber ich bekenne mich dazu, dass diese K-Plus-Zentren auch einen vernünftigen, zeitlich begrenzten Förderrahmen haben. Dann sollen die K-Plus-Zentren selbst Modelle entwickeln, wie sie zumindest teilweise mit privater Unterstützung überleben können, und auch das gibt es. Ich erwähne Evolaris, jenes Zentrum, das sich bereits jetzt über sehr innovative Strukturen Gedanken macht und wo sichergestellt ist, dass es nach der siebenjährigen Förderungsperiode selbst sehr wohl auch mit der marktwirtschaftlichen Umgebung zurecht kommen wird.

Meine Damen und Herren, Österreich und die EU haben sich – das ist erwähnt worden – im März 2002 in Barcelona ein sehr ehrgeiziges Ziel gesteckt. Wir wollen im Jahre 2010 mit den Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts kommen. Das wird für die meisten europäischen Staaten gewaltige Anstrengungen erfordern. Erst drei skandinavische Staaten erfüllen das – Island, Finnland, Schweden.

Während sich in den neunziger Jahren in den EU-Staaten insgesamt die Aufwendungen für F und E nicht nur nicht gesteigert haben, sondern sogar leicht zurückgegangen sind, ist in Österreich die Forschungsquote kontinuierlich gestiegen. Die Steiermark hat 2002 – hier haben wir die 2003er-Werte noch nicht – selbst eine noch stärkere Steigerung der Forschungsausgaben geschafft wie der Österreichschnitt. Wir sind also hier – und das beweist der Bericht ganz deutlich – am richtigen Weg, und wenn wir ihn bis 2010 konsequent fortsetzen, dann ist mir nicht bang. (Beifall bei der ÖVP.)

Noch eine Bemerkung zum Entschließungsantrag zum Thema „Universitäten“. Nur zum Ablauf, meine Damen und Herren, wir haben den wortgleichen Antrag im Ausschuss gehabt. Wir haben dort – und so viel ich mich erinnere, war es einstimmig – beschlossen, eine Stellungnahme der Landesregierung einzuholen. Ich glaube, es macht Sinn, dass wir uns anhören, was die Landesregierung dazu zu sagen hat. So haben wir es jedenfalls beschlossen.

Trotzdem, wenn der Antrag hier vorliegt, möchte ich doch ganz kurz ein paar Stellungnahmen dazu abgeben.

Meine Damen und Herren, in dem Fall von der Sozialdemokratie, warum so viel Angst vor Eigeninitiative? Wir wissen doch wirklich, wo das Problem der Universitäten liegt. Es liegt primär an den inneren Strukturen und sekundär natürlich auch an der Finanzierung. Nur, es macht Sinn, zuerst die Strukturen zu reparieren und dann in neue, schlagkräftige Organisationen mehr zu investieren. Nur ein paar Zahlen, um es zu belegen. Im internationalen Vergleich liegen wir, was die Lehre an Universitäten betrifft, im oberen Drittel. Das könnte besser sein. Ich wäre froh, wenn wir zu den ein, zwei, drei besten Ländern zählen würden, aber das erste Drittel ist ein guter Start.

Aber innerhalb der Universitäten, meine Damen und Herren, schaut es ganz anders aus. Hier schwankt die Ausstattung der einzelnen Fächer um den Faktor eins zu 50. Sie haben richtig gehört, eins zu 50! Das heißt nicht, dass ein Fach 50 Prozent mehr bekommt als das andere. Das wäre eins zu eineinhalb. Das heißt auch nicht, dass ein Fach fünfmal so viel bekommt wie ein anderes, das wäre eins zu fünf. Es heißt, dass ein Fach 50-mal so viel bekommt, 50-mal besser ausgestattet ist als ein anderes. Jetzt werden Sie sagen, natürlich, das sind wieder die Wirtschaftsfächer und die technischen Fächer. Nein, überhaupt nicht. Die Fächer, die am besten ausgestattet sind, sind gerade Kunst, Kultur und Geisteswissenschaften. Nicht alle, das ist mir völlig klar. Aber wir haben hier eine enorme durch die Vergangenheit bedingte Schiefelage. Beispiel: Vor kurzem habe ich einen Kollegen der TU getroffen, um auch zu zeigen, dass es innerhalb selbst technischer Fächer so ist, die Chemie ist bei uns auf der TU Graz 30-mal besser ausgestattet als die Informatik. Das macht doch keinen Sinn, da müssen wir die Strukturen ändern. Und wie können wir die Strukturen ändern? Entweder durch ein Diktat von oben oder durch Autonomie von unten. Ich freue mich, dass die Bundesregierung den Weg gewählt hat, die Autonomie von unten zu stärken. Das ist es, was auf Wunsch der Professoren, der Rektorenkonferenz geleistet worden ist. Das ist ja auch nichts Neues, meine Damen und Herren. Das ist ein Weg, der 1993 unter sozialdemokratischen Wissenschaftsministern eingeleitet worden ist und der einfach systematisch, konsequent weitergegangen worden ist, unter dem gleichen auch hier größtenteils sozialdemokratischen Sektionschefs wurde dieser Weg konsequent zu Ende gegangen. Ich halte ihn für grundvernünftig.

Lassen wir jetzt daher die Universitäten arbeiten und schauen wir dann, was herauskommt und bisher kommt sehr, sehr viel Positives heraus. 20 von unseren 21 Universitäten haben in den letzten Monaten mehr Reformschritte gesetzt als in den 20 Jahren zuvor. Wir haben neue Modelle, neue Institute, neue Strukturen. Ich weiß, es gibt eine Universität, bei der es Probleme gibt, das ist die Universität Wien, eine der größten Universitäten Europas. Das leuchtet mir ein und ich will da überhaupt keine Schuldzuweisungen treffen, dass es dort länger dauert und auch hier sind wir letztlich auf dem richtigen Weg.

Es ist schon wahr, meine Damen und Herren, dass durch die neuen Strukturen auch mit dem Budget neu umgegangen werden muss. Ich verweise hier auf einen sehr guten und ausgewogenen Artikel in der Hochschulzeitung, der mit dem Satz beginnt, eine durchschnittliche Steigerung um 6 Prozent des Grundbudgets garantiert für drei Jahre und Gesamteinnahmen in Höhe von über 2 Milliarden Euro, ein Rekordbudget für die Universitäten 2004. Der nächste Satz schließt ziemlich genau an das an, was Frau Kollegin Reinprecht und Herr Kollege Prattes gesagt haben, völlig richtig. Und wenn Sie die Rektoren fragen, wo na haben die zu wenig Geld, das ist wohl selbstverständlich. Die Frage ist, und dem gehen seriöse Analysen sehr wohl nach, ob unter dem Strich bei den Umstrukturierungen, die erfolgt sind, jetzt mehr oder weniger Geld bei den Universitäten ist. Außerdem, um hier Klarheit zu schaffen – Herr Prattes hat es fairerweise ja gesagt –, wenn wir die Forschungsquote erhöhen wollen, müssen wir im privaten Bereich etwas tun. Das Problem in Österreich – Sie haben es erwähnt, ich will Sie da nur unterstützen – ist tatsächlich der private Sektor. Wir sind im privaten Sektor im europäischen Vergleich deutlich hinter vergleichbaren Ländern und müssen Initiativen setzen, damit der private Sektor – Sie haben die 9 Prozent erwähnt – verstärkt wird. Tatsächlich eine Kritik: im Gesetz steht allerdings, dass im Unterschied zu den Museen bei den Universitäten das Budget nicht eingefroren ist, sondern eine Steigerungsrate ist im OG 2002.

Meine Damen und Herren, wir werden, wenn wir die schriftliche Stellungnahme durch die Landesregierung haben, auf einer wesentlich sachlicheren Basis diskutieren können. Ich glaube, wenn wir im Ausschuss einstimmig eine Zurückstellung, eine Einholung einer Stellungnahme verlangt haben, dann ist es nur recht und billig, wenn wir jetzt nicht hier überhapps diesen Antrag von Ihnen beschließen. Hören wir mit den Zurufen von außen auf, sondern lassen wir jetzt eine Zeit lang die Universitäten arbeiten. Schauen wir uns an, ob diejenigen Fächer, die am lautesten schreien, wirklich diejenigen sind, die am meisten leisten oder ob es diejenigen sind, die einfach selbst erkannt haben, dass es ihnen überdurchschnittlich gut geht und die Angst haben, dass sie mit anderen aus Gründen der Gleichheit und Solidarität gleichgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, haben wir Mut zu Veränderungen auch am universitären Bereich! Vielen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 14.33 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Zitz (14.34 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, im Plenum, sehr geehrte Gäste!

Das ist einer der Momente, wo es mir richtig Freude macht, Wissenschaftssprecherin zu sein, und zwar genau, um aufzuzeigen, Herr Kollege Prof. Rauch, wo Sie und die ÖVP-Bildungs- und Wissenschaftspolitik stehen und wo die Grünen mit ihren Wissenschafts- und Bildungsüberlegungen stehen.

Punkt eins, ich möchte Ihnen einmal aus aktuellen Flugblättern etwas vorlesen: „Widersprüchlichkeiten, Unstimmigkeiten, Inkonsequenzen, verfehlte Forschung, falsche Selbsteinschätzungen, Realitätsverweigerung im Ministerium prägen die Situation. Sparen ja, aber ohne sinnlose Ressourcenvergeudung wie die sachlich unsinnige Ausgliederung der Medizin. Unkoordiniertes Handeln, Reform als Aktionismus und Chaos!“ Diese Flugblätter stammen nicht von der Hochschülerschaft, sie stammen nicht von den Grünen, sie stammen von einem Teil der Professorenschaft von der Karl-Franzens-Universität Graz. Herr Kollege Rauch, wir waren beide, Frau Landesrätin Edlinger-Ploder auch, bei der Inauguration der neuen Rektoren auf der KFU und der Inauguration des neuen Rektors von der Medizinischen Uni. Ich bin durch den Haupteingang gegangen und habe dort Lehrer gesehen, die mich unterrichtet haben in den achtziger Jahren, die dort protestiert haben. Protestiert haben, indem sie sich das elegante Sakko und das Hemd ausgezogen haben und das sind beileibe keine Sozialdemokraten oder keine Grünen, sondern Leute, die ich parteipolitisch nicht einordnen kann, aber aus unseren Bereichen kommen sie sicher nicht. Diese Herrschaften haben die Situation wahrgenommen, um mit klugem, blankem Aktionismus darauf aufmerksam zu machen, wie „forsch“ die Frau Ministerin Gehrler mit den Universitäten in Österreich und in der Steiermark umgeht. Punkt eins.

Punkt zwei. Ich habe von vornherein immer wieder dargelegt, dass die Grünen größte Probleme haben mit Ausgliederungen von Bildungsstrukturen, weil das meistens dazu führt, dass das Maßnahmen kontra Chancengleichheit sind und weil das meistens dazu führt, dass die marktwirtschaftliche Logik im Bildungsbereich durchschlägt und die passt dort in großen Teilen beim besten Willen nicht hinein. Das, was uns unter „Autonomie“ untergejubelt wurde – und Sie haben vorher gesagt, es ist eine Autonomie von unten – ist aus meiner Sicht ein Missbrauch des Begriffes Autonomie. Autonomie an und für sich ist etwas Emanzipatorisches, Befreiendes. Und die Art und Weise, wie die Universitäten in Österreich über das Universitätsgesetz in die angebliche Autonomie entlassen wurden, bedeutet gleichzeitig, dass man hohe Abhängigkeiten konstruiert.

Abhängigkeiten, wo die Institute und Fakultäten, die scheinbar marktwirtschaftlicher sind, noch mehr gezwungen werden, sich auf private Sponsoren einzulassen, teilweise auch mit Effekten, welche Bereiche nicht mehr beforscht werden. Autonomie heißt gleichzeitig auch, dass es zum Beispiel völlig unklar ist, wie die Leistungsvereinbarungen ab dem Jahr 2007 ausschauen zwischen den einzelnen Universitäten und dem Bund. Da gibt es nämlich keinen Rechtsschutz. Der Verfassungsgerichtshof hat im Jänner, sehr zu Recht auf Grund einer sozialdemokratischen Initiative, diesen Teil des Universitätsgesetzes aufgehoben, weil das einfach der Logik des bürgerlichen Vertrages widerspricht, dass zwei Parteien, die miteinander eine Vereinbarung treffen, auch wissen, was mit dem anderen passiert, wenn er sich nicht an dieses Arrangement hält. Das hat man ins Universitätsgesetz nicht reingeschrieben.

Ein Element möchte ich noch anfügen, was Studierende betrifft. Wir haben derzeit in Österreich eine Erwerbsquote von Studierenden von 74 Prozent. Es ist ganz logisch, dass Studierende, die arbeiten gehen müssen, um sich irgendwie finanziell über Wasser halten zu können, um die Studiengebühren berappen zu können, möglicherweise weniger aktiv bei den Lehrveranstaltungen teilnehmen und das korreliert mit der Dropout-Rate der Studierenden. Studierende, die aus schlechteren sozialen Verhältnissen kommen, die deswegen mehr Erwerbsarbeit machen müssen, sind die, die einfach leichter aus dem Uni-System rausfliegen. Und aus Sicht der Chancengleichheit ist das eine blanke Katastrophe. Es gibt, wenn man mit Leuten aus dem Universitätsbereich redet, und zwar mit Leuten aus sehr, sehr unterschiedlichen Bereichen, sehr wenig, die diese Argumente in Abrede stellen.

Die Grüne Akademie und die Grazer Grünen machen übrigens eine Veranstaltungsreihe konkret auch zur Akademiker- und Akademikerinnenarbeitslosigkeit, wozu ich die anderen Wissenschaftssprecher und -sprecherinnen der Fraktionen sehr herzlich einlade, mit dem Titel „Von der Uni ins Taxi“. Das ist teilweise eine klassische Karriere von sehr gut ausgebildeten Leuten.

Und dass es nach wie vor Fakt ist, dass eher Studierende aus Milieus, wo die Eltern auch einen akademischen Abschluss haben, die Universität erfolgreich abschließen und es ganz wenig Studierende gibt, die zum Beispiel aus einem landwirtschaftlichen Betrieb kommen, halte ich für ein Riesenproblem und das wird durch dieses System aber mit Sicherheit verschärft werden.

Ein Argument jetzt noch, was die aktuelle Budgetsituation betrifft. Hauptursache für die Unterbudgetierung der Karl-Franzens-Uni ist, dass nominell zwar das Budget gestiegen ist – im Jahr 2004 im Vergleich zu 2003 –, aber eben nur nominell. De facto gibt es heuer einen Rückgang, der mit der Argumentation der angeblichen Autonomie noch einmal verschärft wird.

Kurz angeführt, die Uni muss Personalkosten tragen, dadurch, dass viele Leute dort nach dem Angestelltenrecht ihre Arbeit machen und deswegen auch natürlich höhere Sozialversicherungsbeiträge sind. Es sind bei der KFU 7 Millionen Euro mehr im Jahr – völlig unklar, wie man diese Mittel bedecken wird.

Fakt ist, dass in der Lehre 11 Millionen Euro an Kosten geplant sind, aber es dennoch so ist, dass Diplomarbeitbetreuungen oft für beide Seiten inakzeptabel sind, sowohl für die Studierenden, die den Herrn Professor – Professorinnen gibt es ja wenig – oft nur sehr selten sehen, weil er völlig überlastet ist und die Diplomarbeitbetreuung nicht sehr konsequent über die Bühne bringt, und auf der anderen Seite schaut es so aus, dass es sehr wenig Kursplätze und Lehrveranstaltungsplätze gibt, unbesetzte Professuren derzeit an fünf Fakultäten, also „gerecht“ aufgeteilt: auf der Geisteswissenschaft sechs, auf der Naturwissenschaft vier, Rechtswissenschaft zwei, Sozialwissenschaft drei und Theologie drei. Das kann man auch hochrechnen, weil zu jedem dieser unbesetzten Lehrstühle kommen noch zwei bis drei Mitarbeiterinnen, Assistenten/Assistentinnen und Sekretariatspersonen dazu.

Als es vor einigen Jahren eine große Demonstration gegeben hat, die dann zur Burg gegangen ist, wo Lehrbeauftragte und Studierende und die MitarbeiterInnen des nicht wissenschaftlichen Personals von allen Unis ein Zeichen gesetzt haben, hat es mich sehr beeindruckt, als dort auch zum Thema gemacht wurde, dass Einsparungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich gerade in der Steiermark, in Graz und Leoben, sofort auf den Arbeitsmarkt durchschlagen, weil dort Leute, ihre Angehörigen, ihre Familien einfach ein Stück mehr Arbeitsplatzunsicherheit haben. Ich glaube, dass mit der Art von Qualität, wie sie leider vom Ministerium kommt, auch viele eingefleischte ÖVP-ler und ÖVP-lerinnen nicht einverstanden sind. Ich glaube, dass sie nicht mit dem Agieren von der Frau Minister Gehrler wirklich zufrieden sind. Ich glaube es einfach nicht.

Die Frau Minister Gehrler hat Auftritte, die oft so herablassend sind, die oft so forsch sind und die oft so entwertend gegenüber Leuten sind, die sich halt mit komplizierteren Themen abgeben wollen und müssen, wie es ein Teil der Wissenschaft und der Forschung ist, dass ich einfach glaube, dass die Frau Ministerin auf die Dauer hoffentlich innerhalb ihrer eigenen Fraktion auch Loyalitätsprobleme haben wird.

Ein letzter Punkt noch, was die Autonomie betrifft. Einer unserer Hauptkritikpunkte – und das macht die Budgetgestaltung und die Strukturgestaltung auch so problematisch – ist, dass die Universität von den Strukturen her teilweise tatsächlich autoritär geführt wird. Und ich verwende dieses Wort sehr sorgfältig und sehr bewusst. Aber Gremien, wo 50 Prozent Professoren und Professorinnen, Gremien, wo Personen, die andere Bereiche wahrnehmen, überhaupt keinen Zugang mehr haben oder nur mehr mit einem Viertel vertreten sind, sind für mich keine demokratisch legitimierte Gremien, auch wenn dieses Gesetz im Nationalrat mehrheitlich angenommen wurde. Also nicht das Verfahren ist zu kritisieren, das ist demokratiepolitisch in Ordnung, aber der Inhalt von dem Gesetz.

Von grüner Seite werden wir sehr bemüht sein, zu unterschiedlichen Universitäten Kontakte zu halten, einerseits über Personen, die in der Hochschülerschaft aktiv sind, andererseits über Lehrbeauftragte und Studierende, und wir werden viele Möglichkeiten wahrnehmen, aufzuzeigen, dass diese Autonomie eine Scheinautonomie ist, die de facto hinterrücks stattfindet, und zweitens, dass die unlogischen Arten der Budgetausschüttung in diesem Bereich tatsächlich zu Recht von Professoren und Professorinnen, wie vorher zitiert, so wahrgenommen werden, dass man den Unis in Österreich und in der Steiermark „das letzte Hemd“ wegnimmt. Und, wie gesagt, die Tatsache, dass Studierende, die aus einer Landwirtschaft kommen oder wo die Eltern keine Matura haben, immer schwieriger auf die Uni kommen, und wenn sie es dorthin geschafft haben, sich mit heraushängender Zunge mit vielen kleinen Jobs über Wasser halten müssen und dann die Lehrveranstaltungen nicht gut absolvieren können, ist ein Teil der real existierenden Bildungspolitik dieser Bundespolitik. Ich werde jede Möglichkeit nützen, mich davon zu distanzieren, aber immer bemüht, mit einzelnen Leuten in anderen Bereichen auch da Koalitionen einzugehen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 14.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich noch einmal der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (14.46 Uhr): Mir ist die Zeit davongelaufen, deswegen konnte ich den Entschließungsantrag nicht mehr einbringen.

Ganz kurz, der Ausschussantrag, den wir eingebracht haben, der wurde nach typischer Manier versenkt, indem man gesagt hat, eine Stellungnahme der Regierung. Und dann wissen wir eh, wie lange das dauert. Für uns ist das Thema derart aktuell, dass wir dieses noch einmal einbringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Unselbstständige Entschließungsantrag liegt Ihnen vor. Ich darf mich somit auf den Antrag beschränken, der da lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine sofortige Ergänzung der Finanzaufwendungen an die steirischen Universitäten einzusetzen und dringend erforderliche Personalaufnahmen zu ermöglichen sowie für die Kunstuniversität Graz überdies auf den raschen Bau des Hauses für Musik und Musiktheater und für die Montanuniversität Leoben auf die Realisierung des Siegerprojektes für das Kunststoff- und Automationstechnikzentrums zu drängen. Ich bitte um Annahme. (14.47 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (14.47 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Irgend jemand im Saal hat festgestellt, dass Wissenschaftsdebatten anscheinend etwas Sprödes sind, weil das Interesse doch nicht so überbordend ist, zumindest nicht der Bedeutung dieses Themas angemessen. Meine Damen und Herren, ich fasse das immer in ganz wenigen Sätzen zusammen. Forschung von heute sind die Arbeitsplätze von morgen. Ich lade Sie alle ein, in Ihrem Bereich, in Ihrem Zuständigkeitsbereich Werbung dafür zu machen, weil es nicht geht – und wir sind mit vielen Projekten über die Zeit hinweg ziemlich gescheitert –, dass man von oben Projekte implementiert. Wir haben das versucht in verschiedenen Regionen, wo man gesagt hat, man implementiert dort von oben eine Forschungsinstitution unter dem Titel, wir schaffen euch hier Ressourcen und jetzt forscht einmal brav in dieser Region. Das geht nicht. Es geht nur dann, wenn wir erkannte, definierte und abgesprochene Stärken in einer Region entwickeln, wo wir wissen, dass wir bereits jetzt dazugehören, dass wir im Konzert der Forschungsnationen eine entsprechende Rolle spielen können. Diese Stärken gilt es zu identifizieren und auszubauen und weiterzuentwickeln. Wir haben die Nanotechnik, wir haben die Werkstoffe, wir haben die Biochemie, wir haben im Bereich der Technischen Universität einiges aufzuweisen, wir haben die Luft- und Weltraumforschung und wir haben das Thema Mobilität. Wir haben Stärken in der Steiermark, diese Stärken gilt es auszubauen und vor allem eines, den BrainDrain nicht zuzulassen, sondern die Forscherinnen und Forscher, die dieses Land hervorbringt, müssen in diesem Land auch gehalten werden können, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist eine wichtige Aufgabe für dieses Land. Es gilt Ziele zu setzen und das Ziel muss ganz einfach lauten, die Steiermark muss das Forschungsland Nummer eins in Österreich werden und wir sind Gott sei Dank, dank der Bemühungen auch der universitären Forschung und der Universitäten auf dem besten Weg dazu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn hier gesagt wurde, dass für die Unternehmen zu wenig getan wird, was ihre Forschungskosten betrifft, dann darf ich nur kurz darauf hinweisen, dass der Forschungsfreibetrag in der Größenordnung von 130 Prozent der aufgewendeten Kosten erst schön langsam zu greifen beginnt und ich bin überzeugt davon, dass alleine durch eine jährliche Kostenerfassung die Forschungsquote der Unternehmen entsprechend steigen wird.

Zu den Kompetenzzentren einige Worte. Wir haben eine Unzahl von sieben K-plus-Kompetenzzentren in der Steiermark, die auf sieben Jahre eingelegt sind. Wir wissen das, vier plus drei. Das war und ist als befristetes Projekt gedacht und ich darf Ihnen versichern, dass es natürlich nicht zugelassen werden kann, dass nach Ablauf dieser sieben Jahre einfach dann mit dem Schlüsselbund gerasselt wird und es zugesperrt wird, sondern im Gegenteil, wir müssen alles daransetzen, dass die dort über die sieben Jahre entwickelte Kompetenz, das Wissen, das Personal dort gehalten wird. Aber natürlich nur dann, wenn die Akzeptanz seitens der Wirtschaft und wenn auch der Bedarf besteht und wir müssen lernen oder die Kompetenzzentren müssen lernen, dass abgesehen von dem Abarbeiten von Forschungsprogrammen auch der so genannte Non-K-plus-Bereich, der wirtschaftsnahe Bereich, entwickelt werden muss, so dass die Eigenfinanzierungsquote steigen wird. Wir gehen davon aus, dass wir in Zukunft für diese notwendigen Institutionen etwa 30 Prozent an Impulsförderung aufbringen werden müssen, aber 70 Prozent, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Budgets werden aus eigener Kraft, aus wirtschaftsnaher umsetzungsorientierter Forschung erarbeitet werden können. Dann werden wir das schaffen.

Sie haben das Fest der Wissenschaft angesprochen. Ich hoffe, dass das Fest der Wissenschaft ein permanentes Fest in der Steiermark ist. Wir haben viel Grund zu feiern, denken wir nur an die erfolgreichen Projekte in der Luft- und Raumfahrt, denken wir an das Projekt Rosetta, denken wir an den Doyen der Weltraumwissenschaft, der nunmehr sehr stark akzeptiert und weltweit Anerkennung findet, Herrn Prof. Riedler. Ich glaube, dass wir vieles aufzuweisen haben. Was allerdings die Universitäten noch ein bisschen verstopft, das noch allgegenwärtige Beamtenchema. Ich muss das also auch sagen, wir haben gerade beim akademischen Mittelbau – und Sie wissen, dass gerade Forschung sehr, sehr schwer mit geregelten Arbeitszeiten abzuwickeln ist, weil jeder, der in der Forschung einmal gearbeitet hat, weiß, dass es eigentlich nur zwei Uhrzeiten gibt, Tag und Nacht, weil man einfach, wenn man in einem Thema verhaftet ist, keine Stechuhr bedient und keine Stundenaufzeichnungen schreibt, sondern ausschließlich von der Kreativität und von der Wissensbegierde geleitet ist und daher ein Dank an alle Forscherinnen und Forscher, die in der Steiermark hervorragende Arbeit leisten.

Zum Schluss noch ein Dank an das Wissenschaftsteam und Herrn Hofrat Piffl-Percevic. Er hat ein Riesenressort, eine Riesenabteilung und er schafft es immer wieder nicht nur mich aus meiner forschungspolitischen Verzweiflung zu lösen, sondern er versteht es immer wieder auch Impulse zu setzen mit seinem Team. Danke Peter, dir und deinem Team für die Betreuung der Forschungsarbeit, danke für die geleistete Arbeit und die Erstellung des Berichtes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Forschung geht uns alle an. Das ist kein Orchideenthema, das ist kein Thema für die Leute, die sich im Elfenturm einschließen dürfen und dann den Schlüssel wegschmeißen. Meine Damen und Herren, Forschung muss ein Thema für unsere tägliche Arbeit sein, muss ein Thema sein, weil nur auf der Basis von Erkenntnissen eine wissensorientierte Gesellschaft sinnvoll und zielvoll überleben kann. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 14.51 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 14 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die finanzielle Aus Hungeringerung der steirischen Universitäten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Bei den Tagesordnungspunkten 15 bis 19 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese fünf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

15. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 968/1, der Abgeordneten Mag. Lackner, Kröpfel, Gross, Gennaro, Mag. Erlitz, Kaufmann und Böhmer, betreffend die schulische Integration von Jugendlichen mit Behinderung ab der neunten Schulstufe.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (14.54 Uhr): Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seinen Sitzungen am 10. September 2002 und 9. März 2004 über den schon zitierten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Seitens der Fachabteilung 6B wurde das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur ersucht, ehestmöglich eine Stellungnahme abzugeben. Nach einigen weiteren Urgenzschreiben, wird berichtet, erfolgte am 13. März 2003 ein kurzer Zwischenbericht an die Landtagsdirektion. Seitens der Fachabteilung 6D wird folgende Stellungnahme abgegeben. Ich darf sie kurz zusammenfassen. Im Berufsschulbereich wird seit dem Schuljahr 1999/2000 im Wege eines Schulversuches die Integration von behinderten Lehrlingen erprobt. Eigene Integrationsklassen können bei mindestens drei behinderten Schülern pro Klasse geführt werden. Das ist nur an der Landesberufsschule Feldbach möglich gewesen. Der Schulversuch Integration läuft im nächsten Jahr mit der dritten Schulstufe in Feldbach aus. Diese Integration als Schulversuch ist durch die Novellierung des Paragraphen 8 b des Berufsausbildungsgesetzes aus dem heurigen Sommer beendet worden, da damit die integrative Berufsausbildung und damit auch der integrative Berufsschulbesuch eingeführt wurden. Lehr- und Ausbildungsverträge im Sinne dieses Gesetzes wurden bereits geschlossen. Die ersten Schulbesuche dieser jungen Leute werden im letzten Lehrgang des laufenden Schuljahres zu erwarten sein.

Leider hat das Bundesministerium für Unterricht derzeit noch keine Bereitschaft gezeigt, ähnlich wie bei dem einleitend erwähnten Schulversuch die erforderlichen Integrationsstunden finanziell zu unterstützen.

Hinsichtlich einer Stellungnahme der Fachabteilung 6C wird auf die sehr ausführliche Vorlage dieser Fachabteilung betreffend Integration von SchülerInnen mit Behinderung beziehungsweise sonderpädagogischem Förderbedarf in landwirtschaftlichen Schulen hingewiesen.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 968/1, betreffend die schulische Integration von Jugendlichen mit Behinderung ab der neunten Schulstufe, wird zur Kenntnis genommen. (14.57 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1531/1, der Abgeordneten Böhmer, Kröpfel und Detlef Gruber, betreffend EDV-Lizenzen für Pflichtschulen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (14.57 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seinen Sitzungen am 25. November 2003 und am 9. März 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag der Abgeordneten Böhmer, Kröpfel und Detlef Gruber wird seitens der Landesregierung folgende Stellungnahme abgegeben.

Im Gegensatz zum Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur als gesetzlicher Schulerhalter der Bundesschulen ist das Land Steiermark – wie auch der Antrag schon richtig bemerkt – nicht Schulerhalter der allgemein bildenden Pflichtschulen in der Steiermark und demnach schon rechtlich nicht in der Lage, Software-Produkte für den EDV-Unterricht oder für administrative Aufgaben anzukaufen. Die Schulerhaltung der öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen fällt in die Zuständigkeit der Gemeinden.

Nachdem das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur bereits lukrative Rahmenverträge abschließt, wird angeregt, dass die steirischen Gemeinden im Wege des Städte- und Gemeindebundes in die vom Bund bereits ausverhandelten Vertragsbedingungen eintreten.

Nach Sicht der Landesregierung scheint sich das bisherige Prinzip, dass die Gemeinden oder Städte direkt die Verträge – seien es Einzel- oder Sammelverträge – abschließen und sodann finanzielle Hilfe im Wege der Bedarfszuweisungsmittel durch die Fachabteilung 7A erhalten, bestens bewährt zu haben.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag mit der Einl.-Zahl 1531/1 der Abgeordneten Böhmer, Kröpfl und Detlef Gruber, betreffend EDV-Lizenzen für Pflichtschulen, wird zur Kenntnis genommen. (14.59 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1696/1, betreffend Finanzierung des gemeinsam mit dem Landesschulrat für Steiermark und der Diözese Graz-Seckau geführten „Steirischen Bibliotheksentrums“ in den Jahren 2004 und 2005.

Berichterstatter ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Christine Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (14.59 Uhr): Ich berichte zur Vorlage der Einl.-Zahl 1696/1 der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Finanzierung des gemeinsam mit dem Landesschulrat für Steiermark und der Diözese Graz-Seckau geführten „Steirischen Bibliotheksentrums“ in den Jahren 2004 und 2005.

Die Landesregierung hat am 7. Juli 2003 den Grundsatzbeschluss gefasst, gemeinsam mit der Diözese Graz-Seckau und dem Landesschulrat für Steiermark ein „Steirisches Bibliothekszentrum“ zu errichten. Gleichzeitig wurde der Auftrag erteilt, mit den genannten Institutionen weitere Verhandlungen zur Erstellung eines Geschäftsbesorgungsvertrages zu führen.

Gespräche mit dem Bibliotheksinstitut der Diözese Graz-Seckau und dem Landesschulrat haben gezeigt, dass allseits großes Interesse und Bereitschaft zur Kooperation besteht, um Redundanzen und Doppelgleisigkeiten abzubauen.

In diesem Sinn wurden von der Abteilung 9 – Kultur beziehungsweise der Abteilung 3 – Wissenschaft und Forschung, dem Bibliotheksinstitut der Diözese und dem Landesschulrat das Konzept eines „Steirischen Bibliotheksentrums“ erarbeitet.

Es geht darum, dass es in Zukunft nicht mehr drei getrennt arbeitende Bibliotheksfachstellen gibt, sondern dass eine gemeinsame Service- und Betreuungsstelle geschaffen wird, die als Ansprechpartner für sämtliche steirische Bibliotheken zur Verfügung steht. Damit kann gewährleistet werden, dass die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben erfüllt werden können, ohne dass es zusätzlicher personeller Ressourcen bedarf. Eine finanzielle Belastung des Landeshaushaltes ist nur in geringem Umfang zu erwarten, wobei von einem Maximalbetrag von zirka 25.000 Euro jährlich auszugehen ist.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 22. Dezember 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der beiliegende Bericht zur gemeinsamen Führung des „Steirischen Bibliotheksentrums“ mit dem Landesschulrat für Steiermark und der Diözese Graz-Seckau wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Kenntnisnahme. (15.01 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Danke der Frau Berichterstatterin.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1697/1, betreffend die Standardanhebung für das Internat der Land- und forstwirtschaftlichen Fachschule Silberberg mit Gesamtkosten von 1,850.000 Euro.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (15.01 Uhr): Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1697/1, betreffend die Standardanhebung für das Internat der Land- und forstwirtschaftlichen Fachschule Silberberg mit den Gesamtkosten von 1,850.000 Euro.

Das Schul- und Internatsgebäude der Land- und forstwirtschaftlichen Fachschule Silberberg wurde zwischen den Jahren 1950 bis 1955 errichtet. Im ersten und zweiten Obergeschoß dieses Gebäudes ist das Internat untergebracht, das zirka 70 Schülern Platz bietet. Die Zimmer sind mit vier Schülern belegt, wobei die zirka 30 Jahre alte Einrichtung äußerst abgewohnt ist.

Zufolge dieser räumlichen Bedingungen entsprechen die Internatszimmer nicht mehr dem heutigen Standard. Auch im Hinblick auf die derzeit gültigen Rechtsvorschriften, vor allem des Brandschutzes, ist das Gebäude zu adaptieren. Es wurde daher im Jahre 2002 durch die Fachabteilung 20A ein Architektenwettbewerb zur Standardanhebung des Internates der Landesfachschule Silberberg ausgeschrieben. Das vom Architekten Dipl.-Ing. Heinz Malek aus Graz ausgearbeitete Projekt erhielt den ersten Preis und wurde zur Umsetzung empfohlen.

Auf der Basis der Kostenzusammenstellung der Landesimmobiliengesellschaft vom 10. April 2003 betragen die Gesamtprojektkosten netto 1,850.000 Euro und diese setzen sich zusammen wie folgt.

Die Finanzierung der Gesamtprojektkosten ist erstens durch die Bereitstellung von Mitteln aus der Fachabteilung 6C im außerordentlichen Haushalt verfügbaren Kredite von 500.000 Euro veranschlagt, zweitens die Vorfinanzierung durch die LIG mit 1,350.000 Euro, gesamt 1,850.000 Euro.

Seitens der LIG wurde die Liegenschaft der Schule Silberberg im ersten Quartal des Jahres 2004 angekauft. Die Vorfinanzierung im Wege einer Ausleihung durch die LIG wird durch eine Zuschlagsmiete in der Höhe von 72.947,64 Euro pro Jahr, beginnend mit dem 1. Jänner 2005, in den nächsten 25 Jahren refinanziert.

Mit den Umbauarbeiten ist die LIG beauftragt und soll der Bau im Juni 2004 begonnen werden und noch im Laufe dieses Jahres zum Abschluss gebracht werden. Es wird beantragt, der Standardanhebung des Internates der Land- und forstwirtschaftlichen Fachschule Silberberg mit Gesamtnettoprojektkosten von 1,850.000 Euro grundsätzlich zuzustimmen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 26. Jänner 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Standardanhebung des Internates der Land- und forstwirtschaftlichen Fachschule Silberberg mit den Gesamtnettoprojektkosten von 1,850.000 Euro wird zur Kenntnis genommen und genehmigt. Ich bitte um Kenntnisnahme. (15.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1695/1, betreffend Genehmigung eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit dem Verein Netzwerk Steirische Erwachsenenbildung.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (15.04 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es liegt ein ausführlicher Bericht vor. Ich darf den zusammenfassend berichten:

Im Zuge der gesamtösterreichischen Verwaltungsreform haben die Länder mit 1. Jänner 2003 vom Bund die Aufgaben im Bereich der Erwachsenenbildung übernommen.

Nachdem in der Steiermark mit der Schließung der Förderungsstelle des Bundes für Erwachsenenbildung mit Ende des Jahres 2002 die Aufgaben an das Land Steiermark gefallen sind, müssen Wege und Mittel gefunden werden, um die erforderliche Arbeit gesetzeskonform leisten zu können. Erwachsenenbildung ist eine zentrale öffentliche Aufgabe, die nicht nur zur Gänze privaten Anbietern überlassen werden kann.

Die Landesregierung berichtet daher über den Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit dem Verein „Netzwerk Steirische Erwachsenenbildung“ für die Jahre 2003 bis 2005. Dieser beinhaltet die zukünftige Aufgabenverteilung im Bereich der Erwachsenenbildung. Für die vom Verein „Netzwerk Steirische Erwachsenenbildung“ zu erbringende Leistung ergibt sich ein jährlicher Aufwand von zirka 230.000 Euro. Ich ersuche um Annahme dieses Berichtes. (15.06 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen nunmehr zur Debatte über diese Tagesordnungspunkte 15 bis 19.

Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (15.06 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Landesräte, Kolleginnen und Kollegen!

Ich spreche zum Tagesordnungspunkt 18 ganz kurz betreffend Sanierung Internatsumbau der Weinbauschule Silberberg, weil es für mich als Südsteirer natürlich wichtig ist, aber ich denke für die gesamte Steiermark, dass dieses Internat umgebaut wird. Denn dieses Internat und auch die Schule bestehen ja seit 1895 und sind bereits über 108 Jahre alt und es besuchen noch immer sehr viele zukünftige Weinbauern und Absolventen diese Fachschule, die ja wesentlich zum Erfolg des steirischen Weinbaues beigetragen hat.

Jährlich absolvieren zirka 20 bis 25 Damen und Herren diese Schule und sie sollten natürlich auch den heutigen und auch den zukünftigen Leistungen und Erfolgen dem steirischen Weinbau entsprechen und sich diesen Anforderungen stellen. In die schulischen und betrieblichen Bereiche ist natürlich über Jahrzehnte und auch notwendigerweise immer wieder investiert worden. Es sind dadurch auch moderne Einrichtungen geschaffen worden. Wir persönlich überzeugen uns des Öfteren im Jahr über die Qualität des Weines. Daher müssen wir

auch den immer höher werdenden Ansprüchen gerecht werden, und zwar nicht nur im fachlichen Bereich, sondern auch im schulischen Bereich oder im Internatsbereich und dieser Wohnversorgung muss natürlich entsprochen werden. Wir haben es aus dem Bericht gehört, den ich vorgelesen habe, dass die Internatszimmer mit vier Schülerinnen oder Schülern belegt sind, die Einrichtung über 30 Jahre alt und bereits mehr als abgewohnt ist. Sie entspricht nicht mehr dem heutigen Standard und auch nicht dem räumlichen Standard. Ein Punkt, der vielleicht noch ganz wichtig war, ist der Brandschutz. Dieser entspricht auch nicht mehr den gültigen Rechtsvorschriften. Hätten wir aber das Internat nicht, so könnte der Schulbetrieb nicht als solcher geführt werden. Es wäre auch gar nicht denkbar, denn die Schülerinnen und Schüler oder die Absolventinnen und Absolventen kommen aus einem Umkreis von vielen Kilometern aus dem gesamten süd-, ost- und weststeirischen Weinland. Hier ist die Verkehrsverbindung äußerst schlecht und nicht brauchbar. Daher ist der Internatsumbau notwendig und die Situation ist prekär. Ich danke Frau Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder und allen Damen und Herren, die das in der Regierung mitbeschlossen haben, dass dieses Internat heuer umgebaut wird. Der Baubeginn ist mit Juni dieses Jahres und noch in diesem Jahr werden die Umbauarbeiten abgeschlossen sein. Ein Danke auch, weil das eine Investition in die Zukunft ist und ich bitte um Ihre Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP. – 15.09 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (13.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte zum Tagesordnungspunkt 15, betreffend schulische Integration von Jugendlichen mit Behinderung ab der 9. Schulstufe, einige Bemerkungen kundtun. Bemerkungen deswegen, weil mich auch Kollegin Wicher dazu ermuntert hat und ich glaube, es bedarf einer Ermunterung, die bis nach Wien endlich einmal reichen sollte. Warum sage ich das? Unser Antrag liegt seit dem 27. September 2002 vor. Die Fachabteilung 6B hat in vorbildlicher Weise dies bereits am 29. Oktober nach Wien geschickt, hat zweimal urgiert – das letzte Mal am 13. März 2003. Wir haben heute den 23. März 2004 und wir haben noch immer keine Antwort. So geht man im Bund mit Integration von Behinderten um. Wir hatten im vorigen Jahr das „Jahr der Behinderten“. Ich gebe Ihnen völlig Recht, Frau Kollegin Wicher, das waren nur salbungsvolle Reden für den Bauch der Menschen. Die Taten werden nicht so schnell folgen, wenn man der derzeitigen Ministerin bei ihren Aktionen zusieht. Es gibt eine Menge an gesetzlichen Grundlagen, an die wir uns schon längst zu halten, ja mehr noch, die wir schon längst zu befolgen hätten. Ich erinnere Sie an den Gleichheitsgrundsatz, „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“, oder ich denke an die Gleichbehandlungsrichtlinie der EU, wo drinnen steht, dass eine angemessene Vorkehrung für Menschen mit Behinderung geschaffen werden muss, die den Zugang zur Beschäftigung, die Ausübung eines Berufes, den beruflichen Aufstieg und die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen ermöglichen. Schließlich und letztendlich merke ich noch an, haben sich der Rat und die im Rat vertretenen Minister bereits 1990, und zwar am 31. Mai, darauf geeinigt, dass man sich um eine Eingliederung beziehungsweise um eine Förderung der Eingliederung behinderter Schüler und Schülerinnen, Studenten und Studentinnen in ihre allgemeinen Bildungssysteme bemüht. Dabei soll die völlige Eingliederung in das allgemeine Bildungssystem als vorrangige Option gelten.

Was war die Antwort unseres ach so sozialen Bildungsministeriums? Dieser ganzen rechtlichen Vorgaben, die ich jetzt getätigt habe, ungeachtet, hat das Unterrichtsministerium 2001 eine Gesetzesvorlage gebracht, ab der 9. Schulstufe ausschließlich am Polytechnischen Lehrgang behinderte Schülerinnen und Schüler zu fördern. Gott sei Dank wurde diese Vorlage im Nationalrat abgelehnt. Seither ist nichts geschehen und das wiederum, obwohl, und ich nehme das Nächste her, im Rahmen eines Begutachtungsverfahrens sich zahlreiche Integrations-, Behinderten- und Menschenrechtsorganisationen genau zu diesem Thema eingesetzt haben. So hat unter anderem auch die Abteilung für Integrationspädagogik und heilpädagogische Psychologie am Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Karl-Franzens-Universität Graz – wir haben es heute schon gehört – sich gegen Gesetzesvorwürfe, wie sie eben gelautet haben, gewendet. Sie sagen, Integration ab der 9. Schulstufe, die ausschließlich in der Polytechnischen Schule stattfindet, ist undenkbar und völlig kontraproduktiv. Die Ermöglichung des integrativen Unterrichts nur an der Polytechnischen Schule deckt das Spektrum der unterschiedlichen Bedürfnisse von jungen Menschen mit Behinderungen nicht ab. Sie bewirkt auch deren pädagogisch unsinnige Konzentration an nur wenigen Schulen. Man hat eben nur die Möglichkeit an der Polytechnischen Schule oder an der Sonderschule. Ich danke daher für diese Begutachtung. Wir fordern, dass das elfte und zwölfte Schuljahr an allen Schulen ermöglicht wird und dass es nicht zu gesetzlich diskriminierenden Aussagen kommt. Wir fordern auch in diesem Papier ein, dass endlich anstatt des Terminus oder des Wortes „Sonderschule“, weil das ist ein bisschen abwertet, das Wort „Förderschule“ eingesetzt wird. Wir wollen, nicht wie unsere Frau Unterrichtsministerin, man hat heute schon gehört, Frau Kollegin Zitz hat gesagt, sie sei herablassend bis entehrend, wahrscheinlich hat sie unter ihrem Kopfpolster die Sage von der Frau Hitt als Beispiel ihrer Lebenshaltung liegen. Wir Steirer, und dabei denke ich an unseren neuen und jungen Landesschulinspektor für Sonderschulen, halten uns bei Peter Rosegger an: „Auf dem Wege zum Licht lasse niemand zurück.“ Und um das sollten wir uns hier bemühen und auch Sie, werte Frau Landesrätin. Bemühen Sie sich bitte und versuchen Sie, von Frau zu Frau, als junge, energiegelbe, ideenreiche Landesrätin der Steiermark einer schon etwas müden, vielleicht ablösbaren Unterrichtsministerin zu sagen, was wir uns in der Steiermark erwarten. (Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Wollen Sie mich zur Unterrichtsministerin machen?“) Wenn Sie die Forderungen der SPÖ erfüllen, sind wir dabei und können darüber reden. Da stecken aber dann Gesamtschule und Ganztagschule in jeglicher Form

drinnen, wobei wir auch dann eine Gesetzesänderung machen müssten. Das sind die ersten Koalitionsverhandlungen, ganz richtig. Eine Kollision wird es bei mir nie geben. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 15.17 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Beutl.

Abg. Beutl (15.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landesrätin! Herr Landesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es stimmt schon, dass diese Novelle im Nationalrat nicht beschlossen wurde, und zwar deshalb, lieber Herr Kollege Böhmer, weil es dort eine Zweidrittelmehrheit braucht für diese Änderung und weil die SPÖ, obwohl es vorher andere Absprachen gegeben hat, damals letztendlich bei diesem Bundesgesetz, bei dieser Abänderung des Schulpflichtgesetzes nicht mitgegangen ist. Ich möchte darauf verweisen, dass wir von der Steiermark eine sehr positive in diese Richtung gehende Stellungnahme hinausgeschickt haben, dass das dann bundesweit nicht zum Tragen gekommen ist, ist bedauerlich. Aber das bedeutet ja nicht, dass solche Dinge nicht in Zukunft noch möglich werden.

Ich möchte aber trotzdem auf die Antwort eingehen, die wir vorliegen haben und da wird auch Bezug genommen auf die Möglichkeiten, die es für behinderte Jugendliche ab dem neunten Schuljahr gibt. Es heißt ja in Ihrem Antrag, „schulische Integration von Jugendlichen ab dem neunten Schuljahr“. Da möchte ich schon Folgendes festhalten: Natürlich ist die letzte Meldung am 13. März 2003 gekommen, der letzte Zwischenbericht. In der Zwischenzeit aber hat es sehr wohl Beschlüsse auf Bundesebene, und zwar positive Beschlüsse auf Bundesebene gegeben, denn mit dem 8. Juli 2003 wurde die Novelle zum Berufsausbildungsgesetz beschlossen. Das ist eine ganz große Neuerung in Bezug auf die integrative Berufsausbildung, auf die wir auch von Seiten der Steiermark her sehr stolz sein dürfen. Und zwar deshalb, weil die Steiermark nicht nur, was die Integration im gesamten Pflichtschulbereich anlangt, federführend seit mindestens zehn Jahren, wenn nicht schon länger, unterwegs ist, sondern weil die Steiermark auch in dieser Hinsicht federführend und mit Pilotprojekten und mit Modellversuchen gezeigt hat, dass es Möglichkeiten gibt, für behinderte Jugendliche auch in der Berufswelt Fuß zu fassen und diesen Jugendlichen Möglichkeiten der Berufsausbildung bietet. Ich darf zum Beispiel nur zitieren, für welche Personen – seit 1. September 2003 ist das ja schon in Kraft –, für welche Personen dieses integrative Berufsausbildungsgesetz gilt. Und zwar für Personen, die am Ende der Pflichtschule sonderpädagogischen Förderbedarf hatten und zumindest teilweise nach dem Lehrplan einer Sonderschule unterrichtet wurden oder – und das ist auch sehr wichtig – für Personen ohne Hauptschulabschluss beziehungsweise negativen Hauptschulabschluss. Wir wissen, dass wir sehr viele Jugendliche haben, die keine Lehrstellen bekommen, weil sie keine Abschlüsse haben. Es gilt auch für Behinderte im Sinne des Behinderteneinstellungsgesetzes und für Jugendliche mit persönlichen Vermittlungshindernissen, das heißt für Jugendliche, die Schwierigkeiten haben, eine Lehrstelle zu bekommen.

Es wird zwei Möglichkeiten geben nach diesem Gesetz, und zwar die Möglichkeit eines Lehrvertrages, wo als Ziel der Lehrabschluss steht, wo die Lehrzeit um ein Jahr, in Ausnahmefällen um zwei Jahre verlängert werden kann. Das heißt, solche Jugendliche können bis zu fünf Jahre Zeit erhalten, um ihre Berufsausbildung abzuschließen. Und es gibt eine zweite Möglichkeit für solche Jugendliche in Form eines Ausbildungsvertrages, wo es um eine Teilqualifikation geht und dort wird mit einer Abschlussprüfung abgeschlossen. Das heißt, es ist sehr wohl einiges auf Bundesebene passiert, ausgehend von der Steiermark, um Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch dann nach dem neunten Schuljahr in ihrem weiteren beruflichen und schulischen Fortkommen hilfreich zur Seite zu stehen. Dass zurzeit dazu die Berufsschullehrpläne, der Unterricht, novelliert werden, das ist ganz klar. Es sollen ja Wege eingeschlagen werden, wo auf die besondere Leistungsfähigkeit dieser Schüler Bedacht genommen wird und dass es dort in erster Linie im Unterricht auf das Erfolgserlebnis für den Schüler ankommen soll und auf das schrittweise Erreichen kleiner Bildungsziele. Zurzeit finden zusätzlich Verhandlungen über zusätzliche Dienstposten statt und auch hier ist die Steiermark mit ihrem Vertreter, dem Herrn Hofrat Frisee von der Landesregierung sehr daran interessiert, hier zusätzliche Fördermöglichkeiten und auch zusätzliche Werteinheiten zu erhalten.

Mit September ist das in Kraft getreten. Wir haben in der Zwischenzeit bereits 50 Lehr- und Ausbildungsverträge für Jugendliche abgeschlossen, das heißt, wir sind auf einem guten Weg. Und ich glaube, die Steiermark darf einmal mehr von sich behaupten, sehr viel für behinderte Jugendliche zu tun. (Beifall bei der ÖVP. – 15.23 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Noch einmal zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (15.23 Uhr): Werte Frau Landesrätin! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nur eine kleine Anmerkung noch, Frau Kollegin Beutl: Worum es uns auch gehen sollte in unserer Gesellschaft, natürlich um Teilqualifikationen. Aber ich glaube auch, wir sollten nicht den sozialen Faktor, die Sozialisationen, die sich auch in einer AHS oder BHS abspielen können, vergessen. Aber ich meinte, für eine Gesell-

schaft und für die Sicherheit in einer Gesellschaft ist das Verständnis untereinander, und zwar das Verständnis unter allen notwendig. Und auch durch derartige Maßnahmen, die vom Bund eben quasi gesetzlich erlaubt werden, können wir vieles eigentlich präventiv tätigen.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 16 ganz kurz, betreffend EDV-Lizenzen für Pflichtschulen. Kurzum die Meinung: Warum sind wir zu diesem Antrag gekommen? Dieser Antrag hat gezeigt, dass es bei uns auf der schulischen Ebene zweierlei Wertigkeiten gegeben hat. Zum einen hat voriges Jahr der Bund für AHS- und BHS-Schüler und deren Lehrer EDV-Lizenzen, und zwar Softwarelizenzen für drei Jahre abgeschlossen. Dieses Produkt nennt sich „Austrian College and High School Agreement“ und der Bund bringt das in der Weise drüber, sage ich ganz einfach, dass du für in etwa eine Lizenz 20 oder 22 Euro bezahlst als Schüler oder als Professor und deine Software jederzeit von Microsoft auf den aktuellsten Stand gebracht wird. Das heißt, du bist immer „up-to-date“.

Das Nächste, was für mich wichtig ist, es gibt Derartiges in kleinen Schritten oder es wird Derartiges in kleinen Schritten nahezu in allen Bundesländern versucht. Und das dritte ist, wir Gemeinden – und ich bin ja auch in einer Gemeinde tätig –, wir Gemeinden bewegen uns gerade, was die EDV-Lizenzen anlangen, im Grau-, wenn nicht manches Mal auch ein bisschen im Schwarzbereich. Und ich sage mir als vierten Punkt ganz fair, die Gemeinden haben in den letzten Jahren durch dieses fälschlich eigentlich von oben heruntergebrochene Wort „Autonomie“ geblutet und irgendwann hört sich das Bluten auf, denn die Bürgermeister – egal welchen Couleurs – haben keine Spielräume mehr. Und wenn es jetzt da wieder heißt in der Stellungnahme – und dazu komme ich, Frau Landesrätin – dass eine derartige Finanzierung über zusätzliche Bedarfszuweisungsmittel geschehen soll, so glaube ich, ist dem nicht gedient. Ich glaube vielmehr, dass hier die Steiermark – wir haben heute schon zweimal gehört, unser Bundesland soll wiederum Nummer eins werden, das möchte ich jetzt nicht in den Mund nehmen –, dann werden wir einmal auf dieser Ebene Vorreiter. Werden wir Vorreiter, dass wir in Kooperation mit Städtebund und Gemeindebund versuchen, für unsere Pflichtschulen unseres Landes, das heißt von der Volksschule über die Hauptschule bis zur Berufsschule, dass wir kostengünstige Miet- oder Softwaremietmodelle eben finden. Aus diesem Grund bringe ich den Unselbstständigen Entschließungsantrag ein und möchte hinzufügen, wenn dem noch so ist, dass die ÖVP mitgeht, das freut uns sehr. Es soll der Sache dienen.

Ich würde ersuchen, dass wir bei diesem Unselbstständigen Entschließungsantrag die Passage „... kann eine derart bürokratische und destruktive Haltung der Steiermärkischen Landesregierung nicht akzeptieren und ...“ streichen, damit die ÖVP auch mit diesem Entschließungsantrag mitgehen kann. (Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Beiderseitiges Übereinkommen!“)

Frau Landesrätin, ich bin heute so gut aufgelegt, kränken Sie mich bitte nicht. Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Bezug auf den Abschluss von Verträgen für EDV-Lizenzen zur Nutzung von Microsoft Softwareprodukten für die steirischen Pflichtschulen – selbst bei Tätigwerden des Städte- und Gemeindebundes – zumindest Informations-, Beratungs-, Koordinations- und Vernetzungsfunktion für die Schulerhalter zu übernehmen. Ich danke jetzt schon für das Bemühen und für den Erfolg. (Beifall bei der SPÖ. – 15.28 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Köberl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Köberl (15.29 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Plenum, werte Zuhörer!

Wenn wir uns über diese Sache unterhalten, nämlich über das Thema kostengünstige Anschaffung von EDV-Lizenzen für die steirischen Pflichtschulen, dann glaube ich, kann der Bund durchaus einmal als positives Beispiel genommen werden. Selbst in der Begründung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion wird darauf hingewiesen, dass es gelungen ist, im Juni 2003 einen Mustervertrag abzuschließen, der viele Vorteile bringt. Ich danke daher indirekt für das Lob an das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Der Bund als Schulerhalter tut sich in einigen Bereichen leichter, das wissen wir, weil hier die Dinge zusammengeführt sind, das heißt, es ist der Schulerhalter, der gleichzeitig auch für das Personal zuständig ist. Es war bisher schon üblich, dass vor allem im Hardware-Bereich die Bundesschulen sehr gut ausgestattet waren. Ob diese EDV-Räume so gut ausgelastet waren, das ist ein zweites Kapitel.

Ich darf mich aber den steirischen Pflichtschulen zuwenden: Wir wissen, und es wurde schon begründet, Schulerhalter sind die Gemeinden. Es gibt eine gute, aber zum Teil sehr unterschiedliche Ausstattung im EDV-Bereich, vor allem was den Hardware-Bereich betrifft. Wenn wir heute davon ausgehen, dass als Standard ein Pentium-3-Rechner angesehen werden kann, dass es hier auch entsprechende Bildschirme gibt, so verfügen manche Schulen, zum Teil sind es Schwerpunktschulen für angewandte Informatik, längst über die nächste Generation, nämlich Pentium 4 beziehungsweise die 17-Zoll-PDF-Bildschirme. Da sieht man schon die unterschiedliche Ausgangssituation. Ich darf auf eines verweisen, weil ich es von unserer Schule kenne, dass gerade bei der Einrichtung und bei der Installierung von Netzwerken sehr viele EDV- oder Informatiklehrer unentgeltliche Dienste erbracht haben und sich für ihre Schule weit über das geforderte dienstliche Ausmaß engagiert haben. Die Schule profitiert davon, unsere Kinder profitieren davon und letztlich profitieren wir alle davon.

Eines sei auch gesagt, dass gerade die EDV-Räume im Pflichtschulbereich heute sehr oft von den Gemeinden genutzt werden, zum Beispiel für Anbotzwecke im Bereiche der Erwachsenenbildung, diverse Vereine auch Schulungen durchführen. Hier tritt ein Synergieeffekt ein, das heißt, hier gibt es einen Mehrfachnutzen für diese EDV-Ausstattung.

Von der grundsätzlichen Sache her noch einmal zum Softwarebereich, um den es heute geht: Auch da gibt es eine unterschiedliche Ausstattung, ob das jetzt das MS Office-Paket ist, mit dem zu 80 Prozent an den Schulen gearbeitet wird, es ist heute als Standard anzusehen, so gibt es dazu noch zusätzliche Angebote, die man hier auch nicht unerwähnt lassen sollte. Gerade Schwerpunktschulen, die im Bereich „Technisches Zeichen“ tätig sind, brauchen das AutoCAD, das relativ teuer ist, Photoshop, Corel Draw, die etwas günstiger sind. Zu dem kommen noch individuelle Lernprogramme, die die einzelnen Unterrichtsgegenstände betreffen. Ich glaube, dass dieser gemeinsame Antrag und ein gemeinsamer Beschluss in diese Richtung richtig ist und dass wir das Vorbild des Bundes auch auf die Steiermark übertragen können, wohl wissend, dass es Unterschiede gibt, weil eigentlich hier das Land nur eine Mittlerrolle übernehmen kann. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass unsere Frau Landesrätin in ihrer gewohnten Art und Weise relativ rasch zu einer positiven und befriedigenden Lösung für alle Beteiligten kommen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Situation betrifft ja nicht nur die Ausstattung mit Software, sondern auch die Hardware ist zum Teil dahin gehend problematisch, weil wir wissen, dass eine Ausstattung für einen EDV-Raum, der etwa 20 Plätze umfasst, nach zwei Jahren veraltet ist. So schnell schlägt die Zeit, wenn ich das so formulieren darf, bei den EDV-Generationen. Gleiches gilt natürlich auch für die Software, so dass sich viele Schulerhalter, Gemeinden, dazu entschlossen haben, heute nicht an einen Ankauf zu denken, sondern in den Leasingbereich mit einer entsprechenden Updateversion zu gehen, das heißt, dass hier begleitend nicht nur zur Hardware auch der Softwarebereich laufend – man könnte fast sagen – evaluiert wird, ich würde sagen modernisiert und ergänzt wird.

Ich bedanke mich dafür, dass es eine sachliche Zusammenarbeit gegeben hat. Es ist uns gelungen, eine gemeinsame Formulierung zu finden, die der Sache dienlich ist, und das möchte ich nochmals herausstreichen, die letzten Endes eine Verbesserung nicht nur für die Schulerhalter, für die Lehrer, für die betroffenen Schüler und Eltern bringt. Ich freue mich gemeinsam, dass wir mit unserer Frau Landesrätin das in Bälde verwirklichen können. Dann können wir sagen, sind wir einen Schritt gleichgezogen mit den Bundesschulen. Das wünschen wir uns und ich bedanke mich für diese Bereitschaft der Kooperation, Frau Landesrätin. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 698/1 (Tagesordnungspunkt 15) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1531/1 (Tagesordnungspunkt 16) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend EDV-Lizenzen für Pflichtschulen (zu Tagesordnungspunkt 16), ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1696/1 (Tagesordnungspunkt 17) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1697/1 (Tagesordnungspunkt 18) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1695/1 (Tagesordnungspunkt 19) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 20 bis 22 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

20. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1704/1, betreffend die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15 a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung – Artikel 15 a B-VG).

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Dr. Ilse Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (15.36 Uhr): Die neue Bund-Länder-Vereinbarung zur Betreuung von Flüchtlingen hat zum Kernpunkt, der Bund zahlt künftig 60 Prozent, die Länder 40 Prozent der Betreuungskosten. Die Bund-Länder-Vereinbarung gilt nicht nur für Asylwerber, sondern auch für andere Gruppen von hilfs- und schutzbedürfti-

gen Fremden und de facto nicht abschiebbare Migranten. Die Regelung beinhaltet grundsätzlich Unterbringung, Verpflegung und medizinische Versorgung. Die Aufteilung der Flüchtlinge erfolgt entsprechend der Einwohnerzahl der Bundesländer.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 2. Februar 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die beiliegende Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung – Artikel 15 a B-VG) wird genehmigt. Ich bitte um Annahme. (15.37 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1498/1, der Abgeordneten Halper und Margarethe Gruber, betreffend Delogierungsprävention.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Michaela Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (15.38 Uhr): Danke! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf berichten zum Antrag mit der Einl.-Zahl 1498/1 der Abgeordneten Halper und Margarethe Gruber, betreffend Delogierungsprävention.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seinen Sitzungen am 4. November 2003 und am 9. März 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag der Abgeordneten Halper und Margarethe Gruber, betreffend Delogierungsprävention, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird Folgendes berichtet:

Im Antrag an den Steiermärkischen Landtag wurde bereits festgestellt, dass es in den letzten Jahren aus verschiedenen Begründungen immer häufiger zu Delogierungen kommt. Tatsächlich wird auch die Sozialservicestelle der Fachabteilung 11B seitens der Bezirkshauptmannschaften und des Magistrates Graz immer häufiger mit dem Problem konfrontiert, dass die Zahl der von den Gerichten an die Bezirksverwaltungsbehörden gemeldeten beabsichtigten Delogierungen stark ansteigt. Die Prävention von Delogierungen und damit das Bemühen, dass die Betroffenen in ihren Wohnungen bleiben können, wird damit immer mehr zu einem wichtigen Anliegen.

Zwischen dem Magistrat Graz, dem Sozialressort des Landes Steiermark und der Caritas wurden bereits Gespräche dahin gehend geführt. Die Caritas wurde mit der Erstellung eines konkreten steiermarkweiten Konzeptes beauftragt. Die Kosten dafür werden zwischen dem Magistrat Graz und dem Land Steiermark, vertreten durch das Sozialressort, im Verhältnis von 40 zu 60 geteilt werden. Mit Sommer dieses Jahres soll die Fachstelle unter der Trägerschaft der Caritas ihre Arbeit aufnehmen.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 1498/1, der Abgeordneten Halper und Margarethe Gruber, betreffend Delogierungsprävention, wird zur Kenntnis genommen. (15.39 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Abgeordneten. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1550/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Verbesserung der Schuldnerberatung in der Steiermark.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Die Frau Abgeordnete Graf scheint nicht hier zu sein, Stellvertreterin ist die Frau Abgeordnete Zierler. Sie ist auch nicht anwesend.

Höchste Zeit, Frau Abgeordnete Graf.

Abg. Graf (15.40 Uhr): Ich darf berichten: Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seinen Sitzungen am 25. November 2003 und am 9. März 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Es geht um die Verbesserung der Schuldnerberatung. Es gab hiezu eine Stellungnahme und der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 1550/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Verbesserung der Schuldnerberatung in der Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. (15.40 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke! Damit kommen wir zu den Debattenbeiträgen. Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl (15.41 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren! Geschätzte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Obdachlosigkeit, meine Damen und Herren, ist heute ein großes Problem. Man muss sich die Frage stellen, warum heute Menschen – und es sind zunehmend immer mehr – obdachlos werden. Meist ist es ein Zusammenfallen verschiedener Probleme wie Scheidung, Kündigung, ein Verfallen dem Alkohol, psychische Probleme, hohe Verschuldung und die Unfähigkeit, für sich Wege aus den Schwierigkeiten zu finden, die zu Obdachlosig-

keit führen. Ein wichtiger Bestandteil des Problems sind aber auch nicht leistbare Mieten. Der soziale Wohnbau ist in der Krise, Gemeindewohnungen für den von Wohnungsnot Bedrohten ist oft und in Zukunft, wie man hört, schwer leistbar. Oft wird zuwenig bedacht, welche menschlichen Entwürdigungen mit einem Leben auf der Straße verbunden sind, weil man dem Bild des sorglosen Sonders oder Obdachlosen folgt. Man muss sich vorstellen, meine Damen und Herren, dass man keinen Intimbereich hat, dass die Abdeckung individueller Bedürfnisse vor den Augen der Öffentlichkeit erfolgt, dass man keinen gesicherten Platz zum Aufbewahren von Kleinigkeiten, von Medikamenten oder Dokumenten hat, um ein wenig erlauben zu können, was ein Leben auf der Straße bedeutet. Der Obdachlose ist in den Augen der Öffentlichkeit ausgesetzt und wenn ein Obdachloser einmal auf der Straße ist, kann man ihn sehr schwer von der Straße wegnehmen und wieder zurückholen. Deswegen, meine Damen und Herren, ist es notwendig, präventive Maßnahmen zu setzen, damit Menschen nicht auf der Straße landen.

Meine geschätzten Damen und Herren, die Stadt Graz hat im Jahre 1999 ein solches Projekt zur Delogierungsprävention in Auftrag gegeben unter der Berücksichtigung der spezifischen Rahmenbedingungen und Anforderungen in Graz ein maßgeschneidertes Modell zur Delogierungsprävention zu entwickeln. Ein solches Modell muss die verschiedenen Stellen im öffentlichen wie auch im privaten Bereich zusammenbinden, um wirksam werden zu können. Gerade private Initiativen – und ich wiederhole – gerade private Initiativen, hier sind besondere Einrichtungen der Caritas und der Pfarren zu nennen, haben schon jahrelange Erfahrungen mit der Betreuung von Obdachlosen gesammelt. Erfahrungen, die für die Prävention fruchtbar gemacht werden können. Für Graz ist besonders das Team ON zu nennen, das sich nicht nur in der Vermittlung von Wohnungen, sondern auch mit der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen, warum Menschen obdachlos werden, Verdienste erworben hat. Und jeden Tag machen Freiwillige vom Team ON in Graz am Hauptplatz, am Südtirolerplatz aber auch am Freiheitsplatz Dienst, um dort, wenn Obdachlose auftauchen beziehungsweise ihre Probleme schildern, zu helfen. Weiters gibt es auch Kontakt hier mit der Polizei Graz, aber auch bereits im Bezirk Hartberg und Fürstenfeld, bei diesen Drogenstationen, die wir dort haben, auch dort ist bereits ein Teil des Team ON tätig.

Es ist auch richtig, von den Erfahrungen mit dem Grazer Projekt der Delogierungsprävention den Ausgang zu nehmen. Steiermarkweit wird man besonders die in den Gemeinden mit den Problemen der Obdachlosen Befassten in das Projekt mit einbeziehen müssen. Die Schwierigkeit der Tätigkeit der Gemeinden besteht aber darin, dass der Fall in die Obdachlosigkeit meist mit einem Wegziehen aus dem Ort verbunden ist. Hier gibt es laut Aussage der Bürgermeister große Probleme. Gerade deswegen ist die Verknüpfung der lokalen Initiativen notwendig, um eine Prävention in Angriff zu nehmen. Es wird wichtig sein, die einzelnen Initiativen an einen Tisch zu bringen, um ein Ineinander von öffentlichen und privaten Initiativen die Wurzeln der Obdachlosigkeit aufzudecken, um dann nach geeigneten Sofortmaßnahmen Ausschau halten zu können. Hier ist meines Erachtens, meine Damen und Herren, ein wichtiger Punkt der Zusammenarbeit von Sozialstaat und Sozialgesellschaft. Vor allem wird aber auch die Frage zu klären sein, wie die Verantwortung der Personen, die obdachlos zu werden drohen, gehoben werden kann, um dem Problem der Obdachlosigkeit wirksam und nachhaltig begegnen zu können. Es gilt, die Familien zu unterstützen, damit diese helfen können. Dann ist auch ein entsprechendes Angebot von leistbaren Sozialwohnungen wichtig. Wir wissen heute, in einzelnen Bezirken in der Steiermark, wo es unter anderem Drogenprobleme gibt, dass dort Kinder, Jugendliche bis zu einem Alter von 20 Jahren, 22, 25 Jahren kein Obdach mehr haben und hier in Schlupfstellen in den Bezirken unterkommen müssen. Wie besonders Initiativen oder Projekte der Caritas zeigen, ist das Zurverfügungstellen von Wohnungen nur ein Hinausschieben des Problems, wenn nicht gleichzeitig Initiative, Initiativen der Betreuung und Ermächtigung der Betroffenen, gesetzt werden. Hier bedarf es des Zusammenschlusses der verschiedenen Stellen, die mit dem Sozialstaat betraut sind, mit privaten Initiativen, die besonders auf die persönliche Betreuung einen Akzent legen. Das Projekt Obdachlosenprävention, das sehr weit angelegt werden muss, ist nur zu begrüßen aus menschlicher wie auch aus finanzieller Hinsicht.

Die rechtzeitige Prävention, meine Damen und Herren, kommt immer noch viel billiger als die Notwendigkeit, bei gegebenen Problemen Hilfe anbieten zu müssen. Vor allem ist es aber der menschliche Aspekt, der ausschlaggebend ist. Es muss alles getan werden, um Menschen vor so einem tiefen Sturz, wie das Fallen in die Obdachlosigkeit, zu bewahren. Und um das zu können, ist ein dichtes Netzwerk in der Steiermark bei verschiedenen Einrichtungen auf öffentlicher und privater Ebene notwendig. Besonders geht es mir darum, die schon vorhandenen Initiativen einzubinden, denn es wäre eine Vergeudung, das vorhandene soziale Kapital hier in unserem Land nicht zu nützen. Das Recht auf Wohnung als ein Ort des Wohnens, der Ausbildung, der Identität und als Zentrum des sozialen Kontaktes ist ein Menschenrecht, zu dessen Verwirklichung alle zusammenarbeiten müssen. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 15.48 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort. Danach Frau Abgeordnete Halper.

Abg. Margarethe Gruber: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich danke Gregor Hammerl, dass er den Sozialstaat wieder entdeckt hat, für den die Sozialdemokratie in den langen Jahren ihres Bestehens immer wieder gekämpft hat. Es besteht nicht nur ein Zusammenhang zwischen den Punkten Delogierungsprävention und Schuldnerberatung. Es ist wirklich ein Zusammenhang, denn aus Schulden entsteht Not, aus Not entsteht „Nicht-zahlen-Können“ von Wohnungen und dadurch sind wir damit betraut, dass wir delogieren müssen, auch in den Kommunen. Wenn Mieten über lange Zeit nicht bezahlt wer-

den, muss man Schritte setzen. Dass es immer mehr wird, ist auch ein Zeichen dafür, dass die Politik in diesem Land immer kälter wird und die Spirale für Menschen, die sich nicht so leicht tun, sich immer schneller nach unten dreht. Das ist ein bedenkliches Zeichen. Arbeitslosigkeit, Schulden, all das führt dazu, dass Menschen ausweglos werden, dass sie obdachlos werden. Ich weiß nicht, wer heute in der Früh im Morgenjournal den Bericht gehört hat. Graz hat damit zu tun, dass täglich mindestens 30 Personen abgewiesen werden müssen und das Wetter jetzt noch so kalt ist – nicht nur draußen. Auch Wien hat große Probleme und in den Provinzen ist es so, dass wir mit Menschen zu tun haben, die einfach nicht mehr wissen, wohin sie gehören und wo sie untergebracht sind. Darum wäre es schön, wenn dieser unser Antrag heute angenommen wird. Es wäre schön, wenn auch das Klima draußen für den Sozialstaat wieder wärmer werden würde. Ich hoffe, dass alle mit mir darum streiten. (Beifall bei der SPÖ. – 15.50 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Halper.

Abg. Halper (15.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, wertere Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohes Hauses!

Zirka 900.000 Personen in Österreich stecken ziemlich tief in der Schuldenfalle. Allein im Jahr 2002 waren bei 8.262 Steirern und Steirerinnen samt ihren Kindern die Schulden so hoch, dass sie sich nicht einmal mehr die eigene Wohnung leisten konnten. Die Gründe sowohl für eine hohe Verschuldung als auch für drohende Delogierungen sind vielseitig – Kollege Hammerl hat sie heute im Hohen Haus schon aufgezeigt und ich denke mir, dass sie den Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus auch bekannt sind. Es ist ein Teufelskreis. Wenn es einmal so weit ist, dass der eigene Finanzhaushalt nicht mehr überschaubar ist, dass man nicht mehr weiß, wie man sich noch etwas zu essen leisten kann, wie man überhaupt noch offene Rechnungen decken kann und letztendlich dann auch die offene Miete, den Strom, die Heizung und alles, was dazugehört, bezahlen kann, dann entsteht ein Teufelskreis, ein Teufelskreis, der natürlich auch vielerorts in die Obdachlosigkeit führt. Die Probleme gehen Hand in Hand und dahin gehend ist es umso wichtiger, eine Delogierungsprävention für den gesamten Raum der Steiermark heute zu beschließen. Es ist schon erwähnt worden, dass in der Stadt Graz bereits ein Projekt dahin gehend läuft. Die Sozialeinrichtungen in den Bezirken haben die Erfahrungen machen müssen, dass immer mehr Personen davon betroffen sind, dass sie sich ihre Miete nicht mehr leisten können und auf die Straße müssen oder in Obdachloseneinrichtungen in die Stadt Graz abwandern. Die Delogierungsprävention wird dahin gehend notwendig und wichtig sein, damit man rechtzeitig eingreifen kann, rechtzeitig vor allem, dass die Leute ihr Dach über den Kopf behalten können.

Einen wesentlichen Beitrag im Rahmen einer Delogierungsprävention leistet natürlich auch die Schuldnerberatung. Wenn es schon so dick kommt, dass das Delogierungsverfahren anhängig ist, dann ist die Schuldnerberatung ein wichtiger Baustein in der Krisenintervention, um den Auszug beziehungsweise den Rauswurf aus der Wohnung verhindern zu können. Die Schuldnerberatung ist aber auch ein wichtiger Partner der Sozialeinrichtungen, um den Verlust der eigenen Wohnung überhaupt abwenden zu können.

Wo es noch Probleme gibt, das sind die Banken und das muss man hier auch einmal ehrlich ansprechen. Wir erleben es gerade im Rahmen der Sozialeinrichtungen in Graz immer wieder und leider immer häufiger, dass Banken sehr leichtfertig Kredite vergeben. Banken werben mit Krediten, Banken versprechen mit Krediten den Luxus, an die Gesellschaft näher heranzukommen, aber natürlich auch an einer Wertegesellschaft teilzunehmen. Ich kann Ihnen Unmengen Beispiele aufzeigen, wo es dazu gekommen ist, dass Personen, die absolut kein Einkommen haben, leichtfertig Kredite von Banken erhalten haben, ohne dass sich die Banken eigentlich im Hintergrund gefragt haben, wie kommt das Geld zurück? Ich denke, dass es hierbei in dieser Hinsicht wichtig sein wird, mit den Banken gemeinsam zu reden, die Banken ins Boot zu holen, wie es Herr Landesrat Flecker schon zweimal versucht hat, und vor allem die Banken in die Verantwortung zu ziehen. Eines kann nicht sein, dass die Banken leichtfertig Kredite vergeben, die Betroffenen nicht einmal aufklären über das Risiko, die Betroffenen teilweise dastehen, ohne dass sie wissen, wie sie die Zinsen der Kredite zahlen sollen und die Banken sich dann auf gut deutsch zurücklehnen und sagen, wenn zu viele Schulden da sind, dann werden wir sie ein bisschen einklagen, gehen an das Inkassobüro und dann gehen wir in die Pfändung. Ich denke, es wird wichtig sein, in diesem Bereich zusammenzuarbeiten und die Banken in die Pflicht der Schuldnerberatung zu nehmen.

In dieser Hinsicht darf ich heute einen Unselbstständigen Entschließungsantrag betreffend Verbesserung der Schuldnerberatung der Abgeordneten Halper und Dr. Bachmaier-Geltewa einbringen. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung heranzutreten, damit die Sorgfaltspflicht im Bankenwesengesetz dahin gehend geändert wird, dass Jugendliche strengeren Kreditbestimmungen unterliegen und zweitens mit den Banken, Sparkassen und Kreditinstituten Verhandlungen aufzunehmen, damit diese sich künftig finanziell an der professionellen Schuldnerberatung beteiligen.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Hohes Hauses, diesem Antrag zuzustimmen. Ich denke, gerade was die Sorgfaltspflicht des Bankenwesengesetzes betrifft, ist es notwendig, die Banken in die Verantwortung zu nehmen, denn ein Lehrling, und wir wissen alle, was ein Lehrling an Lehrlingsentschädigung bekommt, kann sich wohl kaum einen Kredit von 40.000, 50.000 Euro leisten, damit er den tollen Wagen bekommt, den er sich schon die letzten Jahre wünscht. Ein zweiter Antrag liegt heute noch auf beziehungsweise wird noch von der Freiheitlichen Fraktion eingebracht. Wir werden diesen Antrag natürlich gerne unterstützen, weil alles, was die Schuldnerberatung optimieren kann und den Betroffenen helfen kann, wird gerne von uns unterstützt werden. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.57 Uhr.)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf meiner Uhr ist es nun 3 Minuten vor 16 Uhr, das heißt, wir können diesen Tagesordnungspunkt 22 nicht mehr zu Ende diskutieren. Ich komme somit zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der ÖVP, betreffend fehlende Strategie in der steirischen Gesundheitspolitik, an Herrn Landesrat Mag. Wolfgang Erlitz. Nach der Begründung durch Herrn Abgeordneten Bacher zu dieser Dringlichen erfolgt die Beantwortung durch Landesrat Mag. Wolfgang Erlitz und anschließend die Wechselrede. Nach Beendigung der Wechselrede kommen wir zur Dringlichen Anfrage der FPÖ, betreffend Blutbank, und der Dringlichen Anfrage der Grünen und SPÖ, betreffend Errichtung einer Blutbank. Nach dieser getrennten Begründung erfolgen dann die Beantwortungen durch die zuständigen Regierungsmitglieder und es erfolgt eine Wechselrede zu den einzelnen Dringlichen. Meine Damen und Herren, ich erteile nunmehr Herrn Abgeordneten Bacher das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage und verweise ganz deutlich darauf, dass die Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Bacher: (15.57 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Geschätzte Regierungsmitglieder! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste und im Besonderen die Damen und Herren des Roten Kreuzes, die ich sehr herzlich willkommen heiße bei uns hier im Hohen Haus.

Sie sind eine wesentliche Säule unserer gesundheitlichen Versorgung in der Steiermark. Ich bedanke mich dafür sehr herzlich. Und ich bringe die Dringliche Anfrage ein gemäß Paragraph 68 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Bacher, Beutl, Gödl, Gruber, Hamedl, Hammerl, Kasic, Köberl, Mag. Koller, Majcen, Riebenbauer und Wicher, betreffend fehlende Strategie in der steirischen Gesundheitspolitik, an Herrn Landesrat Mag. Wolfgang Erlitz.

Das Gesundheitsbudget für das Jahr 2004 ist so hoch wie nie zuvor, es stehen 739,325.800 Euro zur Verfügung. Das ist ein klares politisches Signal dafür, wie wichtig die Steirische Gesundheitspolitik ist. Derzeit fehlen aber politische und strategische Vorgaben für die Gesundheitspolitik.

Das Problem der Finanzierbarkeit der Gesundheitspolitik ist lange bekannt. Die Bevölkerung wird immer älter. Im Jahr 2030 wird etwa ein Drittel der Menschen über 65 Jahre alt sein.

Herr Landesrat Mag. Erlitz ist seit fast einem Jahr im Amt. Spuren hat seine Politik allerdings noch keine hinterlassen. Diese beschränkt sich derzeit auf das Aufgreifen fremder Ideen und plakativer Ankündigungen. Das ist uns ja bekannt schon vom Vorgänger.

Am 1. April dieses Jahres nimmt der neue KAGES-Vorstand seine Arbeit auf. Deswegen und auch angesichts der geplanten Gesundheitsreform auf Bundesebene stellen sich einige Fragen. Die steirische Gesundheitspolitik steht vor vielen neuen Herausforderungen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, folgende Dringliche Anfrage:

Erstens: Herr Landesrat, warum haben Sie, warum hast du es im Falle des Kapfenberger Gynäkologen verabsäumt, rechtzeitig zu handeln und ein einstweiliges Berufsverbot auszusprechen? Weiters haben Sie ausgesagt, nicht zuständig zu sein. Wie kam es dazu?

Zweitens: Sie haben in der letzten Woche eine Pressekonferenz zu mehr Sicherheit bei der Vergabe von Drogensubstitutionsmitteln gemacht. Ist Ihnen bekannt, dass die ÖVP bereits im Jänner dieses Jahres einen Antrag dazu eingebracht hat? Werden Sie nun den von der ÖVP geforderten Gesundheitspass umsetzen?

Drittens: Herr Landesrat, seit fast einem Jahr sind Sie nun im Amt. Mit welchen politischen Zielen haben Sie dieses Amt angetreten und welche konnten Sie mittlerweile erreichen?

Viertens: Was sind Ihre Ziele für die Zukunft der steirischen Gesundheitspolitik, abgesehen von der allgemeinen Standortgarantie?

Fünftens: Herr Landesrat, wie Sie sicher wissen, ist es nach GmbH.-Recht vorgesehen, dass der Führung einer GmbH. Ziele gesetzt werden. Welche politischen und strategischen Ziele beziehungsweise Vorgaben werden Sie dem neuen KAGES-Vorstand mit auf den Weg geben?

Sechstens: Wie sieht die KAGES-NEU aus und wie sollen die neuen Strukturen innerhalb der KAGES Ihrer Meinung nach aussehen?

Siebtens: Gibt es Überlegungen, die KAGES in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln?

Achtens: Hat sich das ehemalige Management der KAGES externer Berater und Gutachten bedient? Wenn ja, in welchen Bereichen und wie hoch waren die Kosten?

Neuntens: Wie hoch sind die Kosten für die Beratertätigkeit von Köck und Partner und was ist Inhalt des diesbezüglichen Vertrages?

Zehntens: Werden daher die Verträge mit den derzeitigen Beratern gelöst?

Elftens: Ist es Ihrer Meinung nach gut, dass Herr Heinzl im Aufsichtsrat der KAGES ist?

Zwölftens: Wie stehen Sie zu den geplanten Gesundheitsagenturen und wo sind Ihrer Meinung nach die Chancen darin zu sehen?

13.: Was unternehmen Sie zur Verbesserung der Rehabilitation und Nachbetreuung von Patienten?

14.: Die ÖVP hat am 12. März 2002 einen Antrag eingebracht, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, im Abstand von zwei Jahren einen Gesundheitsbericht zu erstellen und dem Landtag vorzulegen. Seitdem wurde der Landtag noch nicht mit einem solchen Bericht befasst. Wann wird dieser Bericht dem Landtag vorliegen?

15.: Wie sehen Sie die Zukunft der Landesaltenpflegeheime? Nach der Änderung des Gesellschaftsvertrages der KAGES erscheint es sinnvoll, diese aus der Allgemeinen Verwaltung herauszunehmen und in das Organisationsgefüge der KAGES einzugliedern.

16.: Ist Ihnen bekannt, dass es für OP-Termine sehr lange Wartezeiten gibt? Wenn ja, was unternehmen Sie, um diese zu verkürzen und die Lebensqualität der Patienten zu verbessern?

17.: Nicht in allen Krankenhäusern gibt es eine ausreichende Bettenauslastung. Was unternehmen Sie, um die Bettenauslastung allgemein zu verbessern?

18.: Wie sehen Sie die Zukunft der chirurgischen Versorgung in den Krankenhäusern Bad Aussee, Mürzzuschlag, Fürstenfeld und Voitsberg?

19.: Sind Ihrer Meinung nach die vorhandenen Mittel im Gesundheitsbereich bestmöglich eingesetzt oder gibt es Fehlallokationen? Wenn ja, wo sehen Sie Verbesserungsmöglichkeiten?

20.: Es war geplant, Schwerpunktzentren zu schaffen, so dass nicht in jedem Krankenhaus alle Abteilungen vorhanden sein müssen, einerseits zur Verbesserung der Bettenauslastung, andererseits auch zur besseren Spezialisierung des Personals. Was ist der Stand der Umsetzung?

21.: Gibt es seitens Ihres Ressorts oder innerhalb der KAGES Bedarfsberechnungen betreffend das in Zukunft benötigte Personal? Es gibt Schätzungen, wonach bis zum Jahre 2020 ungefähr 5000 Fachkräfte in der Steiermark benötigt werden. Ist die Ausbildung dafür sichergestellt?

22.: Wie sieht die Schaffung neuer Versorgungsangebote im Bereich der Akutgeriatrie und Palliativmedizin aus?

23.: Die psychiatrische Versorgung in der Steiermark ist sehr schlecht, ganz besonders im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Wie sind Ihre konkreten Umsetzungsschritte?

24.: Auf Grund von Zeitungsmeldungen haben Sie ein Konzept zur Versorgung im kinderpsychiatrischen Bereich präsentiert. Wie lautet dieses Konzept?

25.: Eine Hornhautlaserbehandlung kostet 1500 Euro, nur in der Steiermark kann diese Behandlung auf Krankenschein durchgeführt werden. Soll das Ihrer Meinung nach auch so bleiben?

26.: Was haben Sie unternommen, um die Finanzsituation der KAGES einnahmenseitig zu verbessern?

27.: Ist es richtig, dass die privaten Krankenversicherungen für einzelne Leistungen in den Spitälern der KAGES weniger bezahlen als in anderen Krankenanstalten?

28.: Entspricht es den Tatsachen, dass es geplant ist, die Augenabteilung von Leoben nach Bruck zu verlegen? Wenn ja, warum?

29.: Die ÖVP hat zum Krankenhausinformationssystem openMEDOCS einen Entschließungsantrag betreffend Umsetzung einer Kosten-Nutzen-Rechnung eingebracht. Gibt es bereits erste Ergebnisse und wenn ja, wie sehen diese aus?

Gemäß Paragraph 68 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird die Abhaltung einer Wechselrede beantragt. (Beifall bei der ÖVP. – 16.07 Uhr.)

Präsident: Ich erteile Herrn Landesrat Mag. Erlitz das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Mag. Erlitz (16.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, meine Damen und Herren!

Wenn ich so meine Jahre in der Gemeindepolitik in Frohnleiten, jene als Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag und mein am 8. April vollendetes erstes Jahr als Landesrat zusammennehme, bin ich jedenfalls schon lange genug in der Politik um zu verstehen, dass Sie jetzt, wo das unbestrittene Hauptthema natürlich die Versäumnisse der Landespolitik beim steirischen Energieversorger ESTAG sind, so quasi einen Entlastungsangriff für Ihre Parteikollegen versuchen. (Beifall bei der SPÖ.)

Das belegen ja auch zahlreiche der von Ihnen gestellten Fragen. (Abg. Mag. Drexler: „Das, was Sie als Ablenkung bezeichnen, das lenkt ab!“)

Aber wenn ich mit der Beantwortung dieser Anfrage Ihnen, Frau Landeshauptmann, zu einer kleinen Verschnaufpause verhelfen kann, soll es mir wirklich ausdrücklich Recht sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist zu vordergründig und zu augenscheinlich, bin aber trotzdem dankbar, damit das auch klar ist. Ich bin dankbar für diese Anfrage. Da sich aber in der KAGES weder mein Vorgänger Günter Dörflinger noch mein für das Personal dort zuständiger Regierungskollege Hermann Schützenhöfer noch ich selbst Versäumnisse vorzuwerfen haben, freue ich mich natürlich, hier Gelegenheit zu haben, das eminent wichtige Thema Gesundheitspolitik auch wieder einmal hier in diesem Hohen Haus mit Ihnen diskutieren zu dürfen – ich bin dankbar. Leider muss ich Sie vorweg darauf hinweisen, dass bereits in der Einleitung Ihrer Anfrage nicht alles so ganz korrekt ist, wie etwa die genannte Zahl für das steirische Gesundheitsbudget 2004, welche schon in ihrer Größenordnung nicht annähernd zutrifft, zumindest bin ich nicht dorthin gekommen. Je nachdem, was Sie meinen, kommt man auf niedrigere oder auch höhere Summen, nur ausgerechnet in dieser Größenordnung hat das steirische Gesundheitsbudget 2004 nichts aufzuweisen. Ich darf also gleich hier beginnen, auch wenn dies noch nicht direkt eine Fragestellung ist: Sie beziffern in Ihrer Begründung das steirische Gesundheitsbudget 2004 mit 739,325.800 Euro. Tatsächlich setzt sich das Budget des Gesundheitsressorts zusammen aus:

a) 159,321.800 Euro als Budget der drei meinem Ressort zugeordneten Abteilungen des Amtes der Landesregierung. Das sind die Fachabteilung 7A für die Mobilen Dienste – wie etwa Hilfswerk oder Volkshilfe – und die Fachabteilungen 8A und 8B in ihren Zuständigkeiten für die Gesundheits- und Suchtvorsorge und die steirischen Spitäler. Hier enthalten sind also auch die 109 Millionen Euro, welche die KAGES 2004 direkt als Zuschuss vom Land erhält.

b) Sollte man dem steirischen Gesundheitsbudget wohl jene 218,020.200 Euro jährlich zurechnen, welche die KAGES gemäß Beschluss der Landesregierung zwar jährlich als Kredit aufnehmen muss, für die es aber eine Haftungserklärung des 100-Prozent-Eigentümers Land Steiermark gibt. Wie wir alle wissen, eine Schuldenauslagerung im wahrsten Wortsinn von der Mutter an die Tochter – ein Problem, das auf uns alle ab dem nächsten Jahr zukommt, wenn es darum geht, dass diese Schulden natürlich auch zurückbezahlt werden müssen.

c) Und schließlich 580,737.315 Euro, die aus dem Krankenanstaltenfinanzierungsplan fließen. Zusammengezählt also 958,079.315 Euro. Ebenso falsch ist auch die Behauptung in der Einleitung Ihrer Anfrage, mit der Sie mir unterstellen, mich auf das Aufgreifen fremder Ideen und plakativer Ankündigungen zu beschränken. Es liegt mir einfach fern, mit plakativen und wenig sachlich fundierten Ankündigungen Ihres Klubobmannes zur Gesundheitspolitik aus den letzten Wochen nachzuahmen. Um den Erfolg meiner Politik nur an einem Beispiel konkret zu illustrieren, darf ich Sie herzlich einladen, sich die Beschlusslage in der Regierung bezüglich Vergabe des KAGES-Managements vor meinem Eintritt in die Regierung und jetzt anzuschauen. Und ich stehe nicht an, auch hier selbstverständlich Kollegen Schützenhöfer mit anzuführen, denn schlussendlich waren es wir beide gemeinsam, die da den eingeschlagenen Kurs gewaltig geändert und sehr wohl Spuren hinterlassen haben. Ich erspare Ihnen die diesbezüglichen Medienezitate Ihres Parteikollegen Prof. Bernd Schilcher.

Nun zur Beantwortung von Frage eins, betreffend den Kapfenberger Gynäkologen Dr. Reichl: Bereits im Oktober 2002 hat die zuständige Fachabteilung in Zusammenarbeit mit dem Landesgericht Leoben das für den Fall – dass gegen einen steirischen Arzt schwer wiegende Anschuldigungen vorliegen – vorgesehene Verfahren einer „verläufigen Untersagung der Berufsausübung“ eingeleitet. Dieses Verfahren beinhaltet sowohl die Einholung einer entsprechenden Aussage der Experten der steirischen Ärztekammer wie auch die Prüfung durch einen von der Abteilung selbst beauftragten Gutachter. Beide Expertisen kamen zu dem Schluss, dass für ein vorläufiges Berufsverbot kein Grund gegeben sei. Die zuständige Fachabteilung blieb auch während des gesamten Verfahrens im Jahr 2003 mit dem Landesgericht Leoben in Kontakt, um auf allfällige neue Erkenntnisse sofort reagieren zu können. Diese ergaben sich dann während der eigentlichen Verhandlung, woraufhin die Fachabteilung sofort erneut ein Gutachten in Auftrag gegeben hat. Dessen Ergebnis lag bereits wenige Tage nach dem Prozess vor und empfahl nunmehr – wie im Gutachten ausdrücklich festgehalten, auf Grund der in der Verhandlung gewonnenen neuen Erkenntnisse – das im Gesetz mögliche einstweilige Berufsverbot, das unverzüglich erlassen und zugestellt wurde. Gerne gehe ich auch auf den zweiten Teil Ihrer Frage eins ein: Ganz offensichtlich kam es hier am Telefon zu einem Missverständnis zwischen einer Journalistin des ORF Steiermark und mir. Sie können mir allerdings eines glauben, dass ich kein zehnmütiges Telefoninterview zu einem Thema führe, wenn ich mich für nicht zuständig halte oder mich für nicht zuständig erklären wollte. Befremdet hat mich allerdings schon die Vorgehensweise von Frau Landeshauptmann, die sich, um dieses vermeintliche oder wirkliche Missverständnis aufklären zu wollen, sich nicht an mich gerichtet hat, sondern sich gleich an die Medien gewandt hat. Ich glaube, das entspricht meines Erachtens auch nicht ganz dem wiederholt an die Öffentlichkeit propagierten Teamgeist. (Landesrat Schützenhöfer: „Warst du nicht einen halben Tag vorher in den Medien?“)

Ich war vorher keinen halben Tag in den Medien. (Präsident: „Am Wort ist Herr Landesrat Mag. Erlitz, meine Damen und Herren!“ – Landeshauptmann Klasnic: „Ich habe um halb sieben die Meldung gehört, dass Sie nicht zuständig sind. Darauf habe ich Ihnen um halb neun mitgeteilt, dass Sie zuständig sind!“)

Frau Landeshauptmann, die Nichtzuständigkeit hat sich bezogen auf das Urteil. Ich habe gesagt, wenn das Urteil gefällt ist, dann bin ich nicht mehr zuständig. Das Urteil war zu dem Zeitpunkt gefällt, aber noch nicht rechtskräftig. Das war ein Missverständnis, Frau Landeshauptmann. Wie auch immer, das hätte man aufklären können, indem man mich angerufen hätte.

Zu Frage zwei, Drogensubstitution, Antrag der ÖVP, Gesundheitspass: Zu Ihrer zweiten Frage, ob mir anlässlich meiner Pressekonferenz in der Vorwoche, bei der ich gemeinsam mit Ärzte- und Apothekerkammer das neue EDV-Projekt für mehr Sicherheit im Drogensubstitutionsprogramm vorgestellt habe, nicht bekannt war, dass die ÖVP bereits im Jänner dieses Jahres einen entsprechenden Antrag eingebracht hat. Selbstverständlich war mir das bekannt, aber ich wollte es Ihnen ersparen darauf hinzuweisen, mit Ihrer heutigen Frage zwingen Sie mich aber leider dazu, nämlich klarzulegen, dass genau dies die Vorgangsweise der ÖVP ist: Dann, wenn von uns etwas Gutes längst in Gang ist, wie ein Trittbrettfahrer aufzuspringen und zu versuchen, sich das ans parteipolitische Fähnchen zu heften. Sie können gerne jeden der dort Anwesenden bis hin zum Ärztekammer- und Apothekerkammerpräsidenten befragen: Mit keinem Wort habe ich bei dieser Pressekonferenz den Zusammenhang hergestellt, dass an diesem EDV-Programm bereits seit dem Sommer des Vorjahres hart gearbeitet wird und die ÖVP erst Monate später, im Jänner dieses Jahres, wie Sie in Ihrer Anfrage angeführt haben, einen diesbezüglichen Antrag eingebracht hat. Auch hier muss ich Sie leider korrigieren: Sie haben Ihren Antrag immerhin bereits im September, und nicht erst im Jänner eingebracht, also wenige Monate nachdem wir das Projekt gestartet haben.

Und weil für mich Gesundheitspolitik nicht – ich habe das sogar früher eingebracht – und weil für mich Gesundheitspolitik nicht darin besteht, jede Schwäche meiner politischen Mitbewerber auszunützen, habe ich bei dieser Pressekonferenz auch nicht darauf hingewiesen, dass einigen von Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, offensichtlich ein Fehler unterlaufen ist, als Sie unser EDV-System mit dem von Ihrer Bundespartei ge-

forderten Gesundheitspass verwechselten. Aber ich übernehme es auch gerne, Ihnen nochmals darzulegen, was der ÖVP-FPÖ-Ministerrat unter dem Thema Gesundheitspass beschlossen hat: Dieser hat zum Ziele die Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchung – früher Gesundenuntersuchung genannt – zu erhöhen und soll jetzt im Sommersemester österreichweit einmal an 2000 unter 14-Jährige ausgegeben werden. Später soll das Programm dann auch ausgeweitet werden.

Zu den Fragen drei und vier, die ziehe ich zusammen, da geht es um die politischen Ziele der steirischen Gesundheitspolitik:

Da sich diese beiden Fragen decken, werde ich diese Fragen gemeinsam beantworten inklusive der bereits in der Fragestellung beinhalteten nach der Standortgarantie für die steirischen Landesspitäler und selbstverständlich auch inklusive Ihrer Frage, was ich in den elf Monaten bereits erreichen konnte und bedanke mich noch einmal für die Gelegenheit dazu.

Wenn ich gleich mit der Standortgarantie beginnen darf, die ich durchaus für ein ganz wichtiges Element der gesamten steirischen Politik halte. (Beifall bei der SPÖ.)

Immerhin garantiert sie, dass es uns Steirern mit den Spitälern nicht so geht, wie es uns gerade in den letzten Jahren mit den Postämtern, den Gendarmerieposten und den Bezirksgerichten ergangen ist, von denen ja viele zugesperrt wurden. (Beifall bei der SPÖ.)

Denn abgesehen von ihrer wichtigen Funktion für die Gesundheitsversorgung sind die Spitäler ja überall auch ein wichtiger Arbeitgeber und auch ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für die jeweilige Region. Und die Menschen draußen wissen jetzt, dass dort, wo die SPÖ ein Ressort führt, nicht so einfach zugesperrt wird wie es etwa bei den Gendarmerieposten geschehen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Darüber hinaus hier auch gleich ein klares Wort zur immer beschworenen Bettenreduktion (Abg. Mag. Drexler: „Das ist eines Pädagogen nicht würdig!“):

Ich bin überzeugt davon, dass wir in der Steiermark nicht zu viele Spitalsbetten haben, wir werden jedes einzelne noch brauchen. Oder glaubt irgend jemand, dass eine ständig älter werdende Bevölkerung – Stichwort: demografische Entwicklung, Hans Bacher hat es angesprochen – weniger oft die Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen muss?

Was ja bereits in Umsetzung ist und wozu wir ja gerade vor wenigen Wochen einen Vertrag auch mit einer Beraterfirma abgeschlossen haben, ist die Umstrukturierung der steirischen Spitalslandschaft gemäß den sich ändernden Bedürfnissen der Menschen im Land und den sich ebenfalls ständig ändernden Voraussetzungen, aber dazu kommen wir ohnehin noch.

Was meine in den knapp zwölf Monaten meiner Amtszeit erreichten Ziele betrifft:

Als ich mein Amt knapp vor einem Jahr, am 8. April 2003 angetreten habe, war es beschlossene Sache, das Management der steirischen KAGES an gewinnorientierte Unternehmen und von ihnen entsandte Manager zu übergeben. Ein Vorgehen, das von der steirischen Öffentlichkeit verkürzt als Privatisierung der Spitäler gesehen und entsprechend abgelehnt wurde. Und es war mein erstes Ziel, diesen Prozess in andere Bahnen zu lenken – nochmals stehe ich aber nicht an zu sagen, dass mir das nur in Zusammenarbeit mit Kollegen Hermann Schützenhöfer möglich war. Nichtsdestotrotz ein Ziel, auf dessen Erreichung ich sicher mit Stolz hinweise. (Beifall bei der SPÖ.)

Ebenfalls sofort in Angriff genommen habe ich im Vorjahr den Bereich der Mobilien Dienste und der Hauskrankenpflege, der mir ja anlässlich meines Amtsantrittes von Frau Landeshauptmann Klasnic, in deren Zuständigkeitsbereich diese wichtigen Dienste zuerst lagen, übergeben wurde. Und ich darf Ihnen mit Stolz berichten, dass wir hier mittlerweile einheitliche Qualitätskriterien erarbeitet haben und der Landesregierung zur Beschlussfassung vorlegen konnten – die auch bereits erfolgt ist, die Beschlussfassung. Auf Basis dieser Qualitätskriterien haben wir nun erstmals die Möglichkeit zu einer vergleichbaren und transparenten Mittelvergabe und ich betrachte dies durchaus ebenfalls als ein Ziel, das es sich zu erreichen lohnte.

Ein weiteres Ziel, das ich mir gesetzt habe, und zwar noch bei weitem nicht erreicht habe, möchte ich trotzdem an dieser Stelle anführen:

Bei allen Problemen finanzieller Natur, die auf das Land noch zukommen, wenn es beginnen muss, die optisch derzeit an die KAGES ausgelagerten Kredite zurückzuzahlen, bieten wir dennoch eine moderne Krankenversorgung. Und dafür werden in der Steiermark insgesamt pro Jahr vom Land, von den Versicherungen und auch den Patienten selbst rund eine Milliarde Euro ausgegeben, rund eine Milliarde Euro. Für die Gesundheitsvorsorge, die ja nicht nur jedem Menschen Leiden ersparen kann, sondern auch den Zahlern später Geld, wenn eben weniger Reparaturmedizin nötig ist, geben wir gerade 10 Millionen aus – eine Milliarde zu 10 Millionen, eine Milliarde für die Reparatur, 10 Millionen für die Vorsorge. Und da ist es mir gelungen dafür minimal mehr Budget zu verankern in diesem Jahr im Bereich der Vorsorge. Und mein deklariertes Ziel ist es, in künftigen Landesbudgets sowohl ausreichend Geld für unsere Spitäler wie auch endlich ausreichende Mittel für die Gesundheitsvorsorge verankert zu sehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Da ist zwar noch ein weiter Weg, aber ich wollte das jetzt hier anführen, weil es ja schlussendlich zumindest ein kleines Lob auch für Herbert Paiarl beinhaltet, der mir nämlich mehr Geld gegeben hat, der es zurzeit ja ohnehin nicht so leicht hat.

Ebenfalls als Erfolg verbuche ich durchaus den bereits erwähnten Fortschritt im Bereich der Drogen substitution – immerhin war er es ja selbst den Kollegen von der ÖVP den Versuch wert, im Nachhinein einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Und ebenfalls als klaren Erfolg verbuche ich das bereits – (Unverständlicher Zwischenruf.)

Es ist ja nichts Schlimmes, wenn ihr auf der gleichen Spur seid wie wir, ist ja so toll, wenn wir gemeinsame Ziele verfolgen.

Ebenfalls als klaren Erfolg verbuche ich das bereits eingeleitete Projekt zur Verkürzung der Wartezeiten auf Operationen des Grauen Star, das ich ohnehin auch bereits der Öffentlichkeit vorgestellt habe. Ohne Sie hier mit Details zu belasten: Es ist gelungen, pro Woche 15 Operationen mehr durchzuführen, was uns aufs Jahr 750 zusätzliche Operationen bringt, die Wartelisten werden also schon täglich verkürzt.

Ich verhehle auch nicht, dass es ein Ziel gibt, das ich noch nicht erreichen konnte – das ist die Einführung des Pflichtfaches Gesundheit in den steirischen Schulen. Da wurde mir leider von Seiten der ÖVP mitgeteilt, dass man die bisherigen Maßnahmen für ausreichend hält, die schulischen Maßnahmen – die Fakten sprechen allerdings eine andere Sprache. Aber wenn man sich einmal die Zeit nimmt, sich diese anzusehen und der ÖVP-interne Konflikt um die Zuständigkeit im Schulbereich ausgestanden ist, bin ich zuversichtlich, dass auch hier noch ein Umdenken und ein Miteinander hier einsetzt. (Beifall bei der SPÖ.)

Natürlich gibt es noch eine Vielzahl weiterer Projekte, wie etwa den erstmals vorliegenden Suchtbericht und vieles andere, mit dem wir Schritt für Schritt die Bemühungen um die Gesundheit der Steirerinnen und Steirer vorantreiben konnten – aber es sind ja doch noch 25 weitere Fragen zu beantworten. Und wenn ich mir die aktuellen Geschehnisse rund um den Semmeringtunnel ansehe, der bereits vor vier Jahren ebenfalls von einem Mitglied dieser Landesregierung als durchgesetzt plakatiert wurde, glaube ich doch, dass sich meine bisherige Bilanz durchaus sehen lassen kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Letzlich möchte ich hier ausdrücklich festhalten, dass ich mir meiner Verantwortung als Eigentümervertreter – ich bin mir bewusst meiner Verantwortung als Eigentümervertreter – des Landes Steiermark vom ersten Tag meiner Amtsübernahme an durchaus bewusst bin und sie auch wahrnehme und vom ersten Tag an wahrgenommen habe. In diesem Sinn erwarte ich mir von Management und Aufsichtsrat der steirischen KAGES gemeinsam mit den neuen Beratern sinnvolle, schlüssige Konzepte zu erarbeiten und als Entscheidungsgrundlage mir vorzulegen.

Zu Frage fünf, strategische Ziele für den KAGES-Vorstand: Diese strategischen Ziele wurden bereits im Vorjahr anlässlich der damaligen Ausschreibung zur KAGES, zum KAGES-Management, von mir formuliert und auch veröffentlicht. Ich wiederhole die strategischen Ziele hier sehr gerne:

a) Die Neustrukturierung der steirischen Spitalslandschaft mit der Vorgabe regional im Sinne des Patientennutzens abgestimmte Versorgungsangebote vorzulegen.

b) Die zukünftige Kooperation zwischen der KAGES und der Medizinischen Universität so zu definieren und zu lösen, dass ebenfalls der beste Nutzen für die Steiermark, unsere Mitarbeiter und wiederum die Patienten gesichert ist.

c) Die Erschließung neuer Geschäftsfelder für die KAGES.

d) Die Verkürzung der Wartezeiten auf Operationen und in Ambulanzen, wo wir, wie gerade angeführt, bereits einen ersten Erfolg verbuchen können. Gemeinsam ist es uns gelungen, die Wartezeiten für Graue-Star-Operationen zu verringern.

Das alles auf Grundlage des Gesellschaftsvertrages der KAGES, in dem klar als Unternehmensgegenstand festgehalten ist: „Mitwirkung an der zeitgemäßen medizinisch/pflegerischen Versorgung der Bevölkerung durch die Errichtung, den Betrieb und die Führung von Krankenanstalten.“ Sie können gewiss sein, dass ich ein strenges Auge darauf haben werde, dass die Zeiten für die steirische Bevölkerung sicher nicht schlechter werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Denn zeitgemäß heißt für mich eben, für die Menschen im Land eine Versorgung anbieten, die auf der Höhe der Zeit ist und uns auch klar dazu bekennen, dass heute alles mehr kostet als vor zehn oder 20 Jahren und dass dies gerade auch im Bereich der Gesundheit so sein darf. Ich erinnere nur daran, was heute, wie wir kürzlich erfahren durften, schon ein paar Wurstsemmeln kosten können. Und ich gehe davon aus, dass niemand von Ihnen will, dass wir uns zurückentwickeln in eine Zeit, als eine Herztransplantation nur jenen vorbehalten war, die es sich leisten konnten, sich im Ausland von Christian Barnard operieren zu lassen. Und ebenso gehe ich auch davon aus, dass niemand von Ihnen hier einen Weg kennt, wie wir das den Menschen im Land bieten können, ohne dafür auch die nötigen Geräte anzuschaffen und die nötigen Operationsteams und Nachbetreuungseinrichtungen bereitzustellen. Sonst ersuche ich das gleich hier kundzutun, wie man das gleiche Angebot mit weniger Geld durchführen kann, wie man den medizinischen und technischen Fortschritt auch in Zukunft dem Lande sichern kann, allen Menschen zukommen zu lassen, ohne mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Wenn das Geheimnis jemand löst, dann ist er gerne eingeladen das hier zu tun.

Zu Ihrer Frage 6, wie sieht die KAGES NEU aus und wie sollen die neuen Strukturen innerhalb der KAGES aussehen: Bezüglich der neuen Strukturen innerhalb der KAGES kann ich Ihnen genau sagen, wie diese aussehen sollen, gibt es doch erfolgreiche Beispiele dafür: Ich nenne die Spitalsverbände Judenburg-Knittelfeld, Leoben-Bruck-Eisenerz oder auch Mürz-zuschlag-Mariazell, um nur jene zu nennen, die bereits umgesetzt wurden. (Abg. Straßberger: „Willst du die Chirurgie zusperrern in Mürzzuschlag?“)

Wer die Chirurgie zusperrern will, weißt du inzwischen schon ganz genau. Ich komme auf die Chirurgie noch zu sprechen.

Ganz kurz möchte ich Ihnen auch am Beispiel Judenburg-Knittelfeld die Vorteile vor Augen führen: Vor Einführung des Spitalsverbundes gab es sowohl im Spital in Knittelfeld wie auch in jenem in Judenburg, welche durch eine Fahrzeit von gut zehn Minuten getrennt sind, eine Allgemeinmedizin und eine Allgemein Chirurgie und in Judenburg eine gynäkologische Abteilung. Seit Einführung des Verbundes verfügt die Region über eine Allgemein Chirurgie, eine Allgemeinmedizin, eine Gynäkologie und zusätzlich über eine Unfallchirurgie und eine Neurologie mit spezieller Schlaganfallstation und zusätzlicher mobiler Einsatzeinheit, da gerade bei Schlaganfällen die Zeit eine wesentliche Rolle für die Genesung des Patienten spielt. Patienten, die früher nach Leoben oder gar nach Graz geführt werden mussten, werden jetzt sofort von einer mobilen Spezialeinheit betreut und können in ihrer nahen Heimat von Spezialisten dann weiter stationär behandelt werden. Dieser Prozess der Aufwertung der regionalen Versorgung wird laufend fortgeführt und wir haben als Eigentümer Land Steiermark dem neuen Management ja erst vor wenigen Wochen auch ein Beraterteam zur Seite gestellt, das es dabei unterstützen wird. Natürlich können wir alle, Abgeordnete wie Regierungsmitglieder, uns in diesen laufenden Prozessen der Verantwortung nicht entziehen, denn die Berater und das Management haben die Aufgabe, uns unter Einbeziehung aller Parameter vom effizienten Mitteleinsatz bis zur – dem Gesellschaftsauftrag der KAGES entsprechend – zeitgemäßen Versorgung der steirischen Bevölkerung bestmöglich vorbereitete Entscheidungsgrundlagen auf den Tisch zu legen. Wie diese aber zu gewichten sind, was es uns etwa wert ist, dass die eine chirurgische Abteilung zwar nicht so viele Fälle hat wie die andere, Patienten aber im Winter zwei Stunden lang bis zur nächsten transportiert werden müssten, wenn wir sie schließen, dann sind das politische Entscheidungen, die es zu treffen gilt.

Das bringt mich gleich zur Frage sieben, die KAGES in eine AG. umzuwandeln: Wenn ich mir anschau, welche Rolle es in den letzten Wochen in der Causa ESTAG gespielt hat, dass sie eine AG. ist, nehme ich nicht ernsthaft an, dass Sie das jetzt als Vorschlag gemeint haben. Ich hielte es jedenfalls nicht für richtig. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Bacher: „Das war eine Frage und kein Vorschlag!“)

Ich sage dir gleich warum: Ich hielte es jedenfalls nicht für richtig, wenn irgendwann ein zuständiger Landesrat sagen müsste: „Tut mir Leid, aber eigentlich kann ich nix tun in Fragen der steirischen Spitäler, weil das ist jetzt alles Sache des Aufsichtsrates und des Vorstandes.“ Spätestens dann hätte ja Gerhard Hirschmann wirklich Recht gehabt mit seinem Vorschlag, die Landesregierung abzuschaffen. Das heißt, die Verantwortung muss weiterhin die Politik tragen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Frage acht, hat sich das ehemalige KAGES-Management externer Berater bedient und wie hoch waren die Kosten: Selbstverständlich hat sich auch das ehemalige KAGES-Management externer Berater bedient. Die Alternative dazu wäre ja, bis hin zu Personalentwicklern, Umweltberatern und Architekten alle notwendigen geistigen Leistungen für alle Eventualitäten im Personalstand der KAGES vorzuhalten. Der Beratungsaufwand insgesamt hat im Jahr 2003 1,273.857 Euro betragen.

Zur Frage neun bezüglich Kosten der Beratertätigkeit von Köck-Ebner und Partner und deren Kosten: Ich könnte Sie jetzt einfach darauf hinweisen, dass das Land Steiermark aktuell keinen Vertrag mit der ebenfalls existierenden Firma Köck-Ebner und Partner abgeschlossen hat. Da ich aber davon ausgehe, dass Sie den kürzlich geschlossenen Vertrag mit der Health Care Company – HCC – meinen, beziehe ich meine Antworten im Folgenden darauf, weise Sie aber schon darauf hin, dass Sie die folgenden Informationen auch bei Ihrem Fraktionskollegen Landesrat Schützenhöfer erfragen hätten können – es ist nämlich ein gemeinsam ausverhandelter und schlussendlich auch in die Regierung eingebrachter und beschlossener Vertrag. Dieser Vertrag lässt dem neuen Management der KAGES die Auswahl zwischen drei Varianten zur Inanspruchnahme der Beratungsleistungen und dem Umfang derselben. Je nach Variante fallen dann fixe Kosten in Höhe zwischen 250.000 und 450.000 Euro pro Jahr an plus zusätzlich eine jeweils 5-prozentige, am erreichten Erfolg berechnete Komponente.

Frage zehn bezüglich Wegfall bisheriger Beratungsleistungen: Beraterleistungen, die nun Vertragsgegenstand mit der HCC sind, wurden bisher nicht längerfristig, sondern im Bedarfsfall vergeben. Solche werden für die Vertragslaufzeit wohl kaum mehr von zusätzlichen Beratern zugekauft werden müssen.

Das bietet schon die HCC. Andere Leistungen, die nicht Gegenstand dieses Vertrages sind, wie etwa Architektenleistungen, wird die KAGES natürlich weiterhin zukaufen müssen – im Detail sind dies aber Entscheidungen des Vorstandes.

Die Frage elf beantworte ich mit ja.

Frage zwölf – Gesundheitsagenturen:

Zur Frage zwölf nach Gesundheitsagenturen darf ich Ihnen nur kurz vor Augen führen, dass diese ja nichts anderes sind als die Schaffung der Finanzierung der Gesundheitsversorgung aus einer Hand. Dies wiederum ist eine langjährige Forderung der SPÖ auch auf Bundesebene, die nun mit einem neuen Mäntelchen „Gesundheitsagentur“ versehen wurde, weil man sie offensichtlich spät aber doch als richtig erkannt hat. Denn Ziel muss es doch jedenfalls sein, aus dem bisherigen Nebeneinander ein Miteinander der extra- und intramuralen Versorgung, der stationären und des niedergelassenen Bereiches zum Wohl der uns anvertrauten Patienten zu machen.

Und wichtig wird im Sinn der Patienten aber auch sein, in welcher Form diese Maßnahme irgendwann vielleicht wirklich umgesetzt wird. Wenn damit erneut der Gesundheitsversorgung Geldmittel entzogen werden sollen oder es wieder so eine Husch-Pfusch-Geschichte der Bundesregierung wie etwa bei den Ambulanzgebühren wird, dann wird man sicher dem nicht zustimmen können.

Punkt 13 – Verbesserung der Rehabilitation und Nachbetreuung von Patienten:

Für uns im Gesundheitsressort gibt es drei wichtige Gründe, hier nach Verbesserungen zu streben im Bereich der Rehabilitation.

Zum einen verkürzen Angebote zur Rehabilitation und Nachbetreuung die Aufenthaltsdauer im Spital, was sowohl im Sinne der Patienten wie auch der Spitalsbetreiber ist.

Zum Zweiten liegt es ja auf der Hand, dass ja gerade die bereits angesprochene demografische Entwicklung – wir werden immer älter, das ist kein Problem, aber eine Errungenschaft, sind wir froh, die Frage ist ja nicht, wie alt man wird, sondern wie man alt wird – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Aber, dass man alt wird ist sicher!“) Genau! Die demografische Entwicklung künftig solche Einrichtungen zunehmend erforderlich macht, da gerade ältere Patienten am meisten von ihnen profitieren.

Und am wichtigsten scheint mir, dass es ja solche Dienstleistungen sind, die den Menschen helfen, raschestmöglich wieder in ein normales Leben zurückzufinden.

Ein Beispiel, welche Wege wir da im Sinne der Patienten gehen, möchte ich Ihnen am Beispiel Stolzalpe aufzeigen, bei dir, Hans. Dort haben wir den privaten ärztlichen Anbieter für die Nachbetreuung von Patienten direkt ins Haus geholt und schlagen damit zwei Fliegen mit einer Klappe: Zum einen in wirtschaftlicher Hinsicht für beide Beteiligten, da der Arzt sich Investitionen in beträchtlicher Höhe erspart und die KAGES andererseits zusätzliche Einnahmen durch die Vermietung lukriert. Zum Zweiten – und Sie wissen bereits, dass mir das wichtig ist – finden auch die Patienten eine wirklich lückenlose Behandlungskette vor – auf der Stolzalpe. Und in diesem Fall entfällt selbst der Transport, die behandelnden Ärzte können jederzeit direkt miteinander sprechen. Ich bin gerne bereit, Ihnen dieses Modell einmal vor Ort zu zeigen, nach Möglichkeit werden wir es auf andere Standorte übertragen, dies in Kooperation KAGES mit privaten Anbietern.

Persönlich bin ich überzeugt davon, dass die Kooperation der Anbieter wie in diesem Modell ein Erfolg versprechender Weg für die Zukunft ist.

Zur Frage 14, da geht es um den Gesundheitsbericht:

Wie bereits gesagt, habe ich ja Verständnis dafür, dass Sie zurzeit mit der Causa ESTAG und dem sichtbaren Riss, der durch Ihre Partei einmal geht, beschäftigt sind.

Da es aber Faktum ist, dass Sie zwar im Jahr 2002 diesen Antrag eingebracht haben, dann aber etwas anderes vereinbart wurde, ersuche ich um Verständnis, dass wir gemäß dem Beschluss, und nicht gemäß dem Antrag handeln. Festgelegt wurde nämlich ein dreijähriger Berichtszeitraum und dies wurde auch begründet. Und zwar damit, dass zu kurze Berichtszeiträume eine Evaluation gesetzter Maßnahmen unmöglich machen und deshalb international sogar ein Berichtszeitraum von fünf Jahren Standard ist. Selbstverständlich wird dem hohen Landtag dementsprechend 2005 wieder ein gesamtsteirischer Gesundheitsbericht zugehen, nachdem wir den letzten 2002 bekommen haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Also! Zwischenzeitig ergehen Spezialberichte – wie etwa aktuell der steirische Suchtbericht.

Zu Ihrer Frage 15 betreffend die Zukunft der Landesaltenpflegeheime.

Hier komme ich doch nicht umhin, mir die Frage nach der Kommunikation zwischen den Regierungsmitgliedern und den Landtagsabgeordneten der ÖVP zu stellen. Ist es doch erst gut zwei Wochen her, dass mein für die Landesaltenpflegeheime ressortzuständiger Kollege Kurt Flecker der gesamten Landesregierung die Ergebnisse einer diesbezüglichen Studie präsentiert hat, welche die Führung der Landesaltenpflegeheime in Form einer eigenen GesmbH. vorschlägt.

Zu Ihrer Frage 16, Wartezeiten für Operationstermine:

Wie gesagt war ich es ja, der es noch vor dem Sommer des Vorjahres als dezidierte Vorgabe in die Ausschreibung des Managements der KAGES hineingenommen hat, hier raschestmögliche Maßnahmen zu treffen. Und wie bereits angeführt, mündete diese Ausschreibung ja in die Vergabe des bereits angesprochenen Vertrages an die HCC und die Bestellung des neuen KAGES-Vorstandes, der mit 1. April 2004 seinen Dienst antritt oder antreten wird. Wie ebenfalls berichtet, wird hier das erste Problemfeld bereits erfolgreich bearbeitet und Sie können sicher sein, dass ich keinen der neuen Vorstände und auch nicht die Berater hier in dieser Frage aus ihrer Verantwortung, nämlich Reduzierung der Wartezeiten, entlasse. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu Ihrer Frage 17, zur Auslastung von Stationen in unseren Spitälern:

Die Auslastung von Stationen ist ein wichtiger Parameter sowohl hinsichtlich betriebswirtschaftlicher Kriterien wie auch hinsichtlich der Auslastung des jeweiligen Personals und damit verbunden auch der Behandlungssicherheit für die Patienten. Und dazu kommen weitere Kriterien, wie etwa die Entfernung zur nächsten vergleichbaren Versorgungseinheit, die noch dazu rund um die Uhr allen Menschen offen steht, wie es unsere Landesspitäler tun, saisonale Schwankungen und Ähnliches. Eine spezielle Herausforderung im Zuge der neuen Umstrukturierung stellen sicher auch die Betten und Stationen der Sonderklasse dar. Die Entscheidungsgrundlagen auf Basis aller Kriterien sind jetzt schnellstmöglich voranzutreiben und einer Entscheidung zuzuführen, um dann sofort mit der Umsetzung beginnen zu können.

Zu Frage 18, jetzt geht es um die chirurgische Versorgung der Landeskrankenhäuser Bad Aussee, Mürzschlag, Fürstenfeld und Voitsberg.

Wobei die vier von Ihnen genannten Standorte – und ich sage das ja in voller Überzeugung – nicht über einen Kamm zu scheren sind, Zustimmung vom Kollegen Majcen. So ist etwa bei Bad Aussee zu berücksichtigen, dass einerseits wirklich geringe chirurgische Fallzahlen anliegen – die Ausseer sind halt ein gesundes Bergvolk

– andererseits die nächsten steirischen Chirurgen aber eine Fahrzeit erfordern, die weit über den bundesweiten Richtlinien liegt, 30 Minuten. Und von Aussee nach Rottenmann fährst du im Winter eineinhalb Stunden und nach Schladming auch. Dort ist festgeschrieben, dass die nächste Chirurgie nicht weiter als eine halbe Stunde Fahrzeit entfernt sein sollte und ich gratuliere jedem, der es vielleicht, noch dazu im Winter, aus dem Ausseer Land unter einer Stunde wie gesagt nach Schladming oder Rottenmann schafft – oder mir gewährleisten kann, dass im Falle einer Schließung der Chirurgie der nötige Transport bei Schlechtwetter oder in der Nacht mit dem Hubschrauber garantiert werden kann. Es wird niemand da sein.

Ähnliches gilt in etwas milderer Form auch für die Chirurgie in Voitsberg.

In Mürtzuschlag wiederum stehen wir vor der Tatsache, dass die Chirurgie ja im neu geschaffenen Verbund ohnehin bereits die Chirurgie in Mariazell ersetzt und seither über eine Auslastung verfügt, die mit 87 Prozent, bitte, ja nicht gerade schlecht ist. (Abg. Straßberger: „Lässt du sie offen oder sperrst du sie zu?“)

Im Fall Fürstenfeld schlussendlich ist die neue Chirurgie bereits – auch mit den Stimmen der ÖVP-Fraktion – beschlossen und vom Landesrechnungshof positiv beurteilt. Aber ich bin gerne bereit, auch das neu aufzurollen, wenn Sie das hier initiiert haben wollen. Die Entscheidung treffe ich letztendlich aber erst, das sage ich noch einmal dazu, ich treffe die Entscheidungen erst, wenn ein schlüssiges, bündiges, ganzheitliches Konzept über die Spitäler in diesem Spitalsverbund mir vorgelegt wird vom neuen Management, vom neuen Berater. Und dann werden wir die Entscheidung treffen, aber sicherlich nicht punktuell sich irgendwas da herausholen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu Frage 19 bezüglich des Mitteleinsatzes im Gesundheitswesen: Entsprechend dem rasanten Fortschritt sowohl am medizinischen wie auch am pflegerischen Sektor sind hier einfach laufend Anpassungen vorzunehmen. Wie Sie ja wissen, verdoppelt sich allein das medizinische Wissen alle fünf Jahre, aber auch der gesellschaftliche Fortschritt macht zum Glück nicht Halt. So waren etwa Palliativstationen hier vor 20 Jahren noch überhaupt kein Thema. Faktum ist, dass der KAGES-Zuschuss in den letzten vier Jahren pro Jahr durchschnittlich nur um 1,8 Prozent gewachsen ist – das liegt unter der jährlichen Inflationsrate und den Lohnkostensteigerungen, die ja vom Personalressort verhandelt werden. Und das vor dem Hintergrund der beschriebenen medizinischen Leistungsexplosion zum Nutzen der Patientinnen und Patienten in diesem Land. Ich möchte mich hier aber auch im Grundsatz nicht verschweigen. Solange wir es uns leisten, die teuersten Abfangjäger, die uns angeboten werden, zu kaufen, so lange bin ich zwar gerne bereit, über effizienten Mitteleinsatz überall, von der Wirtschaftsförderung bis zur Klosterförderung zu diskutieren, aber nicht darüber, ob wir es uns leisten können, den Steirerinnen und Steirern die beste Gesundheitsversorgung anzubieten (Beifall bei der SPÖ.) oder meine Mitarbeiter in den Spitälern, in den Pflegeheimen oder auch bei den Mobilien Diensten ordentlich zu bezahlen.

Zu Frage 20 bezüglich der Schaffung von Schwerpunktzentren in der Spitalsversorgung: Wie bereits am Beispiel des Spitalsverbundes Judenburg-Knittelfeld erläutert, wird künftig nicht mehr jedes Spital jede Leistung anbieten. Dafür wird aber die Versorgungsqualität in der jeweiligen Region noch besser werden. Und das eben, weil einzelne Häuser als Teil der regionalen Spitalsverbünde zu medizinischen Kompetenzzentren ausgebaut werden – wie eben in Knittelfeld für Medizin und Neurologie.

Zu Frage 21, wonach die Steiermark bis zum Jahr 2020 5000 neue Fachkräfte braucht: Solche Berechnungen werden natürlich laufend durchgeführt und ich kann Sie beruhigen: Insgesamt verlassen jährlich zirka 600 bestens ausgebildete Fachkräfte aller Fachrichtungen unsere Schulen und Akademien – inklusive des heurigen Jahres bis 2020 hochgerechnet wären das also 9600. Dabei müssen wir natürlich einrechnen, dass die Verweildauer in pflegerischen Berufen kürzer ist als in anderen. Und natürlich auch, dass uns in manchen Spezialgebieten trotzdem die richtig ausgebildeten Menschen fehlen können. Es ist also nicht nur eine Frage der Quantität, sondern auch und vor allem der Qualität. Zu einem solchen Beispiel komme ich bei der übernächsten Frage.

Zu Frage 22 bezüglich der Schaffung neuer Angebote im Bereich der Akutgeriatrie und der Palliativmedizin: Auch hier können wir sagen, dass es im Rahmen der vorher beschriebenen engen finanziellen Rahmenbedingungen für die KAGES in diesen Bereichen gut vorangeht. Die Vorreiterrolle hier kommt dem LKH Rottenmann mit 24 akutgeriatrischen Betten zu, wo bereits Ende der neunziger Jahre eine solche Einrichtung geschaffen wurde, im LKH Hörgas-Enzenbach ist sie mit ebenfalls 24 Betten seit 2002 in Betrieb. Des Weiteren gibt es 25 akutgeriatrische Betten im Geriatrischen Krankenhaus der Stadt Graz. Und wenn ich Ihnen jetzt hier berichte, dass die nächste Station im Herbst dieses Jahres in Vorau mit 23 Betten in Betrieb geht und der Umbau bereits in Gang ist, würde ich Sie halt auch herzlich ersuchen, das nicht wieder zum Anlass zu nehmen, um noch schnell einen diesbezüglichen Antrag nachzureichen. Das passiert dort schon. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur palliativmedizinischen Versorgung ist zu sagen, dass in den Häusern LKH Universitätsklinikum Graz zwölf Betten, im Krankenhaus der Elisabethinen ab April acht Betten – bisher waren es fünf – und im LKH Leoben mit Herbst dieses Jahres eine Station mit acht Betten vorhanden sind. Zudem gibt es ein Netzwerk von Mobilien Palliativdiensten in Graz, Hartberg, Bad Aussee und Fürstenfeld – das wiederum durch Palliativkonsiliardienste ergänzt wird.

Zu den Fragen 23 und 24 bezüglich der Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Steiermark beziehungsweise des entsprechenden Konzeptes: Seit dem Sommer des Vorjahres arbeite in meinem Auftrag eine Experten-Gruppe an der Lösung des Problems der schlechten Versorgung bezüglich Kinder- und Jugendpsychiatrie, da mir bereits kurz nach meinem Amtsantritt das diesbezügliche Problem eindringlich vor Augen stand. Vor zirka vier Wochen folgte dazu die Pressekonferenz des geschätzten Herrn Klubobmannes der ÖVP. Faktum ist, dass die Steiermark, gemessen an internationalen Standards, erst einen Versorgungsgrad von 25 Prozent aufweist – da gibt es Übereinstimmung. Das seit dem Sommer 2003 erarbeitete Konzept sieht vor, dem durch vier Maßnahmen

zu begegnen: Erstens gilt es, ein extramurales Auffangnetz für Kinder und Jugendliche in Krisensituationen aus Fachleuten wie Sozialarbeitern, Psychiatern und Psychologen zu schaffen – wir wissen, dass die Ausbildung eines Psychiaters sechs Jahre dauert –, da nur wenige daran glauben, dass sich Kinder und Jugendliche in Krisensituationen freiwillig und von selbst in eine stationäre Einrichtung, ob sie nun Klinik oder Interventionszentrum heißt, begeben. In dieses ebenfalls neu zu schaffende Kriseninterventionszentrum sollen die Kinder und Jugendlichen dann einfühlsam begleitet werden und, wenn nötig, dann noch einen Schritt weiter in eine stationäre Einheit. Diese wiederum bedarf zur Nachbetreuung natürlich einer ordentlichen Ambulanz – das sind diese vier Module. Aus diesen vier Bausteinen besteht also das geplante System zur Lösung dieses Problems. Die Krux ist allerdings, dass wir zur Zeit weder über die nötigen Dienstposten im extramuralen Bereich noch über die notwendigen Ausbildungsplätze für Kinderpsychiatern verfügen. Ich baue ab jetzt aber ganz fest auf Ihre – ÖVP – Unterstützung für den Personallandesrat und mich, wenn wir das in Angriff nehmen, dieses Problem zu lösen.

Zu Frage 25 bezüglich Hornhautlaserungen, deren Kosten und ob es so bleiben soll, dass diese einzig in der Steiermark auf Krankenschein durchgeführt werden: Ich kann mich noch gut erinnern, als ein Kollege von der ÖVP in der 49. Sitzung des Hohen Landtages in dieser Periode stolz darauf war, dass wir über eines der besten Gesundheitssysteme der Welt verfügen, und ich füge an, dafür pro Kopf wesentlich weniger Geld einsetzen mussten als viele andere Länder mit einer schlechteren Versorgung. Ich jedenfalls finde, dass wir in der Steiermark stolz darauf sein können, dass wir hier eine Vorbildfunktion für ganz Österreich erfüllen, zumal die Bezahlung dieser Operation – es geht um diese Hornhautlaserungen – strengen Kriterien unterliegt. Der jeweilige Patient muss entweder mindestens sechs Dioptrien sphärisch oder zwei Dioptrien astigmatisch aufweisen. Und wir sollten uns schon vor Augen halten, was die Alternative zum jetzigen System ist, nämlich dass diese Behandlungsmethode nur jenen zugänglich ist, die sie sich leisten können. Und das wollen wir sicher nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu Frage 26 bezüglich der Verbesserung der Einnahmensituation der KAGES: Bei dieser Frage darf ich Sie schon daran erinnern, dass es hier aus dem Hohen Haus auch Stimmen gab, die mich anprangern wollten – ich glaube, es können sich noch alle daran erinnern –, als wir in der KAGES im Vorjahr eine Kostenbeteiligung von Patientinnen im Fall einer Wunsch-Section einführten. Eine Kostenbeteiligung für Patientinnen also, wo es keinen medizinisch indizierten Grund für einen Kaiserschnitt gibt, die, wie mir Ärzte berichten, manchmal sogar nur ein astrologisch günstiges Geburtsdatum anstreben. Meine Bemühungen zur Erschließung Ertrag bringender Geschäftsfelder für die KAGES habe ich ja bereits angeführt. Ein weiteres Beispiel für politische Auseinandersetzungen zu diesem Thema ist ja auch die aktuelle Diskussion im Anschluss um die steirische Blutbank, wo es schlussendlich auch darum geht, der KAGES etwas zu entziehen, wo sie positive Deckungsbeiträge erwirtschaftet, um damit das drohende Explodieren anderer Ressortbudgets zu umgehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist ein positiver Beitrag, die Blutbank, zur Verbesserung der Einnahmensituation der KAGES.

Zur Frage 27:

Ja, es ist grundsätzlich richtig, dass die privaten Krankenversicherungen für einzelne Leistungen in den Spitälern der KAGES weniger bezahlen als in anderen Krankenanstalten, das stimmt. Hier wurde jedoch bereits in den vergangenen Jahren ein Aufholprozess in Gang gesetzt und ich freue mich, Ihnen an diesem Beispiel einen Beleg für die Richtigkeit Ihrer Zustimmung zur Bestellung von Ernst Hecke zum KAGES-Vorstand präsentieren zu können. Er war es nämlich, Ernst Hecke war es nämlich, der als Finanzdirektor der KAGES diesen Prozess bisher wesentlich getragen hat, diesen Verbesserungsprozess.

Zur Frage 28, Verlegung der Augenabteilung von Leoben nach Bruck:

Wie bereits am Beispiel der chirurgischen Abteilungen berichtet, sind Entscheidungen über einzelne Abteilungen nur nach Abwägung aller Auswirkungen und auf Basis eines schlüssigen Gesamtkonzeptes zu treffen – keine punktuelle Entscheidung. Und Sie kennen ja bereits meine Überzeugung, dass dies zutiefst politische Entscheidungen sind, denen wir uns alle zusammen nicht entziehen werden können. Aussagen über einzelne Abteilungen sind also derzeit noch nicht möglich und schon gar nicht seriös. Ganz abgesehen davon, dass wir uns dann ja wohl den Vertragsabschluss mit einem Beratungsunternehmen und den gesamten vorangegangenen Prozess sparen hätten können, wenn hier bereits alles beschlussfertig wäre.

Frage 29: openMEDOCS:

Dieses System dient der besseren Vernetzung der Spitäler und Ambulanzen untereinander und zum Wohle der Patienten. Es gewährleistet, dass die Daten eines Patienten aus dem Ennstal auch in der Weststeiermark jederzeit zur Verfügung stehen, wenn ihm dort etwas zustoßen sollte. Da es hier im Extremfall um Menschenleben gehen kann und wird, ist die Frage nach einer Kosten-Nutzen-Rechnung wohl beantwortet, es geht um Menschenleben, zumal der Mitteleinsatz im Projekt vom Rechnungshof ja bereits mehrmals überprüft wurde. Die Ergebnisse der von ihnen angesprochenen Prüfung werden vor dem Sommer vorliegen, eine gemeinsame Beachtung des Systems mit den Gesundheitssprechern aller Fraktionen ist ja für April bereits vereinbart.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 16.59 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Bevor ich zur Wechselrede komme, begrüße ich im Auditorium die Damen und Herren des Roten Kreuzes, an der Spitze den Präsidenten des Roten Kreuzes Steiermark, Herrn Univ.-Prof. Dr. Werner List, herzlichen Gruß!

Weiters begrüße ich die Herren des Landesfeuerwehrkommandos mit dem Landesfeuerwehrkommandanten Franz Hauptmann. (Allgemeiner Beifall.)

Damit eröffne ich die Wechselrede zur Dringlichen Anfrage der ÖVP. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Bacher. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Bacher (17.01 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Geschätzte Regierungsmitglieder! (Landesrat Mag. Erlitz: „Muss ich mitschreiben?“)

Du schwitzt jetzt schon so, ich schone dich ja, du brauchst keine Angst zu haben, Herr Landesrat! Ich schone dich. Aber ich bedanke mich bei der SPÖ-Fraktion für meinen Auftrittsapplaus. Ich bedanke mich sehr herzlich bei euch. (Beifall bei der ÖVP.)

Der war irgendwie unerwartet für mich, Kurt Gennaro! (Abg. Stöhrmann: „Ihr bildet euch auch etwas ein, was vorne und hinten nicht stimmt!“)

Schau, ich weiß, bei euch ist der Blutdruck auf 180, tut euch ein bisschen fangen. Der Herr Landesrat schwitzt fürchterlich (Landesrat Mag. Erlitz: „Ich bin aber kein Schwitzer!“), der Herr Parteivorsitzende hat ihm gratuliert zu dieser blendenden Antwort. Es war hervorragend. Wir haben viel Information bekommen. Ich werde auf ein paar Dinge eingehen. Und ich sage es noch einmal: Es ist ein interessanter Reflex bei euch in der SPÖ. Jedes Mal, wenn wir auf ein Thema kommen, wo ihr zuständig seid, ihr habt ja wenig, aber da seid ihr zuständig, wir helfen euch auch immer wieder. Wir haben dir, Herr Landesrat, sehr geholfen, dass das kommt, was du dir vorgestellt hast bei der neuen Führung der KAGES, aber auch in anderen Bereichen. Ich sage es nur. Ich sage es, weil du immer davon sprichst, dass alles das, was gut ist, ihr macht und für alles, was in dem Land nicht geht, sind wir zuständig. (Landesrat Mag. Erlitz: „Ich habe mich auch bedankt. Ich bin anständig genug, mich zu bedanken!“)

Wir helfen euch ja in dem Zusammenhang immer wieder und wir wollen auch nicht ablenken von der ESTAG-Affäre. Da sitzt ihr so tief drinnen, Herr Landesparteivorsitzender, dass ich sehr vorsichtig sein würde. Uns geht es um die Sache. Uns geht es um die Sache, wie es im Spital, im Gesundheitswesen in der Steiermark weitergeht. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schrittwieser: „Einen Satz, weil du gesagt hast, der Auftrittsapplaus gehört dir. Du schätzt die Zustimmung immer falsch ein!“)

Bitte, Herr Präsident, ich würde nur bitte, dass die Minuten dann bei mir eingerechnet werden. (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Bacher, bitte! Herr Abgeordneter, bitte fortzusetzen!“)

Meine Damen und Herren! Ein paar Dinge möchte ich schon erwähnen, Herr Landesrat, was du in deiner Anfragebeantwortung gesagt hast. Ich glaube, es geht auch um eine generelle Diskussion und nicht immer nur um Schwarz-Weiß, sondern wirklich auch um die Absicherung. Und das ist ja auch unsere Motivation, darüber zu diskutieren und zu reden, wie es mit unserem Gesundheitswesen weitergeht. Und wenn jetzt der Herr Prof. List begrüßt wurde, ein sehr anerkannter Arzt, in einem steirischen LKH. Der weiß auch, wie schwierig es immer wieder ist – war –, neue Herausforderungen im Gesundheitswesen anzunehmen.

Und du hast das Thema Prävention angeschnitten. Der Kurt Gennaro ist hinausgegangen. (Abg. Gennaro: „Da bin ich!“) Ah, bist eh da! Sehr gut! Super!

Ich denke, ich nenne nur eine Zahl, du wirst das bestätigen, weil immer wieder die Prävention ein Thema ist, ich zitiere die Zahl der steirischen Gebietskrankenkasse. Kurt, du kennst sie, Versicherungsleistungen für das Jahr 2002, gesamt 997 Millionen Euro, davon 11 Millionen Euro für die Prävention. Das ist das Faktum, das ist die Tatsache. Leider, sage ich! Und wenn man jetzt die Diskussion anschaut mit der Gebietskrankenkasse, wenn uns da nicht bald etwas einfällt, ist die Kasse hin, bitte, das ist auf Deutsch gesagt. (Landesrat Mag. Erlitz: „Für die Kassen bin ich Gott sei Dank nicht zuständig!“) Und es wundert mich sehr, Herr Landesrat, dass du gesagt hast, die Diskussionen über die Gesundheitsagenturen ist eigentlich eure Idee. Ich bedanke mich für deine Aussage, weil du weißt ja, jetzt geht es darum, dass alle Finanzströme in einen Topf kommen, damit man endlich aus einem Guss finanzieren kann. Ich habe es das letzte Mal bei der Budgetdebatte gesagt. Es ist ja interessant und vielleicht setzen wir uns nach der Diskussion zusammen, weil jeder hat unterschiedliche Zahlen. Auch beim Budget, obwohl es nachlesbar ist. Wir haben insgesamt in der Steiermark für das Gesundheitswesen, und ich bin nicht noch allen Zahlen nachgekommen, zirka 2 Milliarden Euro Budget für das Gesundheitswesen. Wenn ich die Sozialversicherung nehme, wenn ich den Krankenanstaltenfinanzierungsfonds nehme, wenn ich die KAGES dazunehme. Aber jeder sieht nur seinen eigenen Schrebergarten. Die KAGES sieht nur ihr KAGES-Unternehmen, daneben habe ich den externen Bereich, nämlich die Niedergelassenen, daneben habe ich die Rehabilitation, jetzt reden wir von den Rehab-Einrichtungen, von der Nachbetreuung. Wir wissen, dass die Menschen immer älter werden und das ist diese Herausforderung an die neue Gesundheitspolitik. Und wenn du sagst, es war unsere Idee, dann bitte ich dich, auch auf Bundesebene dieser Idee zuzustimmen. Weißt du, was das nämlich heißt? (Beifall bei der ÖVP. – Landesrat Mag. Erlitz: „Kennst du das Projekt? Kennst du das Modell? Ich kenne es nicht!“)

Dass die Sozialversicherung – darf ich das ausführen – dass die Sozialversicherungsbeiträge oder Kassen ihre Beiträge in diesen Fonds einbringen müssen. Das müssen sie nämlich tun. Ein zu eins hinein in den Fonds, das würde bedeuten, dass dies Selbstverwaltungskörper, die eine eigene Republik sind, die eigene Entscheidungen treffen, reingehen müssen in einen Fonds und sich endlich einmal bekennen müssen, gemeinsam das Gesundheitswesen in Österreich und in der Steiermark zu finanzieren.

Das ist die entscheidende Herausforderung. Ich nehme das gerne mit, dass du sagst, es war eure Idee, zu dem stehen wir, jawohl, und ich bedanke mich, dann wird es leichter gehen, das gemeinsam zu finanzieren. (Landesrat Mag. Erlitz: „Kennst du das jetzige Modell? Das ÖVP-Projekt von der Frau Kallat kenne ich nicht!“)

Ich kenne das. Du hast gesagt, es ist eure Idee. Ich habe dich gefragt, wie du zu den Gesundheitsagenturen stehst. Das ist der entscheidende Punkt. Wie stehst du zu diesen Dingen? Ich sage dir noch etwas: Du hast ständig von Betten geredet. Die Zeit ist vorbei. Wir reden heute schon längst von Angebotsplanung, was für Angebote habe ich in den Regionen, in den Spitälern. Es geht nicht mehr primär um die Betten, sondern es geht um das Angebot. (Abg. Stöhrmann: „Der Ausdruck ist nur dreimal gefallen, aber nicht ständig!“)

Hör einmal zu, dann weißt du, von was wir reden, Herr Kollege Stöhrmann. Der entscheidende Punkt ist der, wie gehe ich jetzt mit dieser Angebotsplanung um? Wenn du heute sagst, Bettenauslastung ist ein Faktor, und wenn ich dann in der Zeitung lese, es geht ausschließlich um wirtschaftliche Interessen, ob die Chirurgie in Bad Aussee, in Mürzzuschlag, in Vorau und wo immer erhalten bleibt oder nicht – das war die Aussage deines Unternehmens, der KAGES seit Jahren, schon seit 2000 –, dann frage ich mich, was tust du dazu, damit die Qualitätskriterien auch eingehalten werden, damit diese gewährleistet sind, damit auch der Patient, der eingeliefert wird, höchste Qualität bekommt? Das ist der entscheidende Punkt. Ich weiß, dass das auch für dich nicht sehr angenehm ist – da kommt man leicht zum Schwitzen, Herr Landesrat.

Zweite Geschichte, Rehabilitation: Du hast das Modell Stolzalpe angeschnitten. Die KAGES hat um 29 Millionen Schilling diese Einrichtung umgebaut. Ich wundere mich, weil wir nämlich von Ausweitung, von Einnahmen für die KAGES geredet haben, warum die KAGES das nicht selber betreibt. Warum betreibt sie das nicht selber? Warum tu ich die Gewinne quasi privatisieren und den Sozialbereich tu ich sozialisieren? Warum gehe ich nicht her und biete das den eigenen Ärzten an? Es wird auf zehn Jahre die Miete bezahlt – 2126 Euro werden als Miete pro Monat für zehn Jahre verrechnet. Es wäre möglich gewesen, dass das Unternehmen KAGES es selbst betreibt. Warum betreiben wir diese Einrichtungen nicht selber? Wir haben in einem Gespräch davon geredet, dass das sinnvoll wäre, wenn die KAGES das selber betreibt, weil die Rehabilitation zunehmend an Bedeutung gewinnen wird. Und wir brauchen diese ja nicht permanent auslagern. Wir können Unternehmen, Betriebe schaffen, wo wir selber im Haus auch Einnahmen schaffen können. (Landesrat Mag. Erlitz: „Du sagst, die privaten Anbieter sollen sich schleichen. Wir kooperieren mit den Privaten!“)

Das ist ja wohl das Größte. Ja, ist gut zu kooperieren. Nur, die Frage ist, was wir auf der Einnahmenseite tun können. Ja, ich weiß, dass du das wieder reduzierst. Thema ist aber, dass wir über Einnahmen von der KAGES reden. Wir müssen aber auch darüber reden, wie die Situation aussieht. Oder wie schaut es aus im Klassebereich? Wie schaut es bei den Zuschusskassen aus? Es steht immer wieder in Diskussion – (Landesrat Mag. Erlitz: „Die ÖVP ist für Reverstaatlichung!“)

Lieber Herr Kollege Erlitz, was soll denn das bitte?

Ich habe dich gefragt, warum das die KAGES selber nicht betreibt. (Landesrat Mag. Erlitz: „Sie kooperiert mit privaten Anbietern. Eine Win-Win-Situation!“)

Warum kann man das selber nicht machen? Das können wir selber nicht machen und wir werden das unseren Leuten mitteilen. Nochmals, was ist bei den Zusatzkassen, Klassenverträgen und dergleichen mehr gelaufen? Seit Jahren rückläufig, Herr Kollege Erlitz. Ich weiß nicht, warum das nicht möglich ist, dass wir dort bessere Verträge bekommen.

Es ist nicht möglich, ernstlich darüber zu diskutieren. Ich nehme es aber zur Kenntnis. Ich weiß, dass Sie jahre- und jahrzehntelang, Herr Parteivorsitzender Voves auch, mit drinnen waren. Gerade im Zusammenhang mit den Zuschusskassen hätten Sie mithelfen können, dass wir in der KAGES bessere Verträge erreicht hätten, weil das die einzigen Möglichkeiten sind, wo die KAGES Einnahmen hat. (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Haben Sie den Zustand der Spitäler vor 20 Jahren gekannt? Wenn Sie das verstehen würden, würden Sie vieles nicht fragen!“)

Ja, ich habe den gekannt. Ich hätte mir aber erwartet, dass Sie damals auch mitgeholfen hätten, dass wir bessere Verträge in dem Zusammenhang bekommen. Meine Damen und Herren, es ist schwierig, Diskussionen zu führen, bei denen es darum geht, dass man einfache neue Positionen, neue Wege in der Gestaltung unserer Spitäler in der Gesundheitsversorgung in der Steiermark einschlägt. Es ist schon interessant, dass man dort, wenn man auf den Punkt kommt, dann sagt, wie schaut es aus auf diesem Gebiet und können wir mehr erreichen. Wir haben top ausgestattete Häuser, wir haben Aufholprogramme in unseren Spitälern gemacht, Millionen für Millionen investiert. Ich kann mich an Programme erinnern, wo gesagt wurde, wir müssen den Bereich der Sonderklassen besser ausbauen, wir müssen schauen, dass wir mehr dafür tun. Wir haben aber nicht erreicht, dass wir zumindest diese Tarife in den Spitälern bekommen, die Sanatorien und andere KH sehr wohl erhalten haben. Das ist das Dilemma. Das ist eine Forderung und hier ist auch die Zuständigkeit des damaligen Landesrates oder jetzigen einzufordern, meine Damen und Herren. Es geht auch darum, neue Herausforderungen anzunehmen.

Ich erinnere noch einmal an das berühmte Kriseninterventionszentrum für die psychiatrische Versorgung unserer Kinder. Es war für mich schon ein besonderes Erlebnis bei der letzten Aussprache im Gesundheits-Ausschuss, wo wir darüber diskutiert haben, dass das dringend notwendig ist. Dass wir in der Steiermark eine derartige Versorgung nicht haben. Dass rund 18 Prozent der Jugendlichen in irgendeiner Form leider betroffen sind, dass wir im niedergelassenen Bereich nichts haben, aber es wird nichts unternommen, damit endlich in diesem Bereich dementsprechende Einrichtungen geschaffen werden. Du hast damals in der offenen Diskussion auch zugestanden, nur leider war es so, dass du dann bei dir selber eine Stellungnahme einholen musstest, damit das, was du vorher begutachtet beziehungsweise befürwortet hast, wieder auf die lange Bank geschoben wird. (Präsident: „Ich ersuche die Damen und Herren, die Gespräche seitlich des Raumes einzuschränken, um den Lärmpegel abzusenken. Herr Abgeordneter, ich bitte fortzusetzen!“)

Das sind die Themen, die wir natürlich auch für die Zukunft einfordern. Das Problem ist schon auch dort, Herr Landesrat, dass du gewisse Dinge einfach rasch entscheiden musst, rasch auf den Punkt bringen musst und nicht immer wieder, wie eine tibetanische Gebetsmühle davon redest, dass es kein Geld gibt, dass keine Möglichkeit da ist, das eine oder andere zu installieren. Noch einmal, 2 Milliarden Euro sind in der Steiermark für das Gesundheitswesen zur Verfügung, meine Damen und Herren. Das Landesbudget hat noch nie in seinem Budget so viel Geld für die Gesundheit in der Steiermark zur Verfügung gestellt wie im Jahr 2004. Dafür bedanke ich mich, damit die Aufrechterhaltung überhaupt möglich ist, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gross: „Aber noch nie so viele Leute zu betreuen gehabt!“)

Ich komme noch einmal zurück, vielleicht habe ich das überhört, aber vielleicht kannst du das noch einmal ausführen zu den langen Wartezeiten im Bereich Grauer-Star-Operationen, orthopädische Operationen und kardiologische Versorgung. Was sagst du dazu, dass der Kardiologe in Bruck an der Mur gesagt hat, dass das eine Zumutung ist, dass nur für ein paar Patienten – ich glaube für 10,15 Prozent – dementsprechende Voraussetzungen gegeben sind und für die restlichen müssen Medikamente zur Verfügung gestellt werden? Was ist deine Antwort zur Kardiologie Bruck an der Mur? (Landesrat Mag. Erlitz: „Du weißt genau, dass es eine Lösung gibt!“) Ich bitte dich, das auszuführen, wie es gelöst wird, wie ist die Situation beim grauen Star? Ich habe darüber hier schon einmal berichtet: Ich musste meinen Vater selbst zur Operation schicken. Dann wurde ihm gesagt, dass er mindestens ein halbes Jahr warten muss. Wenn sie eine Zusatzkasse haben, können sie sofort zu mir ins Sanatorium kommen und sie werden zwei Tage später operiert. Wie schaut die Situation in dem Zusammenhang aus? Hat jeder in der Steiermark die gleiche Behandlung?

Dritter Punkt: Wie schaut die Stellungnahme aus – ich möchte das noch einmal ganz klar wissen, Herr Landesrat – mit den chirurgischen Abteilungen in Bad Aussee, Mürzzuschlag, Voitsberg und so weiter. Herr Landesrat, ich möchte dezidiert wissen, wie es mit der chirurgischen Versorgung aussieht, weil ich habe das nicht verstanden. Bleiben diese jetzt aufrecht oder was passiert mit der chirurgischen Versorgung in den Bereichen Bad Aussee, Mürzzuschlag, Fürstenfeld und Voitsberg? (Landesrat Mag. Erlitz: „Habe ich alles gesagt!“)

Ich bitte, das noch einmal zu wiederholen. (Landesrat Mag. Erlitz: „Ich rede eine dreiviertel Stunde. Wenn du nicht zuhörst, ist das dein Problem!“)

Herr Landesrat, ich bitte dich, in dem Zusammenhang auch klar die Dinge auf den Tisch zu legen, nicht immer um den Brei herumreden, sondern auch klar zu antworten, wie es in der chirurgischen Versorgung weitergeht. (Abg. Gross: „Es ist klar geantwortet worden. Wenn du nicht zuhörst, ist das dein Problem!“)

Nein, ich habe es nicht verstanden. Ich bitte noch einmal das mitzuteilen, ob das so ist. Ich habe das nicht verstanden. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 17.18 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lafer.

Abg. Lafer (17.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Vor allem aber sehr verehrte Damen und Herren im Zuschauerraum und auch liebe Mitglieder des Roten Kreuzes!

Wenn man sich diese Debatte jetzt angehört hat, kann man nur mehr den Kopf schütteln. Sie ist einfach nicht auszuhalten. Der Herr Gesundheitslandesrat Erlitz übt sich in der Überschwänglichkeit seines Erfolges und das wird von seiner Fraktion auch noch mit grandiosem Applaus begleitet. (Abg. Gennaro: „Ehre wem Ehre gebührt!“)

Auf die Ehre kommen wir noch zu sprechen, lieber Freund! Auf die Ehre kommen wir noch zu sprechen!

Und der Kollege Bacher gibt hier noch ein Statement ab, was mich sehr wundert und spricht von gegenseitiger Hilfe. Lieber Freund Hans, dies lässt ja doch den Verdacht schon zu, es lebe hoch der schwarz-rote Proporz. Das sind deine Worte gewesen.

Meine Damen und Herren, die Gesundheit ist uns Freiheitlichen zu wichtig, um hier darüber in dieser Art und Weise zu sprechen. (Beifall bei der FPÖ.)

Und es ist für uns auch absolut unverständlich, wenn hier immer nach der Seite ausgeholt wird, um die ESTAG wieder in die Gesundheit mit hineinzubringen. Wir sind hier heute bei der Gesundheitsdebatte. Wir sind hier, weil eine Dringliche Anfrage gestellt worden ist und wir sind auch hier, weil einige Details noch zu klären sind.

Wieso einige Details? Der Herr Landesrat hat gesagt, es sind ihm keine Versäumnisse vorzuwerfen. Es gab eine Anfrage mit 29 Fragen, und sie wurden auch zum Teil erklärt. Bei gewissen Fragen, lieber Herr Landesrat, war ich nicht ganz deiner Meinung. Und zwar wieso? Die KAGES wurde hier als Erfolg von dir verkauft.

Was ist die Geschichte der KAGES? Es gab in diesem Bereich Unzulänglichkeiten, die gelöst werden mussten oder noch gelöst werden müssen, Fehler, die im Management passiert sind, Fehler, die von den ausführenden Organen passiert sind. Es gab keine Zielvorgabe des Landes, unter anderem bis heute noch nicht, und es gab keine Vorgaben, wie sich die KAGES in den nächsten Jahren orientieren muss.

Was war die Lösung? Die Lösung war, dass man versuchte, hier Firmen anzuwerben, die die Managementaufgaben übernehmen sollten und dann im Zuge der Ausschreibung haben sich all diese Firmen verabschiedet, bis ein Bewerber übrig geblieben ist und man nahm von diesem Vorhaben Gott sei Dank Abstand.

Was war die Folge daraus? Meine Damen und Herren! Es wurden Millionen von Schillingen verschleudert zu Lasten der Gesundheit, auf Kosten der Steuerzahler und zu tragen haben wir das alle. Wo macht man sich hier Gedanken, wie in diesem Gesundheitsbereich umgegangen wird? Anschließend – und dieser Weg ist ja auch zu befürworten – die Rückkehr zur Ausschreibung von beiden Geschäftsführern Neu. Und ich hoffe und ich bin auch überzeugt, dass diese Aufgabe von ihnen auch ernsthaft wahrgenommen wird, wenn sie am 1. April dieses Jahres diese Aufgabe übernehmen werden. Was mir aber immer noch fehlt, Herr Landesrat, ist das, wo ist die politische Vorgabe? Wo soll sich die KAGES hinentwickeln, was soll die KAGES in Zukunft tun, wo liegt hier ein Reformpaket vor, wie es in Zukunft ausschauen sollte? Und gerade in Verbindung mit dem, was sich auf der finanziellen Lage hier abspielt. Du selbst hast immer gesagt, es gibt eine Finanzierungsbasis bis zum Jahre 2005, Ende 2005. Was passiert danach?

Kollege Bacher hat erklärt, wie viel Gelder alleine in der Steiermark in den Bereich der Gesundheit fließen. (Landesrat Mag. Erlitz: „Kollege Lafer, bis 2004!“) Moment – bis 2004 mit einer Vorgabe auf 2005. Es gibt auch noch einen zweiten Regierungsbeschluss dazu, der ist dir sicher in Kenntnis.

Kollege Bacher hat gesagt, wie viel finanzielle Mittel aus Steuergeldern in den Bereich der Gesundheit fließen und was damit alles zu bewältigen ist. Wir wissen, meine Damen und Herren, dass Gesundheit teuer ist. Wir wissen aber auch, dass sich im Laufe der Zeit hier Strukturen aufgebaut haben, die es zu bereinigen gibt, die effizienter, wirtschaftlicher und sparsamer zu gestalten sind. Wir wissen aber auch, dass gerade die Gesundheit einen Fortschritt erzielt im Bereich von Wissenschaft und Forschung und aus der daraus folgenden Lehre sind all jene guten Resultate, die gerade hier in der Steiermark erzielt werden, auch entsprechend umzusetzen. Und hier fehlt uns absolut der Ansatz, wie es in Zukunft weitergehen soll. (Beifall bei der FPÖ.)

Lieber Herr Landesrat! Um auch noch bei den Versäumnissen zu bleiben. Wir haben als freiheitlicher Landtagsklub einige Anfragen an dich gestellt, die nicht beantwortet worden sind, schriftliche Anfragen in dieser Form, dass man zu einem Thema Fragen an den zuständigen Landesrat richtet und laut Geschäftsordnung des Landtages auch innerhalb von zwei Monaten beantwortet werden sollten. Ich habe Gott sei Dank in der vorigen Woche das Gespräch mit dir gehabt, wo du mir zugesichert hast, dass die freiheitliche Fraktion die Antworten in der nächsten Zeit bekommen wird. Aber ich darf trotzdem kurz daran erinnern, dass wir bereits im Juli des vorigen Jahres betreffend die KAGES mit all den Dingen, die dort passiert sind inklusive den Abläufen, die Anfrage gestellt haben und bis heute keine Antwort gekommen ist. Ich darf weiters erinnern, Herr Landesrat, dass wir einen Antrag gestellt haben im vorigen Jahr, wo es um die geplante Entlassung aus dem Krankenhaus mit dem dazustehenden Antrag, wo eine Stellungnahme ausständig ist.

Ich darf erinnern, dass wir eine schriftliche Anfrage eingereicht haben betreffend Kinder im Krankenhaus. Ich weiß die Antwort, dass wir das im nächsten Unterausschuss des KALG behandeln werden. Es ist richtig, aber die Zwei-Monats-Frist wurde versäumt. Es geht nur um die Versäumnisse, um diese kurz aufzulisten.

Es geht um die Ausschreibung des Managements der KAGES. Keine Antwort bis heute. Ausständig sieben Monate.

Es geht um die Auslastung der Krankenhäuser, sechs Monate.

Es geht um die Prozessqualität in den Krankenhäusern, auch ausständig geblieben.

Also, nur von guten Erfolgen zu sprechen, Herr Landesrat, ist mir in dieser Angelegenheit zu wenig. Man muss – wenn man schon hier als Regierungsmitglied sitzt und auch in seiner demokratischen Verantwortung – jene Dinge erledigen, die der Hohe Landtag hier beschließt. (Landesrat Mag. Erlitz: „Wird korrigiert!“) Und ich bin überzeugt davon, dass der Hohe Landtag das höchste Gremium ist, wo Sie Rede und Antwort stehen müssen und Rede und Antwort auch abgeben müssen. Ich wage mich jetzt etwas weiter vor, wo ich Ihnen sagen werden, Herr Landesrat, als Gesundheitslandesrat erfüllen Sie Ihre Aufgabe, wir verlangen etwas mehr. Wenn Sie dieser Aufgabe nicht nachkommen, würde es schon bald den Eindruck erwecken, dass Sie ein Ungesundheitslandesrat sind, denn ein Ungesundheitslandesrat deshalb, weil wir in dieser Funktion und für die Steirerinnen und Steirer und für die Patienten der Steiermark einfach mehr erwarten. Wir erwarten mehr, wir erwarten Visionen, wir erwarten eine Vorschau, was die Zukunft dieses Landes betrifft. (Beifall bei der FPÖ.)

Und es wäre auch zu leicht, jetzt zu sagen, man stellt sich hier ans Pult und behauptet, wir brauchen etwas anderes, wir brauchen Visionen, wir brauchen einen Ausblick auf die Zukunft, wenn man nicht selbst auch versucht, hier einen Ansatz zu finden.

Übrigens, weil ich gerade meinen Kollegen Klubobmann Drexler hinten stehen sehe, fällt mir etwas ein: Herr Klubobmann, du hast in der letzten Woche dieses Wort verwendet der Berufspolitiker. Wir brauchen in diesem Lande keine Berufspolitiker, sondern diese Damen und Herren, die hier im Hohen Hause sitzen, sind professionell genug, ihre Arbeit so schnell als möglich zu erledigen. Wir brauchen bitte Mitarbeiter in der Verwaltung, die schriftliche Anfragen in zwei Monaten beantworten können, dann wäre diesem Hause schon geholfen. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber zurück – wir haben uns natürlich auch Gedanken gemacht über Zielsetzung in der Gesundheitsvorsorge und auch über die KAGES. Und das freiheitliche Team in der Steiermark hat hier ein Leitprogramm entwickelt, wo es genau heißt, „Der Mensch ist für uns Maßstab unserer gesundheitspolitischen Zielsetzungen und Maßnahmen.“ Qualität schaffen, Qualität sichern, Qualität erleben, diagnostisch, therapeutisch, pflegerisch.

Meine Damen und Herren, wir beschreiten hier einen Weg, wo wir versuchen, in der Gesundheitspolitik der Steiermark zumindest Ziele und Visionen bekannt zu geben, wie sich das in Zukunft gestalten sollte. Wieso machen wir das? Natürlich kann der Inhalt dieses Papiers diskutiert werden. Natürlich wird man hier auch Gegenargumente finden. Aber wir glauben, dass wir hier für die Zukunft Ziele vorgeben können, die es wert

sind, darüber zu diskutieren und die es auch wert sind, umgesetzt zu werden. Wir haben hier in kurzfristigen, mittelfristigen Anliegen festgehalten, was wir uns vorstellen, wie etwa ein neuer Steiermärkischer Krankenanstaltenplan – auch vom Kollegen Bacher schon kurz angesprochen worden –, da der letzte schon aus dem Jahr 1997 stammt und bis jetzt an die neuesten Fakten, an die neuesten Daten, an die neuesten Zahlen nicht angeglichen worden ist. Hier ist es dringend nötig, sofort tätig zu werden. Wir wissen auch, dass wir uns um das Klinikum Graz kümmern müssen und wir müssen diesen Standort sichern und ausbauen. Wieso? Die Universitätsklinik in Graz mit all ihren Einrichtungen ist die Stütze der Gesundheitspolitik in der Steiermark. Wir brauchen dieses Institut, wir brauchen diese Universität, ansonsten gehen wir einen Schritt rückwärts anstatt eines Schrittes nach vor. Und genau hier ist es auch notwendig, nicht nur in den eigenen Grenzen zu arbeiten, sondern sogar grenzüberschreitend tätig zu werden, das heißt, man kann hier ohne weiteres auch mit benachbarten Bundesländern zusammenarbeiten, um in der Frage der Gesundheit die entsprechenden und sehr guten Ergebnisse erzielen zu können. (Beifall bei der FPÖ.)

Ein weiterer Punkt, der unser Programm betrifft, ist die Sicherstellung der qualitativen Versorgung. Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung und sind auch überzeugt davon, dass jedes Krankenhaus verpflichtet ist, den Patienten die erforderliche und unbedingt notwendige Hilfe und Pflege zukommen zu lassen. Und hier muss auch sichergestellt sein, dass in den regionalen Bereichen jeweils die Krankenhäuser ihre Spezialgebiete zugesprochen bekommen. Was wir noch verlangen dabei ist auch eine Vernetzung der Angebote. Der Patient muss den Überblick haben, welches Angebot er annehmen kann, wo er dieses Angebot findet und wie er dazu kommt.

Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich zurück, wir haben vor zwei Jahren – wenn ich mich nicht ganz irre – einen Antrag eingebracht, wo wir verlangt haben, die Krankenhäuser zu bewerten und in Kategorien einzuteilen. Meine Kollegin Dietrich hat diesen Antrag seinerzeit eingebracht. Wir stehen nach wie vor dazu, dass der Patient von außen erkennen soll, welche Leistungen und welche besonders guten Leistungen unsere Krankenhäuser anbieten und den Patienten wirklich großartige Hilfe anbieten. Es gibt auch mittelfristige Ziele, wie etwa die Erfassung von Ambulanzleistungen oder unter anderem österreichweite Qualitätsstandards, die einzuführen sind, und auch eine Verbesserung in der Vorsorgemedizin. Ich könnte zu diesem Programm jetzt noch eine Stunde diskutieren, aber leider läuft mir die Zeit davon. Ich bin aber überzeugt davon, dass wir gemeinsam über alle Fraktionsgrenzen hinweg über dieses Thema sprechen werden. Ich lade heute schon alle Gesundheitssprecher dazu ein, mit mir dieses Programm zu diskutieren.

Wir haben uns aber auch, meine Damen und Herren, in Bezug auf die KAGES Gedanken gemacht und hier zumindest ein Programm entwickelt, wo wir glauben, dass es für die KAGES in Zukunft enorm wichtig sein wird, und zwar unter dem Kennwort „Pro-KAGES“, ein Papier zur strategischen Weiterentwicklung der steirischen Spitalholding. Wir Freiheitlichen stehen zu dieser KAGES und zu dieser Einrichtung, weil wir davon überzeugt sind, dass die Steiermark in diesem Bereich wirklich bestqualifizierte und hervorragende Mitarbeiter hat. Wir sind überzeugt, dass alle Mitarbeiter – die KAGES ist der größte Dienstgeber des Landes – sich mit allem, was sie besitzen, mit aller Kraft für diese Institution hergeben, sich einarbeiten, sich hingeben, damit in diesem Bereich etwas Positives passieren kann. Wir sind dagegen, wenn man die KAGES in dieser Art und Weise verunsichert, das schlussendlich dann nur zu Lasten der Patienten geht, zu Lasten der Steirerinnen und Steirer und sie dann in der Ungewissheit bleiben, was passiert überhaupt damit. Wir sind auch dafür, dass gerade hier jene Vorschläge, die wir in der nächsten Zeit einbringen werden, ernsthaft diskutiert und überlegt werden, und sollte sich eine Mehrheit finden, auch umgesetzt werden. Meine Damen und Herren, wir Freiheitlichen bleiben beim Thema Gesundheit ernsthaft dabei, wir diskutieren darüber und wir würden uns wünschen, wenn sich auch andere dieser Form anschließen würden. Herzlichen Dank! (Beifall bei der FPÖ. – 17.32 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Klubobmann Abgeordneter Kröpfl. Die Zeitvorgabe von 20 Minuten gilt.

Abg. Kröpfl (17.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Mitglieder des Hohen Hauses, liebe Gäste!

Hans Bacher, ich muss dich leider enttäuschen. Den Applaus, den wir früher gespendet haben, hat einerseits Herr Landesrat Erlitz gegolten und andererseits dem Herrn Landesfeuerwehrkommandanten, der anscheinend deshalb gekommen ist, weil es nach Aussagen des Herrn Landesrates Paierl in der ÖVP brennt. Einen herzlichen Gruß und ich hoffe, dass er diesen Brand bald einmal löschen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Kranker versucht einen Gesunden krankzureden. So hat mir das ein Journalist heute in der Früh gesagt, als er von der Dringlichen Anfrage gehört hat. Dieser Vergleich drängt sich in diesem Fall förmlich auf, wenn man die heutige Dringliche Anfrage der ÖVP an Herrn Gesundheitslandesrat Erlitz zur steirischen Gesundheitspolitik betrachtet. Die steirische ÖVP ist derzeit krank, ich möchte sogar sagen schwer krank. Gesundheitslandesrat Erlitz, lieber Kollege Lafer, ist tatsächlich gesund und zum Glück sehr gesund. Wie wir seinen sachlichen Antworten auf die 29 Fragen entnehmen konnten, fühlt er sich auch sehr wohl in diesem Haus und in seinem Amt. Ich gratuliere recht herzlich dazu. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn die ÖVP jetzt versucht, einen Gesunden krankzureden, dann ist das Ganze nichts anderes als ein neuerliches, nur zu offensichtliches Ablenkungsmanöver. Mit dieser Dringlichen Anfrage soll von den Affären und Problemen rund um die Landeshauptmannpartei abgelenkt werden. Wie ernst es die ÖVP mit ihrer eigenen Dringlichen Anfrage genommen hat, sieht man, dass die Antragsteller nicht einmal mehr genau wissen, wann sie

welche Anträge eingebracht haben. Es ist schon ein bisschen erschütternd, wenn ich mir diese Dinge anschau. Dieses Manöver, sehr geehrte Damen und Herren, ist zu durchsichtig. Ich verweise auch auf diese einzelnen 29 Fragen, die Sie gestellt haben. Wenn Sie diese genau anschauen würden, dann hätten Sie vielleicht ein bisschen mehr Sorgfalt bei der Fragestellung walten lassen müssen, weil das so sehr leicht durchschaubar ist. Meine Kollegin, Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek, die sonst an und für sich die Gesundheitspolitik wirklich sehr ernst nimmt und sich sehr hineinhängt, hat gesagt, ich gebe mich gar nicht dafür her, hier herauszugehen und zu diesem Thema jetzt zu reden, weil dieses Manöver der ÖVP ist einfach zu durchschaubar. Sehr geehrte Damen und Herren, was die steirische Gesundheitspolitik betrifft, hat es anscheinend in der ÖVP in wenigen Monaten einen radikalen Gesinnungswandel gegeben. Lassen Sie mich als Kronzeugen für meine Feststellungen den ÖVP-Gesundheitssprecher Bacher, lieber Hans, vorführen, der sich Anfang Dezember 2003 im Rahmen der Budgetdebatte mit folgenden Worten über die steirische Gesundheitspolitik geäußert hat – heute hast du, und das verstehe ich auch, herausgehen müssen, um das ganze Gesundheitssystem aus gewissen augenscheinlichen Gründen krankzujammern: Du hast damals gesagt, und ich zitiere wörtlich, lieber Hans, Zitat: „Ich setze gleich einmal voraus, wir haben in der Steiermark, in Österreich eines der besten Gesundheitssysteme der Welt.“ Daraufhin hast du Applaus von der ÖVP und von der SPÖ erhalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Ganz kurz weiter im Zitat: „Auf das können wir stolz sein. Ob das der niedergelassene Bereich ist, ob das die Notarztversorgung ist, ob das der stationäre Bereich ist und ich zähle auch den Sozialbereich dazu. Wir können stolz sein auf die Leistungen, die uns gelungen sind im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen.“ – Zitatende, Dezember 2003, verehrte Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich gestehe ganz offen, lieber Kollege Bacher, auch ich hätte das nicht besser formulieren können. Herzlichen Dank für diese Formulierung.

Ich stimme seinen Äußerungen auch wirklich vollinhaltlich zu, aber ich frage mich, warum es dann heute diese Dringliche Anfrage an Gesundheitslandesrat Erlitz gegeben hat. Aus inhaltlichen Gründen kann es ja wohl nicht sein. Denn innerhalb von ein paar Wochen, verehrte Damen und Herren, kann das steirische Gesundheitssystem ja nicht von diesem hohen Level, wie du das gesagt hast, von dieser guten Situation plötzlich ins Tal gefahren worden sein. Da sieht man, wie vordergründig diese Dringliche Anfrage in diesem Fall ist. Und der Grund dieser Dringlichen Anfrage, ich muss es immer wieder wiederholen, weil wir momentan in dieser bewegten Zeit leben, ist eben der, dass die ÖVP, die von einer Krise in die andere stürzt, momentan andere Themen braucht. Aber wenn ihr keine anderen schafft, dann könnt ihr euch ruhig an den Gesundheitslandesrat Erlitz wenden, er wird euch Rede und Antwort stehen.

Und noch ein paar Worte zur Gesundheitspolitik: Das österreichische und damit natürlich auch das steirische Gesundheitssystem ist eines der besten der Welt. Wir rangieren dort auf Platz Nummer neun. (Abg. Bacher: „Jetzt wendest du meine Worte!“)

Nicht nur deine Worte! Das sind internationale Studien, die das ganz klar aussagen und das darf ich, glaube ich, auch zitieren, nicht nur du, oder?

Ja, 71 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind mit unserem Gesundheitssystem sehr zufrieden. Diese Zahlen brauche ich, glaube ich, nicht näher zu kommentieren. Und wenn wir jetzt aber hören, dass dieses hervorragende Gesundheitssystem reformiert werden soll, dann muss man schon ein bisschen Angst davor bekommen. Angst aber auch deshalb, weil immer, wenn die ÖVP – ob es im Bund oder im Land ist – mit einer Reform herauskommt, dann zuckt es mich schon immer wieder zusammen, weil es ist bis jetzt noch nichts Gescheiteres rausgekommen, sondern es sind Grauslichkeiten zum Nachteil unserer Bevölkerung herausgekommen. Und dagegen wehren wir uns einfach. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich kann wirklich nur hoffen, verehrte Damen und Herren, dass die Frau Gesundheitsministerin Rauch-Kal-lat noch möglichst lange an ihrer Ankündigungspolitik festhält und dass ihr nicht das, was sie da vorhat, vielleicht wirklich einmal umgesetzt, weil dann geht es uns so wie bei der Pensionsreform oder bei der Steuerreform. Und ich könnte noch sehr, sehr viele andere Beispiele aufzählen. (Abg. Bacher: „Können wir so weitertun?“) Ja, zum Gesundheitswesen, wenn du zugehört hättest, lieber Kollege Bacher, hat der Gesundheitslandesrat Erlitz sehr, sehr ausführlich alles berichtet, aber es scheinen dir einige andere Dinge in der Zwischenzeit wichtiger gewesen zu sein, deswegen hast du ihm nicht zugehört und musstest hier an dieser Stelle nachfragen. (Abg. Bacher: „Nur nichts verändern!“) Gut, lassen wir das!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber noch ein paar Bemerkungen zur derzeitigen griechischen Tragödie im Hause der ÖVP machen. Da richten sich ein ehemaliger und ein noch aktiver Landesrat der ÖVP medial und damit öffentlich gegenseitig hin. Und Frau Landeshauptmann Klasnic schweigt dazu. Da lähmt dieser Bruderkrieg im Hause ÖVP die Arbeit im ganzen Land und Frau Landeshauptmann Klasnic fällt dazu nicht ein einziges Wort ein. Es ist so schlimm, wie man es sich schlimmer nicht vorstellen kann, verehrte Damen und Herren. (Abg. Mag. Drexler: „Ist das ein Zitat?“)

Wenn du meinst, du kannst herkommen, kannst schauen. Es steht einiges, was ich sage, drinnen. Nicht alles! Du wirst nicht alles finden, aber wenn du willst, du kannst gerne herkommen. (Abg. Mag. Drexler: „Oder liest du deine Rede?“)

Bitte, wie du glaubst, du kannst gerne herkommen, lieber Kollege Drexler. Ich habe da nichts dagegen.

Und wenn man gesehen hat, wie der angeschlagene ESTAG-Landesrat Paiertl gestern vor Journalisten eine Presseerklärung vorgelesen und dann keine einzige Frage, verehrte Damen und Herren, keine einzige Frage zugelassen hat, dann muss man sich schon fragen, wie weit ist es mit dieser ÖVP in Bezug auf Offenheit gekommen? Wie stolz ist man in der ÖVP einst gewesen, eine offene, eine transparente Partei zu sein. Und jetzt verbie-

tet man den Journalistinnen und Journalisten und damit, sehr geehrte Damen und Herren, der Öffentlichkeit, Fragen zu stellen. Aber Landesrat Paierl hat für diese unverständliche Vorgangsweise, die er gestern gewählt hat, ja heute das Medienecho gesehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es hat den Anschein, und einige Journalisten belegen uns das ja auch, dass wichtige Persönlichkeiten in der steirischen ÖVP momentan wirklich sehr krank sind, ja bei manchen könnte man sagen, sie liegen schon darnieder. Daher schätzen wir uns glücklich, dass wir ein so hervorragendes Gesundheitssystem haben, für das unser Gesundheitslandesrat Erlitz sehr, sehr viel beigetragen hat und noch beitragen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich verstehe die Nervosität der ÖVP durchaus. Sie findet im Moment eben nichts bei unseren Ressorts, wo sie einhaken könnte. Heute hat man es versucht mit Herrn Landesrat Erlitz. Ich würde sagen, abgeblitzt auf Grund der Tatsache, wie er diese 29 Fragen souverän inhaltlich vollständig und total offen beantwortet hat. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.42 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Primarius Forenbacher. Der Herr Abgeordnete ist am Wort, sonst habe ich noch keine Wortmeldungen. Meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Forenbacher spricht.

Abg. Dr. Forenbacher (17.43 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident! Verehrte Frau Landeshauptmann! Werte Damen und Herren!

Diese Dringliche Anfrage an den Herrn Gesundheitslandesrat ist kein Anschütten eines Regierungsmitgliedes, wie wir es leider in der letzten Zeit öfter erleben mussten, sondern das ist aus der berechtigten Sorge und aus unserem Verantwortungsbewusstsein um die steirischen Patienten und um die Mitarbeiter in der KAGES, wir haben ja gehört, es ist der größte Betrieb der Steiermark, passiert. Diese Fragen sind gerade jetzt aktuell. Und, Herr Landesrat, Sie haben das ja selber gesagt, es kommt ein neues Management in die KAGES, es stehen uns unerhörte Herausforderungen im Gesundheitsbereich entgegen, der rasante Fortschritt in der Medizin, die demografische Entwicklung. Alles das bedeutet, dass wir uns sehr ins Zeug legen müssen.

Und ich habe mir Ihre Reden der letzten Jahre – Sie waren auch einmal Generalredner beim Budget – sehr genau angeschaut. Sie haben so wie auch ich der Prävention eine hohe Wertstellung zugemessen. Wir alle wissen, dass die Prävention am Beginn keine Einsparung im Gesundheitswesen bringen wird, aber wohl eine Qualitätsverbesserung der Menschen, die nicht messbar ist. Und gerade in diesem Bereich müssen wir tätig werden. Sie haben immer wieder – und ich stehe nicht an, auch ich immer wieder – der Prävention das Wort geredet. Sie zum Teil, ich habe mir das angeschaut, in folgenden Jahren mit den gleichen Worten. (Abg. Gross: „Wenn der Inhalt gut ist, ist das erlaubt!“) Ich zitiere: „Jeder neu investierte Euro in die kurative Medizin bringt nur mehr einen begrenzten Zuwachs an Gesundheit!“ Zitat Ende. Diesen Satz habe ich mir sehr gut gemerkt. Wir müssen in der Prävention tätig werden und da fehlen mir noch die Markierungen. Es ist jetzt Zeit, dass die Weichen gestellt werden und wenn die Weichen richtig gestellt werden, kann ich Ihnen versichern, dass wir auf Ihrer Seite sind. Ich darf nur – die Zeit ist schon sehr fortgeschritten – ein paar kurze Punkte erwähnen. Ich habe den Beschluss der Landesregierung bezüglich Gesundheitsbericht hier, der letzte stammt aus dem Jahr 2000. (Landesrat Mag. Erlitz: „Vorgelegt 2002!“) Nein, 2000 war der letzte Bericht und alle drei Jahre soll er aufliegen, also es wäre fällig, dass der nächste Bericht kommt. Bei der Einnahmensteigerung, und da darf ich Sie bitten, vielleicht sich konsiliar wieder an den Herrn Landeshauptmann Voves zu wenden, im Jahr 2004 ist die Einnahmensteigerung für die KAGES 1,74 Prozent bei den Anstaltsgebühren. Das ist ein Betrag, der möglicherweise unter der Inflationsrate liegen wird. Also haben wir da sicher einen großen Aufholbedarf, wenn ich nur daran denke, dass diese Privatkrankenkassen, und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves wird das genau wissen, in anderen Bundesländern und auch in den Sanatorien zum Teil ein Vielfaches der steirischen Tarife zahlen.

Ich glaube, mit diesen Beträgen, die unter der Inflationsrate liegen, werden wir dort den Anschluss nicht finden. Ein Thema, das mir auch am Herzen liegt: Ich bin Mitglied des Kontrollausschusses und wir haben in den letzten Jahren öfter die Auslastungen von Krankenhäusern abgehandelt. In den operativen Abteilungen war die Auslastung zum Teil nur mehr 50 Prozent. Das liegt aber nicht an der Qualität der Ärzte, sondern einfach an der Entwicklung der Medizin und auch der Demografie. Die niedrige Auslastung führt zu freien Spitalsbetten und freie Spitalsbetten führen nur zu noch mehr Kosten verursachenden Operationen. „Dass dadurch Patienten und Budgets unnötig belastet werden, zeigten Schweizer Gesundheitskassen auf. Drei von zehn Operationen erweisen sich als vermeidbar.“ – Zitat Erlitz, Budgetredner. Ich stehe dazu. Das ist ja dem Wesen nach völlig korrekt. Dort sind sicher Ressourcen, die man in Zukunft nutzen wird können. Wir haben ja gehört, was wir in Zukunft alles brauchen – ich will das jetzt nicht wiederholen. Meine Damen und Herren! Ich bin seit fast 40 Jahren in den steirischen Krankenanstalten an den verschiedensten Orten und in verschiedensten Funktionen tätig und ich sage dazu, ich war es auch als Patient und ich kenne die hohe Qualifikation unserer Spitäler. „Ich möchte aber, dass diese hohe Qualitätsanforderung auch in Zukunft bleibt und ich glaube, durch Kooperation werden wir das eher erreichen als durch Konfrontation.“ – Auch ein Zitat Erlitz. (Beifall bei der ÖVP. – 17.49 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Mag. Lackner.

Abg. Mag. Lackner (17.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Zu dieser Dringlichen Anfrage, die wir zurzeit behandeln, gibt es auch einen Entschließungsantrag der ÖVP, in dem es um das Kriseninterventionszentrum für Kinder und Jugendliche geht. Inhaltlich möchte ich gar nicht mehr ausführen als schon drinnen steht. Wir haben nur versucht, im Laufe des heutigen Tages noch eine Einigung zu erzielen, was die Zuständigkeiten für diese Sache betrifft. Wir sind der Meinung, dass es nicht reicht, in der Sache einig zu sein, dass es darum geht, zusätzlich zum Bekenntnis des Landesrates, dieses Kriseninterventionszentrum zu ermöglichen und die nötigen Schritte einzuleiten, dass es auch andere Schritte noch braucht, nämlich die der Personal- und die der Finanzressourcen. Wir hatten die Aussprache zu diesem Thema im letzten Gesundheits-Ausschuss. Ich erinnere mich mit gemischten Gefühlen daran, weil diese Aussprache überwiegend den Charakter eines Verhörs gehabt hat – Sie werden sich alle selbst daran erinnern können. Umsetzung braucht Zuständigkeiten. Deswegen bringen die Grünen und die Sozialdemokratische Partei einen gemeinsamen Entschließungsantrag zum Gesamtkonzept für Kinder- und Jugendpsychiatrie, speziell was das Kriseninterventionszentrum betrifft, ein. Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend die Umsetzung des Gesamtkonzeptes für Kinder- und Jugendpsychiatrie unter besonderer Berücksichtigung des Kriseninterventionszentrums zu ermöglichen. Die notwendigen Ressourcen sind durch das Finanz- und Personalressort in Kooperation mit dem Gesundheitsressort zur Verfügung zu stellen. Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.51 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hamedl.

Abg. Hamedl (17.52 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, vor allem sehr geehrte Damen und Herren des Roten Kreuzes und der Feuerwehr!

Ich freue mich, dass Sie hier sind, weil Sie einen wesentlichen Teil zur Gesundheit beitragen. Herzlichen Dank dafür. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Landesrat Erlitz, ich möchte zu diesem Bereich ein paar Dinge dazusagen. Du hast gesagt, wir lenken durch unsere Anfrage ab. Wir brauchen keine Ablenkung und wir brauchen keine Verschnaufpause, denn wir sind stark genug, die Fehler der SPÖ in der ESTAG aufzuzeigen. Da können Sie ganz sicher sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Klubobmann Kröpfl, der jetzt nicht da ist: Er hat gesagt, es ist gut, dass der Landesfeuerwehrkommandant da ist, weil es bei der ÖVP brennt. Bei Ihnen braucht die Feuerwehr gar nicht mehr zu kommen, weil ihr vor vielen Jahren schon abgebrannt seid. Das ist die Tatsache und so schaut es aus.

Meine Damen und Herren, wenn man die Beantwortung der Fragen des Herrn Landesrates gehört hat, dann könnte man meinen, es ist in der Gesundheitspolitik eigentlich alles paletti, alles super. Ich bringe jetzt auch einige Auszüge aus der Budgetdebatte des vorigen Jahres. Da wurde von der SPÖ hervorgehoben, wie erfolgreich der Landesrat bei den Verhandlungen war: Das Budget konnte erhöht werden und es trägt deutlich die rote Handschrift. Kollege Bacher hat bereits ausgeführt, dass insgesamt mehr als 2 Milliarden Euro ausgegeben werden, von KAGES über Land, Bund und Sozialversicherungen. Es stimmt auch, Herr Landesrat, in vielen Bereichen ist das Gesundheitswesen – und das hat Kollege Bacher beim Budget auch schon gesagt – wirklich hervorragend und es funktioniert vieles sehr gut. Wenn es dann aber um die Umsetzung geht, dann sagt man plötzlich, wir haben kein Geld. Wir brauchen das Geld, wir brauchen diese Posten dazu, aber diese bekommen wir von den ÖVP nicht. Ich glaube, diese Leier kennen wir schon und diese können die Leute draußen nicht mehr hören und wir selber auch nicht mehr. Ich glaube, es gibt in vielen Bereichen eine nicht mehr tolerierbare und eklatante Unterversorgung und diese schiebt man einfach zur Seite.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist der Teil der psychiatrischen Versorgung, wo es um Menschen geht, die psychisch krank sind, die keine große Lobby in unserer Gesellschaft haben und wo es in der heutigen Zeit noch so ist, dass das ein Tabuthema ist, wo man versucht wegzuschauen. Sie kennen die Zahlen. Wir haben mehr als 260.000 Steirer, die psychisch krank sind. Wir haben mehr als 300 Selbstmorde allein in der Steiermark und wir sind österreichweit Spitze und übertreffen mit Ausnahme von Finnland alle EU-Länder. Ich glaube, da müssten wir etwas tun und es wurde auch etwas getan, und zwar von unserer Frau Landeshauptmann. Schon vor einem Jahr wurde ein Präventionsprojekt gestartet zur Hilfe für Menschen in Krisensituationen und zur Vermeidung von Selbsttötungen. Beschlossen wurde es am 6. Dezember 2002. Das Konzept stammt von Frau Dr. Grasser und Herrn Dr. Zapotoczky und im Einvernehmen mit dem Gesundheitsressort wird es umgesetzt. Ich danke dafür allen Beteiligten, besonders aber dir, Frau Landeshauptmann, weil du die Initiative dazu gesetzt hast. Herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP.)

Misstände haben wir vor allem auch bei der Versorgung unserer psychisch kranken Kinder und Jugendlichen. Und da kann man jetzt reden wie man will, Herr Landesrat, dass man sagt, wir haben das ohnehin schon vorgehabt, es wird gemacht oder auch nicht. Tatsache ist, dass es hier eine Konzeptlosigkeit und Untätigkeit gibt. Kann es sein, dass hier der rote Faden, der sich angeblich beim Budget immer durchzieht, gerissen ist oder ist vielleicht die Farbe für diese roten Markierungen ausgegangen? Das würde ich gerne wissen. Im Patientenombudsbericht von 2002 wird die Steiermark in diesem Bereich als unterversorgt bezeichnet, sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich. Ich glaube, hier werden unsere Kinder und Jugendlichen mit ihren Problemen allein gelassen. Wir müssten hierbei Möglichkeiten schaffen und sie wirklich unterstützen. Diese Möglichkeiten gibt es in anderen Bundesländern schon.

Die Krisenzentren sind ja keine Neuerfindung, nur, wir sollten sie endlich auch bei uns einsetzen. Und diese Ausreden, die dann immer wieder von Ihnen kommen, ja, wir kriegen die Mittel nicht, was ich schon gesagt habe, wir würden ja aber auch. Gehen wir doch davon ab, Herr Landesrat, und machen wir eine gute Politik, wo es wirklich jenen Menschen zu Hilfe kommt, die es ganz, ganz notwendig brauchen.

Die Frau Primaria Purtscher war ja im Ausschuss. Sie hat das selbst gezeigt, wie eklatant die Situation in der Kinderstation im LSF ist. Wir haben 27 Betten dort, meine Damen und Herren, 27. Systemisiert ist es mit 41 Betten, wir würden noch mehr brauchen. Aber ich würde schon einmal bitten, dass man nur diese 41 einmal wieder installiert. Vor eineinhalb Jahren hat man auch noch die zwölf Betten draußen im LKH geschlossen. Was ist geschehen? Nichts! Wir haben nur einen Ausbildungsplatz für einen Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Und im niedergelassenen Bereich haben wir überhaupt keinen solchen Arzt. Da frage ich Sie, wo ist da die Verantwortung des zuständigen Gesundheitslandesrates? Der Anstieg der Patienten in der Kinderstation war im heurigen Jahr um mehr als 22 Prozent. Und ich habe heute in der Früh telefoniert, meine Damen und Herren, im geschlossenen Bereich ist Platz für fünf Betten. In diesem Bereich ist auch ein Aufenthaltsraum inkludiert. Tatsächlich sind 15 Kinder und Jugendliche in diesem geschlossenen Bereich. Und wenn Sie wissen, dass der Platzanspruch für solche Leute noch um einiges größer ist als bei anderen Patienten, dann sieht man, was da unterlassen worden ist. Und es ist ja nicht erst seit heute, das ist seit Jahren schon so.

Und, Herr Landesrat, wenn du dann fertig gelesen hast – Herr Landesrat, wenn du dann fertig gelesen hast, würde ich gerne dich persönlich fragen, du stellst immer in der Presse das Konzept vor. Es gibt ein Konzept, hast du gesagt, das steht in der Presse wörtlich drinnen, in dieser Kinder- und Jugendpsychiatrie. Wie schaut dieses Konzept aus? Darin steht ja sicher, welche Rahmenbedingungen du der KAGES gegeben hast, auf dringenden Aufholbedarf, wie viele Betten dort vorgesehen sind, wann das Kriseninterventionszentrum installiert wird. Und im letzten Ausschuss haben wir schon über dieses Kriseninterventionszentrum geredet. Wir haben zwei Anträge eingebracht überhaupt über die gesamte Kinder- und Jugendpsychiatrie, über die Situation. Wer hat dagegegentstimmt? Die SPÖ hat eine Stellungnahme verlangt und dadurch wieder das hinausgezögert. Es wäre möglich gewesen, das vorher umzusetzen. Und ich hätte schon gerne, Herr Landesrat, dass endlich gehandelt wird, statt Ankündigungen, es passiert etwas von angeblich eigenen – sage ich auch – Projekten, die in Wahrheit von uns eingebracht worden sind. Und ich bitte nachzulesen, du hast gesagt, Kriseninterventionszentrum. Seit zwei Jahren bin ich mit der Frau Primaria Purtscher in Kontakt, um das zu erstellen. Ich frage, wo gibt es dieses Konzept von euch? Ich sage Drogensubstitution, vor zweieinhalb Jahren im Landtag eingebracht, nachzulesen, nicht dann sagen, das haben wir eingebracht. Ich glaube, da muss man ganz, ganz vorsichtig sein. Ich unterstelle dir nichts. Wir arbeiten in vielen Bereichen gut zusammen, aber ich bitte dich, nicht hinauszugehen und zu sagen, wir sind jetzt froh, wenn die ÖVP endlich auch unsere Vorschläge annimmt. Umgekehrt ist es, wir bringen die Vorschläge und wir sind froh, wenn du sie umsetzt und wir unterstützen dich gerne dabei. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, meine Damen und Herren, jene Menschen, die ihr seelisches Gleichgewicht verlieren, die im Leben nicht mehr zurechtkommen und die auch dann als letzten Ausweg nur mehr den Selbstmord sehen – und Sie wissen, ich habe das in meinen persönlichen Erfahrungen bei Verhandlungen mit Erwachsenen und Jugendlichen mehr als 60-mal erlebt, wenn Menschen am Rande eines Hochhauses stehen oder am Rande ihres Todes, soll ich weiterleben oder nicht – und ich glaube, gerade die Jugendlichen, für die müssen wir andere Möglichkeiten schaffen als diese, nur wenn sie eine soziale Krise haben, in das LSF einzuweisen. Die sind unglücklich verliebt, haben Schulprobleme, wie es immer wieder vorkommt. Wir kennen die Selbstmorde in Admont und in vielen anderen Schulen. Und da wäre dieses Kriseninterventionszentrum ganz, ganz wichtig. Wir könnten diese Menschen, diese Jugendlichen dort hinbringen. Das muss ein Zentrum sein, das 24 Stunden rund um die Uhr erreichbar ist, es muss ein Zentrum sein, wo es ein multiprofessionelles Team gibt, es muss ein Zentrum sein, wo es einige Betten gibt und es muss ein Zentrum sein, wo maximal zehn Tage Aufenthaltsdauer ist. Dann muss man die jungen Menschen wieder entlassen und sie mobil betreuen. Und wir könnten eigentlich relativ rasch mit der Umsetzung dieses Kriseninterventionszentrums beginnen. Die Räumlichkeiten haben wir schon. Und in der ersten Ausbaustufe – Herr Landesrat, wäre es vielleicht auch möglich, Herr Landesrat, darf ich bitten, dass du kurz zuhörst? Herr Landesrat, ich rede gerade von diesem Kriseninterventionszentrum und ich glaube, in der ersten Ausbaustufe – wir haben ja schon Räumlichkeiten – in der ersten Ausbaustufe wäre es vielleicht möglich, gar nicht zuerst stationäre Betten dort einzurichten, sondern – warte ein bisschen, lass mich ausreden – nicht mit Betten, das könnte die zweite Ausbaustufe sein. Die erste Ausbaustufe könnte sein einmal einen ambulanten Bereich zu machen, wo die Jugendlichen hingehen können in fachlicher Aufsicht mit der Kinderstation des LSF und die zweite Ausbaustufe könnte dann sein, Kinder- und Jugendfacharzt dort, weil es muss ein Facharzt sein, der weiter betreut mit diesem multiprofessionellen Team. Aber ich glaube, zurzeit haben wir einfach unzureichende Behandlungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, die in einer Krise sind. Und jeder von euch kennt vermutlich jemanden, der in einer solchen Krise ist. Und tun wir für unsere Kinder und Jugendlichen etwas.

Und daher bringe ich folgenden Entschließungsantrag der Abgeordneten Hamedl und Bacher, betreffend Einrichtung eines Kriseninterventionszentrums für Kinder und Jugendliche, ein.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend die Umsetzung des Kriseninterventionszentrums für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen und zu diesem Zweck erstens mit der KAGES in Verhandlung zu treten, zweitens die Schaffung zweier neuer Facharztstellen für Kinder- und Jugendpsychiatrie am LSF zu ermöglichen sowie drittens zwei weitere Ausbildungsplätze für Fachärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie zu schaffen.

Zum Antrag der SPÖ: Wir werden Ihrem Entschließungsantrag nicht zustimmen, weil wir da einen haben. Sie brauchen nicht wieder abschreiben. Sie können mit uns mitstimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 18.04 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Drexler. Herr Klubobmann, bitte.

Abg. Mag. Drexler (18.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrte Frau Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist schon interessant, was hier vorfällt. Denn in den letzten Monaten – und es ist im Zuge dieser Debatte bereits gesagt worden – hat es eine Reihe von Dringlichen Anfragen gegeben, deren inhaltliche Tiefe mit einer Regenpfütze Konkurrenz aufnehmen hat können. Es hat Dringliche Anfragen gegeben, die von den Antragstellerinnen und -stellern selbst bedauert worden sind, weil sie plötzlich in wichtige Debatten hineingekommen sind aus der normalen Tagesordnung und man hat dann das mehr oder weniger bedauert. Haben wir alles erlebt in den letzten Wochen. Und insofern erachte ich es für einen ziemlichen Skandal, dass die Dringliche Anfrage der ÖVP heute zur Strategie in der Gesundheitspolitik in der Steiermark, und das ist beileibe ein wichtiges Thema, als Ablenkungsmanöver dargestellt wird. (Abg. Wiedner: „Ist es ja auch!“) Nein, lieber Kollege Wiedner, Ablenkung, was heißt denn das? Wenn man der Meinung ist, dass wir mit einer Dringlichen Anfrage, die wir vergangenen Donnerstag eingebracht haben im Unterschied zu den Blutbankanfragen, die jetzt im Anschluss kommen, die gestern eingebracht worden sind. Wenn wir vergangenen Donnerstag schon von irgendetwas ablenken hätten wollen, dann waren wir relativ prophetisch unterwegs. Danke, dass Sie uns diese zukunftsweisende Sichtweise zutrauen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Wahrheit ist, wer diese Anfrage als Ablenkung bezeichnet, will ablenken, und zwar davon, dass in der Gesundheitspolitik im letzten Jahr gelegentlich was weitergegangen ist (Landesrat Mag. Erlitz: „Immerhin!“), aber nicht viel weitergegangen ist. Und wenn man sich die inhaltliche Kompetenz der Debattenbeiträge ansieht, wenn man sich ansieht, mit welcher Ernsthaftigkeit sich ein Primarius Forenbacher, sich ein Edi Hamedl und andere an der Debatte beteiligen, dann ist es eine Frechheit, wenn man hergeht und sagt, das ist ein reines Ablenkungsmanöver. (Abg. Kröpfl: „Herr Präsident, das Wort Frechheit muss der Abgeordnete nicht in den Mund nehmen. Frechheit weise ich entschieden zurück!“ – Landesrat Mag. Erlitz: „Pausenkasperl!“)

Nein, lieber Landesrat Wolfgang Erlitz, wir machen dich nicht zum Pausenkasperl, wir nicht. Wenn aber deine eigene Fraktion die Beantwortung der Dringlichen Anfrage so wertet, dann ist das nicht unsere Sorge. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn wir heute hören, wir würden ablenken, weil die ÖVP von einer Krise in die andere wankt, dann wünsche ich mir das nicht bei einer inhaltlichen Debatte von dieser Bedeutung. Man kann uns alles vorwerfen: Schreibt Presseaussendungen, lasst irgendwelche Leute ausrücken, erklärt uns dies und jenes, alles ist erlaubt und alles ist gerne gesehen im politischen Diskurs, aber nicht, wenn wir die Zukunft der Gesundheitspolitik, wenn wir die Strategie unseres Spitalsbereiches, wenn wir die Zukunft unserer Gesundheitsversorgung zum Thema machen, dann bitte nicht. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe mir ein paar Dinge aufgeschrieben, die ich jetzt nicht sage, weil ich das selber nicht konterkarieren will. Wenn man aber der Meinung ist, dass wir von einer Krise in die andere wanken, dann würde ich – Frau Kollegin Gross schaut mich gerade groß an (Abg. Gross: „Steht mir zu!“) – meinen, dass die Krise in der steirischen Sozialdemokratie, gerade wenn man sich die Anfragebeantwortung von Landesrat Erlitz heute vor Augen führt, dann muss ich sagen, wenn es wo Krisen gibt, dann erinnere ich mich, dass es anlässlich deiner Bestellung schon eine Krise gegeben hat in der steirischen SPÖ, aber nicht bei uns. (Beifall bei der ÖVP.)

Wären wir einzig und allein auf Ablenkungsmanöver aus gewesen, wären wir einzig und allein auf billige Polemik aus gewesen, ich frage euch das, warum haben wir dann das Thema nicht gleich zu einer Dringlichen Anfrage genützt? Wir haben versucht, mit dem äußerst seltenen parlamentarischen Mittel einer Aussprache zu aktuellem Anlass im nicht öffentlichen Gesundheitsausschuss zuerst die Probleme zu diskutieren. Erst dann, als es keine ausreichenden Antworten gegeben hat, stellten wir heute die Dringliche Anfrage. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich kann euch die Antwort geben, weil es um das Thema gegangen ist. Die Debattenbeiträge dieser Diskussion haben das klar gezeigt. Jetzt sage ich noch etwas: Wenn hier manche Gruppen in diesem Haus glauben, dass jetzt jedes andere politische Thema als die Debatte um die Energie Steiermark verboten ist, nicht erlaubt ist, jedes andere Thema sofort eine Ablenkung ist, dann kann ich euch nur eines sagen. Die Kapazität dieses Landtagsklubs der steirischen Volkspartei, die Kapazität der steirischen Volkspartei insgesamt und vor allem die Kapazität unserer Frau Landeshauptmann reicht dazu aus, mehr als ein Thema gleichzeitig zu behandeln. (Beifall bei der ÖVP.)

Falls es irgendjemandem entgangen ist, es gibt drängendere und dringendere Zukunftsfragen für dieses Land. Und wir lassen uns sicher nicht die Debatte und die Diskussion über irgendein Thema verbieten und uns permanent mit diesem Ablenkungswacheln und mit diesem Ablenkungsgespenst ins Boxhorn jagen, mit Sicherheit nicht. Wesentliche Themen und wesentliche Fragen gehören diskutiert. Wenn man sich die Beantwortung der heute vorliegenden Anfrage ansieht, dann sieht man, dass zwar über eine Stunde beinahe gesprochen worden ist, aber dass, und da bin ich Franz Lafer dankbar, eine Reihe von Fragen offen geblieben sind in dieser Anfragebeantwortung. Wenn ich mich erinnere, dass die Frage eins einzig und allein in einem ORF-Missverständnis begründet worden ist, wenn ich über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates – und da ist ein Zusam-

menhang, der einzige gegeben – mit einem schlichten Ja geeignet beantworte, dann sehe ich, dass man sich nicht ausreichende Gedanken möglicherweise gemacht hat. Das scheint leider, neben der sympathischen Art und manch gutem Beitrag im letzten Jahr, halt auch das Wesen unseres Gesundheitsreferenten zu sein, und auf das möchte ich abschließend noch einmal eingehen, ob jetzt unser Antrag im Jänner oder im September davor gestellt worden ist: Wolfgang, das ist ja kein Thema. September ist noch viel schlimmer als Jänner, weil es dann fünf Monate früher war. Wenn wir uns aber diese Chronologie ansehen, Entschließungsantrag, im Landtag beschlossen 21. Jänner, von den Abgeordneten Hamedl, Dr. Forenbacher, Bacher, ORF-Zitat Gesundheitslandesrat wenige Tage darauf, Antrag Abgeordneter Hamedl, Lafer, Dr. Forenbacher, Gödl 30. September 2003, 17. März in der „Kronenzeitung“ die Verkündigung der Initiative des Gesundheitslandesrates, Antrag der Abgeordneten Lafer, Zierler, List, betreffend Aufwertung der Gesundheitsvorsorge an Schulen, 20. Jänner, darauf folgt wie auf den Fuß am 28. Jänner die Initiative Erlitz. Das ist erlaubt und auch gut so. Guten Ideen, die kommen, soll man sich anschließen. Man soll aber bitte nicht so tun, als hätte man die gesundheitspolitische Weisheit mit dem Löffel gefressen. (Beifall bei der ÖVP.)

Nein, das soll man tatsächlich nicht tun, sondern, so wie insgesamt im Urheberrecht oder wenn man ein Konzert macht, man muss AKM-Beiträge zahlen, so laden wir die SPÖ ein, die AKM-Beiträge für die gesundheitspolitischen Vorschläge von FPÖ und ÖVP zu zahlen, und zwar relativ bald, weil dann könnte nämlich etwas weitergehen in dem Land. Nicht ablenken lassen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.14 Uhr.)

Präsident: Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Einrichtung eines Kriseninterventionszentrums für Kinder und Jugendliche, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und der Grünen, betreffend Umsetzung des Gesamtkonzeptes für Kinder- und Jugendpsychiatrie, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die Minderheit.

Nun kommen wir zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der FPÖ an Herrn Landesrat Wolfgang Erlitz, betreffend Blutbank.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Franz Lafer das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

Abg. Lafer (18.16 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, geschätzte Zuhörer, vor allem liebe Mitglieder des Roten Kreuzes!

Auf Grund der Aktualität, wie wir es in den letzten Tagen den Medien entnehmen konnten, gab es dazu einen Anlass, heute dieses Haus auch dahin gehend zu befragen beziehungsweise den zuständigen Landesrat für Gesundheitsfragen, was seine politische Meinung zum Thema „Blutbank“ ist. Es gibt eine Dringliche Anfrage der Abgeordneten Lafer, Dietrich, Wiedner und List, die sich mit diesem Thema befasst. Meine Damen und Herren, Ursache des Ganzen ist, dass eine Betriebsstättengenehmigung, die die Blutbank in der KAGES betrifft, Ende des Jahres 2005 ausläuft. Das heißt, die Universitätsklinik ist verpflichtet Schritte zu unternehmen und in geeigneter Form darauf zu reagieren, wie dieser Bereich weiter betrieben werden kann. Faktum ist, dass das Rote Kreuz Österreich einen Antrag bei der Bundesregierung beziehungsweise beim zuständigen Ministerium gestellt hat, um diese Blutbank auch zu betreiben.

Ich sage Ihnen alles, was in der Vergangenheit passiert ist. Alles, was wir gehört haben, dem stimmen wir nicht zu, denn das Projekt der Errichtung einer neuen Blutbank ist für die Steiermark viel zu wichtig, als dass es missbraucht werden kann. Wenn wir also die Fakten aufzählen, was sich in der Vergangenheit gerade in diesem Bereich getan hat, dann müssen wir es fair und objektiv betrachten. Fair auch gegenüber der KAGES, fair auch gegenüber der Blutbank, wie damals diese Umstände waren, als dort die Blutbank eingerichtet worden ist und die ersten Rechnungshofberichte vorgelegen sind. Versäumnisse über Versäumnisse gab es im Rechnungshofbericht 1994, wo man sprach von Qualitätsmängeln, Logistikkängeln, Hygienemängeln, Organisationsmängeln und, und, und. Und wo es dazu, heute noch nachzulesen, ein genaues Protokoll gibt, was alles nicht vorhanden war beziehungsweise was alles nicht geschehen war. Und, meine Damen und Herren, die Blutbank der KAGES hat sich bemüht, all diese Fehlstände, all diese Missstände, die dort vorhanden waren, dahin gehend abzuändern, damit dieses Haus sogar im Jahre 2001 ISO-zertifiziert werden konnte. Sie sehen, die Anstrengungen haben sich gelohnt, dass dieses Haus auch in seinem jetzigen Bestand ein hervorragendes und ein herzeigbares Haus ist.

Faktum zwei: Das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Steiermark, kam Anfang 2001 in Bedrängnis, als gewisse Missstände aufgetaucht sind, über die wir auch hier in unserem Haus lange, lange diskutiert haben. Ich möchte hier nicht näher auf die Fehler eingehen, die da passiert sind. Es folgte zumindest auf Grund vorhandener gravierender Missstände die Ablöse des alten Präsidiums beziehungsweise des alten Vorstandes und es kam zur Neubesetzung dieser Institution. Diese heute amtierende versucht natürlich – und das legitim und mit Recht – alles zu unternehmen, das Rote Kreuz in der Öffentlichkeit auch als jene Institution dastehen zu lassen,

die der Bevölkerung gegenüber verpflichtet ist, die hilft und die erste Hilfe leistet. Und das, meine Damen und Herren, ist auch gut so. Ich bin überzeugt davon, dass das Rote Kreuz in zwei Gruppen zu unterteilen ist. Die eine Gruppe, die auf der Basis tätig ist, die aus ehrenamtlichen Mitarbeitern besteht, die sich Tag und Nacht um die Bevölkerung ihres Bereiches kümmern und die Tag und Nacht dafür da sind, um die so genannte erste Hilfe zu leisten. Jenen Damen und Herren, die sich für diesen Dienst hergeben, soll in erster Linie der größte Dank ausgesprochen werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Sie sind die Pioniere, sie sind die Arbeitstiere und ich bekomme auch aus dem beamteten Bereich, wo es immer heißt, es sollte mehr Indianer geben als Häuptlinge, das hat man ja auch beim Roten Kreuz mittlerweile eingesehen und auch umgesetzt, und das ist auch gut und richtig so.

Beim zweiten Teil, hier handelt es sich um den Kopf, die Führung des Roten Kreuzes, hier muss vorherrschen qualitativ, wirtschaftlich, effiziente Führung, auch eine Verwaltung des Ganzen, eine schlanke Organisation mit einem klaren Bekenntnis, was wollen wir, mit einem klaren Bekenntnis für die Zukunft und dann bin ich überzeugt davon, dass dieser operative Bereich auch jene Qualität hat, um auch andere Dinge in Angriff zu nehmen. Und das ist auch die Vorstellung – und davon bin ich überzeugt – des Hohen Hauses und das ist auch die Vorstellung von uns Freiheitlichen. Ich sage das ganz bewusst so, denn die anschließenden Debatten, die nicht mehr hier im Haus stattfinden werden, sondern auch an anderen Orten geführt werden, werden davon geprägt sein, wer sein Handeln, sein Wissen und seine Qualität am besten einsetzen kann. Und ich darf mit diesem Argument auch die Dringliche Anfrage einbringen und werde mich anschließend bei der Debatte nochmals zu Wort melden, um hier auch näher auf die Antworten eingehen zu können.

Herr Landesrat, die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an Sie folgende Dringliche Anfrage:

Erstens: Welche konkreten Aufgaben hat die Blutbank in Graz zur Versorgung der Steirischen Patienten und im Forschungsbereich zu bewältigen?

Zweitens: Halten Sie eine Abwanderung der Blutbank aus dem System der Steiermärkischen Krankenanstalten und des Universitätsklinikums für sinnvoll?

Drittens: Liegt den neuen Planungsaufträgen der Technischen Direktion der KAGES bereits eine Grundsatzentscheidung für die „neue Blutbank“ am Standort des LKH – Universitätsklinikums Graz zugrunde und wird demnach bereits auf eine aus Mitteln des Landes Steiermark mitfinanzierte örtlich dislozierte Spenderzentrale „Blutbank“ des Roten Kreuzes verzichtet?

Viertens: Müsste sich die KAGES bei einer Abwanderung der Blutbank zum Roten Kreuz aus den notwendigen Funktionen zur gesetzeskonformen Qualitätssicherung des Blutes im Bereich der Blutprodukteherstellung, die sich aus der Weiterverarbeitung des Vollblutes, der Austestung und der Herstellung von Spezialprodukten (zum Beispiel Durchführung von Stammzellentherapie) ergeben, verabschieden?

Fünftens: Welche rechtlichen Konsequenzen würden daraus den Trägern der Spitäler, insbesondere der KAGES als steirische Spitalsholding sowie den Patienten erwachsen?

Sechstens: Wie wird die wissenschaftliche Forschung und Lehre sowie die erforderliche Ausbildung der Fachärzte und der steiermärkischen Blutdepotbeauftragten auf der Universitätsklinik für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin abgesichert, damit der medizinische Standort Steiermark nicht in Rückstand selbst gegenüber den neuen EU-Mitgliedsstaaten (zum Beispiel Slowenien) gerät?

Siebtens: Die Stammzellenforschung hat auf internationaler Ebene sehr große Fortschritte erzielt und steht vor ersten Anwendungsbeispielen auch im klinischen Bereich (zum Beispiel Herzinfarkt). Die Medizinische Universität Graz bemüht sich um die Bildung eines „Biotechnologieclusters“, was eine Stärkung des Standortes des LKH – Universitätsklinikums Graz zur Folge hätte. Wie unterstützt das Land Steiermark die Initiativen zur Bildung eines „Biotechnologieclusters“ am Standort des LKH – Universitätsklinikums Graz?

Achtens: Medienberichten zufolge drohe bei einer Ausgliederung – Vergabe an das Rote Kreuz – eine österreichweite „Monopolstellung“ durch einen Anbieter – entspricht das den Tatsachen?

Neuntens: Können Sie dem Landtag die Investitionskosten für beide in den Medien dargelegten Varianten – Verbleib bei der KAGES oder Vergabe an das Rote Kreuz – darlegen?

Herr Landesrat, ich ersuche um Beantwortung und beantrage gemäß Paragraph 68 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Abhaltung einer Wechselrede. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 18.25 Uhr.)

Präsident: Ich erteile Herrn Landesrat Erlitz das Wort zur Beantwortung der Dringlichen.

Landesrat Mag. Erlitz (18.25 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Liebe Kollegin auf der Regierungsbank! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Zuhörer!

Ich komme zur Beantwortung der an mich gerichteten Fragen.

Zu Frage eins:

Welche konkreten Aufgaben hat die Blutbank in Graz zur Versorgung der steirischen Patienten und im Forschungsbereich zu bewältigen?

Dazu kann ich sagen, eine Blutbank ist ein Betrieb zur Herstellung von Blutprodukten, wie beispielsweise Blutkonserven und Blutderivaten – aber sie ist auch Grundlage für Forschung in diesen Bereichen, wenn man sie gemeinsam mit einer diesbezüglichen Forschungsstätte betreibt.

Die Blutbank im LKH – Universitätsklinikum Graz ist eine Einrichtung, die von der Klinik für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin betrieben wird und hat im Jahre 2002 im LKH – Universitätsklinikum Graz rund 65.000 Blutkonserven hergestellt, die im Zuge von Notfall- oder auch gesetzten Operationen den steirischen Patientinnen/Patienten zugute kamen.

Gerade auf Grund der Kombination dieser beiden Einrichtungen ergeben sich viele Synergien und daraus wiederum Vorteile für die Patienten. So wird zum Beispiel neben der Herstellung von Blutkonserven auch Forschungsarbeit hinsichtlich der Erzeugung von Medikamenten oder dem Lagerungsverhalten von Blutkonserven geleistet.

Ebenso forscht man in Richtung Stammzellen und deren Einsetzbarkeit bei Krebserkrankungen. Die Stammzellenforschung ist ein ganz wesentlicher Zukunftsaspekt – sie stellt einen Schwerpunkt der Medizin und insbesondere der Klinik für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin dar. Und dieser Forschungsschwerpunkt wurde zuletzt auch von Seiten des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur gewürdigt.

Eine eminent wichtige Funktion hat die Klinik für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin auch in der Ausbildung steirischer Fachärzte auf diesem Gebiet. Allein unter diesem Blickwinkel ist eine mutwillige Herausnahme der Blutbank aus dem Universitätsklinikum geradezu absurd, würde sie doch die Ausbildung steirischer Fachärzte auf dem wichtigen Gebiet der Blutforschung enorm erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass dies jemand, der für das Land Verantwortung trägt, wirklich möchte.

Zu Frage zwei: Halten Sie eine Abwanderung der Blutbank aus dem System der Steiermärkischen Krankenanstalten und des Universitätsklinikums für sinnvoll? Diese Frage kann ich aus voller Überzeugung verneinen. Das ist nicht sinnvoll. Ein gut funktionierendes, aufeinander eingespieltes System auseinander zu reißen, das sich in idealer Weise ergänzt, nur weil man mit dem Gewinn bringenden Betrieb der Blutbank ein anderes Ressortbudget im Rahmen halten will, ist meines Erachtens der falsche Weg, um die Versorgung der steirischen Patienten weiterhin sicherzustellen. Die KAGES als das nicht nur vom Landesrechnungshof meistgeprüfte Unternehmen der Steiermark wird immer zur Wirtschaftlichkeit aufgefordert und wenn man sich die Rechnungshofberichte der letzten Jahre anschaut, sieht man, dass man dieser Forderung in zunehmendem Maße nachgekommen ist. Hätte der Landesrechnungshof andere Unternehmen im Landesbesitz – Sie wissen, was gemeint ist – bereits früher nur annähernd so gründlich geprüft wie meine KAGES, wäre den steirischen Steuerzahlern und Stromkunden viel erspart geblieben. Ich verweise nur beispielhaft auf die Berichte zum LKH Mariazell, auf den Bericht zur Landesnervenklinik Sigmund Freud und auf die zustimmenden Äußerungen zur Bildung von Spitalverbänden, die ja auch eine Einsparungsmöglichkeit darstellen. Der KAGES wird zunehmend attestiert, wirtschaftlich zu arbeiten. Der KAGES wird aber auch immer aufgetragen, ihre Geschäftsfelder zu erweitern, um Geld zu lukrieren. Der Betrieb der Blutbank stellt genau eine solche Einnahmequelle dar. Im Jahr werden aus diesem Geschäftsfeld rund 800.000 Euro an Deckungsbeiträgen erwirtschaftet. Und jetzt will man diesem Großunternehmen, das sich auf Grund der finanziellen Entwicklungen in unserem Land wirklich nicht leicht tut – in den letzten vier Jahren hat sich der Zuschuss des Landes gerade einmal um 7,14 Prozent, also nicht einmal 2 Prozent pro Jahr, erhöht und das bei dem rasanten Anstieg der Leistungen – einen Teilbetrieb, der Deckungsbeiträge bringt, wegnehmen, nur um andere Finanzlöcher im Land zu stopfen. Das wäre die falscheste und unverantwortlichste Maßnahme, die man zum jetzigen Zeitpunkt setzen kann.

Zu Frage drei: Liegt den neuen Planungsaufträgen der Technischen Direktion der KAGES bereits eine Grundsatzentscheidung für die „neue Blutbank“ am Standort des LKH – Universitätsklinikums Graz zugrunde und wird demnach bereits auf eine aus Mitteln des Landes Steiermark mitfinanzierte örtlich dislozierte Spenderzentrale „Blutbank“ des Roten Kreuzes verzichtet? Im Beirat des LKH-2000-Projektes wurde am 1. Juli 2002 in Anwesenheit der Vertreter des Gesundheits-, Wissenschafts- und Finanzministeriums sowie Vertretern des Landes Steiermark und des Vorstandes der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft der Beschluss gefasst, die Blutbank am Gelände des LKH – Universitätsklinikums Graz zu planen. Zurzeit ist der Vorentwurf der gegenständlichen Planung abgeschlossen, die weiterführenden Planungsarbeiten können jederzeit beauftragt werden.

Zu Frage vier: Müsste sich die KAGES bei einer Abwanderung der Blutbank zum Roten Kreuz aus den notwendigen Funktionen zur gesetzeskonformen Qualitätssicherung des Blutes im Bereich der Blutprodukteherstellung, die sich aus der Weiterverarbeitung des Vollblutes, der Austestung und der Herstellung von Spezialprodukten – zum Beispiel Durchführung von Stammzellentherapie – ergeben, verabschieden? Bei einer allfälligen Abwanderung der Blutbank zum Roten Kreuz müsste trotzdem eine nahezu gleich große Blutbank im Bereich des Universitätsklinikums neu gebaut werden, da insbesondere die am LKH – Universitätsklinikum Graz benötigten zahlreichen Spezialprodukte weiterhin fachlich universitär am Klinikum zu erzeugen sind. Dadurch entstünden nicht zu argumentierende Doppelgleisigkeiten. Zu den Kosten dieser absurden Fehlinvestition komme ich bei der Beantwortung der letzten Frage.

Zu Frage fünf: Welche rechtlichen Konsequenzen würden daraus den Trägern der Spitäler, insbesondere der KAGES als steirische Spitalsholding sowie den Patienten erwachsen? Auf Grund des zu erfüllenden Versorgungsauftrages der KAGES ist es unbedingt notwendig, eine den gesetzlichen Grundlagen und Vorschriften entsprechende Blutbank zu haben. Weiters ist in diesem Zusammenhang anzumerken, dass die bisher schon entwickelten Forschungsschwerpunkte der Medizinischen Universität zumindest unterbrochen würden und dass auch die therapeutischen Möglichkeiten, wie in der Beantwortung der Frage eins angeführt, eingeschränkt würden.

Zu Frage sechs: Wie wird die wissenschaftliche Forschung und Lehre sowie die erforderliche Ausbildung der Fachärzte und der steiermärkischen Blutdepotbeauftragten auf der Universitätsklinik für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin abgesichert, damit der medizinische Standort Steiermark nicht in Rückstand selbst gegenüber den neuen EU-Mitgliedsstaaten – zum Beispiel Slowenien – gerät? Allein im Zuge des Auftrages für Forschung und Lehre ist es notwendig, jährlich rund 25.000 Blutprodukte herzustellen. Und ich verweise in diesem Zusammenhang noch einmal auf die drohenden Parallelstrukturen, die eine allfällige Auslagerung der Blutbank an einen anderen Anbieter nach sich ziehen würde.

Zu Frage sieben: Die Stammzellenforschung hat auf internationaler Ebene sehr große Fortschritte erzielt und steht vor ersten Anwendungsbeispielen auch im klinischen Bereich. Die Medizinische Universität Graz bemüht sich um die Bildung eines „Biotechnologieclusters“, was eine Stärkung des Standortes des LKH Universitätsklinikums Graz zur Folge hätte. Wie unterstützt das Land Steiermark die Initiativen zur Bildung eines Biotechnologieclusters am Standort des LKH – Universitätsklinikums Graz? Es ist richtig, dass die Stammzellenforschung in der letzten Zeit eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen hat. Auch für das LKH – Universitätsklinikum Graz stellt sie eines der größten Entwicklungspotenziale dar. Die Medizinische Universität hat auch im LKH-2000-Bericht des Öfteren bekundet, dass die Stammzellenforschung einer ihrer Schwerpunkte sein wird. Wenn Sie mich fragen, wie wir zum jetzigen Zeitpunkt die Stammzellenforschung und somit auch den Biotechnologiecluster am besten unterstützen können, so kann ich nur sagen: Belassen wir die Blutbank, im Zuge derer Forschung, Entwicklung, Facharzt Ausbildung und Patientenversorgung stattfindet, im System der KAGES und der Medizinischen Universität Graz.

Zu Frage acht: Medienberichten zufolge drohe bei einer solchen Ausgliederung eine österreichweite „Monopolstellung“ durch einen Anbieter – entspricht das den Tatsachen? Der alternative Anbieter, der sich um den Betrieb der Blutbank des LKH Universitätsklinikums Graz bemüht, ist das Rote Kreuz – das ist kein Geheimnis. Das Rote Kreuz betreibt Blutbanken bereits in Wien, Salzburg und in Kärnten. Aus einem Schreiben von Präsident List und Vizepräsident Kogler geht auch hervor, dass das Rote Kreuz in Oberösterreich eine Blutbank betreibt. Wenn nun auch noch die steirische Versorgung mit Blutkonserven durch das Rote Kreuz vorgenommen würde, muss man, neben den zuvor angeführten Nachteilen bezüglich der Forschung und Patientenversorgung, auch in weiterer Folge eine preisliche Schlechterstellung für die Kunden und auch negative Auswirkungen auf die Weiterentwicklung der Produkte befürchten, weil in Wirtschaftsbereichen mit wenig Konkurrenz diese negative Entwicklung vielfach zu beobachten ist. Man hat in der KAGES errechnet, dass ein Zukauf von Konserven in der zu Beginn genannten Menge – 65.000 Konserven – Ausgaben von rund 13 Millionen Euro im Jahr ausmachen würde. Dem gegenüber stehen derzeit positive Deckungsbeiträge von – wie bereits erwähnt – etwa 800.000 Euro pro Jahr.

Und jede Entscheidung gegen die KAGES wäre nur ein Beleg dafür, dass diejenigen, die seit Jahren versuchen, die steirischen Spitäler krankzujammern, gleichzeitig dafür sorgen wollen, dass sie das auch weiterhin tun können.

Was aber noch viel schlimmer ist: Sie gefährden damit ein wesentliches Standbein der Gesundheitsversorgung für die steirische Bevölkerung.

Zu Frage neun:

Die Frage lautet: Können Sie dem Hohen Landtag die Investitionskosten für beide in den Medien dargelegten Varianten – Verbleib bei der KAGES oder Vergabe an das Rote Kreuz – darlegen?

Dazu kann ich sagen: Man muss die Universitätsklinik für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin ohnehin neu bauen, weil das jetzt genutzte Gebäude zu klein ist und den Erfordernissen und vor allem den Bestimmungen des Arzneimittelgesetzes nicht entspricht – das Gebäude stammt aus dem frühen 20. Jahrhundert.

Die erste Möglichkeit:

Würde man die Universitätsklinik für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin ohne die Blutbank am LKH – Universitätsklinikum in Graz weiterführen und die Blutbank an einen alternativen Anbieter auslagern, entstünden nach Berechnungen der Technischen Direktion der KAGES Kosten in der Höhe von 20,2 Millionen Euro. Das heißt, Blutgruppenserologie, Transfusionsmedizin ohne Blutbank 20,2 Millionen Euro.

Die zweite Möglichkeit:

Würde man neben der genannten Klinik die Blutbank nur für den Bedarf des Universitätsklinikums – 25.000 Konserven – weiterbetreiben, entstünden Kosten in der Höhe von 21,1 Millionen Euro. Das heißt, Blutgruppenserologie, Transfusionsmedizin plus 25.000 Blutkonserven für den eigenen Bereich 21,1 Millionen Euro.

Die dritte Möglichkeit:

Würde man die Blutbank im LKH – Universitätsklinikum belassen und die baulichen Erfordernisse im Zusammenhang mit der Klinik finanzieren, müsste man 22 Millionen Euro investieren. Das heißt, Transfusionsmedizin, Blutgruppenserologie plus Blutbank 22 Millionen Euro, ohne Blutbank 20,2 Millionen.

Das heißt im Klartext: Die Investitionserfordernisse wären bei einer Auslagerung der Blutbank nur um 1,8 Millionen Euro geringer als bei der Weiterführung durch das LKH – Universitätsklinikum Graz. Es geht um 1,8 Millionen Euro.

Die dem gegenüber stehenden Kosten für eine Blutbankinvestition des Roten Kreuzes liegen mir nur aus Medienberichten vor – und daraus ist zu entnehmen, dass sie um ein Vielfaches höher liegen würden: kolportiert werden 14 Millionen Euro, also knapp das Achtfache!

Und wenn man die Medienberichterstattung über die Finanzsituation des steirischen Roten Kreuzes kennt, weiß man, dass diese vielfach höheren Kosten natürlich wieder die Steirerinnen und Steirer aufzubringen hätten und sei es über hohe Preise für die natürlich notwendigen Blutkonserven.

Auch unter dem Titel der notwendigen Investitionen wäre also jede andere Entscheidung als jene, die neue Blutbank innerhalb des Universitätsklinikums und der KAGES zu errichten, eine Entscheidung gegen die steirischen Steuerzahler – berücksichtigt man alles zuvor Gesagte – auch gegen die Patientinnen und Patienten.

Und ich sage hier zum Schluss auch noch einmal: Das Rote Kreuz hat hervorragende, exzellente ehrenamtliche, aber auch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und diese hervorragende und exzellente Arbeit im Dienste unseres Nächsten und unserer Nächsten in diesem Lande, diese hervorragende Arbeit sollte man aber auch mit ehrlichen und transparenten Budgets würdigen und entlohnen – mit transparenten und ehrlichen Budgets. Nicht aber, indem man ganz einfach ein Problem damit löst, indem man in einem anderen Problem ein finanzielles Loch schafft. Das – glaube ich – ist keine Lösung und vor allem keine würdige Lösung. Keine Lösung, die diese Arbeit, diese exzellente Arbeit vieler tausender Mitarbeiter wirklich würdigt – faire, transparente Würdigung dieser Arbeit.

In diesem Sinn möchte ich als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung schon jetzt die Abgeordneten aller Fraktionen auffordern und bitten, dem am Schluss der Debatte einzubringenden Beschlussantrag für eine Errichtung der Blutbank durch die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft ihre Zustimmung zu erteilen und damit eine richtige und verantwortungsvolle Entscheidung für dieses Land und für die Menschen in diesem Lande zu treffen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.42 Uhr.)

Präsident: Damit kommen wir zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der Grünen und der SPÖ an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend Errichtung einer Blutbank. Zur Begründung erteile ich der Frau Abgeordneten Lechner-Sonnek das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (18.42 Uhr): Herr Präsident! Werte Frau Landeshauptfrau! Werte Damen und Herren des Hohen Hauses! Sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum, Besucherinnen und Besucher!

Ich bringe jetzt ohne Kommentar zuerst die Dringliche Anfrage ein, werde mich dann oder habe mich schon für später zu Wort gemeldet.

Das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Steiermark hat seinen Wunsch angemeldet, im eigenen Verantwortungsbereich eine Blutbank einzurichten. Bisher hat das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Steiermark für die Aufbringung von Blutkonserven gesorgt und die Verarbeitung zu den für die PatientInnenversorgung nötigen Spezialprodukten und die fachgerechte Lagerung liegt bei der Universitätsklinik für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin.

Die Universitätsklinik stellt damit nicht nur die Versorgung der PatientInnen in der ganzen Steiermark sicher, sondern auch die patientInnenbezogene Forschung. Ihre Arbeit ist für die Forschung und Lehre im Rahmen der medizinischen Universität Graz absolut unverzichtbar. Dementsprechend wurde von Seiten der KAGES in den Jahren 1997 und 2000 auf Aufforderung des zuständigen Ministeriums ein Versprechen abgegeben, und zwar einen Neu- beziehungsweise Erweiterungsbau der Blutbank im eigenen Areal in Angriff zu nehmen bis spätestens 2005.

Das Vorhaben des Österreichischen Roten Kreuzes, Landesverband Steiermark, eine eigene Blutbank in der Steiermark zu errichten, in Graz, würde also in jedem Fall zu Doppelgleisigkeiten führen. Die von KAGES und dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Steiermark im Jahr 2001 beauftragte Studie ist zu dem eindeutigen Ergebnis gekommen, dass die Optimalvariante die Beibehaltung der bisherigen Aufgabenverteilung sei.

In Pressemeldungen wurde jedoch von der Landeshauptfrau Offenheit in der Frage des Standortes, der Zuständigkeit beziehungsweise der Aufgabenverteilung zwischen der Universitätsklinik und dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Steiermark signalisiert.

Wir stellen daher an Sie, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, folgende Dringliche Anfrage:

Erstens: Wie können Sie im Falle einer Blutbankerrichtung durch das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Steiermark die Doppelstruktur mit den entsprechenden Mehrkosten verantworten, wenn die Wirtschaftlichkeit einer eigenständigen Blutbank erst bei etwa 100.000 Blutkonserven pro Jahr gegeben ist?

Zweitens: Welche Bedeutung hat für Sie in dieser Frage die Fachkompetenz im Bereich der Hämotherapie und der Forschung?

Drittens: Was ist für Sie der Grund, den bisher höchst erfolgreich abgedeckten Wirkungsbereich der Universitätsklinik für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin bescheiden zu wollen?

Viertens: Wie sehr fühlen Sie sich in Ihrer Entscheidung an das Versprechen der KAGES gegenüber dem zuständigen Ministerium für den Erhalt und den Ausbau der Blutbank im Bereich der Universitätsklinik gebunden?

Fünftens: Haben Sie dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Steiermark Zusagen für die Errichtung einer Blutbank oder die Mitfinanzierung der geplanten Einsatzzentrale in Graz gemacht? Ich danke! (Beifall bei den Grünen. – 18.46 Uhr.)

Präsident: Zur Beantwortung erteile ich der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic das Wort. Frau Landeshauptmann, bitte!

Landeshauptmann Klasnic (18.46 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sie heute hier in diesem Plenum sind!

Ich habe grundsätzlich und vorausschauend eine Bitte: Es ist uns allen bewusst und so habe ich auch meine Vorrednerin und die Vorredner verstanden, dass Blut das wertvollste Gut ist, das wir brauchen, um überleben zu können. Und ich sage sehr bewusst in dieser Frage Blutbank sowie Aufbringung und auch dann die Weiterverarbeitung gibt es für mich kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. Ich glaube, dass wir aufgerufen sind, das Gespräch zu führen. Zu diesem Gespräch, zu dem ich eingeladen habe und wo die Einladung bei drei Regierungskollegen bereits seit einigen Wochen am Tisch liegt, und dieses Gespräch, das in der Verbindung Regierung, KAGES und Rotes Kreuz stattfinden wird. Daher bin ich heute nicht bereit, mich auf etwas festzulegen, weil ich glaube, dass wir dieses Gespräch auch ernst nehmen sollen, weil sonst könnte ich den Termin heute schon absagen.

Es ist das Wort der Monopolstellung im Raum gewesen. Wenn ich die Monopolstellung anschau, dann gibt es verschiedene in diesem Land. Aber eine gibt es ganz sicher, in guten und in schweren Zeiten, erfolgreich und weniger erfolgreich: Diese Monopolstellung haben die Einsatzorganisationen dieses Landes, dass wir in jeder Minute unseres Lebens rechnen dürfen, dass sie da sind. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Zweiter Teil: Ich habe – ich sage das jetzt sehr bewusst – Sie, Herr Kollege Lafer, am Anfang nicht ganz verstanden mit den zwei Gruppen. Ich glaube, dass es zumindest den echten Versuch und die wahre Bemühung innerhalb des Landesverbandes des Roten Kreuzes gibt – ich möchte Herrn Präsidenten List ansprechen –, haupt- und ehrenamtliche Verantwortung wahrzunehmen und jenen Weg zu finden, der der Verantwortung nach innen und nach außen gerecht wird. Wenn ich das sage, dann weiß ich, dass man sich dort wirklich bemüht, dass es aber vielleicht auch ganz gut ist, wenn man hin und wieder hineinhört, wie geht es weiter. Ich habe dem Kollegen, Herrn Landesrat Erlitz, gut zugehört und er hat seine Antwort aus der Sicht des KAGES-Referenten gegeben, als Mitglied einer Landesregierung, der ich als Vorsitzende vorstehen darf. Was ich nur nicht annehme ist das Wort „mutwillig“. Wenn Sie sagen „mutwillig herausnehmen“, gehört einmal Mut dazu und auch der Wille. Jetzt sage ich Ihnen, mir fehlt es nicht an Mut, mir fehlt es am Willen, am Willen dort, dass ich heute schon sage, wie ist denn die Kette bisher? Gehen wir doch nicht davon aus, dass es nicht heute eine große gemeinsame Zusammenarbeit zwischen KAGES und Rotem Kreuz gibt: in der Aufbringung des Blutes, im Sammeln der Spender und dann in der Weiterverarbeitung und in der wirklichen Verantwortung innerhalb der KAGES. Das heißt, das ist ja keine durchbrochene Kette, das ist eine wirksame Kette, die in der Stunde wirkt, wo wir auch hier beisammensitzen. (Landesrat Mag. Erlitz: „So soll es bleiben!“) Es gibt kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. Wir brauchen uns. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage, dass ich in meiner Verantwortung als Landeshauptmann das Ganze betrachten möchte und ich fühle mich verantwortlich auch in dieser Entscheidung zum Wohle der Steirerinnen und Steirer. Und ich sage sehr bewusst dazu, es sind sowohl die KAGES als auch das Rote Kreuz und die Menschen, die dort wirken, auf welchem Platz auch immer, wertvoll und unverzichtbar in unserem Land. Weil sich das Rote Kreuz ernsthaft auch um eine Blutbank in der Steiermark bewirbt, und das ist anhand der vorgelegten Unterlagen der Fall, ist es mein Auftrag, und den sehe ich und den habe ich auch wahrgenommen, den Dialog und die Verhandlung mit beiden Parteien aufzunehmen, und nicht vorher schon in der Presse zu verkünden, so ist es. Ich habe diesen Machtrausch nicht. (Beifall bei der ÖVP.)

Diese Antwort bin ich nicht nur dem Roten Kreuz als Hilfsorganisation mit den hunderten hauptamtlichen Mitarbeitern und vor allem mit den tausenden ehrenamtlichen Mitarbeitern schuldig – über die Situation und über die Sicherheitsgarantie, die sie uns schenken, habe ich schon gesprochen. Aber, und das sage ich auch dazu, wenn man Gespräche führt, dann habe ich fast das Gefühl, wenn ich manchmal hinhöre oder etwas lese, es seien die Entscheidungen schon gefallen. Tausende Blutspender vertrauen sich dem Roten Kreuz an und das Rote Kreuz stellt dann der KAGES für die Patienten, für die Menschen unseres Landes das Blut zur Verfügung. Die Steirerinnen und Steirer und jeder, der bei uns in diesem Land Blut braucht, kann darauf vertrauen, dass diese Zusammenarbeit geklappt hat, klappt und auch in Zukunft klappen muss: die Zusammenarbeit, nicht die getrennte Arbeit. Wir können nur zusammen etwas schaffen und darum die Diskussion. (Beifall bei der ÖVP.)

Das heißt nicht, dass es keine Verbesserungspotenziale gibt, wenn man die Sache ernsthaft betreibt. Jetzt sage ich dazu, das Rote Kreuz hat vier Blutspendezentralen, in Wien, in Linz, in Klagenfurt und Feldkirch und versorgt sechs Bundesländer mit Blutprodukten nach dem neuesten Stand der Technik. Es ist daher verständlich und legitim, wenn auch der Landesverband Steiermark darüber nachdenkt, in Graz eine Blutspendezentrale errichten zu wollen, insbesondere wenn man weiß, dass ein Neubau dringend erforderlich ist, weil, wir haben es auch schon angesprochen, die Genehmigung nach dem Arzneimittelgesetz uns auch in dieser Situation zur Entscheidung drängt. Beide Organisationen haben aus diesem Grunde auf mein Ersuchen hin Ende Dezember 2003 ihr Konzept zum Betrieb einer Blutbank vorgelegt. Von der KAGES-Vertretung wurde ich darüber hinaus gebeten, vor einer Entscheidung die vom Bildungsministerium gewünschten Berichte der Medizinischen Universität über die Notwendigkeiten und die Vorteile für Wissenschaft, Lehre und Forschung abzuwarten, die demnächst dem Ministerium vorgelegt werden. Auch sollte eine nochmalige Überprüfung des Projektes über mögliche Redimensionierungen vorgenommen werden. Schließlich müssen Bund und Land gemeinsam im Rahmen des LKH-2000-Vertrages die Errichtung mitfinanzieren.

Das Rote Kreuz hingegen hat sich bereit erklärt, die Kosten für den Bau selbst zu tragen und dafür zu sorgen, dass durch die Errichtung einer spendefreundlichen Zentrale, die gut erreichbar und mit Parkplätzen ausgestattet ist, die Spendefrequenz von derzeit 2000 auf bis zu 10.000 Blutspender pro Jahr in Graz zu erhöhen. Von einer Senkung der Produktionskosten könnten laut diesem Konzept auch die steirischen Spitäler – sprich Steuerzahler – profitieren. Außerdem will das Rote Kreuz die Aufrechterhaltung der Wissenschaft und Forschung garantieren sowie zur Entlastung der KAGES 50 Dienstnehmer übernehmen. Das sind Argumente, die im Raum stehen und wo wir noch nicht an einem Tisch gesessen sind. Ich habe daher Anfang März 2004, also vor einigen Wochen, höchste Vertreter beider Organisationen zu einem ausführlichen Gespräch für den 13. April 2004 gebeten und die mitzuständigen Regierungsmitglieder dazu eingeladen, damit alle Argumente in Anwesenheit der Entscheidungsträger auf den Tisch kommen. Dann ist es nämlich auch leichter, eine von allen Beteiligten getragene Lösung für die Zukunft zu erreichen. Das ist eine Lösung, die man nicht für fünf Jahre, sondern für die Zukunft suchen muss. Deshalb sollten wir vorsichtig sein, uns heute ganz starr in eine Richtung festzulegen. Das Ziel dieser Besprechung habe ich im Interesse der Steirerinnen und Steirer vorgegeben. In einer solchen Frage, und darauf lege ich Wert, weil es nicht der richtige Weg ist, soll es keine Sieger und keine Verlierer geben. Es geht nämlich nur um einen, der gewinnen kann, keine Sieger, keine Verlierer – ich spreche das Rote Kreuz und die KAGES an. Ich sehe einen Gewinner, das ist jener Mensch, der mit Blutkonserven und Blutprodukten versorgt werden muss. (Beifall bei der ÖVP.)

In diesem Sinne darf ich Ihnen die Antworten auf Ihre Anfrage geben: Zur Frage eins: Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen für eine eigenständige Blutbank kann ich nicht nachvollziehen. Ich gehe davon aus, dass die Wirtschaftlichkeit bereits bei den derzeit erzielten 65.000 Blutkonserven, und nicht erst bei den von Ihnen genannten 100.000 Blutkonserven gegeben ist. Ob Doppelgleisigkeiten im Falle einer Blutbankerrichtung durch das Rote Kreuz vorliegen, wird sich beim „Blutbankgespräch“ am 13. April 2004 klären.

Zur Frage zwei:

Ich kenne und schätze den Leiter der Universitätsklinik für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin, Univ.-Prof. Dr. Lanzer, der mir in mehreren Gesprächen und Briefen die Bedeutung der Blutbank für die Klinik schilderte. Im Konzept des Roten Kreuzes ist ausdrücklich von der Sicherstellung der wissenschaftlichen Forschung die Rede, was ich als selbstverständlich voraussetze.

Zur Frage drei:

Es ist mir rätselhaft, weshalb Sie mir in dieser Frage unterstellen, den Wirkungsbereich der Universitätsklinik „beschneiden“ zu wollen. Ich ersuche und bitte Sie, die Wortwahl darauf abzustimmen, was von mir gesagt wurde. Am 26. Februar 2004 habe ich öffentlich erklärt, dass mit dem Standort der Blutbank zugleich ein reibungsloser und weiterhin qualitativvoller Betrieb der Universitätsklinik für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin zu garantieren ist. Die Zusammenarbeit mit der neuen medizinischen Universität ist mir wichtig, was auch in der gemeinsamen Umsetzung des von mir initiierten Lehrstuhles für Pflegewissenschaften aufgezeigt wird. Wir wollen miteinander arbeiten für die Patienten und Menschen in unserem Land, aber an einem Tisch.

Zur Frage vier:

Ein Versprechen in der von Ihnen erwähnten Form kenne ich nicht. Soweit mir von der KAGES mitgeteilt wurde, hängt eine Fortsetzung der Bewilligung von einer wesentlichen Erweiterung des Flächenstandards der Blutbank oder einer wesentlichen Reduktion der Verarbeitung von Blutkonserven ab. Dies wurde im Zuge der Genehmigung nach dem Arzneimittelgesetz als Dauerauflage erteilt und sollte in der einen oder anderen Variante bis 2005 umgesetzt werden. Es liegt in der Eigenverantwortung der Organe der KAGES, für die Realisierung der mit dem Ministerium vereinbarten Maßnahmen zu sorgen.

Zur Frage fünf:

Nein. Ich habe weder der KAGES noch dem Roten Kreuz Zusagen gemacht. Es entspricht meiner Verantwortung als Landeshauptmann, vor einer wichtigen Entscheidung mit allen Beteiligten das Gespräch zu führen. Dieses findet am 13. April statt, wobei ich mir von beiden Trägern gemeinsam mit den Kollegen der Regierung Vorschläge für eine vertiefte Zusammenarbeit erwarte.

Dann sieht man das Gesamtbild und es können für beide Varianten Vor- und Nachteile genannt werden. Eine Entscheidung zugunsten oder gegen eine Organisation ist aber nicht das, was unserem Land dient. Denn ich habe – und ich sehe es als Aufgabe – neben der ökonomischen Bewertung, und 800.000 Euro wurden vom Kollegen Erlitz genannt, neben der ökonomischen Bewertung habe ich auch und möchte ich auch die Bedürfnisse von Steirerinnen und Steirer für eine optimale und sichere Versorgung mit Blutkonserven und Blutprodukten in den Vordergrund stellen. In einer verstärkten Zusammenarbeit, in einer gemeinsamen Betreiberschaft und in einer gemeinsamen Verantwortung für die Blutbank könnten zum Beispiel beide Träger ihre jeweiligen Stärken einsetzen zum Vorteile des Patienten.

In diesem Sinne schaue ich ohne Vorbehalt und mit Zuversicht den Verhandlungen entgegen. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. (Beifall bei der ÖVP. – 19.00 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur Wechselrede der beiden Dringlichen Anfragen. In Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz wurde diese Vereinbarung getroffen. Meine Damen und Herren! Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek.

Abg. Lechner-Sonnek (19.01 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Wertes Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren im Zusschauer-
raum!

Ein Satz noch zur Gesundheitsdebatte zur letzten Dringlichen. Ich hätte mir mehr gewünscht als einen Negativwettbewerb zwischen ÖVP und SPÖ, wer die größeren Probleme hat. Ich kann Ihnen einen heißen Tipp geben, den Damen und Herren von der ÖVP. Wenn Sie eine Dringliche Anfrage wirklich ernst meinen, wenn Sie über etwas diskutieren wollen, dann wählen Sie nicht 29 Fragen, die bunt gemischt Strukturfragen ansprechen, inhaltliche Bereiche, wo jede Frage für sich gut und gern zwei Stunden brauchen würde, damit man sie seriös diskutieren kann. Das ist für mich leider Gottes verlorene Zeit gewesen, vor allem deswegen, weil mir sehr an einer Gesundheitsdebatte liegt. Ich habe darin keine Voraussetzungen erkennen können. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Nun zu unserer Dringlichen: Ich habe in der letzten Zeit mich mit der Frage „Blutbank“ beschäftigt, habe mit vielen Personen Gespräche geführt, habe mich auch selber schlaue gemacht, wie das in der KAGES derzeit aussieht und was genau die Tätigkeiten sind. Und es hat sich für mich eine zentrale Frage herausentwickelt, die gar nicht direkt in der Blutbank liegt. Und diese zentrale Frage lautet: Warum greifen Sie, Frau Landeshauptfrau, in diese Frage ein? Ich sehe, wenn ich das Bild anschau, ganz einfach auf der einen Seite die Blutbank der KAGES. Sie ist Teil der Steiermärkischen Krankenanstalten, ist für alle Krankenanstalten in der Steiermark zuständig, macht in bewährter Manier die Lagerung, Aufbereitung der Blutkonserven, die sie vom Roten Kreuz bekommt und ist sehr gut in Forschung und Lehre. Lehre ist für mich ein wichtiges Stichwort. Sie alle wissen, wenn es in der KAGES, in der Uni-Klinik keine Blutbank gibt, ist ein Teil der Ausbildungsmöglichkeiten für Fachärztinnen und Fachärzte nicht mehr gegeben. Alle Uni-Kliniken legen deswegen gesteigerten Wert darauf, so ein Instrument, so eine Institution in ihrem Organisationsbereich zu haben, weil sie natürlich auch eine gute Ausbildung anbieten wollen.

Auf der anderen Seite sehe ich das Rote Kreuz, das sehr, sehr viel Erfahrung hat zum Beispiel im Bereich des Rettungsdienstes und in diesem Bereich die Steiermark weitgehend abdeckt, sehr zu unserer Zufriedenheit und Freude, weil es Sicherheit schafft. Sie tragen mit Sicherheit dazu bei, dass wir uns in diesem Land wohl fühlen und dass wir wissen, dass wir in schwierigen Situationen nicht allein sind, dass Sie uns unterstützen. Dafür möchte ich mich bei dieser Gelegenheit auch sehr herzlich bedanken. (Beifall bei den Grünen, der ÖVP und der SPÖ.)

Das Rote Kreuz hat auch eine Tradition als Blutlieferant, -lieferantin. Sie sind jene, die den Blutspendedienst abwickeln und der KAGES das Blut liefern. Das war bisher die ganz klare Aufgabenverteilung. Der Betrieb der Blutbank ist ein Teil der KAGES, in der KAGES angesiedelt und wird beliefert vom Steiermärkischen Roten Kreuz, Landesverband Steiermark, Österreichisches Rotes Kreuz. Für die KAGES – ganz klar und da fange ich mich zu fragen an – ist zuständig der Herr Landesrat Erhitz. Und ich denke mir, wenn jetzt zum Beispiel die Chirurgie sagt, wir sind zu klein, wir haben Probleme, unsere Arbeit durchführen zu können, wir wollen einen Zubau machen, kann ich mir nicht vorstellen, dass so eine Situation eintritt und die Landeshauptfrau zu einem klärenden Gespräch einlädt und andere Institutionen dazu einlädt, die vielleicht auch eine Chirurgie machen wollen, zum Beispiel Sanatorien. Das Rote Kreuz hat sich an die Frau Landeshauptfrau gewandt mit dieser Bitte, eine Blutbank zu machen und die Frau Landeshauptfrau ist aktiv geworden. Zu Ihrer Aussage, Frau Landeshauptfrau, es geht nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein Sowohl-als-auch, es liegt auf der Hand: Ein Sowohl-als-auch kostet mehr. Es ist ganz einfach, es kostet mehr! Ich setze voraus, dass die Blutbank in der KAGES notwendig ist, weil wir sie für Forschung, Lehre und PatientInnenversorgung brauchen. Wenn also das Rote Kreuz eine Blutbank errichten will, dann ist das eine zweite in Graz und dass zwei mehr kosten als eine liegt auf der Hand. Ich will gleich der Argumentation vorbeugen, das zahlt ja nicht das Land, auch das Rote Kreuz arbeitet ja nicht mit einem großen Mäzen im Hintergrund, der das Geld herschenkt, sondern muss sich das Geld auch erwirtschaften durch Spenden, durch Leistungen. Und es ist das Geld, das Ihnen gegeben wird für Ihre Leistung, aber auch in Spendenform dafür, dass Sie Ihre Arbeit machen können. Das ist das Geld, es ist auch öffentliches Geld, das Ihnen gegeben wird im guten Vertrauen, dass Sie es auch betriebswirtschaftlich klug einsetzen.

Zurück zur Frage, warum involviert sich Frau Landeshauptfrau in diese Frage, warum greift sie ein, obwohl eigentlich ganz klar ist, jemand anderer ist zuständig, jemand anderer könnte diese Entscheidung fällen und hat sie auch gefällt, Herr Landesrat hat es ja auch getan. Ich habe zwei Theorien: Das eine, die Frau Landeshauptfrau begreift sich – so hat sich das für mich heute auch angehört – als eine Art Mediatorin, eine Person, die sagt, okay, da sind verschiedene Wünsche und ich schau jetzt, wie ich das auf gleich bringe und lade alle zu einem Gespräch ein. Wenn das die Rolle ist, die sie wählt, dann frage ich mich, warum hat sie diese Rolle nicht gespielt und nicht eingenommen, als hier vor ein paar Wochen das Behindertengesetz beschlossen worden ist? Da hat es eine große Menge von Vereinen, von Non-Profit-Organisationen, wie das Rote Kreuz, gegeben, die massiv gegen dieses Gesetz, gegen die Selbstbehalt aufgetreten sind. Diese haben damals keine solche Unterstützung erfahren, im Gegenteil, sie sind hier in diesem Raum ziemlich schlecht ausgestiegen, es ist ihnen vieles unterstellt worden, aber nicht der gute Beitrag und nicht der gute Wille. Ich denke mir, die Mediatorinnenrolle kann es nicht sein. Was ich vielmehr sehe ist, dass das Rote Kreuz Steiermark an die Landeshauptfrau herangetreten ist mit dem eigenen Wunsch und dass die Landeshauptfrau diesem Wunsch nachzugeben gedenkt beziehungsweise nicht gedenkt darauf hinzuweisen, dass es eigentlich gar nicht in ihrer Einflussphäre liegt.

Ich möchte Ihnen noch eines sagen, meine Damen und Herren vom Roten Kreuz: So viel ich weiß, ist das Rote Kreuz eine überparteiliche Organisation und ich halte das für eine sehr wichtige Sache. Sie wissen sicher auch, dazu bräuchte es meine Aussage jetzt nicht, dass Sie Förderinnen und Unterstützerinnen haben, die allen

Parteien angehören und manche auch, die sich überhaupt nicht um eine Partei scheren – Gott sei Dank ist das so. Ihre Unterstützerinnen, Ihre ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen entscheiden sich normalerweise nicht nach der Partei. Und ich möchte Ihnen sagen, das ist auch meine Erwartung an Sie. Sie haben natürlich alle informiert, das ist klar, aber ich erwarte mir von Ihnen auch, dass Sie in Ihren Arbeiten und im Betreiben Ihrer Projekte im Überparteilichen bleiben und auch nicht massiven Druck auf die Landespolitik ausüben, um zu neuen Geschäftsfeldern zu kommen. Denn eines ist ganz klar: So deutlich wie Ihr Zentralbetriebsrat, von dem ich heute Nachmittag ein Schreiben bekommen habe, ist bisher ja kaum jemand geworden. Da ist ganz klar die Rede von Überschüssen, die man braucht, um die Kostenminderung im Rettungsdienstbereich zu kompensieren – eine einfache Argumentation in Bezug auf Gewinne. Ich sage Ihnen eines, weil das ist mir auch sehr wichtig, ich bin eine große Verfechterin – das kann hier jeder und jede bestätigen – dafür, dass Sie den Rettungsdienst so abgegolten bekommen, wie Ihnen das auch zusteht und ich sehe auch nicht ein, warum es zwischen den Bundesländern solche Unterschiede gibt. Da haben Sie mich auf Ihrer Seite. Ich sehe auch ein und bin auch dafür, dass die Blutlieferungen an die KAGES ordentlich abgegolten werden. Ihre Arbeit hat ihren Preis und dieser Preis ist zu bezahlen. Was ich aber nicht verstehen kann ist, dass die Fachkenntnisse und die bisherige Erfahrung und Kompetenz der KAGES, der Blutbank, des Teams rund um Dr. Lanzer, der hier sehr viel aufgebaut hat, in diesem Zusammenhang keine große Rolle mehr zu spielen scheint. Hier ist viel Kompetenz da. Sie gestatten mir, wenn ich Ihnen sage, mein Wissensstand ist, dass es im Landesverband Steiermark des Roten Kreuzes keine Expertinnen und Experten gibt, die mit der Lagerung und Weiterverarbeitung der Blutkonserven zu Spezialprodukten vertraut sind, wohl aber innerhalb der KAGES.

„Steirerblut ist kein Himbeersaft“ hat ein Steirer einmal gesagt, Reinhard P. Gruber. Deshalb muss – Frau Landeshauptfrau hat gerade vorher gesagt, wie wichtig Blut ist – diese Aufgabe, diese Verantwortung in öffentlicher Hand bleiben. Das ist meine tiefste Überzeugung. Es geht nicht, dass wir diese Aufgabe an Private auslagern. Es geht nicht, dass wir in diesem Bereich etwas aufmachen, wo es um Handeln geht, sondern es geht darum, dass wir uns bewusst sein müssen, und wir hier herinnen zuallererst, was ist öffentliche Aufgabe, der Gesundheitsbereich, die Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen in diesem Bereich und dazu gehören auch Blutspezialprodukte, was ist öffentliche Aufgabe. Das ist ein ganz klares Credo der Grünen, ein ganz klares Bekenntnis dazu, dass in der bewährten Manier die Arbeitsteilung beibehalten werden soll, Blutlieferung mit entsprechender und leistungsorientierter Abgeltung durch das Rote Kreuz, Blutaufbereitung und Lagerung durch die Blutbank innerhalb der KAGES. Das ist kein Machtrausch von meiner Seite, wie die Frau Landeshauptfrau vorher gesagt hat, sie will jetzt keine Entscheidung fällen, weil sie nicht im Machtrausch ist. Ich sehe das als klares Bekenntnis und als Positionierung. Und ich denke mir, dafür sind wir hier herinnen gewählt, meine Damen und Herren.

Die Frau Landeshauptfrau hat heute im Zuge eines Pressegespräches gesagt, wirklich große Taten geschehen im Stillen. Ich habe mich gefreut es zu hören. Wir werden jetzt keinen Euro mehr für Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung brauchen. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – Unverständlicher Zwischenruf.)

Sie brauchen sich um unsere Mittel für Öffentlichkeitsarbeit aus einem Regierungsressort keine Sorgen machen. Kein Euro ist bisher geflossen, Herr Kollege. Sie wissen das ganz genau. Ich kann aber dem „die guten und großen Taten entstehen im Stillen“ wenig abgewinnen, wenn es um politische Aufgaben geht, wenn es um Arbeiten in einem demokratischen System geht. Da will ich offene Debatte, da will ich Einhalten der Rollen und der Verantwortungen, da will ich, dass sich nicht jemand einmisch, der nicht zuständig ist. Ich will, dass die Regeln eingehalten werden und es muss eine offene Debatte möglich sein und es muss eine klare Positionierung möglich sein, ohne dass von Machtrausch die Rede ist. Ich wünsche mir von Ihnen, Frau Landeshauptfrau, dass Sie die Zuständigkeit von Landesrat Erlitz in diesem Zusammenhang respektieren und zur Kenntnis nehmen. Ich glaube, dass es in der KAGES genauso wie in anderen großen Firmen im Besitz der Steirerinnen und Steirer keine Manövriermasse geben kann, weder für persönliche noch für parteipolitische Interessen. Ich denke, in Zeiten wie diesen müsste man das eigentlich nicht mehr sagen müssen. Ich danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 19.14 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Dr. Forenbacher.

Abg. Dr. Forenbacher (19.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, werte Damen und Herren, liebe Mitarbeiter des Roten Kreuzes!

Es liegt mir auf der Zunge, auf den Einstieg von Frau Klubobmann Lechner-Sonnek zu antworten, die die Fragestellung der Dringlichen Anfrage der ÖVP aus der Gesundheitsdebatte angezogen hat. Mir fällt dazu nur ein Satz ein: „Es gibt keine dummen Fragen, sondern nur dumme Antworten!“ (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Kröpfl: „War jemand ausdrücklich damit gemeint?“)

Frau Landeshauptmann hat sehr ausführlich und sehr kompetent auf die einzelnen Punkte der Dringlichen Anfrage geantwortet. Es ist demnach für jeden klar erkenntlich, dass es bei der Frage des Standortes der Blutbank weder um ideologische noch um parteipolitische, sondern um rein fachliche und eventuell auch ökonomische Sichtweisen geht. Leider wurde dieses Thema durch Berichte in den Medien angeheizt und so von der rationalen auf die emotionale Ebene verlagert. Wie Sie wissen und heute gehört haben, haben sich die KAGES und das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Steiermark, um die Errichtung einer „Blutbank neu“ beworben. Beide haben ihre Konzepte und Unterlagen für die Errichtung und den Betrieb einer Blutbank vorgelegt und jeweils gute Gründe dafür angeführt. Wir haben auch schon gehört, dass am 13. April 2004 über Einladung von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic ein ausführliches Gespräch mit den verantwortlichen Vertretern der

KAGES und des Roten Kreuzes unter Einbeziehung von Mitgliedern der Landesregierung stattfindet. Im Interesse einer bestmöglichen Versorgung der Steiermark mit notwendigen Blutkonserven und hochwertigen Blutprodukten sollen Verhandlungen mit beiden Organisationen aufgenommen werden, um in einer vertieften Kooperation die Stärken beider Träger optimal zu nutzen.

Die qualitätsvolle Aufrechterhaltung der Universitätsklinik für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin ist aber auf jeden Fall und in jeder Variante zu garantieren. Frau Landeshauptmann hat schon darauf hingewiesen und auch ich warne ebenso davor, vorschnell einen Beschluss zu fassen, wo ohnedies ein Verhandlungstermin aller Verantwortlichen fixiert wurde. Es könnte nämlich eine Seite zum Verlierer werden, während durch Verhandlungen – so wie man neuhochdeutsch sagt – eine Win-Win-Situation entstehen kann und vor allem der steirische Patient zum Hauptgewinner werden könnte.

Ich stelle daher namens der Abgeordneten Bacher und Forenbacher einen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 Geschäftsordnung:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der KAGES und dem Roten Kreuz bei der Neuerrichtung der Blutbank auf eine bestmögliche Versorgung der Steiermark mit notwendigen Blutkonserven und hochwertigen Blutprodukten und auf die qualitätsvolle Aufrechterhaltung der Universitätsklinik für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin hinzuwirken, wobei in einer vertieften Kooperation die Stärken beider Träger optimal genutzt werden sollen. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der ÖVP. – 19.19 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Lafer.

Abg. Lafer (19.19 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus!

Ich habe in meiner Begründung zur Dringlichen Anfrage schon gesagt, dass ich mich noch einmal kurz zu Wort melden werde, weil für mich doch einige Dinge unbeantwortet beziehungsweise nicht klar waren.

Frau Landeshauptmann, Sie haben gesprochen, dass Sie mich nicht verstanden haben von der Verantwortung nach innen und nach außen. (Landeshauptmann Klasnic: „Das mit dem Missbrauch habe ich nicht verstanden!“)

Entschuldigung, ja! Ich glaube, vielleicht mit ein paar Sätzen noch einmal erklären zu können, dass es von Seiten der Blutbank aus einem Rechnungshofbericht und von Seiten des Roten Kreuzes aus einem Rechnungshofbericht in der Vergangenheit sehr viele Missstände gegeben hat, die Gott sei Dank beseitigt wurden und dass nun in der Steiermark es eine Blutbank gibt, die hervorragend arbeitet und in der Steiermark auch unter der neuen Führung des Roten Kreuzes versucht wird, all jene Dinge, die damals in unzufrieden stellender Weise gemacht worden sind, um das jetzt einfach zu formulieren, beseitigt worden sind. Das glaube ich, ist auch richtig und kann auch dafür herangezogen werden, dass wir in Zukunft erwarten können, dass hier in diesem Bereiche auch die richtigen Schritte unternommen werden.

Ein Machtrausch, Frau Landeshauptmann, wie Sie das begründet haben, glaube ich, liegt nicht vor. Ich möchte das auch begründen wieso: Wir Freiheitlichen stehen dazu und sind absolut der Meinung, dass wir in der Steiermark diese Blutbank benötigen und dass die Weiterverarbeitung, Austestung und Herstellung von Spezialprodukten etwa zur Stammzellentherapie im Bereich des Grazer LKH – Universitätsklinikum stattfinden muss. Es gibt dazu – und diese Studie wird auch allen bekannt sein – eine Studie von Ebner & Partner vom März 2001, die sich mit dieser Thematik auch auseinandersetzt und die Kooperation zwischen der KAGES und dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Steiermark beschreibt. In dieser Frage gehe ich oder wir Freiheitlichen mit der Studie überein, dass zumindest alles was im Bereich der Bearbeitung, Verarbeitung, Wissenschaft, Forschung, Lehre und der Ausbildung von Fachkräften auch dort angesiedelt bleiben muss. Eine Ausgliederung deshalb und deshalb alleine wäre für uns keine zufrieden stellende Antwort, sondern wir sind davon überzeugt, dass es in dem Bereich, wo es um die Zusammenarbeit des Roten Kreuzes mit der Universitätsklinik, mit der Blutbank, geht, dass hier noch weitere Verbesserungen erforderlich sind und auch machbar sind, die dann zu einer effizienteren, sinnvolleren, wirtschaftlicheren Bearbeitung führen und wo auch beide Seiten – und da bin ich auch der Meinung, dass es keinen Gewinner und Verlierer geben sollte – befriedigt werden sollten. Und dazu, meine Damen und Herren, stehen wir, denn wir brauchen diese Blutbank und wir sind stolz, dass wir diese vor allem, wenn es darum geht, dass es in der Versorgung von onkologischen Patienten, bei Erwachsenen wie auch bei Kindern, wo es unbedingt erforderlich ist, dass wir sie haben.

Meine Damen und Herren, wir haben deshalb auch einen Antrag vorbereitet, einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Lafer, Mag. Lackner, Lechner-Sonnek, Böhrer und Dietrich, der sich mit dieser Materie auseinandersetzt und der dann wie folgt lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass, wie vorgesehen, die Blutbank in Zusammenarbeit der Steiermärkischen Krankenanstalten GmbH mit der Medizinischen Universität Graz errichtet und – wie schon in der Vergangenheit – betrieben wird. Auf die gute Zusammenarbeit zwischen der KAGES und dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Steiermark zum Wohle der Patientinnen und Patienten wird ausdrücklich Wert gelegt.

Ich bin überzeugt, dass unser Antrag ein richtiger Ansatz ist und dass dahin gehend auch alle Dinge, ob sie den Patienten in der Steiermark betreffen, ob sie das Land Steiermark betreffen, ob sie die KAGES oder das Rote Kreuz betreffen, zufrieden stellend behandelt, verhandelt werden können und dass dann auch das Ergebnis entsprechend ist. Was mich allerdings nur wundert – und das möchte ich schon noch ausdrücklich hier festhalten – ist die Tatsache und das Faktum, dass der Antrag um Errichtung einer Blutbank vom Österreichischen Roten Kreuz mit dem Landesverband Steiermark gemacht worden ist und dieser Antrag direkt an das Bundesministerium gegangen ist. In diesem Falle, meine Damen und Herren, hat das Land Steiermark in seiner Diskussion, in seiner Debatte nur die Möglichkeit einer politischen Willensbildung. Was heißt politische Willensbildung? Wir diskutieren hier und geben unseren Willen bekannt, die Anliegen und Bitten, wie es sich die Steiermark vorstellen könnte. Das ist legitim und recht, das ist auch gut so, aber die Letztentscheidung wird hier in diesem Hause mit Sicherheit nicht fallen.

Und ein zweiter Punkt noch, Frau Landeshauptmann: Wenn am 13. April dieses Gespräch mit den Experten der KAGES, des Roten Kreuzes und mit den zuständigen Regierungsmitgliedern stattfindet, würde ich Sie wirklich ersuchen, dass auch jene, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzen, zumindest am Tage danach vom Inhalt der Verhandlungen erfahren sollten, denn wir diskutieren auch im Landtag mit den Mitgliedern, mit den Abgeordneten darüber (Landeshauptmann Klasnic: „Kollege Schögggl ist eingeladen!“) und es wäre interessant zumindest über den Ausgang zu erfahren, denn es muss und wird auch in der Demokratie so erforderlich sein, unsere Gedanken, ob sie der Verbesserung dienen oder auch nicht, sage ich jetzt ganz bewusst einmal, hier mit einzubringen. In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Danke! (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 19.25 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Mag. Lackner, bitte.

Abg. Mag. Lackner (19.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren!

Worum geht es uns heute und in dieser Diskussion? Es geht darum, Position zu beziehen und Entscheidungen zu treffen, so wie Sie es, sehr geehrte Damen und Herren vom Roten Kreuz, gewohnt sind, dies zu tun, wenn Sie einen Einsatz haben und vor Ort sind. Und um genau das geht es heute auch in diesem Haus. Diese Diskussion, das möchte ich für meine Fraktion ausdrücklich sagen, richtet sich nicht gegen das Rote Kreuz, sondern ist für die Beibehaltung eines bestens funktionierenden Systems, dessen Rollen klar definiert und verteilt sind, die Kooperation zwischen dem Roten Kreuz und dem Universitätsklinikum. Man kann auch sagen, diese wirksame Kette soll und braucht nicht unterbrochen zu werden. Das Rote Kreuz einerseits mit seiner Rolle zur Aufbringung des Blutes und mit seinem Know-how für den Blutspendedienst. Und auf der anderen Seite das schon zitierte Universitätsklinikum für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin, das dieses Blut zu Spezialprodukten verarbeitet.

Wir sind nicht gegen das Rote Kreuz, sondern es geht uns um Forschung. Diese Forschung ist ein unverzichtbarer Teil und eine unverzichtbare Komponente der Universitätsklinik. Wir sind für die Weiterentwicklung von Arzneien, die therapeutisch eingesetzt werden und erfolgreich eingesetzt werden. Die Forschung wurde heute auch schon erwähnt als – sage ich – wichtiger Wirtschaftsfaktor. Denn wer federführend ist in der Forschung und in der Entstehung zukunftsweisender Behandlungspraktiken, und das ist in der KAGES, im LKH-Klinikum der Fall, tagtäglich, der besitzt Patentrechte, die er woanders nicht teuer zu kaufen braucht. Und Forschung geht nur mit Blutbank in diesem Bereich einher. Die Blutbank ermöglicht aber auch hoch effiziente Arzneien, die neben dem Blut als Grundstoff auch mit der Stammzellenforschung zusammenhängen. Auch hier werden immer bessere und tollere Ergebnisse erzielt. Die simple Verwendung von Blut als Transfusionskonserven – das wissen alle, die sich damit beschäftigen – hat eigentlich ausgedient. Es geht um viele Therapiemöglichkeiten mit Blut als sehr dynamische und sehr komplexe Materie. Es gibt ungeahnte Möglichkeiten, vielfältige Präparate vielfältig einzusetzen. Es geht uns darum, diese Kombinationen auch aufzuzeigen.

Wir sind für die Ausbildung von Fachärztinnen und Fachärzten. Diesen Auftrag hat das erwähnte Universitätsklinikum genauso für seinen Bereich wie alle anderen Universitätskliniken. Die Ausgliederung, auch eine Teilausgliederung, der Blutbank bedeutet die Behinderung dieser Facharztausbildung.

Wir sind nicht gegen das Rote Kreuz, sondern gegen Doppelgleisigkeit und für die Nutzung von Synergien. Wir haben heute schon gehört, im Zuge des Neubaus der Universitätsklinik für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin ist der Bund Finanzpartner. Das, was zusätzlich aufgebracht werden muss, um die Blutbank baulich zu erneuern, sind lediglich 1,8 Millionen Euro. Dem gegenüber steht die für uns im Landtag kolportierte Summe von 14 Millionen Euro, um ein neues Gebäude des Roten Kreuzes zu errichten. Die KAGES müsste aber bei einer Ausgliederung der Blutbank 13 Millionen Euro pro Jahr für den Zukauf von Blut und Blutprodukten auf den Tisch legen.

Die ÖVP hat heute schon einmal in der Dringlichen Anfrage an Herrn Landesrat Erlitz die Frage gestellt, wo sind die Geschäftsfelder, die finanzielle Einnahmen ermöglichen?

Hier ist eines und das darf nicht unter den Tisch geredet werden aus Sicht der KAGES, damit aus Sicht des Landes und damit aus Sicht des Steuerzahlers und der Steuerzahlerin. Private Kooperationen gibt es ja auch nicht nur mit dem Roten Kreuz, sondern auch zum Beispiel im Bereich der Reha mit Herrn Prof. Grieshofer. Das ist auch

eine legitime Partnerschaft im privaten Bereich und diese wird auch nicht in Frage gestellt, zumindest nicht von uns. Weiters fand schon Erwähnung der Biotechnologiecluster, der in der Steiermark Fuß fassen soll und dazu ist diese Universitätsklinik ein ganz wichtiger Pfeiler.

Wir reden heute über zweierlei Dinge. Wir reden heute über einen bestehenden Vertrag, den das Land Steiermark, die KAGES mit dem Bund hat, was das LKH 2000 betrifft. In diesem LKH-2000-Vertrag ist auch die Blutbank integriert. Auf der anderen Seite reden wir über eine Absichtserklärung des Roten Kreuzes, diese Blutbank übertragen zu bekommen. Das sind zweierlei Dinge in der Qualität: Vertrag und Absicht. Aus all diesen Gründen, die auch Vorrednerinnen und Vorredner schon angeführt haben, auch aus Gründen des Monopols, auch aus Gründen der Qualität, die im Bereich des Blutes eine sehr große Rolle spielt, sind wir für den Verbleib der Blutbank im LKH – Universitätsklinikum, sind wir der Meinung, dass die Blutbank den Patienten und Patientinnen in der Steiermark nicht aus dem KAGES-Bereich weggenommen werden darf. Das ist ein Bekenntnis zu der öffentlichen Verantwortung, zu der Verantwortung für den öffentlichen Bereich im Gesundheitswesen – ein ganz genuiner Bereich des Staates und der Politik. Aus unserem Antrag, der bereits vom Kollegen Lafer eingebracht worden ist und den die Grünen und wir miteinander tragen, geht auch noch etwas hervor: Das Bekenntnis zur Zusammenarbeit der KAGES mit dem Roten Kreuz. Wir haben ausdrücklich betont, dass uns an einer guten Zusammenarbeit liegt und dass allfällige Störungen im operativen Bereich ausgeräumt werden müssen im Sinne derer, die miteinander arbeiten, aber vor allem auch der Menschen, die dieses Blutes bedürfen. Ich möchte auch für meine Fraktion hier sagen, was heute schon gesagt worden ist von Ihnen, Frau Landeshauptfrau, es darf in dieser Frage nur einen Gewinner geben, das ist der Mensch, der diesen Saft, dieses Blut braucht. Und dafür stehen wir ein und dafür beziehen wir heute Position. (Beifall bei der SPÖ. – 19.34 Uhr.)

Präsident: Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Errichtung der Blutbank, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, SPÖ und den Grünen, betreffend Blutbank, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Somit ist die Behandlung der Dringlichen Anfrage beendet.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dietrich das Wort.

Abg. Dietrich (19.36 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich weiß, es ist jetzt ein großer Bogen inhaltlich wieder zurück zur Schuldnerberatung, aber es ist trotzdem eine wichtige Thematik und ich ersuche um Aufmerksamkeit. Meine geschätzten Damen und Herren, wenn man die Zeitung genau liest, dann konnte man in der letzten Zeit einigen Berichten entnehmen – Herr Präsident, ich bitte um Ruhe. (Präsident: „Meine Damen und Herren, am Wort ist Frau Klubobfrau Dietrich. Ich ersuche Sie fortzusetzen!“) –, dass die Zahl der Schuldner in der Steiermark eine ständig steigende ist. Es gibt leider Gottes viele Personen, die schuldlös zu Schuldnern werden, sei es, weil sie das Geld, das ihnen zustünde, nicht eintreiben können oder nicht zu dem Geld kommen. (Präsident: „Meine Damen und Herren, es ist gänzlich unmöglich, den Ausführungen der jeweiligen Rednerin oder Redners zu folgen, wenn hier Gespräche geführt werden, die auch anderswo möglich sind. Ich bitte Sie um Berücksichtigung!“)

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich hoffe, Sie hören jetzt etwas. (Abg. Halper: „Ich höre zu!“) Okay, die Mischa hört zumindest zu. (Abg. Tasch: „Die Redezeit ist um!“)

Meine Zeit ist noch nicht abgelaufen, Kollege Tasch.

Schuldner sind Menschen mit großen Problemen und oft sind die Schulden nur Symptome ihrer Probleme. Es gibt Leute, die arbeitslos sind, die psychische Probleme haben und die einfach nicht in der Lage sind, ihr eigenes Leben zu organisieren. Sie sind von einer großen Ratlosigkeit umgeben und es braucht für sie eine riesige Überwindung, bis sie sich durchringen und Hilfe suchen. Wenn sie dann endlich den Weg zur Schuldnerberatung gefunden haben über eine Telefonnummer, dann haben sie den ersten Anlauf hinter sich. Das heißt, sie artikulieren sich einmal, sie erzählen, wo der Schuh drückt, welche Probleme sie haben, vielleicht auch warum sie dort hingeschlittert sind, wo sie sich im Moment befinden und sie bekommen dann, Tage darauf, ein Formular zugeschickt, das sie haargenau ausfüllen müssen. Sie müssen Unterlagen zusammenholen, wo genau festgehalten ist, wer sind die Gläubiger, wie hoch sind die Schulden, eine detaillierte Auflistung, wie sieht es mit dem Einkommen aus, welche Fixausgaben haben sie und vieles andere mehr. Und ich glaube, viele Menschen, die eben wirklich Probleme haben, schaffen diese Hürde nicht. Sie schaffen es nicht, tatsächlich sich zu überwinden, die Formulare, die Unterlagen zu besorgen und dann wieder anzurufen und eben wieder den nächsten persönlichen Termin auszumachen. Ich glaube, wir sollten drüber nachdenken, ob dieses System der Telefonanrufe wirklich ein so erfolgreiches ist. Wir sollten auch darüber nachdenken, ob die Strukturen, die wir haben, die richtigen sind. Aus meiner Sicht ist es besonders wichtig, eine größtmögliche Niederschwelligkeit bei diesen Schuldnerberatungszentren zu haben. Das heißt, jemand, der dort hingehet, darf nicht das Gefühl haben, dass er sich jetzt outet oder das Gefühl, dass die ihn Umgebenden jetzt schauen, warum geht der in diese Institution. Früher einmal war die Schuldnerberatung gemeinsam mit der Organisation „Rettet das Kind“ und da war es recht einfach, niederschwellig in diese Beratung hineinzugehen. Jetzt haben wir andere Standorte, zum Beispiel im Gebäude der Be-

währungshilfe von Leoben oder im Bezirksgericht von Leibnitz. Und ich glaube, der Weg zum Gericht oder der Weg zur Bewährungshilfe ist schon etwas höherschwelliger als hin zu „Rettet das Kind“. Es gibt auch Berufsgruppen wie Landwirte oder Gewerbetreibende, die nicht von der Schuldnerberatung beraten werden dürften. Auch da müssten wir nachdenken, ob diese Berufsgruppen ausreichend mit Beratung versorgt werden. Ich glaube, wir sollten die Schuldnerberatung gänzlich überdenken, ob wir am richtigen Weg sind, evaluieren, unsere Schlüsse daraus ziehen und etwaige Veränderungen vornehmen. Deshalb will ich auch den folgenden Entschließungsantrag einbringen:

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Verbesserung der Schuldnerberatung in der Steiermark.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens Maßnahmen für eine ganzheitliche Betreuung von Schuldnern zu setzen, wobei besonders auf die Punkte niederschwelliger Zugang zur Schuldnerberatung, persönlicher Kontakt zum Schuldner, individuelle Beratung und Hilfestellung und auf die ganzheitliche Lebenssituation des Schuldners Bedacht zu nehmen ist.

Zweitens: Ebenso soll geprüft werden, ob es sinnvoll wäre, für Landwirte und Selbstständige geeignete Anlaufstellen zu schaffen, damit auch diesen Berufsgruppen eine wirksame Hilfestellung zur Entschuldung ihrer Betriebe geboten werden kann. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 19.42 Uhr.)

Präsident: Keine weitere Wortmeldung. Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur Abstimmung:

Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin zu Tagesordnungspunkt 20, Einl.-Zahl 1704, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Tagesordnungspunkt 21, Einl.-Zahl 1498, wenn Sie dem zustimmen, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters, Einl.-Zahl 1550/1, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Verbesserung der Schuldnerberatung, das ist der Tagesordnungspunkt 22, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Verbesserung der Schuldnerberatung in der Steiermark, das ist der Tagesordnungspunkt 22, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

23. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1194/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend barrierefreie Kindergärten und Schulen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (19.44 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich berichte über den Ausschuss für Soziales und Kindergärten, Antrag, Einl.-Zahl 1194/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend barrierefreie Kindergärten und Schulen.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seinen Sitzungen am 11. März und 4. November 2003 sowie am 9. März 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Es liegt eine ausführliche schriftliche Stellungnahme vor, die Ihnen allen bekannt ist, lückenlos vermute ich. Deswegen komme ich zum Antragstext:

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 1194/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend barrierefreie Kindergärten und Schulen, wird zur Kenntnis genommen. (19.45 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wortmeldung dazu keine bisher. Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ein Handzeichen, bitte. Danke! Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

24. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Bericht der Volksanwaltschaft, Einl.-Zahl 1662/1, betreffend den 21. und 22. Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag (2001 bis 2002).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Odo Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (19.45 Uhr): Ich bringe den schriftlichen Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform.

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform hat in seiner Sitzung am 9. März 2004 über die Einl.-Zahl 1662/1, 21. und 22. Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag 2001 und 2002, beraten.

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der 21. und 22. Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag wird zur Kenntnis genommen. (19.45 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wortmeldung Frau Abgeordnete Zierler, bitte.

Abg. Zierler (19.46 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Im Bericht der Volksanwaltschaft 2001, 2002 wird massiv kritisiert, dass Eltern krebskranker Kinder in der Steiermark seitens der Kinderkrebshilfe wesentlich geringere Zuwendungen erhalten als ihre Kärntner Leidensgenossen.

Wir bringen daher einen Unselbstständigen Entschließungsantrag ein. Argumentiert wird diese unhaltbare Situation mit dem Fehlen einer gesetzlichen Grundlage für eine über das im Rahmen der Sozialhilfe enthaltene Angebot hinausgehende finanzielle Unterstützung in Form einer speziellen Förderung, die an krankheitsbedingte finanzielle Mehrbelastungen durch Familienmitglieder anknüpft.

Es dürfte unbestritten sein, dass die Anwesenheit einer Bezugsperson gerade für Kinder mit so schweren und schmerzhaften Therapien ungeheuer wichtig ist und deutlich zum Heilungserfolg beiträgt. Dennoch ist es vielen Eltern auf Grund der finanziellen Belastungen nicht möglich, ihren Kindern in dieser schweren Zeit beizustehen. Wir bringen den Antrag ein, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend die Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine ausreichende Unterstützung von Eltern krebskranker Kinder ermöglicht, die durch ihre Anwesenheit während behandlungsintensiver Phasen im Krankenhaus zum Heilungserfolg ihrer Kinder beitragen möchten. Ich würde Sie um die Unterstützung dieses Antrages bitten. Danke! (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 19.47 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Kinderkrebshilfe, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung des Landtages wird auf schriftlichem Weg einberufen.

Die Sitzung ist beendet. (Ende der Sitzung: 19.48 Uhr.)